

## **Flüchtlinge möchten auch willkommen sein; ASYL Zum Jubiläum des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge gibt es Kritik vom Roten Kreuz**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 11. April 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 06

**Length:** 387 words

**Byline:** BAX

**Highlight:** ASYL Zum Jubiläum des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge gibt es Kritik vom Roten Kreuz

### **Body**

---

BERLIN taz | Mit einem Festakt hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Nürnberg sein 60-jähriges Bestehen gefeiert. Das Deutsche Rote Kreuz nutzte die Gelegenheit, zum Jubiläum schnellere Asylverfahren anzumahnen. Dessen Vizepräsidentin, Donata Freifrau Schenck zu Schweinsberg, kritisierte am Mittwoch die langen Anerkennungsverfahren und das Arbeitsverbot für Asylbewerber. Alle Asylsuchenden müssten nach spätestens sechs Monaten gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten und schon vorher an Integrations- und Sprachkursen teilnehmen dürfen, forderte sie.

Laut Rotem Kreuz haben rund 65.500 Menschen im vergangenen Jahr Asyl in Deutschland beantragt. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge trifft die erste Entscheidung im Asylverfahren, etwa 28 Prozent davon fielen im Jahr 2012 positiv aus.

Im vergangenen Monat legte das Bundesamt eine Expertise vor, die Wege aufzeigte, wie deutsche Ausländerbehörden zu Willkommensbehörden werden sollen. Ein Expertengremium unter Federführung der Nürnberger Behörde hatte Vorschläge zur Stärkung der Willkommenskultur erarbeitet. So sollen Zuwanderer künftig besser auf das Leben in Deutschland vorbereitet werden. Wir möchten, dass Zuwanderer in Deutschland willkommen sind, sagte der Chef des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Manfred Schmidt. Dazu sollen unter anderem Berater in den Herkunftsländern, Willkommenskoffer bei der Ankunft und eine Software für Smartphones beitragen.

In der Geschichte des Bundesamts, das dem Innenministerium untersteht, spiegelt sich der Wandel der bundesdeutschen Flüchtlings- und Asylpolitik wider. Die Behörde in Nürnberg wurde im Jahr 1953 gegründet, als die Bundesrepublik die Genfer Flüchtlingskonvention übernahm, und hatte anfangs nur 40 Mitarbeiter. 1965 wurde sie in Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge umbenannt. Mit dem von der rot-grünen Regierung beschlossenen Zuwanderungsgesetz erhielt sie ihren aktuellen Namen, seitdem ist sie auch für die Integration ausländischer Zuwanderer zuständig. Heute arbeiten in Nürnberg und 22 Außenstellen über 2.000 Menschen.

Flüchtlinge möchten auch willkommen sein ASYL Zum Jubiläum des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge  
gibt es Kritik vom Roten Kreuz

Zum Jubiläum sprachen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) am Mittwoch in Nürnberg. BAX

28 Prozent der Asylverfahren endeten 2012 mit einem positiven Bescheid

**Load-Date:** April 10, 2013

---

End of Document

**Kontrolleure müssen draußen bleiben; ASYL Russische  
Migrationskontrollbeamten sollen Asylanlaufstellen besuchen. Der  
Flüchtlingsrat protestiert gegen den Besuch der Delegation - und hat damit  
mit überraschenden Erfolg**

taz, die tageszeitung

Montag 21. Januar 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 21

**Length:** 501 words

**Byline:** ALKE WIERTH

**Highlight:** ASYL Russische Migrationskontrollbeamten sollen Asylanlaufstellen besuchen. Der Flüchtlingsrat protestiert gegen den Besuch der Delegation und hat damit mit überraschenden Erfolg

## Body

---

Hochoffizielle Gäste der Europäischen Union aus Russland werden in Berlin zum Ärgernis: Auf das Schärfste hat der Berliner Flüchtlingsrat gegen den geplanten Besuch von Vertretern der Migrationskontrollbehörde Russlands und der russischen Botschaft in Berliner Anlaufstellen für Asylsuchende protestiert. Solche Orte verlören ihren Schutzcharakter für geflüchtete Menschen, heißt es in einer Pressemitteilung des Flüchtlingsrates dazu, wenn diese dort Gefahr liefen, in ihrem Hausflur auf Vertreter ihres Verfolgerstaates zu treffen .

Der für den heutigen Montag angesetzte Besuch der Russen findet im Rahmen des Visumsdialogs zwischen der Europäischen Union und Russland und auf Betreiben des Bundesministeriums des Innern (BMI) statt. Er sei Teil eines EU-Besuchsprogramms der russischen Delegation, bei dem üblicherweise auch Einrichtungen/Institutionen/etc. besucht würden, um einen Einblick in die Migrationspraxis zu geben , heißt es in einer schriftlichen Antwort der Pressestelle des BMI auf eine Anfrage der taz. In Berlin organisiert das Landesamtes für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) die Erstversorgung und Unterbringung von Asylsuchenden.

Von dem ersten Plan, die russischen Migrationskontrolleure in eine Sammelunterkunft für AsylbewerberInnen zu führen, hatten LaGeSo und BMI nach den heftigen Protesten des Flüchtlingsrats noch am späten Freitagnachmittag Abstand genommen. Stattdessen soll die Delegation nun im Dienstgebäude des LaGeSo an der Moabiter Turmstraße empfangen werden. Es werde dabei zu keinerlei Kontaktaufnahme zwischen den russischen Besuchern und Flüchtlingen kommen, sagte eine Sprecherin der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales am Freitag der taz: Die Verwaltung zeige damit durchaus Sensibilität für das Thema .

Begegnung unvermeidlich

Kontrolleure müssen draußen bleiben ASYL Russische Migrationskontrollbeamten sollen Asylanlaufstellen besuchen. Der Flüchtlingsrat protestiert gegen den Besuch ....

Dem Flüchtlingsrat reicht das allerdings nicht: Im Dienstgebäude des Landesamtes befänden sich nicht nur die Zentrale Aufnahmestelle für Asylsuchende, sagt Georg Classen von dem Gremium, sondern auch viele Leistungsstellen, die von Asylsuchenden frequentiert würden. Es sei deshalb gerade im Eingangsbereich des Gebäudes unvermeidlich, dass es zu Begegnungen von Flüchtlingen mit der Delegation käme. Er fordert, das Treffen in das nahe gelegene Innenministerium zu verlegen.

Zumindest bei LaGeSo-Chef Franz Allert hat der weitere Druck des Flüchtlingsrats Erfolg: Wir werden am Montagmorgen dem BMI den Vorschlag unterbreiten, dass die Informationen über die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen in den Räumen des BMI gegeben werden , sagte Allert am Sonntag der taz. Er hatte zuvor bereits den Plan, die russischen Beamten in eine Asylunterkunft zu führen, als weder sinnvoll noch feinfühlig bezeichnet.

Flüchtlinge aus Russland sind derzeit die größte und am schnellsten wachsende Gruppe von Asylsuchenden in Deutschland und in Berlin. Erst am Donnerstag hatte sich in den Niederlanden der russische Oppositionelle Alexander Dolmatov aus Angst vor der Abschiebung nach Russland das Leben genommen.

ALKE WIERTH

**Load-Date:** January 20, 2013

**Wie am Fließband; FLÜCHTLINGE Die neue Bundesregierung will die Asylverfahren beschleunigen - dafür rekrutiert man sogar bei der Bundeswehr. Experten befürchten: mehr Eile, mehr Willkür**

taz, die tageszeitung

Freitag 13. Dezember 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 07

**Length:** 702 words

**Byline:** DANIEL BAX

**Highlight:** **FLÜCHTLINGE** Die neue Bundesregierung will die **Asylverfahren** beschleunigen dafür rekrutiert man sogar bei der Bundeswehr. Experten befürchten: mehr Eile, mehr Willkür

## Body

---

VON DANIEL BAX

BERLIN | taz Rund ein halbes Jahr dauert ein durchschnittliches **Asylverfahren** in Deutschland derzeit drei Monate weniger als im Vergleich zum Vorjahr. Aber diese Zahl an sich sagt nur wenig aus. Denn wie lange ein **Asylbewerber** auf eine Entscheidung warten muss, hängt stark von seinem Herkunftsland ab.

Flüchtlinge aus Afghanistan, Pakistan, Irak und Somalia müssen derzeit bis zu eineinhalb Jahren warten. Dafür werden die meisten von ihnen am Ende anerkannt, die Quoten liegen zwischen 50 und 67 Prozent. Auch minderjährige Flüchtlinge, die ohne ihre Eltern in Deutschland gelandet sind, müssen sich mindestens ein Jahr lang gedulden.

Roma aus Serbien und Mazedonien dagegen werden seit geraumer Zeit im Schnellverfahren abgefertigt und halten meist schon nach zwei Monaten einen Ablehnungsbescheid in der Hand. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Linkspartei hervor, die regelmäßig die Details der aktuellen Asylstatistik abfragt.

Union und SPD haben sich in ihrem Koalitionsvertrag das Ziel gesetzt, alle Asylverfahren im Schnitt auf maximal drei Monate zu verkürzen. Wir werden das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge personell ausreichend ausstatten, damit angesichts steigender Asylbewerberzahlen zügige und rechtsstaatliche Asylverfahren gewährleistet sind, heißt es dazu in dem Papier. Auf diese Zusage zusätzlicher Mittel hatte die SPD gedrungen. Zugleich konnte Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) sich mit seiner Forderung durchsetzen, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien sowie Serbien als sichere Herkunftsstaaten zu deklarieren um aussichtslose Asylanträge von Angehörigen dieser Staaten schneller bearbeiten und ihren Aufenthalt in Deutschland schneller beenden zu können, wie es im Koalitionsvertrag heißt.

Wie am Fließband FLÜCHTLINGE Die neue Bundesregierung will die Asylverfahren beschleunigen - dafür rekrutiert man sogar bei der Bundeswehr. Experten befürchten:....

Flüchtlingsverbände wie Pro Asyl sind davon wenig begeistert: Die Diskriminierung von Roma ist in diesen Ländern in vielen Fällen so umfassend, dass den Betroffenen der Zugang zu Arbeit, zu medizinischer Versorgung, zu regulären Wohnungen und oft gar zu sauberem Trinkwasser verwehrt bleibt, erklärt die Organisation. Sie verweist darauf, dass in Belgien oder der Schweiz zuletzt über 10 Prozent der Roma aus den Ländern des westlichen Balkan als Flüchtlinge anerkannt worden seien. Dass ihre Anträge hierzulande schon jetzt im Fließbandmodus abgelehnt werden, sei Willkür.

Auch die Linkspartei findet, die Anträge von Roma aus diesen Ländern müssten aufgrund ihrer umfassenden Diskriminierung und Ausgrenzung eigentlich besonders sorgfältig geprüft werden, so die Asyl-Expertin und Linken-Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke. Jelpke stört sich auch daran, dass derjenige Beamte, der den Fall eines Flüchtlings prüft, immer seltener identisch ist mit dem, der über seinen Asylantrag entscheidet. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erklärte gegenüber der taz, man halte an dem Grundsatz fest, dass Anhörung und Entscheidung nicht personell getrennt sind.

Doch die Bundesregierung räumt ein: Vor dem Hintergrund der steigenden Asylantragszahlen kann dies jedoch nicht in jedem Fall gewährleistet werden. Wie oft das passiere, werde aber statistisch nicht erhoben. Der Frankfurter Rechtsanwalt Reinhard Marx ist skeptisch: Aus meiner eigenen Erfahrung und Gesprächen mit Kollegen habe ich den Eindruck, dass das heute eher die Ausnahme ist. Es wäre billig, das zu leugnen, sagte er der taz. Das ist rechtlich höchst bedenklich und bürgt nicht für sorgfältige Entscheidungen, kritisiert Jelpke.

Mehr als 87.000 Menschen haben in diesem Jahr beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Nürnberg einen Antrag auf Asyl gestellt. Das sind rund 74 Prozent mehr als zur gleichen Zeit im vergangenen Jahr. Nun sollen sogar Soldaten die Behörde unterstützen. Die Bundeswehr sucht per Rundschreiben nach Freiwilligen, die dafür kurzfristig von ihrem derzeitigen Posten abgezogen werden können. Die Bundeswehrmitarbeiter sollen nur die Verwaltung unterstützen, also etwa Dokumente prüfen, aber nicht selbst über Asylanträge entscheiden, stellte eine Sprecherin des Bundesamts gegenüber der taz klar.

Bundeswehrmitarbeiter sollen nicht über Anträge entscheiden

BUNDESAMT FÜR MIGRATION UND FLÜCHTLINGE

**Load-Date:** December 12, 2013

**Übers Wasser, hinter Stacheldraht; AUSTRALIEN In dem traditionellen Einwanderungsland ist Multikulturalismus Staatsräson. Doch wer als Asylsuchender mit dem Boot den fünften Kontinent anzusteuern wagt, landet statt in der Freiheit auf unabsehbare Zeit in einem Flüchtlingslager**

taz, die tageszeitung

Freitag 04. Januar 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** THEMEN DES TAGES; S. 04

**Length:** 1406 words

**Byline:** SVEN HANSEN

**Highlight:** AUSTRALIEN In dem traditionellen Einwanderungsland ist Multikulturalismus Staatsräson. Doch wer als **Asylsuchender** mit dem Boot den fünften Kontinent anzusteuern wagt, landet statt in der Freiheit auf unabsehbare Zeit in einem **Flüchtlingslager**

## Body

---

AUS SYDNEY SVEN HANSEN

Ich bin seit drei Jahren hier, sagt Ranil Ganhewa\* aus Sri Lanka mit bedrückter Stimme. Der Mittdreißiger steht am Rand des Sportplatzes im Internierungslager Villawood im gleichnamigen Vorort von Sydney. Hier sind in einem Industriegebiet hinter hohen mehrfachen Draht- und Gitterzäunen 360 **Asylbewerber** und Abschiebehäftlinge eingesperrt, manche seit Jahren. Meine Freunde vom **Flüchtlingssschiff** sind längst frei. Warum ich eingesperrt bleibe, weiß ich nicht, sagt Ganhewa. Der Pressebetreuer des **Migrationsministeriums** vermutet, Australiens Geheimdienst stuft Ganhewa als Sicherheitsrisiko ein. Die Gründe wird er wohl nie erfahren.

Villawood ist eines von 22 Internierungslagern, die Australien auf seinem Territorium betreibt. Im Oktober letzten Jahres waren landesweit mehr als 5.400 **Asylbewerber** zwangsinterniert. Inzwischen dürften es einige tausend mehr sein. Hinzu kommt ein weiteres Lager im winzigen Pazifikstaat Nauru und eines auf der Insel Manus in Papua-Neuguinea. Sie wurden nach einer Kehrtwende der australischen **Asylpolitik** im September und November 2012 wiedereröffnet und haben zusammen weitere 2.100 Plätze. Im Unterschied zu den modernen zweigeschossigen Gebäuden im renovierten Lager Villawood müssen die **Flüchtlinge** in den pazifischen Lagern in Zelten leben.

Die ersten weißen Einwanderer kamen vor 225 Jahren mit Schiffen aus Europa auf den fünften Kontinent. Es waren Sträflinge, und ihre erste Siedlung hieß Sydney. Das Vergehen der Internierten von heute besteht darin, es ihnen gleichgetan zu haben. Sie gelangten in der Regel von Indonesien aus per Boot zur 350 Kilometer südlich gelegenen australischen Weihnachtsinsel. Wären sie mit dem Flugzeug direkt auf das australische Festland geflogen, wofür sie aber ein Visum gebraucht hätten, wären sie nicht interniert. Dabei werden von den Flüchtlingen,

## Übers Wasser, hinter Stacheldraht AUSTRALIEN In dem traditionellen Einwanderungsland ist Multikulturalismus Staatsräson. Doch wer als Asylsuchender mit dem Boot....

die die riskante Fahrt auf überfüllten alten Fischkuttern wagen und meist aus Afghanistan, Sri Lanka, Iran und Irak kommen, letztlich mehr als asylberechtigt anerkannt als von denen, die direkt einfliegen.

Die sogenannten Boat People sind im Einwanderungsland Australien, wo knapp die Hälfte der Gesamtbevölkerung im Ausland geboren wurde oder mindestens ein Elternteil ausländischer Herkunft hat, diejenigen auf der untersten Stufe aller Migranten. Ein harter Umgang mit den Bootsflüchtlingen, die sich meist mithilfe von Menschenschmugglern selbst auf den Weg machen, bringt Wählerstimmen. Dem konservativen Premier John Howard gelang so 2001 eine schon verloren geglaubte Wiederwahl. Australier rühmen sich ihres Sinns für Fairness. Die Regierung bezeichnet die Bootsflüchtlinge als Vordrängler, weil sie im Rahmen der von ihr selbst festgelegten Flüchtlingsquote für jeden als Asylbewerber anerkannten Bootsflüchtling einen Flüchtling weniger aufnimmt, der aus einem Lager irgendwo auf der Welt kommt und dort vom UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR anerkannt wurde. Doch Flüchtlingsorganisationen weisen darauf hin, dass die von der Regierung gemachte Verknüpfung künstlich und vielmehr politisch gewollt ist. In Wirklichkeit würden nur ganz wenige Menschen aus Lagern aus anderen Ländern überhaupt Aufnahme finden. Doch das Vordrängler-Argument nutzt inzwischen auch die heutige Regierung.

Im Lager Villawood bei Sydney haben die Flüchtlinge Sport- und Freizeitmöglichkeiten, Klimaanlage und 16 Stunden täglich kostenlosen Internetzugang. Für die Teilnahme an Kursen wie etwa Englisch gibt es Punkte, die sie gegen Dinge des persönlichen Bedarfs tauschen können. Manche Australier dürften die Flüchtlinge zumindest um ihren Standard in Villawood beneiden. Wegen der Nähe zu Sydney ist es zum Vorzeigelager geworden, auch wenn der neue und noch unüberwindbarere Zaun mit seinem Rohr auf der Oberkante an die Berliner Mauer erinnert.

Der Pressebetreuer des Migrationsministeriums (Motto: Menschen sind unser Geschäft) nennt die Internierten, oft traumatisierte Flüchtlinge, manchmal auch Kinder, Kunden und sagt zur Abschreckungspolitik durch Lager: Wir bieten hier die Dienstleistung der Internierung. Auf mehrsprachigen Schildern wirbt ein Flüchtlingsombudsmann: In Australien gibt es ein Beschwerderecht. Das wird Ranil Ganhewa aus Sri Lanka gegen das Votum des Geheimdienstes kaum helfen. Eher kann das Ministerium hoffen, dass er eines Tages von der Internierung so zermüdet ist, dass er seiner freiwilligen Rückführung nach Sri Lanka zustimmt.

Auf noch mehr Abschreckung zielen die wiedereröffneten Lager außerhalb Australiens. Von den 1.637 Flüchtlingen, die Australien von 2002 bis 2008 im Rahmen der sogenannten pazifischen Lösung nach Nauru und Manus schickte, kehrten denn auch 483 freiwillig in ihre Herkunftsländer zurück. Australien nahm 705 auf, Neuseeland 401. Die gewünschte Wirkung der pazifischen Lager war, dass damals die Zahl der in Australien landenden Flüchtlingsboote stark zurückging.

2008 beendete die neue Labor-Regierung von Kevin Rudd die von ihm selbst als inhuman bezeichnete Flüchtlingsverschickung in den Südpazifik. Auch gelang es, die durchschnittliche Verweildauer in den Lagern in Australien zu reduzieren. Doch stieg die Zahl der Flüchtlinge wieder an, die sich auf die gefährliche Fahrt zur Weihnachtsinsel machten. Eine Expertenkommission schätzt, dass dabei von Ende 2001 bis Juli 2012 964 Asylbewerber ertranken, davon 604 seit Oktober 2009. Die Verhinderung gefährlicher Überfahrten wurde so zum Hauptargument der Labor-Regierung unter Rudds Nachfolgerin Julia Gillard, als sie im August 2012 zur Politik der pazifischen Lager zurückkehrte. Doch geht es wirklich darum, Asylbewerber vor dem Ertrinken zu bewahren? Oder ist das Ziel nicht vielmehr, dass die Flüchtlinge gar nicht erst Australien erreichen?

Australier haben große Furcht vor einer Invasion aus dem Norden, sagt der Migrationsforscher Stephen Castles von der Universität Sydney. Schließlich haben wir ja selbst einmal das Land den Einheimischen weggenommen und fürchten nun, dass uns dasselbe passiert. Er verweist auf den Widerspruch, dass sich die Zahl der von Australien aufgenommenen Migranten (ohne Flüchtlinge) in den letzten 15 Jahren von 82.500 (1995/96) auf 168.685 (2010/11) pro Jahr mehr als verdoppelt hat. Die Boat People dienen als Sündenböcke, meint Castles.

Der Journalist und Buchautor David Marr sagt: Mit der pazifischen Lösung erweckte Premier Howard den Eindruck der Kontrolle. Das ermöglichte ihm, die Zahl der Einwanderer stark zu erhöhen. So konnte er die rechte



Übers Wasser, hinter Stacheldraht AUSTRALIEN In dem traditionellen Einwanderungsland ist  
Multikulturalismus Staatsräson. Doch wer als Asylsuchender mit dem Boot....

Partei One Nation kleinhalten und zugleich die von der Wirtschaft benötigten Arbeitskräfte ins Land holen. Laut Marr schreckt die Internierung keine Flüchtlinge ab, sondern dient der Beruhigung der Bevölkerung.

Castles verweist darauf, dass in den letzten 15 Jahren parallel zur gestiegenen Aufnahme von Einwanderern die Zahl der aufgenommenen Flüchtlinge von 16.252 auf 13.799 zurückging. Eine Expertenkommission der Regierung empfahl deshalb auch, die Zahl der aufzunehmenden Flüchtlinge künftig auf 20.000 Flüchtlingen zu erhöhen. Es ist paradox: Flüchtlinge sind willkommen, aber Boat People werden kriminalisiert, sagt Castles.

Studien zufolge wirken sich in Australien alle Migrantengruppen positiv auf die Wirtschaft und Gesellschaft aus. Fiskalisch profitiert der Staat im Schnitt ab dem 13. Jahr von einem Flüchtling, bei Fachkräften schon früher. In der Vergangenheit lag der Schwerpunkt unserer Einwanderungspolitik auf der Familienzusammenführung, sagt Migrationsminister Chris Bowen. Heute liegt er auf qualifizierten Arbeitskräften, weil wir sie brauchen. Sie nehmen keine Jobs weg, sondern schaffen welche. Um Wirtschaftsprjekte überhaupt durchzuführen oder im Kosten- und Zeitplan zu halten, brauchen wir Arbeitskräfte.

Bisher hatte die Rückkehr zur pazifischen Lösung den unerwarteten Effekt, dass die Zahl der in australischen Gewässern eintreffenden Bootsflüchtlinge nicht zurückging, sondern sogar anstieg. So kamen von August bis November vergangenen Jahres 7.929 weitere Asylbewerber übers Meer, also viel mehr, als die Lager in Nauru und Manus Plätze bereitstehen. Für eine veränderte Politik hat das nicht gesorgt. Während die Regierung von Torschlusspanik unter den Flüchtlingen ausgeht, fordert die konservative Senatorin Michaelia Cash, migrationspolitische Expertin der Opposition: Wir müssen die Boote wieder zurück aufs Meer schicken!

\*Name geändert

Wir bieten hier die Dienstleistung der Internierung

MITARBEITER DES MINISTERIUMS

**Load-Date:** January 3, 2013

**Deutschkurs auch ohne Bleiberecht; INTEGRATION Der Bremer Senat bringt einen Gesetzentwurf in den Bundesrat ein, der Flüchtlingen den Zugang zu Integrationskursen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge möglich machen soll**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 02. Oktober 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BREMEN AKTUELL; S. 24

**Length:** 613 words

**Byline:** JPB

**Highlight:** INTEGRATION Der Bremer Senat bringt einen Gesetzentwurf in den Bundesrat ein, der Flüchtlingen den Zugang zu Integrationskursen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge möglich machen soll

## Body

---

Bremen setzt sich bundesweit für Deutschkurse für Asylsuchende und geduldete Flüchtlinge ein. Der Senat hat am Dienstag einen entsprechenden Gesetzentwurf verabschiedet, den das Land nun in den Bundesrat einbringt. Flüchtlingen soll demnach der Zugang zu Integrationskursen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge möglich werden auch, wenn ihr Asylverfahren noch nicht abgeschlossen ist. Die offiziellen Sprachkurse sind bislang nur Menschen mit einer Aufenthaltserlaubnis und Bleiberecht vorbehalten.

Häufig erfolgt die abschließende Entscheidung über ein Bleiberecht erst nach einem mehrjährigen Aufenthalt, erklärt Ulrike Hiller (SPD), Bevollmächtigte beim Bund. Die fehlende Möglichkeit des Spracherwerbs wirke sich auf die Lebenssituation der Menschen negativ aus. Zusammen mit Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) wird sie die Gesetzesinitiative in den Bundesrat einbringen. Bundesweit leben über 88.000 Menschen mit einer Duldung, in Bremen etwa 1.500. Profitieren würden vor allem die Erwachsenen. Kinder lernen Deutsch bereits in der Schule.

Nicht mitgetragen wird die Initiative von der CDU-Fraktion. Die Integrationskurse seien für Menschen ausgelegt, die dauerhaft in Deutschland blieben, erklärte die CDU-Integrationspolitikerin Sigrit Grönert. Menschen Sprachkurse anzubieten, sobald sie nach Deutschland kommen, sei auch eine Frage der Kosten, die es abzuwägen gelte. Für Grönert müsste dafür das Asylverfahren erst abgeschlossen oder mindestens fortgeschritten sein. Aber auch sie ist dagegen, dass Menschen jahrelang die Chance verwehrt bleibt, Deutsch zu lernen. Grönert spricht sich daher unter anderem dafür aus, die Asylverfahren zu verkürzen.

Die Bundesregierung erschwert Asylsuchenden und Geduldeten, in unserer Gesellschaft anzukommen, erklärt die integrationspolitische Sprecherin der Grünen, Zahra Mohammadzadeh. Ihre Fraktion hatte die Gesetzesinitiative angestoßen. Neben ihrem unsicheren Aufenthaltsstatus wirkten sich fehlende Sprachkenntnisse für die Menschen bei ihrer Alltagsbewältigung belastend aus, so Mohammadzadeh: So ist die Kommunikation mit Behörden oder

Deutschkurs auch ohne Bleiberecht INTEGRATION Der Bremer Senat bringt einen Gesetzentwurf in den Bundesrat ein, der Flüchtlingen den Zugang zu Integrationskurse....

Ärzten, aber auch die Unterstützung der eigenen Kinder bei den Hausaufgaben kaum möglich. Die Bewerbung um einen Arbeitsplatz scheitert ebenfalls häufig an fehlenden Deutschkenntnissen.

Geduldete Menschen dürfen mittlerweile nach einer Aufenthaltsdauer von neun Monaten arbeiten, früher mussten sie ein Jahr warten. Die Teilnahme an Kursen, die spezielle berufsvorbereitende Sprachkenntnisse vermitteln, ist für sie bereits heute möglich wenn sie eine Stelle haben und geprüft wurde, ob kein Deutscher oder Europäer die Arbeitsstelle besetzen möchte. In den Integrationskursen des Bundesamtes allerdings wird die Sprache viel allgemeiner gelehrt, ohne dass Vorkenntnisse nötig sind. Die Sprachmodule umfassen mindestens 600 Unterrichtsstunden.

Viele Initiativen unterrichten Deutsch für Geduldete und AsylbewerberInnen ehrenamtlich. Manche Kurse werden in Bremen auf kommunaler Ebene bereits finanziell unterstützt. Im September beschloss der Senat Sofortmaßnahmen für die bessere Betreuung von Flüchtlingen, die neben neuen Massenunterkünften auch Gelder für Deutschkurse vorsehen. Durch Änderung des Asylverfahrens- und des Aufenthaltsgesetzes soll diese Möglichkeit nun bundesweit etabliert werden.

Für Kristina Vogt, Fraktionsvorsitzende der Linkspartei ist dies ein überfälliger Schritt . Sie hofft, dass die Gesetzesänderung nun im Bundesrat tatsächlich eine Mehrheit findet. Immerhin haben SPD und Grüne dort derzeit eine Mehrheit , so Vogt. JPB

Die Bewerbung um einen Arbeitsplatz scheitert häufig an fehlenden Deutschkenntnissen

Zahra Mohammadzadeh (Die Grünen)

**Load-Date:** October 1, 2013

## **Nicht mal Standard; WÜRDE Mehrere Thüringer Landkreise haben Geld eingesackt, das für Flüchtlinge bestimmt war**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 21. Juni 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 05

**Length:** 402 words

**Byline:** MICHAEL BARTSCH

**Highlight:** WÜRDE Mehrere Thüringer Landkreise haben Geld eingesackt, das für Flüchtlinge bestimmt war

### **Body**

---

DRESDEN taz In Thüringen sparen Landkreise an den Landespauschalen für Flüchtlinge und führen die erzielten Überschüsse ihren Haushalten zu. Diesen Skandal deckte jetzt der Mitteldeutsche Rundfunk auf.

Ein Beispiel ist der Wartburgkreis. Obschon dort das einzige Asylbewerberheim in Gerstungen nicht mal die Mindestbedingungen für den Betrieb erfüllt, sparte der Kreis zwischen 2004 und 2007 etwa 800.000 Euro an Kosten für Gebäude, Betreuung und Personal. Zuvor hatte das Landesverwaltungsamt bereits grobe Verstöße beim baulichen Zustand und beim Brandschutz festgestellt.

Nach dem seit 1999 geltenden Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetz erhalten Landkreise und kreisfreie Städte vom Freistaat monatliche Kostenerstattungen von 177 Euro für die Unterbringung, 24,45 Euro für die Betreuung und 272 Euro für sonstige Kosten, die für jeden aufgenommenen Flüchtling entstehen. Die Höhe der Pauschalen muss alle zwei Jahre geprüft werden. Abrechnung und Rückzahlungspflicht sind hingegen nicht vorgesehen.

Auch das Altenburger Land, der Kyffhäuserkreis und der Unstrut-Hainich-Kreis haben nach Angaben des Landesverwaltungsamtes mit Asylbewerbern Gewinne erzielt. Die beiden letztgenannten Kreise bestätigten mehrjährige Überschüsse von jeweils etwa 170.000 Euro.

Nicole Gehret, parteilose Sozialdezernentin des Wartburgkreises, will die Vorwürfe nun prüfen. Als einen unglaublichen Missstand geißelte Petra Albert, Migrationsbeauftragte der Evangelischen Kirche Mitteldeutschland, die Tatsache, dass Landkreise auf Kosten von Migranten Haushaltslöcher stopfen.

Zum Weltflüchtlingstag hatte die Landtagsfraktion der Thüringer Grünen bereits die überwiegende Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften, Abschiebungen und die Praxis der Verpflegungsgutscheine kritisiert. Astrid Rothe-Beinlich, die migrationspolitische Sprecherin der Grünen-Landtagsfraktion, fordert Konsequenzen für die Verantwortlichen. Es kann nicht sein, dass einige Landkreise sich an der Unterbringung von AsylbewerberInnen bereichern, während diese in desolaten Gemeinschaftsunterkünften oder Sammelagern unterhalb des Existenzminimums leben müssen, sagt sie der taz.

Nicht mal Standard WÜRDE Mehrere Thüringer Landkreise haben Geld eingesackt, das für Flüchtlinge bestimmt war

Statt wirksame Rahmenbedingungen für Flüchtlinge zu schaffen, habe die Landesregierung dafür gesorgt, dass in Thüringen ein flüchtlingsfeindliches Klima herrsche. Wer angesichts solcher Zustände von Willkommenskultur in Thüringen redet, macht sich lächerlich.

MICHAEL BARTSCH

**Load-Date:** June 20, 2012

---

End of Document

## Teure Beratung; MIGRANTEN Der Flüchtlingsrat Niedersachsen warnt vor einer Agentur, die teure Dienstleistung anbietet

taz, die tageszeitung

Donnerstag 29. November 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 22

**Length:** 349 words

**Byline:** ILK

**Highlight:** MIGRANTEN Der Flüchtlingsrat Niedersachsen warnt vor einer Agentur, die teure Dienstleistung anbietet

### Body

---

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen warnt vor dem Migranten Center International (MCI), einer Agentur, die Flüchtlingen in Hannover teure Dienstleistungen anbietet. Angeboten wird alles von Schuldnerberatung über Drogenprävention und Versicherungen aller Art bis zu Beratungen in Sorgerechtsfragen, sagt Kai Weber vom Flüchtlingsrat Niedersachsen. Eine Preisliste fehle und auch der Hinweis darauf, wer die Leistung erbringe.

Ein Flüchtling aus dem Iran hatte sich mit einer Rechnung an den Flüchtlingsrat gewandt. 809 Euro soll er an das MCI bezahlen. Auf seiner Rechnung, die der taz vorliegt, wird beispielsweise der Posten Verfahrensgebühr & Fahrtkosten für verschiedene Aktivitäten mit 320 Euro und Beratung sowie Übersetzung und Behörden-Begleitung mit 330 Euro aufgeführt. Es ist nichts rechtswidrig, überteuerte Leistungen anzubieten, aber es verstößt eindeutig gegen die guten Sitten, sagt Weber. Außerdem gäbe es in Hannover eine Beratungsstruktur für Migranten mit qualifizierten Mitarbeitern. Auf Anfragen des Flüchtlingsrat habe der Inhaber vom MCI, Peyman Tabibzadeh, bis heute nicht reagiert.

Tabibzadeh bestreitet, dass der Flüchtlingsrat ihn angesprochen habe. Der 42-Jährige kam vor rund 25 Jahren nach Deutschland, lebt heute in Hannover und sagt, seine Ein-Mann-Agentur gäbe es seit 2007. Er arbeitet beispielsweise mit der Anwaltskanzlei Willig, Koch & Kollegen zusammen. Er vermittelt uns meist iranische Staatsangehörige, die wir dann in Asylverfahren vertreten und ist als Dolmetscher dabei, sagt Rechtsanwalt Klaus Rudolph.

Ich weiß, wie schwer es ist, hier anzukommen und Arbeit zu finden, sagt Tabibzadeh und er wolle helfen und seine Erfahrung weitergeben. Zu teuer findet er seine Dienstleistung nicht. Und wieso er beim Asylbewerberheim an der Hildesheimer Straße in Hannover Hausverbot bekam, wisse er auch nicht.

Es ist einfach unseriös und intransparent, sagt Weber. Und die Missbrauchsgefahr sei sehr hoch, wenn von einem Landsmann Unterstützung angeboten wird. ILK

Teure Beratung MIGRANTEN Der Flüchtlingsrat Niedersachsen warnt vor einer Agentur, die teure  
Dienstleistung anbietet

Es ist nichts rechtswidrig, verstößt aber gegen gute Sitten

KAI WEBER, FLÜCHTLINGSRAT

**Load-Date:** November 28, 2012

---

End of Document

**"Gestorben wird hier schnell"; GRIECHENLAND Die Gewalt gegen Migranten nimmt stetig zu. Die Polizei rät, selbst zurückzuschlagen - auf keinen Fall aber soll jemand Anzeige erstatten**

taz, die tageszeitung

Freitag 13. Juli 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

**Length:** 960 words

**Byline:** JAN EGELAND / JUDITH SUNDERLAND

**Highlight:** GRIECHENLAND Die Gewalt gegen **Migranten** nimmt stetig zu. Die Polizei rät, selbst zurückzuschlagen auf keinen Fall aber soll jemand Anzeige erstatten

## Body

---

Mir wurde klar, wie schnell man hier sterben kann. Wir kommen von so weit her und können hier einfach getötet werden, erzählte uns Ali Rahimi, ein afghanischer **Asylbewerber**, der im September 2011 mit fünf Messerstichen niedergestreckt wurde.

Rahimi ist nur eines von vielen Gewaltopfern in Griechenland. Im Zuge der Wirtschaftskrise und zunehmender sozialer Spannungen werden **Asylbewerber** immer häufiger zum Ziel von blinder Fremdenfeindlichkeit. Bei den Recherchen zu unserem diese Woche veröffentlichten Bericht über xenophobe Gewalt in Griechenland sprachen wir mit Dutzenden **Migranten**, die in den vergangenen Monaten geschlagen, getreten, aus Bussen gezerrt oder durch die Straßen gehetzt wurden, darunter auch zwei schwangere Frauen. Seit Anfang Mai allein meldeten die Medien sieben solcher brutalen Übergriffe. Doch viele Opfer wie unser somalischer Übersetzer Saleh Ibrahim, dem bei einem Angriff Ende Juni die Hand gebrochen wurde erstatten niemals Anzeige.

Jagd auch auf Schwangere

Rahimis Schicksal ist keinesfalls eine Ausnahme. Der Bezirk Agios Panteleimonas im Athener Stadtzentrum, wo Rahimi gemeinsam mit einer Gruppe Afghanen von einem mit Flaschen bewaffneten Mob angegriffen wurde, wird von Migranten und Asylsuchenden gemieden, seit sich dort vor einigen Jahren eine Bürgergruppe gegründet hat, um die Anwohner zu schützen. Human Rights Watch hat zahlreiche gewaltsame Übergriffe in dem Viertel dokumentiert.

Das einzig Ungewöhnliche an Rahimis Geschichte ist, dass seine mutmaßlichen Angreifer verhaftet wurden. Den meisten Opfer werden beträchtliche Hindernisse in den Weg gelegt, wenn sie die Justiz einschalten wollen. So rät die Polizei oft ausdrücklich von einer Anzeige ab, mit der Begründung, diese sei aussichtslos. Stattdessen empfehlen die Ordnungshüter den Gewaltopfern, einfach zurückzuschlagen, oder sie warnen Migranten ohne



"Gestorben wird hier schnell" GRIECHENLAND Die Gewalt gegen Migranten nimmt stetig zu. Die Polizei rät, selbst zurückzuschlagen - auf keinen Fall aber soll jema....

gültige Aufenthaltspapiere, eine Anzeige könne sie selbst ins Gefängnis bringen. Wer dennoch auf eine Anzeige besteht, muss eine Gebühr von 100 Euro bezahlen. Verhaftungen wie jene im Juni sind die klare Ausnahme in der Regel bleibt die Polizei tatenlos.

Obwohl der Prozess wegen der Messerattacke auf Ali Rahimi im beschleunigten Verfahren geführt wird, wurde er bereits sechsmal vertagt und ist nun für September 2012 vorgesehen. Ob die Staatsanwaltschaft ein rassistisches Motiv für die Tat zugrunde legen wird, ist offen. Das vor vier Jahren in Griechenland eingeführte Gesetz gegen Hasskriminalität ist bislang noch nicht angewendet worden.

Enormer Migrationsdruck

Für all das kann es eine Entschuldigung geben. Es bleiben allenfalls Erklärungsversuche.

Griechenland steht zweifellos unter einem enormen Migrationsdruck. Schätzungen zufolge gelangen täglich etwa 300 Migranten aus der Türkei ins Land. Obwohl die meisten von ihnen in andere europäische Staaten weiterreisen möchten, verpflichtet das EU-Recht Griechenland, die Durchreise irregulärer Migranten zu verhindern und alle Asylanträge vor Ort zu prüfen. Da das schlecht funktionierende griechische Asylsystem der Antragsflut jedoch nicht gerecht werden kann, erleben viele Migranten Griechenland mittlerweile als ein einziges großes Gefängnis, wie ein sudanesischer Flüchtling treffend beschrieb.

Es kann nicht sein, dass diese Wiege der westlichen Zivilisation in eine Epoche institutionalisierter Gewalt gegen Migranten zurückfällt. Die EU sollte alles daran setzen, die grundlegenden Menschenrechte jener zu schützen, die in der Hoffnung auf ein besseres und vor allem sichereres Leben nach Europa kommen.

Der Zustrom mittelloser Migranten, die größtenteils auf der Straße leben, verändert Griechenlands Städte, allen voran Athen, in beunruhigender Weise. Im Vorfeld der jüngsten Parlamentswahlen standen die Zunahme der Kriminalität und der Verfall von Städten hoch auf der Agenda. Nationalistische und rechtsextreme Parteien wie die Goldene Morgenröte konnten in den letzten Jahren an Einfluss und Popularität gewinnen, indem sie auf die migrationsfeindliche Stimmung setzten. Bei den Wahlen im Mai und Juni 2012 gelang der Partei erstmals der Einzug ins Parlament, wo sie nun über 18 Sitze verfügt.

Die Goldene Morgenröte

Es gibt Anzeichen dafür, dass Mitglieder und Sympathisanten der Goldenen Morgenröte in Angriffe auf Migranten und Asylsuchende verwickelt waren, auch wenn die Partei die Übergriffe nicht selbst geplant oder durchgeführt hat. Eine wegen des Angriffs auf Ali Rahimi angeklagte Frau hatte zuvor für die Goldene Morgenröte bei den Parlamentswahlen kandidiert. Anfang Juni wurden drei Parteimitglieder zu gewaltsamen Übergriffen gegen Migranten vernommen; es kam jedoch nicht zur Anklage. Mitglieder der Goldenen Morgenröte sollen auch an anderen Übergriffen beteiligt gewesen sein.

Die wirtschaftlichen Belastungen und das unfaire EU-Asylrecht nehmen Griechenland nicht aus der Verantwortung. Die neue Regierung von Antonis Samaras muss gegen fremdenfeindliche Gewalt vorgehen. Sie muss dafür sorgen, dass die Polizei verstärkt präventiv handelt und Berichte über ausländerfeindliche Gewalt sorgfältig prüft und verfolgt. Ferner muss sie den Opfer einen uneingeschränkten Zugang zu Rechtsmitteln verschaffen. Daran sollte die EU das Land immer wieder aufs Neue erinnern.

Griechenland braucht aber auch die Hilfe der Europäischen Union. Sie soll technische und finanzielle Hilfe für die griechische Polizei und Justiz zur Verfügung stellen. Und das Dubliner Übereinkommen reformieren, wonach das Land für das Asylverfahren verantwortlich ist, in dem der Flüchtling das erste Mal EU-Boden betritt. Die damit für Griechenland verbundene Belastung ist absolut unfair.

JAN EGELAND, JUDITH SUNDERLAND

Das vor vier Jahren in Griechenland eingeführte Gesetz gegen Hasskriminalität ist bislang noch nie angewendet worden

"Gestorben wird hier schnell" GRIECHENLAND Die Gewalt gegen Migranten nimmt stetig zu. Die Polizei rät, selbst zurückzuschlagen - auf keinen Fall aber soll jema....

**Load-Date:** July 12, 2012

---

End of Document

**Dolmetscher bitte selber zahlen; ASYL I Weil sie Asylbewerbern höhere Sozialleistungen auszahlen müssen, greifen manche Brandenburger Landkreise zu Tricks: Sie ziehen das Geld an anderer Stelle wieder ab**

taz, die tageszeitung

Freitag 21. September 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN; S. 24

**Length:** 550 words

**Byline:** MARINA MAI

**Highlight:** ASYL I Weil sie Asylbewerbern höhere Sozialleistungen auszahlen müssen, greifen manche Brandenburger Landkreise zu Tricks: Sie ziehen das Geld an anderer Stelle wieder ab

## Body

---

VON MARINA MAI

Der Brandenburger Flüchtlingsrat kritisiert die finanzielle Schlechterstellung von Flüchtlingen durch mehrere Landkreise. Mit ihrer Praxis verstießen diese gegen den Geist des Urteils, das das Bundesverfassungsgericht im Juli zu den Sozialleistungen für Asylbewerberleistungen gefällt hat. Die Landkreise zahlen den Flüchtlingen zwar exakt den Geldbetrag aus, den Karlsruhe gefordert hat, erklärt die Sprecherin des Flüchtlingsrats, Dorothea Lindenberg. Sie ziehen ihnen aber das Geld an anderer Stelle wieder ab.

Im Juli hatte das Gericht die Höhe der Sozialleistungen für Flüchtlinge für grundgesetzwidrig erklärt. Die Richter forderten den Gesetzgeber auf, das Asylbewerberleistungsgesetz unverzüglich zu novellieren und erhöhten für die Übergangszeit die Sätze. Ein alleinstehender Erwachsener erhält seitdem beispielsweise 336 statt 224 Euro.

Im Visier hat der Flüchtlingsrat vor allem die Landkreise Oberhavel und Oberspreewald-Lausitz: Dort müssten Flüchtlinge jetzt Fahrten zum Amt sowie Dolmetscher für Arzt und Amtsbesuch selbst bezahlen. Bisher wurden diese Kosten erstattet. Begründung: Die Flüchtlinge hätten jetzt ja mehr Geld. Behördengänge fallen bei Flüchtlingen aber mehrmals im Monat an. Besonders bitter sei das, so Simone Tetzlaff vom Flüchtlingsrat, weil gerade diese Landkreise die Sozialleistungen bis auf ein Taschengeld in Gutscheinen gewähren: Damit kann man weder Fahrkarten noch Dolmetscher bezahlen, so dass das Bargeld dadurch meist schon alle ist. In Oberspreewald-Lausitz seien die von Karlsruhe geforderten höheren Leistungen zudem erst im September ausgezahlt worden. Und als Nachzahlung gab es ausschließlich Gutscheine.

In Berlin gibt es das Problem nicht, weil Flüchtlinge hier schon immer Bargeld erhalten. Auch die Praxisgebühr, die einige Brandenburger Landkreise seit kurzem Flüchtlingen für die Notfallbehandlungen abverlangen, wird in Berlin

Dolmetscher bitte selber zahlen ASYL I Weil sie Asylbewerbern höhere Sozialleistungen auszahlen müssen, greifen manche Brandenburger Landkreise zu Tricks: Sie z....

nicht erhoben. Kenntnisse, ob auch in Berlin Flüchtlingen das Geld wieder abgezogen wird, das ihnen Karlsruhe mehr gewährte, liegen laut Flüchtlingsrat bislang nicht vor.

Und noch einen weiteren Dreh hat die Organisation beobachtet, den die Landkreise anwenden, um Asylbewerbern weniger zu zahlen: Die Behörden behaupteten, die Flüchtlinge könnten freiwillig ausreisen, täten es aber nicht. In diesem Fall könnten sie nach Asylbewerberleistungsgesetz fast die Hälfte ihres Geldes gestrichen bekommen. In letzter Zeit häuften sich Berichte über solche Kürzungen.

Auch diese Kürzungen widersprechen in unseren Augen dem Grundgesetz und zeigen, dass das Asylbewerberleistungsgesetz abgeschafft gehört, sagt Simone Tetzlaff. Die Karlsruher Richter hätten eindeutig erklärt, dass die Menschenwürde nicht migrationspolitisch zu relativieren sei. Und hier geht es um eine migrationspolitische Sanktion, so Tetzlaff. Im Potsdamer Sozialministerium weiß man nichts von den neuerlichen Kürzungen. Wir kümmern uns darum, sagt Sprecher Florian Engels.

In der nächsten Landtagssitzung werden die Grünen eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung des Gesetzes fordern. Das erklärte deren migrationspolitische Sprecherin Ursula Nonnemacher der taz. Nach ihrem Willen sollen Flüchtlinge Sozialhilfe bekommen wie andere Bedürftige auch.

Im Potsdamer Sozialministerium weiß man nichts von den neuerlichen Kürzungen

**Load-Date:** September 20, 2012

## Abri kann vorerst bleiben; FLÜCHTLINGE Der iranischen Student Ehsan Abri kann nun doch in Deutschland einen Asyl-Antrag stellen. Er saß schon in Haft und sollte nach Ungarn abgeschoben werden

taz, die tageszeitung

Mittwoch 24. Juli 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 21

**Length:** 311 words

**Highlight:** FLÜCHTLINGE Der iranischen Student Ehsan Abri kann nun doch in Deutschland einen Asyl-Antrag stellen. Er saß schon in Haft und sollte nach Ungarn abgeschoben werden

### Body

---

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge verzichtet auf die Abschiebung des in Lübeck lebenden Flüchtlings Ehsan Abri nach Ungarn. Durch Anwendung des Selbsteintrittsrechts könne der Asylantrag des Iraners in Deutschland gestellt werden, teilte das Kieler Innenministerium am Dienstag mit.

Kurz zuvor hatte das Ministerium das Gegenteil vermeldet: Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bestehe darauf, dass Abri nach Ungarn rücküberstellt werde. Innenstaatssekretär Bernd Küpperbusch (SPD) war nach eigenen Angaben nicht über die 180-Grad-Drehung des Bundesamtes informiert worden. Erst durch eine Stellungnahme des Flüchtlingsrats habe er von der neuen Lage erfahren.

Ehsan Abri ist nach eigener Darstellung homosexuell und Kommunist. Er war im Mai von der Bundespolizei kontrolliert und in Abschiebehaft geführt worden. Innenminister Breitner hatte vor einem Monat Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) gebeten, sich für eine humanitäre Lösung einzusetzen. Friedrich hatte daraufhin die Überstellung von Abri nach Ungarn zunächst gestoppt und eine erneute Prüfung des Selbsteintritts zugesagt.

Das Bundesamt hatte nach Angaben Küpperbuschs am 17. Juli vorerst eine Ablehnung des Selbsteintrittsrechts kommuniziert. Die sogenannte Dublin-Verordnung gibt den Mitgliedstaaten die Möglichkeit, Asylanträge selbst zu prüfen, obwohl sie nach den regulären Kriterien der Verordnung eigentlich nicht zuständig sind. Für ein Selbsteintrittsrecht können familiäre, kulturelle oder andere humanitäre Gesichtspunkte sprechen.

Ehsan Abri kann jetzt mit einer gewissen Berechtigung hoffen, als Asylbewerber in Deutschland anerkannt zu werden, sagte der Staatssekretär. Flüchtlingen aus dem Iran werde in Deutschland vielfach Schutz gewährt, entweder durch politisches Asyl, Gewährungs von Flüchtlingsschutz oder die Feststellung eines Abschiebeverbots. (epd)

Abri kann vorerst bleiben FLÜCHTLINGE Der iranischen Student Ehsan Abri kann nun doch in Deutschland einen Asyl-Antrag stellen. Er saß schon in Haft und sollte ....

**Load-Date:** July 23, 2013

---

End of Document

**Gesellschaftliche Vielfalt als Wille und Wirklichkeit; SERIE Gegenüber Migranten geben sich die Piraten zwar offen. Doch in der Partei finden sie sich kaum**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 03. Mai 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 07

**Length:** 477 words

**Byline:** CHRISTIAN JAKOB / DANIEL BAX

**Highlight:** SERIE Gegenüber Migranten geben sich die Piraten zwar offen. Doch in der Partei finden sie sich kaum

## Body

---

BERLIN taz | Auf die Frage, wie Deutschland mit seinen Einwanderern umgehen sollte, gibt das Parteiprogramm der Piraten fortschrittliche Antworten: Ein erleichterter Ehegattennachzug, eine großzügige Bleiberechtsregelung, sofortige Arbeitserlaubnis für Flüchtlinge statt jahrelanger Arbeitsverbote, die Abschaffung der Drittstaatenregelungen für Asylsuchende und die Gleichstellung bei den Sozialleistungen – all diese Forderungen haben die Piraten im Bund von ihrem Berliner Landesverband übernommen.

Männlich, in der gleichen Alterskohorte zwischen Ende zwanzig und Anfang vierzig und ohne Migrationshintergrund muss man aber offenbar sein, um es in der Partei zu etwas zu bringen. Nach dem Rücktritt der bisherigen Geschäftsführerin Marina Weisband, die in Kiew geboren wurde und in vielerlei Hinsicht eine Ausnahmestellung genoss, ist das Bild, das der neu gewählte Parteivorstand bietet, wieder eine Spur uniformer geworden. Anders als bei den etablierten Parteien muss man Migranten hier noch immer mit der Lupe suchen. Das Ideal der gesellschaftlichen Vielfalt, welche die Piraten so gerne im Mund führen, spiegelt sich in den Parteistrukturen nicht so recht wider.

Die AG Ausländerpolitik ist auch nur eine von vielen Arbeitsgruppen der Bundespartei – und sicher nicht die wichtigste. Entsprechend zugeknöpft gibt sie sich: Für die Piraten will dort niemand sprechen. Denn: 90 Prozent der Piraten haben keine Ahnung von Migrationspolitik, gibt der Berliner Piraten-Abgeordnete Fabio Reinhardt freimütig zu. Für die Studentin Miriam Seyffahrt vom Berliner Squad Integration, einer Arbeitsgruppe der Partei, ergibt sich eine offene Haltung gegenüber Migranten aber schon aus dem Weltbild der Piraten: Unsere Grundwerte sind Partizipation und Teilhabe, sagt sie. Daraus folge zwangsläufig, auch MigrantInnen Teilhaberechte zuzugestehen. Die Querelen um problematische Nazi-Vergleiche, welche die Piraten vor ihrem Parteitag in Neumünster in Atem hielten, hält sie deshalb keineswegs für repräsentativ für die Partei. Leider haben wir aber auch sehr viel Missverständnisse und Unwissenheit – auch darüber, wann Rassismus anfängt.

Gesellschaftliche Vielfalt als Wille und Wirklichkeit SERIE  
Gegenüber Migranten geben sich die Piraten zwar  
offen. Doch in der Partei finden sie sich kaum

In Sachen Migrationspolitik gibt es vielmehr große Überschneidungen mit Linken und Grünen. Das geht nicht so weit auseinander , sagt Miriam Seyffahrt. Aber wir müssen auf keine möglichen Koalitionspartner Rücksicht nehmen.

An einigen Stellen gehen die Piraten deshalb weiter als andere: Während die Grünen Flüchtlingen nur schneller einen Zugang zum Arbeitsmarkt verschaffen wollen, fordern die Piraten wie die Linkspartei ein sofortiges Arbeitsrecht. Bei Flüchtlingsorganisationen stoßen sie damit auf viel Wohlwollen. Ihr klares Bekenntnis zum Flüchtlingsschutz ist wirklich erfreulich , lobt Marei Pelzer von Pro Asyl. Doch erst die Zeit werde zeigen, ob es sich auch bewähre.

CHRISTIAN JAKOB, DANIEL BAX

**Load-Date:** May 2, 2012

---

End of Document



**Ein paar kleine Freiheiten für Flüchtlinge; KOALITION Die Residenzpflicht wird gelockert. Auch sonst haben sich Union und SPD auf ein paar Fortschritte im Asylrecht geeinigt**

taz, die tageszeitung

Freitag 15. November 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 07

**Length:** 566 words

**Byline:** DANIEL BAX

**Highlight:** KOALITION Die Residenzpflicht wird gelockert. Auch sonst haben sich Union und SPD auf ein paar Fortschritte im Asylrecht geeinigt

## Body

---

VON DANIEL BAX

BERLIN taz Vergangenen Donnerstag hatten die Unterhändler von Union und SPD schon beschlossen, die umstrittene Residenzpflicht für Asylbewerber komplett abzuschaffen. Das kam einer kleinen Sensation gleich.

Doch einigen in der Union ging das zu weit. In einer internen Sitzung, die Teilnehmer als turbulent beschrieben, wurde der CDU-Staatssekretärin für Integration, Maria Böhmer, die für die Union in der Arbeitsgruppe Migration die Verhandlungen führt, tags darauf zu große Nachgiebigkeit vorgeworfen. Vor allem die CSU verlangte von ihr, die entsprechende Passage in dem vereinbarten Papier wieder zurückzuziehen. Jetzt soll die Residenzpflicht von einer Großen Koalition nur noch gelockert, aber nicht aufgehoben werden.

Auch in anderen Punkten haben sich die beiden künftigen Koalitionspartner jetzt auf ein paar kleine Fortschritte für Flüchtlinge geeinigt. Große Einigkeit besteht darüber, dass die Asylverfahren beschleunigt werden sollen. Bislang ziehen sie sich oft über Monate, manchmal über ein Jahr hin. Das zuständige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, das die Asylanträge bearbeitet, soll dafür jetzt mehr Geld und Personal bekommen.

Außerdem sollen Asylbewerber, deren Verfahren läuft, bereits nach sechs Monaten arbeiten dürfen. Bislang beträgt die Wartezeit, die ihnen auferlegt ist, neun Monate. Die Vorrangsprüfung, nach der Arbeitgeber erst einmal prüfen lassen müssen, ob nicht andere Arbeitnehmer für die Stelle in Frage kämen, bleibt aber bestehen. Es war völlig klar, dass die Union daran nicht rütteln will, sagte der SPD-Asylexperte Rüdiger Veit am Donnerstag der taz. In strukturschwachen Regionen komme dies aber weiter einem Arbeitsverbot gleich, kritisiert Pro-Asyl-Geschäftsführer Günter Burkhardt.

Ein paar kleine Freiheiten für Flüchtlinge KOALITION Die Residenzpflicht wird gelockert. Auch sonst haben sich Union und SPD auf ein paar Fortschritte im Asylre....

Burkhardt verweist auch darauf, dass die Lockerung der Residenzpflicht allein für Asylsuchende in Bayern und Sachsen eine Verbesserung sei. Denn nur dort gilt noch die Regel, dass sich Asylbewerber nur innerhalb ihres Landkreises oder Bezirks bewegen dürfen. Überall sonst dürfen sie sich schon jetzt innerhalb ihrer Bundesländer frei bewegen. Das ist nicht der Durchbruch, gibt der SPD-Asylexperte Rüdiger Veit zu. Aber für die Praxis haben wir bedeutende Fortschritte erzielen können. So soll für Flüchtlinge, die ihr Bundesland kurzzeitig verlassen, um anderswo Freunde oder Verwandte zu besuchen, künftig kein Antrag, sondern nur noch eine Mitteilung nötig sein jedenfalls bei Kurzvisiten von bis zu einer Woche. Und geduldete Flüchtlinge, die seit Jahren in Deutschland leben, sollen ein dauerhaftes Bleiberecht erhalten, wenn sie sich gut integriert haben. Bei Jugendlichen und Kindern reicht da schon ein Schulabschluss.

Keine Einigung gab es mit Blick auf die europäische Flüchtlingspolitik. Dass sich im künftigen Koalitionsvertrag dazu womöglich kein Wort finden wird, sei angesichts der Ereignisse im Mittelmeer und der Überlastung Griechenlands ein Unding, findet Veit. Doch alle Versuche, über eine Reform der Dublin-II-Regeln zu reden, habe die Union kategorisch abgeblockt.

Die Unterarbeitsgruppe Integration und Migration hat ihre Verhandlungen bereits in dieser Woche abgeschlossen. Die große Runde der Parteien wird voraussichtlich am 21. November abschließend über ihre Ergebnisse beraten. Bis dahin stehen sie noch unter Vorbehalt.

Bei der europäischen Flüchtlingspolitik gab es keine Einigung in der Arbeitsgruppe

**Load-Date:** November 14, 2013

## Kein Bargeld für Roma?; ASYL Flüchtlinge sollen mehr Unterstützung bekommen - aber auch mehr Auflagen. Kritik von Pro Asyl

taz, die tageszeitung

Samstag 01. Dezember 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 05

**Length:** 494 words

**Byline:** Christian Jakob

**Highlight:** ASYL Flüchtlinge sollen mehr Unterstützung bekommen aber auch mehr Auflagen. Kritik von Pro Asyl

### **Body**

---

BERLIN taz Höhere Leistungen, aber seltener Bargeld für Asylbewerber und Geduldete das sieht offenbar ein Gesetzentwurf des Bundessozialministeriums vor.

Laut einem Bericht der Süddeutschen Zeitung sollen Asylbewerber und Geduldete künftig etwa 10 Prozent weniger bekommen als Hartz-IV-Empfänger: Einem alleinstehenden Erwachsenen stünden dann 336 Euro zu, Kindern bis zum sechsten Geburtstag 202 Euro. Bis Juli dieses Jahres mussten sie von nicht einmal zwei Dritteln des Existenzminimums für Deutsche leben; ein Erwachsener bekam nur rund 224 Euro.

Das Bundesverfassungsgericht hatte die seit 1993 nicht angehobenen Sätze im Juli für verfassungswidrig erklärt. Die grundgesetzlich garantierte Menschenwürde sei migrationspolitisch nicht zu relativieren, so die Richter. Sozialministerin Ursula von der Leyen (CDU) wurde verpflichtet, die Sätze für Asylbewerber neu zu berechnen.

Dass den Flüchtlingen, denen meist verboten ist, für ihren Lebensunterhalt zu arbeiten, nicht gleich der komplette Hartz-IV-Satz ausgezahlt werden soll, begründet die Bundesregierung laut SZ nun damit, dass sie wegen ihres oft kurzen Aufenthalts Hausratsgegenstände wie Herd oder Waschmaschine von Amts wegen gestellt bekommen, statt eine pauschale Barzahlung zu erhalten. Die Hilfe soll möglichst als Sachleistung, in Form von Essenspaketen oder Gutscheinen gewährt werden. Würde das stimmen, würde sich die Lage für Flüchtlinge in vielen Bundesländern, die in der Vergangenheit zur Zahlung von Bargeld übergegangen sind, verschlechtern (siehe Karte).

Laut SZ drängt Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) zudem darauf, dass Asylantragsteller aus Ländern, die nicht für politische Verfolgung bekannt sind, eine geringere Unterstützung erhalten: Neben den Essenspaketen soll es offenbar kein Taschengeld mehr geben. Dies sei nötig, um die Einreise aus asylfremden, insbesondere aus wirtschaftlichen Motiven zu bekämpfen. Die Regelung zielt vor allem auf Roma aus Serbien und Mazedonien, die derzeit häufiger Asylanträge in Deutschland stellen. Friedrich will dazu offenbar die beiden Länder zu sicheren Herkunftsländern erklären lassen.

Kein Bargeld für Roma? ASYL Flüchtlinge sollen mehr Unterstützung bekommen - aber auch mehr Auflagen.  
Kritik von Pro Asyl

Das Sozialministerium wollte den Bericht der SZ nicht bestätigen. Es gebe bislang nur einen Arbeitsentwurf, sagte eine Sprecherin von Ursula von der Leyen und der sehe lediglich eine Anpassung der Regelsätze vor. Die von Friedrich verlangten neuen Sanktionsinstrumente für die Roma wären demnach nicht enthalten.

Exakt zwanzig Jahre nach dem Asylkompromiss des Jahres 1992, mit dem das Asylbewerberleistungsgesetz auf den Weg gebracht wurde, bezieht Bundesinnenminister Friedrich wieder den alten migrationspolitischen Schützengraben, sagte Günter Burkhardt von Pro Asyl. Der Gesetzentwurf zementiere außerdem die soziale Ausgrenzung von Asylsuchenden. Sachleistungen und Essenspakete entmündigen Flüchtlinge in ihrer Lebensführung.

CHRISTIAN JAKOB

Von der Leyen und Friedrich streiten noch um die Neuregelung des Asylrechts

**Load-Date:** November 30, 2012

---

End of Document

## Einen humanitären Korridor öffnen

taz, die tageszeitung

Dienstag 08. Oktober 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** THEMEN DES TAGES; S. 02

**Length:** 528 words

**Byline:** CHRISTIAN JAKOB

### Body

---

#### Das Problem

Es gehört zum Kern des europäischen Selbstverständnisses: Politisch Verfolgte genießen Schutz. Alle Länder Europas haben sich darauf festgelegt. Doch wie Flüchtlinge dieses Recht in Anspruch nehmen können, steht nirgends. Eine legale Möglichkeit, in die EU einzureisen, um hier einen Asylantrag zu stellen, existiert nicht.

Das ist der Hauptgrund dafür, dass seit den 1990er Jahren über 20.000 Menschen auf dem Weg nach Europa gestorben sind. Denn nur mit Hilfe von Schleppern, auf kleinen Booten und abseitigen Routen kommt man als Flüchtling noch nach Europa (Ausnahme: Umsiedlung durch das Flüchtlingshilfswerk der UNO, siehe Text rechts). Daran hat auch das neue europäische Asylsystem nichts geändert.

#### Die Reform

Das jüngste Schiffsunglück vor Lampedusa hat die Forderung nach einem Einreiserecht für Asylsuchende wieder auf die politische Agenda gesetzt. Entscheidend ist die freie Passage über das Mittelmeer. Nur so können solche Katastrophen beendet werden, sagt Helmut Dietrich von der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration FFM. Bürgerrechtsorganisationen rund um das italienische Netzwerk Melting Pot Europe formulierten in den vergangenen Tagen einen Appell zur Öffnung eines humanitären Korridors. Ihr Vorschlag: Die EU soll Kriegsflüchtlingen ermöglichen, direkt bei den europäischen Institutionen in Libyen, Ägypten, Syrien oder wo immer es nötig ist (in den Konsulaten oder anderen EU-Büros) ihren Asylwunsch vorzubringen. Dort soll ihnen die gefahrlose Einreise in die EU ermöglicht werden.

Mittlerweile verbreiten Nichtregierungsorganisationen aus ganz Europa den Aufruf. Wir wollen Handlungsperspektiven diesseits und jenseits des Mittelmeers entwickeln und die europäischen Institutionen tatkräftig an ihre Bindung an die Menschenrechte erinnern, sagt Dietrich. Er rechne damit, dass Asyl-Flüchtlinge demnächst EU-Einrichtungen aufsuchen und eine freie Passage nach Europa fordern. Wir wollen schon jetzt planen, wie wir diese Forderung dann unterstützen können.

Wer hätte etwas davon?

## Einen humanitären Korridor öffnen

Dies würde vor allem Angehörigen von Krisenstaaten wie Afghanistan, Somalia, Syrien oder Eritrea helfen. Wenn sie es erst mal nach Europa schaffen, haben ihre Asylanträge durchaus Erfolgsaussichten. Würde Europa ihnen einen legalen Zugang einrichten, bliebe ihnen die bislang nötige Schiffspassage in Zukunft erspart.

## Der Haken am Konzept

Die Konsulate in den Transit- und Herkunftsländern zu neuen Anlaufstellen für Asylsuchende zu machen, ist nicht ohne Risiko. Es könnte Begehrlichkeiten wecken, die Asylverfahren mittelfristig gleich ganz in Nordafrika abzuwickeln. Das hatten 2003 schon der damalige deutsche Innenminister Otto Schily (SPD) und der britische Premierminister Tony Blair vorgeschlagen und damit heftige Kritik ausgelöst. Menschenrechtsorganisationen lehnen ein solches Modell strikt ab: Ohne Rechtsschutz und unabhängige Aufklärung hätten Flüchtlinge endgültig keine Chance mehr, ihre Rechte wahrzunehmen, fürchten sie.

## Aussichten auf Umsetzung?

Dürftig. In Sachen Migration hat die EU in den letzten Jahrzehnten eine klare Linie der Abwehr von Flüchtlingen verfolgt.

CHRISTIAN JAKOB

- Den Aufruf unterzeichnen: [bit.ly/1hwqe36](http://bit.ly/1hwqe36)

**Load-Date:** October 7, 2013

**Junge Flüchtlinge weiterhin wie Erwachsene behandelt; MIGRATION  
Deutschland blockiert besseren Schutz von minderjährigen Asylbewerbern  
in der EU**

taz, die tageszeitung

Dienstag 14. Februar 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 07

**Length:** 633 words

**Byline:** RUTH REICHSTEIN

**Highlight:** MIGRATION Deutschland blockiert besseren Schutz von minderjährigen Asylbewerbern in der EU

## Body

---

BRÜSSEL taz Die deutsche Bundesregierung blockiert gemeinsam mit einigen anderen EU-Mitgliedstaaten Regeln für einen besseren Schutz von minderjährigen Flüchtlingen in der Europäischen Union. Das geht aus der Antwort auf eine Anfrage der Linken-Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke hervor, die der taz vorliegt.

In der Anfrage geht es um die Verhandlungsposition Deutschlands zu den neuen EU-Asylrechtsregeln, die zurzeit in Brüssel verhandelt werden. Die EU-Kommission hat unter anderem vorgeschlagen, jedem unbegleiteten minderjährigen Flüchtling einen Rechtsbeistand zuzuteilen, der einzig das Wohl des Kindes zu berücksichtigen hat.

In der Antwort an die Abgeordnete Jelpke heißt es dazu: Ferner tritt die Bundesregierung dafür ein ( ), es den Mitgliedsstaaten weiterhin zu ermöglichen, von der Bestellung eines Vertreters abzusehen, wenn der unbegleitete Minderjährige 16 Jahre alt oder älter und in der Lage ist, sein Asylverfahren ohne einen Vertreter weiter zu betreiben.

Menschenrechtsorganisationen und EU-Abgeordnete halten diese Ablehnung für unverantwortlich: Solch ein Vormund wäre sehr vernünftig. Ein 16-Jähriger, der noch nicht einmal Deutsch spricht, kann seine Interessen kaum überzeugend verteidigen, sagt Torsten Moritz von der Kommission der Kirchen für Migranten in Europa.

Die Bundesregierung fürchte, so die SPD-Europaabgeordnete Birgit Sippel, den höheren Aufwand, längere Verfahren und höhere Kosten: Es ist peinlich, dass Deutschland jede Maßnahme zum besseren Schutz von Flüchtlingskindern ablehnt, sagt Sippel. Auch Hendrik Cremer vom Deutschen Institut für Menschenrechte übte kürzlich im Familienausschuss des Bundestages scharfe Kritik an Deutschland und forderte Nachbesserungen im Asylsystem. Nach der UN-Konvention für Kinderrechte seien alle Menschen bis zum Erreichen der Volljährigkeit als Kinder anzusehen, auch 16- bis 17-jährige Jugendliche. Doch gerade diese würden von deutschen Behörden allzu oft wie Erwachsene behandelt.

Junge Flüchtlinge weiterhin wie Erwachsene behandelt  
MIGRATION Deutschland blockiert besseren Schutz  
von minderjährigen Asylbewerbern in der EU

Cremer hält es außerdem für unverantwortlich, die Kinder in Sammelunterkünften unterzubringen. Gemäß der UN-Konvention müssten sie prinzipiell in einer Pflegefamilie oder einer anderen kindgemäßen Unterkunft einen Platz bekommen.

Aber davon will die deutsche Bundesregierung offenbar nichts wissen. Im Gegenteil: In Brüssel hält Deutschland auch das geht aus der Antwort an Ulla Jelpke hervor außerdem daran fest, dass Minderjährige ebenso wie Erwachsene in beschleunigten Asylverfahren etwa direkt am Flughafen in ihr Land abgeschoben werden dürfen. Genauso will Berlin die Regel beibehalten, dass auch Minderjährige in Haft genommen werden können. 2010 haben in Deutschland rund 1.300 minderjährige Flüchtlinge Asyl beantragt.

Die Diskussionen zum EU-einheitlichen Asylsystem laufen in Brüssel schon seit Mai 2010. Eigentlich hatten sich die Mitgliedsstaaten dazu verpflichtet, sich bis spätestens Ende 2012 auf gemeinsame Regeln zu einigen. Die zuständige EU-Kommissarin Cecilia Malmström ist zwar noch optimistisch, dass eine Einigung erzielt werden kann. Allerdings räumt auch sie ein, dass es sehr schwierig werden wird. Deutschland stehe nach Angaben der EU-Kommission mit seiner ablehnenden Haltung nicht alleine da. Auch andere Länder wie zum Beispiel Frankreich sind skeptisch.

Nach Aussagen des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlingsfragen (UNHCR) waren innerhalb der EU, Norwegen und der Schweiz im Jahre 2009 rund 15.000 unbegleitete minderjährige Asylbewerber gelandet. Die meisten von ihnen waren Jungen im Alter von 14 Jahren oder darüber und kamen aus Afghanistan, Somalia, Angola, der Demokratischen Republik Kongo, Eritrea und Irak. RUTH REICHSTEIN

Deutschland ist gegen einen verbindlichen Rechtsbeistand für junge Flüchtlinge

Im Jahre 2010 beantragten 1.300 minderjährige Flüchtlinge hier Asyl

**Load-Date:** February 13, 2012



**Streit um Lampedusa-Flüchtlinge eskaliert; MIGRATION Hamburger Innensenator und Linksautonome lassen die Muskeln spielen und stellen wechselseitig Ultimaten. Die Kirche wirft dem Senat vor, er gebe den Asylsuchenden keine Chance**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 16. Oktober 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 21

**Length:** 352 words

**Byline:** MAC

**Highlight:** **MIGRATION** Hamburger Innensenator und Linksautonome lassen die Muskeln spielen und stellen wechselseitig Ultimaten. Die Kirche wirft dem Senat vor, er gebe den **Asylsuchenden** keine Chance

## Body

---

Der Konflikt um die Kontrollen der sich in Hamburg befindlichen Lampedusa-**Flüchtlinge** eskaliert. Während AktivistInnen aus dem Umfeld der Roten Flora ankündigten, sich in ihrem Protest nicht mehr auf legale Aktionsformen zu beschränken und für Dienstag Abend im Schanzenviertel mobilisierten, setzt Innensenator Michael Neumann (SPD) die polizeiliche Überprüfung der **Flüchtlinge** unbeirrt fort. Bis Dienstag nahm die Polizei zwölf von ihnen wegen des Verdachts des illegalen Aufenthalts in Gewahrsam. Acht **Flüchtlinge** wurden der Ausländerbehörde übergeben.

Erstmals hatte die Polizei vorigen Freitag gezielt afrikanische Migranten kontrolliert und damit in der Unterstützerszene einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Während die Flüchtlinge sich weigern, ihre Identität Preis zu geben, betont Neumann, es werde eine Einzelfallprüfung geben, deren Voraussetzung die Identitätsfeststellung der Betroffenen sei. Neumann droht den Flüchtlingen, wer sich bis zum heutigen Mittwoch nicht bei der Ausländerbehörde melde, werde zur Fahndung ausgeschrieben.

Rund 80 afrikanischen Männer halten sich seit Juni in der Hamburger St. Pauli-Kirche auf. Pastor Sieghard Wilm klagt: Sobald man die Kirche verlässt, kann man von der Polizei aufgegriffen und dann erkennungsdienstlich behandelt werden. Das Ergebnis wird dann ja die Rückführung nach Italien sein. Und das schafft hier eine Art Ghetto-Situation. Innensenator Neumann dagegen wirft der Kirche vor, den Flüchtlingen falsche Hoffnungen zu machen: Es wird hier keine Perspektive geben, wenn man nicht bereit ist, seinen Namen zu nennen und seine Fluchtgeschichte zu schildern.

Auch ein Aufstellen von Wohn-Containern für die Flüchtlinge im Bezirk Altona lehnt der Senator ab. Hier hatte Stadtentwicklungsbehörden-Staatsrat Michael Sachs (SPD) der Altonaer Bezirksbürgermeisterin Liane Melzer

Streit um Lampedusa-Flüchtlinge eskaliert MIGRATION Hamburger Innensenator und Linksautonome lassen die Muskeln spielen und stellen wechselseitig Ultimaten. Die....

(SPD) in einem Brief seine Einschätzung kundgetan, das Aufstellen solcher Container sei rechtswidrig. Das Problem: Die Behörde und Sachs sind überhaupt nicht zuständig. MAC

Die AktivistInnen der Roten Flora wollen sich nicht länger auf legale Aktionsformen beschränken

**Load-Date:** October 22, 2013

---

End of Document

## **Human beherbergt hinter Gittern; GRIECHENLAND In Athen wird das erste Internierungslager für Einwanderer und Asylsuchende eröffnet**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 02. Mai 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 10

**Length:** 392 words

**Byline:** JANNIS PAPADIMITRIOU

**Highlight:** GRIECHENLAND In Athen wird das erste Internierungslager für Einwanderer und **Asylsuchende** eröffnet

### **Body**

---

ATHEN taz | Ausgerechnet wenige Tage vor der Parlamentswahl in Griechenland hat der sozialistische Bürgerschutzminister Michalis Chryssochoidis eine vermeintliche Erfolgsmeldung verkündet. Die Regierung habe begonnen, illegale Einwanderer und **Flüchtlinge** in Containerlagern unterzubringen. Dort sollen sie auf ihre Abschiebung warten, falls keine Gründe für eine **Asylgewährung** vorlägen.

Am Wochenende wurde das erste Lager im Nordwesten Athens nahe der Ortschaft Amygdaleza eröffnet. Über fünfzig Migranten ohne Papiere, die in den vergangenen Tagen bei verdachtsunabhängigen Kontrollen der Polizei im Großraum Athen aufgegriffen wurden, sind dort inhaftiert. Bis Ende dieser Woche sollen weitere 150 Personen dazukommen. Das Lager soll insgesamt 1.200 Einwanderer aufnehmen können.

Weitere fünfzig Einrichtungen dieser Art sind in Planung und sollen vornehmlich aus EU-Mitteln finanziert werden. Die Athener Tageszeitung Kathimerini berichtet, allein im Jahr 2012 würde die EU-Kommission bis zu 30 Millionen Euro beisteuern, weitere 40 Millionen seien für 2013 im Gespräch.

In Griechenland leben heute mehr als eine Million Migranten, deren Rechtslage unsicher bleibt, selbst wenn sie sich jahrelang im Land aufhalten. Jedes Jahr kommen mehr als 100.000 dazu, vor allem über die Grenze zur Türkei. Die Athener Regierung steht unter Dauerbeschuss der EU, weil sie nicht in der Lage sei, die Ostgrenze des Landes zu sichern. Zudem kritisieren sämtliche Menschenrechtsorganisationen die Lebensbedingungen von Flüchtlingen in Auffanglagern entlang der griechisch-türkischen Grenze. In ihrem jüngsten Bericht spricht die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl von einer humanitären Katastrophe in der Region.

Um die Grenzbehörden zu entlasten, will Bürgerschutzminister Chryssochoidis Containerlager über das Land verteilen. Die Inhaftierten sollen hinter Gittern ausharren, das Lager nicht verlassen dürfen und rund um die Uhr von der griechischen Polizei oder privaten Sicherheitskräften bewacht werden.

Human beherbergt hinter Gittern GRIECHENLAND In Athen wird das erste Internierungslager für Einwanderer und Asylsuchende eröffnet

Menschenrechtsorganisationen sprechen von Haftanstalten , gelegentlich von Konzentrationslagern . Chryssochoidis will das nicht auf sich sitzen lassen. Er spricht lieber von Beherbergungslagern , in denen sich die betroffenen Ausländer hoffentlich nicht länger als vier Wochen aufhalten würden. Die Lebensbedingungen dort seien human. JANNIS PAPADIMITRIOU

**Load-Date:** May 1, 2012

---

End of Document

## Mehr Asylbewerber, mehr Leistungen; MIGRATION Laut aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes erhielten 2010 130.300 Flüchtlinge Hilfe

taz, die tageszeitung

Mittwoch 04. Juli 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 06

**Length:** 286 words

**Highlight:** MIGRATION Laut aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes erhielten 2010 130.300 Flüchtlinge Hilfe

### Body

---

WIESBADEN/KARLSRUHE epd 130.300 Menschen haben Ende 2010 Hilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten. Wie das Statistische Bundesamt am Dienstag in Wiesbaden mitteilte, stieg die Zahl der Empfänger damit erstmals seit 1997 wieder an, und zwar um 7,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Insgesamt beliefen sich die Ausgaben für Asylbewerberleistungen 2010 auf 815 Millionen Euro, 3,3 Prozent mehr als 2009. Die größte Empfängergruppe stammte mit 15.200 Personen aus Serbien, gefolgt von 9.400 Menschen aus dem Irak und 8.300 Personen aus Afghanistan.

Die Leistungssätze werden gerade überprüft. Am 18. Juli will das Bundesverfassungsgericht seine Entscheidung bekannt geben. In dem seit 1993 geltenden Asylbewerberleistungsgesetz ist geregelt, dass Flüchtlinge mit 224,97 Euro auskommen müssen. Das sind 40 Prozent weniger, als ein alleinstehender Hartz-IV-Empfänger erhält.

Geklagt haben ein kurdischer Flüchtling aus dem Irak, der 2003 nach Deutschland kam, und ein heute elfjähriges, aus Liberia stammendes Mädchen, das mittlerweile die deutsche Staatsangehörigkeit hat.

Im Asylbewerberleistungsgesetz gilt das Sachleistungsprinzip. Das heißt, die Leistungen für Unterkunft, Haushalt, Ernährung, Kleidung und Körperpflege werden je nach den unterschiedlichen Flüchtlingsaufnahmegesetzen in den Bundesländern in Form von Sachleistungen wie Essenspaketen oder Gutscheinen erbracht.

Zusätzlich gibt es einen monatlichen Geldbetrag in Höhe von 40,90 Euro für Erwachsene und 20,45 Euro für Kinder und Jugendliche bis vierzehn Jahre. Erwachsene erhalten Grundleistungen in Höhe von 224,97 Euro im Monat. Die Summe setzt sich zusammen aus einem Taschengeldbetrag von 40,90 Euro sowie 184,07 Euro in Sachleistungen oder Bargeld.

**Load-Date:** July 3, 2012

Mehr Asylbewerber, mehr Leistungen MIGRATION Laut aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes  
erhielten 2010 130.300 Flüchtlinge Hilfe

---

End of Document

**"Es braucht den Willen, Flüchtlinge zu schützen"; SCHWARZ-GRÜN Wird das Asyl zur Gretchenfrage einer Koalition? Grünen-Chefin Claudia Roth kritisiert die Union**

taz, die tageszeitung

Samstag 12. Oktober 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AKTUELLES; S. 05

**Length:** 875 words

**Byline:** INES POHL / CHRISTIAN JAKOB

**Highlight:** SCHWARZ-GRÜN Wird das Asyl zur Gretchenfrage einer Koalition? Grünen-Chefin Claudia Roth kritisiert die Union

## Body

---

### INTERVIEW INES POHL UND CHRISTIAN JAKOB

taz: Frau Roth, ist Innenminister Hans-Peter Friedrich ein Hassprediger, wie der Linken-Chef Bernd Riexinger sagt?  
Claudia Roth: Das ist populistisch. Man darf den Begriff Hassprediger nicht relativieren. Aber Friedrich macht Stimmung, wenn er Worte wie Asylmissbrauch benutzt oder von Zuwanderung in die Sozialsysteme redet. Für die CSU gilt nach wie vor, dass es rechts von ihnen nichts geben darf. Aber wer auf diese Weise Stimmung macht, macht Rassismus salonfähig und hilft denen ganz rechts außen und auch solchen wie der Alternative für Deutschland. Was die machen, ist Neorassismus in Nadelstreifen. Das sind nicht nur Eurogegner, das ist die deutsche Tea Party. Ihr Wahlwerbespot war offener Rassismus. Und da muss ein Innenminister verdammt aufpassen.

Auch nach dem Lampedusa-Unglück hat Friedrich jede Öffnung bei der Flüchtlingspolitik ausgeschlossen. Müssten die Grünen nicht alles tun, um in Regierungsverantwortung daran etwas zu ändern?

Flüchtlingen zu helfen ist unsere Verpflichtung, das steht in unserem grünen Stammbuch. Friedrich ist ein Architekt der Festung Europa. Das Mittelmeer ist das Meer des Todes geworden und Herr Friedrich verweigert sich völlig jeder europäischen Verantwortung.

Die wichtigsten Migrationsforscher Deutschlands haben gefordert, dem Innenministerium die Zuständigkeit für Migration und Integration zu entziehen. Zuwanderungspolitik werde dort nur als Gefahrenabwehr begriffen. Die Forscher fordern ein Ministerium für Arbeit, Soziales, Migration und Integration. Das wäre doch ein schönes Ressort für die Grünen.

"Es braucht den Willen, Flüchtlinge zu schützen" SCHWARZ-GRÜN Wird das Asyl zur Gretchenfrage einer Koalition? Grünen-Chefin Claudia Roth kritisiert die Union

Es geht nicht um Namen von Ministerien, sondern darum, ob ein Konsens für eine andere Politik gefunden werden kann. Das Anliegen der Wissenschaftler ist ja richtig, aber es braucht erst den politischen Willen, Europa nicht vor Flüchtlingen zu schützen, sondern Flüchtlinge zu schützen.

Vor dem ersten Sondierungsgespräch hat die CDU Entgegenkommen signalisiert. Parteivize Armin Laschet und die Integrationsbeauftragte Maria Böhmer sagten, es müssten alle Möglichkeiten ausgelotet werden, damit Flüchtlinge in ihren seeuntüchtigen Booten nicht mehr zu Tode kommen .

Ich kann mich nicht erinnern, dass es bei Frau Böhmers Tätigkeit im Bundeskanzleramt jemals ernsthaft um Flüchtlinge ging. Müsste , sollte , könnte , das reicht mir nicht aus.

Hat die CDU das bei den Gesprächen nicht substantiiert?

Nein, wir werden da noch ins Detail gehen müssen. Wir machen keine Koalition, nur weil es dafür eine rechnerische Mehrheit gäbe. Wir wollen eine wirkliche Energiewende, eine gerechte, offene Gesellschaft, echte globale Verantwortung. Die Bundesregierung redet nach Lampedusa von Entwicklungshilfe und liefert Waffen an Länder, die zu Terror und Gewalt und somit direkt zur millionenfachen Flucht beitragen, das passt vorne und hinten nicht zusammen.

Wie könnte es denn gehen?

Den Menschenrechten muss Geltung verschafft werden. Wir müssen weg von der Logik der Gefahrenabwehr. Flüchtlinge sollten nicht länger als Illegale gelten.

Ein Menschenrechtsministerium zu führen, entspräche doch genau Ihrer Biografie.

Das entspräche grüner Biografie.

Die Grünen wollen die Grenzschutzagentur Frontex und das neue Grenzkontrollsystem Eurosur auf die Seenotrettung verpflichten. Ist das mit deren Aufgabe, illegale Migration zu stoppen, vereinbar?

Eurosur soll illegale Einwanderer aufspüren, verhindern und verfolgen . Die Priorität ist in der Tat eine komplett andere, auch bei Frontex. Jetzt kann man sagen: Hau weg den Scheiß. Aber das ist nicht sehr realistisch.

Wäre es denn politisch richtig?

Ich kann jetzt gerne sagen, dass die Grünen mit ihren 8 Prozent dafür sind, Frontex abzuschaffen. Politisch wäre es richtig, aber es ist wenig realistisch, dafür europaweit die nötigen Mehrheiten zu bekommen. Es ist aussichtsreicher zu fragen, wie man das Mandat grundlegend verändern und im Sinne des Schutzes von Flüchtlingen umdrehen kann.

Eine Möglichkeit wird auf Ihrem Parteitag nächstes Wochenende auf der Tagesordnung stehen: die Forderung nach einem humanitären Korridor für Asylsuchende. Wie soll der aussehen?

Wir wollen, dass endlich wieder ein legaler Zugang nach Europa geschaffen wird. Es muss humanitäre Visa geben, um den tödlichen Weg über das Mittelmeer unnötig zu machen.

Als Anlaufstellen hierfür sind EU-Botschaften, etwa in Afrika, im Gespräch. Birgt das nicht die Gefahr, dass das Asylverfahren gleich ganz dorthin ausgelagert wird, wie Otto Schily es schon 2003 wollte?

Das wollen wir natürlich nicht. Man muss verhindern, dass am Ende das Bundesamt für Migration in Eritrea sitzt und dort die Asylverfahren abwickelt.

Die Grünen wollen, dass Deutschland mehr Kontingentflüchtlinge aufnimmt. Die UN bitten die wichtigsten Industriestaaten um jährlich etwa 200 sogenannte Resettlement-Aufnahmeplätze je 1 Million Einwohner in Deutschland wären das 16.000. Und das ist noch wenig, wenn Sie sich anschauen, was in den Flüchtlingslagern



"Es braucht den Willen, Flüchtlinge zu schützen" SCHWARZ-GRÜN Wird das Asyl zur Gretchenfrage einer Koalition? Grünen-Chefin Claudia Roth kritisiert die Union

rund um Syrien los ist. Diese Zahlen sind sehr moderat, sehr UNHCR-mäßig. Deutschland nimmt derzeit 300 Kontingentflüchtlinge pro Jahr auf. Das reicht nicht.

Die CDU lehnt eine Erhöhung strikt ab. Was wollen Sie da bei Verhandlungen verlangen?

Noch sondieren wir nur. Aber klar ist, es müssen deutlich mehr sein.

**Load-Date:** October 11, 2013

---

End of Document

**Bedingungen machen krank; FLÜCHTLINGE Menschen ohne Papiere sind medizinisch auf Projekte angewiesen, der Staat verweigert die gesundheitliche Grundversorgung**

taz, die tageszeitung

Freitag 27. Dezember 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

**Length:** 998 words

**Highlight:** **FLÜCHTLINGE** Menschen ohne Papiere sind medizinisch auf Projekte angewiesen, der Staat verweigert die gesundheitliche Grundversorgung

## Body

---

Jeder kennt sie: Kein Mensch ist illegal lautet seit zwei Jahrzehnten die Parole der antirassistischen Bewegung, um die Illegalisierung, Entrechtung und Kriminalisierung von Menschen ohne Aufenthaltsstatus anzuprangern.

Besonders prekär ist die gesundheitliche Situation von Menschen ohne Papiere, denen der Zugang zur Gesundheitsversorgung faktisch verwehrt ist. Sie sind im Krankheitsfall oder bei Schwangerschaft auf selbstorganisierte und nichtstaatliche Projekte wie das 1996 gegründete Berliner Büro für medizinische **Flüchtlingshilfe** oder auf Angebote von Wohlfahrtsverbänden angewiesen. Und nicht nur sie: Kein Mensch ist illegal benennt als Statement nur noch einen Teil der Problemlagen, mit denen diese Alternativstrukturen konfrontiert sind. Der 2009 eingeführten Krankenversicherungspflicht zum Trotz ist ein Leben ohne Krankenversicherung und ohne Zugang zur regulären medizinischen Versorgung für immer mehr Menschen Realität im schlimmsten Fall mit tödlichen Folgen.

### Verweigerte Behandlungen

So suchen immer häufiger Menschen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen, Hilfe beim Büro für medizinische Flüchtlingshilfe oder ähnlichen Projekten. Da ihre medizinische Versorgung nach dem Gesetz eingeschränkt ist und dieses zudem von vielen Sozialämtern restriktiv ausgelegt wird, kommt es immer wieder vor, dass Behandlungen oder Medikamente verweigert werden.

Daneben nimmt vor allem die Zahl der PatientInnen aus den neuen EU-Ländern zu: Sie können sich zwar legal in Deutschland aufhalten, sind aber meistens weder hier noch in ihren Herkunftsländern krankenversichert. Darunter sind viele Roma aus Bulgarien und Rumänien, die massiver Diskriminierung ausgesetzt sind. Darüber hinaus wächst die Zahl der Flüchtlinge, die aus anderen EU-Ländern wie Italien eingereist sind. Sie dürfen sich zwar legal in Deutschland aufhalten, sozialrechtlich bleibt gemäß der Dublin II-Verordnung aber das erste EU-Land zuständig selbst wenn es dort faktisch keine Versorgung gibt. Die Gleichung unversichert = ohne legalen Aufenthaltsstatus gilt damit immer weniger.

Bedingungen machen krank FLÜCHTLINGE Menschen ohne Papiere sind medizinisch auf Projekte angewiesen, der Staat verweigert die gesundheitliche Grundversorgung

Während ein einheitlicher Rechtsrahmen für die europäischen Arbeits-, Dienstleistungs-, Waren- und Kapitalmärkte geschaffen wird, stellt sich die sozialrechtliche Situation der innereuropäischen MigrantInnen äußerst uneinheitlich und bisweilen widersprüchlich dar. Der Zugang zu medizinischen Leistungen und deren Finanzierung stellt Beratungsstellen, Gesundheitsdienste und Krankenhäuser vor zum Teil unlösbare Fragen. Hier müssen dringend europaweit Sozialstandards definiert und durchgesetzt werden.

Der Staat kriminalisiert

Doch ebenso wie bei der Gesundheitsversorgung von Menschen ohne Papiere fehlt dafür der politische Wille. Während der Staat kriminalisiert, entrechtet und Verantwortung verschiebt, setzt er zugleich darauf, dass Parallelstrukturen die schlimmsten sozialen Verwerfungen und Gesundheitsgefährdungen der staatlichen Exklusionspolitik kompensieren.

Einen regulären Zugang zur Gesundheitsversorgung können diese Strukturen nicht ersetzen: Unbezahlt und auf Spendenbasis ist weder eine vernünftige medizinische Versorgung zu gewährleisten, noch kann es angehen, dass selbstorganisierte Projekte für die Umsetzung des Menschenrechts auf Gesundheitsversorgung verantwortlich gemacht werden.

Anlässlich dieser unhaltbaren Situation hat das Büro für medizinische Flüchtlingshilfe zum Tag der Menschenrechte am 10. Dezember den von zahlreichen Organisationen und Einzelpersonen unterzeichneten Aufruf Für eine reguläre Gesundheitsversorgung aller Menschen unabhängig vom Aufenthaltsstatus! veröffentlicht. Organisationen wie Medico International, der Verein Demokratischer Ärztinnen und Ärzte, IPPNW und Ärzte der Welt kritisieren mit ÄrztInnen, Beschäftigten im Gesundheitswesen und WissenschaftlerInnen: Was selbstverständlich sein sollte, ist es leider nicht: In Deutschland haben viele MigrantInnen keine Krankenversicherung und keinen regulären Zugang zur medizinischen Versorgung. Die Folge: Behandelbare Erkrankungen entwickeln sich zu vermeidbaren Notfällen. Das ist ein Skandal und stellt nicht nur die Betroffenen, sondern auch alle, die im Gesundheitswesen tätig sind, vor große Probleme.

Eine zentrale Forderung ist die Streichung des § 87 Aufenthaltsgesetz, der verhindert, dass Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus Zugang zur medizinischen Regelversorgung haben: Wenn sie beim Sozialamt einen Krankenschein nach AsylbLG beantragen, ist das Sozialamt nach § 87 verpflichtet, die Ausländerbehörde zu informieren. Im schlimmsten Fall droht dann die Abschiebung.

Darüber hinaus macht der Aufruf auf die Situation der nicht-versicherten EU-BürgerInnen aufmerksam und kritisiert die krank machenden Lebensbedingungen von Flüchtlingen, insbesondere die Lagerunterbringung, die Zuteilung von Essenspaketen, Arbeits- und Ausbittungsverbote sowie Einschränkungen der persönlichen Mobilität durch die Residenzpflicht. Nur eine Abschaffung aller gesundheitsgefährdenden, diskriminierenden Sondergesetze für Flüchtlinge und MigrantInnen kann diesen unhaltbaren Zustand beenden.

Versäumnisse und Warteflure

Flüchtlinge ohne Aufenthaltsstatus, Asylsuchende, Lampedusa-Flüchtlinge, ArbeitsmigrantInnen, EU-BürgerInnen die Gruppe derjenigen, denen der Zugang zur Regelversorgung verwehrt bleibt, wird immer größer. Auf dem schmalen Warteflur des Büros für medizinische Flüchtlingshilfe im Berliner Mehringhof spiegeln sich ebenso wie in den Rettungsstellen der Krankenhäuser die Widersprüche und Versäumnisse der deutschen und europäischen Flüchtlings- und Migrationspolitik wider. Wir können das Problem nicht lösen. Die Beschäftigten im Gesundheitswesen können es nicht lösen. Sie und viele andere haben sich nun zu Wort gemeldet: Reguläre medizinische Versorgung aller hier lebenden Menschen unabhängig vom Aufenthaltsstatus und vom Herkunftsland! MEDIBÜRO BERLIN

In Deutschland haben viele MigrantInnen weder Krankenversicherung noch Zugang zur medizinischen Versorgung

Bedingungen machen krank FLÜCHTLINGE Menschen ohne Papiere sind medizinisch auf Projekte angewiesen, der Staat verweigert die gesundheitliche Grundversorgung

---

End of Document

## Erleichterungen für Einwanderer; INTEGRATION In Hamburg erhalten Asylbewerber eine Krankenversicherung, Migranten Berufsberatung

taz, die tageszeitung

Mittwoch 04. April 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 22

**Length:** 310 words

**Byline:** MARCO CARINI

**Highlight:** INTEGRATION In Hamburg erhalten Asylbewerber eine Krankenversicherung, Migranten Berufsberatung

### Body

---

Der Hamburger Senat will mit zwei Initiativen die Lebenssituation von MigrantInnen in der Hansestadt verbessern. Am Dienstag kündigte die Sozialbehörde an, dass alle 4.600 in Hamburg registrierten AsylbewerberInnen ab Mitte 2012 nach Bremer Vorbild eine eigene Krankenversicherungskarte erhalten.

Bisher wurden die Behandlungskosten kranker Asylbewerber über von den Ärzten zu stellende Einzelrechnungen von der Sozialbehörde abgerechnet, fortan unterliegen sie dem ganz normalen Abrechnungssystem. Allerdings unterliegt ihre Behandlung starken Einschränkungen, etwa im zahnmedizinischen Bereich. Zudem bedeutet die Neuregelung keine Verbesserung für die illegal in Hamburg lebenden Flüchtlinge, die weiterhin durch das Versicherungsraster fallen und weitgehend auf ehrenamtliche ärztliche Betreuung angewiesen sind.

Für Hamburgs Sozialbehörde ist die von der AOK Bremen/Bremerhaven herausgegebene Karte ein Schritt zur Normalität, der dazu führe, dass Bürokratie abgebaut wird. Auch Antje Möller von den Hamburger Grünen (GAL) sieht in der Neuerung vorwiegend eine Verfahrenserleichterung für die Behörden. Ob die Karte für die AsylbewerberInnen mit mehr Vor- als Nachteilen verbunden sein wird, sei unklar, eine wissenschaftliche Begleitung dieses Modells deshalb dringend geboten.

Daneben hat der Hamburger Senat ein Gesetz beschlossen, dass die Anerkennung nicht in Deutschland erworbener Berufsqualifikationen stärken soll und im Gegensatz zum gerade in Kraft getretenen Bundesanerkennungsgesetz einen Rechtsanspruch auf Beratung für Migranten mit Auslandsabschluss festschreibt. Die GAL begrüßt diesen Schritt, warnt aber zugleich davor, dass die Bezeichnung Anerkennungsgesetz falsche Erwartungen bei den Betroffenen wecke. Auch in Zukunft würden viele in anderen Ländern erworbene Berufsabschlüsse in Deutschland nahezu wertlos bleiben. MARCO CARINI

**Load-Date:** April 3, 2012

Erleichterungen für Einwanderer INTEGRATION In Hamburg erhalten Asylbewerber eine  
Krankenversicherung, Migranten Berufsberatung

---

End of Document

## **Herz für Asylbewerber; MIGRATION Die SPD-Bürgerschaftsfraktion fordert vom SPD-Senat ein neues Integrationskonzept**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 09. Mai 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** HAMBURG AKTUELL; S. 24

**Length:** 325 words

**Byline:** MARCO CARINI

**Highlight:** **MIGRATION** Die SPD-Bürgerschaftsfraktion fordert vom SPD-Senat ein neues Integrationskonzept

### **Body**

---

Es ist ein Papier der guten Vorsätze und hehren Ziele, ein Antrag, in dem die Worte soll und sollen gleich einige Dutzend Male vorkommen. Am heutigen Mittwoch meldet die SPD-Fraktion einen Antrag zur Neuausrichtung der Integration in Hamburg zur Befassung in der Bürgerschaftssitzung am 23. Mai an.

Darin wird der Senat aufgefordert, bis Frühjahr 2013 ein Handlungskonzept vorzulegen, das neuen Schwung in die Integrationspolitik der Stadt bringt. Diese solle sich künftig nicht nur an anerkannte Zuwanderer und Flüchtlinge, sondern auch an Asylbewerber im laufenden Verfahren und Menschen mit einem Duldungsstatus wenden. So müsse für diese Gruppen endlich der ungehinderte Zugang zur Bildung und zum Gesundheitssystem gewährleistet sein.

Das geforderte Konzept, das auch durch regelmäßige Kampagnen unterstützt werden müsste, solle sich auch an die aufnehmende Gesellschaft, die Hamburger ohne Migrationshintergrund richten, fordert die Fraktion. Faktische Schwerpunkte sollen Sprachförderung, Bildung und Ausbildung sowie die Integration in den Arbeitsmarkt sein.

Dass die SPD verbesserte Chancen für Migrantinnen auf dem Arbeitsmarkt fordert, zuletzt aber Einrichtungen schloss, die Schulabgängerinnen mit ausländischen Wurzeln beim Berufseinstieg halfen, ist für den SPD-Migrationsexperten Kazim Abaci kein Widerspruch: Auch dieser Bereich bleibt von den Sparvorgaben nicht verschont.

Alle Behörden sollen in Zukunft an der Querschnittsaufgabe Integration mitwirken, der Integrationsbeirat soll an der Ausgestaltung der Maßnahmen stärker beteiligt werden. Ob diese Ziele erreicht werden, soll zudem regelmäßig überprüft und ausgewertet werden.

Zudem macht sich die Fraktion für eine Bundesinitiative zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts stark. Die Möglichkeit einer doppelten Staatsbürgerschaft soll dabei den Wahlzwang ersetzen, der derzeit zwischen der deutschen Staatsangehörigkeit und der des Heimatlandes besteht. MARCO CARINI

Herz für Asylbewerber MIGRATION Die SPD-Bürgerschaftsfraktion fordert vom SPD-Senat ein neues Integrationskonzept

**Load-Date:** May 8, 2012

---

End of Document



**"Die Bootsflüchtlinge an der Flucht hindern"; AUSTRALIEN Ex-Premier Rudd verteidigt die Kehrtwende in der Flüchtlingspolitik, obwohl sie seine frühere Politik konterkariert**

taz, die tageszeitung

Samstag 15. September 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 09

**Length:** 864 words

**Byline:** SVEN HANSEN

**Highlight:** AUSTRALIEN Ex-Premier Rudd verteidigt die Kehrtwende in der Flüchtlingspolitik, obwohl sie seine frühere Politik konterkariert

## Body

---

### INTERVIEW SVEN HANSEN

taz: Am Freitag sind die ersten 30 Bootsflüchtlinge von Australiens Weihnachtsinsel in ein Lager in den Pazifikstaat Nauru gebracht worden. Nachdem Sie Premierminister in Canberra geworden waren, hatten Sie 2008 das Lager in Nauru schließen und Asylbewerber fortan in Australien selbst überprüfen lassen. Warum?

Kevin Rudd: Meine Regierung wurde gewählt mit dem Versprechen einer humaneren Behandlung von Asylsuchenden. Dazu gehörte, Zwangsinternierungen von Flüchtlingskindern zu beenden und Flüchtlinge künftig auf Australiens Weihnachtsinsel zu überprüfen. Doch seitdem haben sich Dinge geändert. So hat sich die Zahl der Flüchtlinge aus der Region durch politische Unruhen dort erhöht, besonders durch den Bürgerkrieg in Sri Lanka. Das zwang Australiens jetzige Regierung von Premierministerin Gillard, kürzlich neue Maßnahmen zu ergreifen.

Von denen, die per Schiff übers Meer zu uns fliehen, ertrinken viele. Deshalb müssen wir Menschen an der Flucht per Boot hindern. Zugleich müssen mehr Flüchtlinge, die vom UNHCR offiziell anerkannt sind, aufgenommen werden. Australien nimmt nach den USA und Kanada die dritthöchste Zahl der Welt auf. 20.000 können jetzt pro Jahr aus allen Flüchtlingslagern der Welt zu uns kommen.

Bestätigt das nicht indirekt den Vorwurf, dass Australien bisher schon längst mehr Flüchtlinge hätte aufnehmen sollen?

Nein, wir nehmen unsere internationalen Verpflichtungen des Flüchtlingsschutzes sehr ernst. Das zeigt sich doch darin, dass, wenn wir weniger Boat People aufnehmen, um sie vom Risiko der Fahrt abzuhalten, wir gleichzeitig

"Die Bootsflüchtlinge an der Flucht hindern" AUSTRALIEN Ex-Premier Rudd verteidigt die Kehrtwende in der Flüchtlingspolitik, obwohl sie seine frühere Politik ko....

mehr anerkannte Flüchtlinge aufnehmen. Die moralische Frage ist doch: Wie viel Leute darf man ertrinken lassen, bevor man Maßnahmen zur Abschreckung unternimmt?

Warum wehrt sich Australien so gegen Flüchtlinge, die dort direkt Asyl beantragen?

Das setzt doch voraus, dass sie es bis Australien schaffen. Damit werden die übergangen, die bereits in Lagern sind, was ein moralisches Problem ist. Denn diese sind früher geflohen und vom UNHCR anerkannt. Australien hat eine offene Migrationspolitik. Wir nehmen 180.000 Einwanderer pro Jahr aus aller Welt auf, dazu 20.000 anerkannte Flüchtlinge. Dann haben wir noch 300.000 ausländische Studenten und Saisonarbeiter im Rahmen von Working-Holiday-Visa. So nimmt unser Land von 23 Millionen Einwohnern eine halbe Million Menschen pro Jahr auf, davon 200.000 dauerhaft. Eine große Zahl. Dass wir unterscheiden, wer übers Wasser kommt, liegt daran, dass zu viele dabei ertrinken. Viele Bootsflüchtlinge kommen aus Ländern wie dem Iran, doch für Iraner ist die Anerkennungsquote als Flüchtlinge international gering. Das hält sie leider nicht davon ab, mit ihren Kindern die gefährliche Fahrt zu riskieren.

War es ein Fehler, das Lager in Nauru geschlossen zu haben?

Das Problem hat viele Dimensionen. Wir haben ja die Zwangsinternierung für alle Asylsuchenden beibehalten, egal, ob sie per Boot oder Flugzeug kommen. Wir haben die Bearbeitungszeit während der Zwangsinternierung auf drei Monate begrenzt. Früher war das unbegrenzt. Und wir haben dafür gesorgt, dass Kinder nicht mehr interniert werden. Boat People wurden fortan auf der Weihnachtsinsel überprüft. Es hat sich seitdem aber aus verschiedenen Gründen die Zahl der Bootsflüchtlinge stark erhöht wie auch die Zahl derjenigen, die ertrunken sind. Deshalb ist es verantwortliche Politik, Menschen davon abzuhalten. Deshalb hat die Regierung die Politik wieder geändert.

Australiens konservative Opposition sagt, gerade Ihre Schließung des Lagers in Nauru war der Anreiz, dass wieder mehr Flüchtlinge übers Meer kamen.

Das sind typische Worte von Politikern. Unser Job ist doch, die Migrationspolitik zu regeln. Wir sind ein Land, in dem von 23 Millionen Menschen ein Drittel im Ausland geboren wurde, zählen wir die Elterngeneration mit, ist es gar die Hälfte. Wir sind also sehr offen und nehmen deshalb 180.000 Migranten im Jahr auf. Wir glauben, wir machen die richtige Migrationspolitik.

Wie kann ein Tamile aus Sri Lanka nach Australien fliehen?

Flieht jemand, geht es laut Flüchtlingskonvention nicht darum, dass die Person ihr Wunschland erreicht, sondern vor Verfolgung geschützt wird. Ich gebe hier keine Fluchttipps. Das UNHCR verwaltet die Flüchtlinge. Ist eine Person im UNHCR-Prozess, übernehmen irgendwann Aufnahmeländer den Fall. Würde jeder Flüchtling gefragt, wo er gern hinwollte, würden die meisten wohl Deutschland, Schweden oder Australien sagen. Dafür wurde die Konvention aber nicht geschaffen. Es geht nicht um wirtschaftliche Motive, sondern um Schutz.

Kritiker empfinden Australiens Flüchtlingspolitik insofern als rassistisch, als Zwangsinternierungen von Bootsflüchtlingen Personen aus armen Staaten betreffen, während wohlhabendere Migranten aus Industrieländern als Touristen einreisen, dann untertauchen und meist damit durchkommen.

Das stimmt nicht. Von den 180.000 regulären Einwanderern, die wir pro Jahr aufnehmen, kommt die Mehrzahl aus nichtwestlichen Staaten. Und von den 20.000 Flüchtlingen, die wir jedes Jahr aufnehmen, kommt die Mehrheit aus Afrika. Und im Internierungslager Villawood in Sydney gibt es viele junge Europäer, die ohne gültige Visa aufgegriffen wurden.

**Load-Date:** September 14, 2012

**Freie Mobilität für alle!; DISKUSSION Angesichts des alten und neuen Rassismus fordern Vertreter aus Wissenschaft, Publizistik, Politik und Kultur Solidarität mit den Kämpfen von MigrantInnen**

taz, die tageszeitung

Samstag 07. September 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** HINTERGRUND; S. 11

**Length:** 731 words

**Highlight:** DISKUSSION Angesichts des alten und neuen Rassismus fordern Vertreter aus Wissenschaft, Publizistik, Politik und Kultur Solidarität mit den Kämpfen von MigrantInnen

## Body

---

Die Debatte um die Aufklärung der NSU-Mordserie zeigt, dass ein Teil der gesellschaftlichen und politischen Eliten Deutschlands gelernt hat, im Nachhinein Rassismus zu erkennen und zu benennen. Aber in Solidarität mit den Kämpfen von MigrantInnen und Geflüchteten gegen Ausgrenzung und im Angesicht neuer nationalistischer Bürgerproteste muss sich der Blick nun auf die ganze Breite der rassistischen Muster richten, die unsere Gesellschaft immer noch prägen.

Geheimdienste und Strafverfolgungsbehörden sind im Zuge der Aufklärung der NSU-Morde viel kritisiert worden. Wenn aber von einem systematischen Versagen die Rede ist, so ist damit meist das System der Sicherheitsbehörden gemeint nicht der institutionelle und alltägliche Rassismus in Deutschland.

Und so werden nationalistische Diskurse gegen MigrantInnen wieder lauter. Nicht nur Neonazis, auch aufgebrachte BürgerInnen vertreten ihre rassistischen Einstellungen öffentlich, und Parteien wie Pro Deutschland nutzen die Gunst der Stunde. Heute müssen in Deutschland wieder Flüchtlinge vor rassistischer Mobilisierung fliehen in Berlin-Hellersdorf richtet(e) sich diese gegen die Eröffnung einer Flüchtlingsunterkunft, in Duisburg-Bergheim gegen die bloße Anwesenheit rumänischer und bulgarischer EU-BürgerInnen.

Schnell werden bei diesen Bildern Erinnerungen an die Gewalt der 1990er Jahre in Rostock-Lichtenhagen, Solingen, Mölln, Lübeck und andernorts wach. Die faktische Abschaffung des Asylrechts 1993 wurde zynisch auch damit begründet, dass nur eine Verschlechterung des Asylrechts und der Lebensbedingungen der Geflüchteten in Deutschland den Pogromen ein Ende setzen würden.

Heute entdeckt immerhin selbst die Bild-Zeitung in den Hellersdorfer Vorgängen eine Schande für die Hauptstadt. Einsatz gegen Nazis wird weithin gelobt. Auch die bei Personenkontrollen angewandte Methode des Racial Profiling wurde gerichtlich für illegitim erklärt. Doch die Gesetze von 1993 samt ihrer deutsch-nationalen Logik und Sprache gelten weiterhin. Die Reden von der Unvereinbarkeit von Islam und westlicher Wertegemeinschaft

Freie Mobilität für alle! DISKUSSION Angesichts des alten und neuen Rassismus fordern Vertreter aus  
Wissenschaft, Publizistik, Politik und Kultur Solidarität mi....

ebenso wie die von den Fluten südosteuropäischer Armutsflüchtlinge , vom sozialen Sprengstoff und von überforderten Kommunen folgen bekannten Mustern.

Deutsche Städte vermarkten sich zwar als vielfältig , doch bei leeren Kassen dominiert der Rassismus auch das Handeln der Verwaltungen. Anstatt nur über ohnehin verwässerte Verfassungsschutzreformen zu reden, müsste die Konsequenz aus dem NSU-Komplex die Veränderung der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse sein, die das Morden unterstützt haben.

Dafür dürfen keine Bedrohungsszenarien mehr verbreitet werden. Immer mehr Flüchtlinge kommen wieder in Deutschland an. Viele von ihnen kämpfen seit über einem Jahr an mehreren Orten Deutschlands gegen ihre Diskriminierung und nennen laut ihre Forderungen. Mit Protestcamps, Hungerstreiks und Protestmärschen verlangen sie etwa ein Ende der Residenzpflicht und Anerkennung. Sie zeigen damit, dass die Kontrollierbarkeit der Migration eine Schimäre ist.

Diese Kämpfe sind die richtige Antwort auf das Ausblenden des gesellschaftlichen und staatlichen Rassismus, der auch in der sogenannten Aufarbeitung der NSU-Morde weiter besteht.

Lassen wir es nicht mehr zu, dass Migration als Erklärung für soziale Ungleichheit herangezogen wird. Verteidigen wir das Recht auf Freizügigkeit in Europa und überall. Lassen wir es nicht mehr zu, dass nationalistische Logiken und ökonomische Kalküle bestimmen, wer ein Recht auf Flucht und Migration hat. Wir antworten dem alten, neuen Rassismus mit einem kosmopolitischen Verständnis von Gesellschaft, das die freie Mobilität aller und das Recht auf politische und soziale Teilhabe voraussetzt unabhängig von Papieren und Status. Solidarisieren wir uns mit den Kämpfen der Migration.

- Mit dem Netzwerk kritische Migrations- und Grenzregimeforschung: Prof. Dr. Sabine Hess, Mely Kiyak, Prof. Dr. Annita Kalpaka, Dr. Serhat Karakayali, Prof. Dr. Athanasios Marvakis, Prof. Dr. Susanne Völker, Prof. Dr. Klaus. J. Bade, Prof. Dr. Iman Attia, Prof. Dr. Werner Schiffauer, Heiko Kauffmann, Prof. Dr. Marianne Pieper, Prof. Dr. Wolfgang Behlert, Prof. Dr. Stefanie Kron sowie 303 weitere Personen aus Wissenschaft, Publizistik, Politik und Kultur. Vollständiger Text und Möglichkeit zum Unterzeichnen unter <http://solidaritaet-statt-rassismus.kritnet.org>

**Load-Date:** September 6, 2013

**Mehr Rechte für Asylbewerber gefordert; MIGRATION Rot-grün regierte Länder kündigen Antrag im Bundesrat an, mit dem Sozialhilfesätze angehoben werden sollen. Die SPD in Baden-Württemberg fürchtet allerdings Mehrkosten**

taz, die tageszeitung

Montag 01. Oktober 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 07

**Length:** 552 words

**Byline:** MARINA MAI

**Highlight:** **MIGRATION** Rot-grün regierte Länder kündigen Antrag im Bundesrat an, mit dem Sozialhilfesätze angehoben werden sollen. Die SPD in Baden-Württemberg fürchtet allerdings Mehrkosten

## Body

---

BERLIN taz | Nach dem Willen von Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Brandenburg soll das **Asylbewerberleistungsgesetz** ersatzlos gestrichen werden. **Asylbewerber** und geduldete **Flüchtlinge** sollen dann Arbeitslosengeld II bekommen so wie andere Bedürftige. **Asylpolitik** muss menschlicher werden, kommentierte Brandenburgs Sozialminister Günter Baaske.

Die rot-grünen Landesregierungen in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein haben in der vergangenen Woche einen diesbezüglichen Antrag im Bundesrat angekündigt. Brandenburgs Landtag hat mit den Stimmen der regierenden SPD und Linken sowie den oppositionellen Grünen kürzlich beschlossen, sich dem Antrag anzuschließen.

Es war Anfang der neunziger Jahre eine bewusste Entscheidung, ein Sondergesetz für Flüchtlinge zu schaffen: Sie sollten draußen bleiben, sagte Irene Alt (Grüne), Sozialministerin in Rheinland-Pfalz: Soziale Ausgrenzung mit dem Ziel der Abschreckung ist eines Sozialstaats nicht würdig. Außerdem ist das verfassungswidrig.

Hintergrund des Vorstoßes der beiden rot-grünen und der einzigen rot-roten Landesregierung ist das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Juli 2012. Karlsruhe hatte die niedrigen Sozialsätze für Flüchtlinge für nicht mit der Menschenwürde vereinbar und damit für verfassungswidrig erklärt. Wenn Flüchtlinge weniger Sozialhilfe bekommen sollen als andere Menschen, müsse der Gesetzgeber begründen, wo sie weniger Bedarf haben, urteilten damals die Richter. Für die Übergangszeit hatte das Gericht die Sozialleistungen für Flüchtlinge von rund 60 auf etwa 95 Prozent des Hartz-IV-Satzes angehoben.

Ob der Antrag der drei Länder im Bundesrat Aussicht auf eine Mehrheit hat, ist offen. Im rot-grün regierten Bremen haben die Grünen kürzlich einen Antrag in die Bürgerschaft eingebracht, der in die Ausschüsse verwiesen wurde.

Mehr Rechte für Asylbewerber gefordert MIGRATION Rot-grün regierte Länder kündigen Antrag im Bundesrat an, mit dem Sozialhilfesätze angehoben werden sollen. Die....

mit guten Chancen. Doch es kommt auf die großen rot-grün beziehungsweise grün-rot regierten Länder Nordrhein-Westfalen (NRW) und Baden-Württemberg an.

In NRW hat die parlamentarische Diskussion dazu noch nicht begonnen. In Baden-Württemberg konnten die Grünen in den Koalitionsvertrag eine Bundesratsinitiative nach Streichung des Gesetzes einbringen. Dazu stehen wir Grünen. Sicher wird auch der Koalitionspartner die Verträge einhalten, sagt der grüne migrationspolitischer Sprecher Daniel Lede Abal der taz.

Doch das ist Zweckoptimismus. Denn als Integrationsministerin Bilkay Öney (SPD) in diesem Monat einen entsprechenden Kabinettsbeschluss herbeiführen wollte, stieß sie bei mehreren SPD-Ministerkollegen auf Widerstand. Dem Vernehmen nach fürchten sie mehr Ausgaben für die Landeskasse. Daniel Lede Abal: Auf Landesebene arbeiten wir daran, dass die Landkreise Asylbewerbern keine Sachleistungen mehr gewähren, wie unter der alten Landesregierung zwingend vorgeschrieben, sondern Geld. Bei einigen Landkreisen haben wir schon Erfolg.

In Thüringen, wo eine große Koalition regiert, ist hingegen ein Antrag der oppositionellen Grünen im Landtag nach Zustimmung der Bundesratsinitiative nicht ohne Aussicht auf Erfolg. Die Überlegung dahinter: Würden Asylbewerber Arbeitslosengeld II oder die Grundsicherung für arbeitsunfähige Menschen erhalten, müsste sich der Bund an diesen Kosten beteiligen. Bisher tragen die Länder und Kommunen die Sozialleistungen für Flüchtlinge allein. MARINA MAI

**Load-Date:** September 30, 2012

**EU-Sieben jagen jetzt Illegale; EU-INNENMINISTER Gegen die illegale Zuwanderung schließen sich sieben Staaten aus der EU zusammen. Sie wollen eine knallharte Flüchtlingspolitik und kritisieren Griechenland**

taz, die tageszeitung

Freitag 09. März 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 10

**Length:** 498 words

**Highlight:** EU-INNENMINISTER Gegen die illegale Zuwanderung schließen sich sieben Staaten aus der EU zusammen. Sie wollen eine knallharte **Flüchtlingspolitik** und kritisieren Griechenland

## Body

---

BRÜSSEL epd/dpa/taz | Deutschland und sechs andere EU-Länder wollen gemeinsam den Kampf gegen illegale Einwanderung vorantreiben. Es handelt sich um Länder, die besonders von sekundärer **Migration** über EU-Grenzen hinweg betroffen sind, wie Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) am Donnerstag in Brüssel erläuterte. Die Staaten wollen unter anderem Druck auf Griechenland ausüben, damit es die Grenze zur Türkei besser kontrolliert. Zur Allianz gehören neben der Bundesrepublik auch Österreich, die Niederlande, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Schweden.

Es haben sich die Staaten zusammengesetzt, die 75 Prozent aller illegalen Migranten aufnehmen, unterstrich Friedrich. In jüngster Zeit ist nach Angaben der Bundesregierung der Migrationsdruck weiter gestiegen, was sich auch in den Asylbewerber-Zahlen widerspiegelt: Allein zwischen 2010 und 2011 wuchs die Zahl der in Deutschland gestellten Erstanträge von etwa 41.000 auf 49.000. Über die türkisch-griechische Grenze kommen beispielsweise Migranten aus Afghanistan, Pakistan und Nordafrika, viele mit Hilfe von Schlepperbanden.

Die griechisch-türkische Grenze sei im Moment offen wie ein Scheunentor, sagte die österreichische Innenministerin Johanna Mikl-Leitner. Ihr zufolge wollen die sieben Länder überprüfen lassen, wie viel Geld aus einschlägigen Brüsseler Hilfsfonds bisher nach Griechenland geflossen ist und was die Regierung genau damit getan hat. Wichtig sei auch die Inbetriebnahme der griechischen Asylbehörde, führte Mikl-Leitner aus: Diese sei für ein 300-köpfiges Personal ausgelegt, im Moment arbeiteten dort aber nur 11 Personen. Es mangle wohl an politischem Willen in Griechenland, unterstrich auch Friedrich: Zumindest kann man feststellen, dass offenkundig die Strukturen nicht funktionsfähig sind. Daher sei die Frage noch offen, ob andere EU-Staaten ihre Grenzen zu Griechenland wieder überwachen wollten. In jedem Fall sollten die EU-Länder selbst darüber entscheiden und nicht Brüssel.

Die Länder pochen auch auf schnelle Regelungen, um in Ausnahmesituationen wieder Kontrollen an innereuropäischen Grenzen errichten zu können. Es ist ein unhaltbarer Zustand, dass sich Griechenland nicht an

EU-Sieben jagen jetzt Illegale EU-INNENMINISTER Gegen die illegale Zuwanderung schließen sich sieben Staaten aus der EU zusammen. Sie wollen eine knallharte Flü....

die gemeinsamen Spielregeln hält und zum Haupteinfallstor illegaler Einwanderung geworden ist , sagte der Europaparlamentarier und Migrationspolitiker Manfred Weber (CSU). Die EU braucht endlich starke Durchgriffsrechte. Die sieben Länder wollen ihren Maßnahmenkatalog mit den übrigen EU-Staaten abstimmen.

Im Schengen-Raum werden die Binnengrenzen zwischen den Staaten nur noch stichprobenartig kontrolliert. Die EU-Kommission machte klar, dass nach den geltenden Regeln die Idee der sieben Länder nicht umsetzbar ist allerdings liegt ein Entwurf der EU-Kommission zur Reform des Schengen-Raums inklusive dieses Punktes auf dem Tisch. Unter den EU-Ländern sind neue Kontrollen im Umfang wie im Grundsatz umstritten.

Nord- und Westeuropa prügeln in der Flüchtlingsfrage wieder auf Griechenland ein

**Load-Date:** March 8, 2012

---

End of Document



## Wege in die Unterkunft

taz, die tageszeitung

Samstag 03. August 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** HINTERGRUND; S. 44

**Length:** 233 words

### **Body**

---

- Wenn jemand in Deutschland einen Asylantrag stellt, so wird er auf die Bundesländer verteilt. Die sind für die Unterbringung zuständig.
- Weil nicht alle Bundesländer gleich groß sind, wird anhand der Steuereinnahmen errechnet, wie viele Flüchtlinge die einzelnen Länder jeweils aufnehmen müssen. Nach diesem Königsteiner Schlüssel nimmt zum Beispiel Bremen 0,95 Prozent aller deutschen Flüchtlinge auf, Niedersachsen 9,4, Hamburg 2,55 und Schleswig-Holstein 3,36 Prozent.
- Menschen, die Asyl beantragen, werden an die nächst gelegene Erstaufnahme-Einrichtung eines Bundeslandes verwiesen. In jedem Bundesland hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) eine Außenstelle.
- Diese Außenstellen des Bundesamtes sind spezialisiert: Nach Bremen etwa kommen Menschen aus dem Iran oder Afghanistan.
- Das Bundesamt bearbeitet vor Ort den Antrag auf Asyl. Die Flüchtlinge sollen in der Nähe wohnen, um das Verfahren, etwa bei Befragungen, zu beschleunigen. Und: Im Falle einer Ablehnung soll für die Behörden der schnelle Zugriff für eine Abschiebung gewährleistet sein.
- Danach kommen Flüchtlinge meist in die Obhut der Kommunen. Die gehen sehr unterschiedlich mit den Flüchtlingen um. In Bremen müssen Flüchtlinge nur noch maximal drei Monate in einer Sammelunterkunft wohnen. In Bremerhaven sind Flüchtlinge dazu für mindestens zwölf Monate verpflichtet trotz großen Wohnungsleerstandes.

**Load-Date:** August 2, 2013

## Besser als obdachlos; ASYL 70 Flüchtlinge sind in Karlsruhe gestrandet. In Ungarn sei die Unterbringung katastrophal

taz, die tageszeitung

Dienstag 23. Juli 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 06

**Length:** 345 words

**Byline:** NADINE MICHEL

**Highlight:** ASYL 70 Flüchtlinge sind in Karlsruhe gestrandet. In Ungarn sei die Unterbringung katastrophal

### Body

---

STUTTGART taz | In Karlsruhe sitzen derzeit 70 Flüchtlinge aus Afghanistan und warten auf einen Asylbescheid. Das Besondere: Allen wurde bereits ein Aufenthaltsrecht in Ungarn zugesprochen. Doch von dort sind sie weitergeflohen. Denn die Zustände in den ungarischen Flüchtlingsunterkünften seien schlichtweg desolat. Vergeblich hatten die Flüchtlinge versucht, dagegen zu protestieren.

Am 12. Juni kam die Flüchtlingsgruppe in die Landesaufnahmestelle Karlsruhe. Zuvor waren sie in Ungarn im Flüchtlingslager Bicske untergekommen. Dort hatten sie sich zusammengeschlossen, um eine bessere Behandlung in Ungarn zu fordern, wo sie akut von Obdachlosigkeit betroffen gewesen seien. Zwar hatten sie einen Schutzstatus erhalten, der allerdings nicht viel mehr wert ist als das Papier, auf dem er steht, sagt Armin Schäfer, der die Gruppe mit anderen Mitstreitern in Karlsruhe unterstützt.

Ihre Jahresfrist im sogenannten Pre-Integrations-Camp war abgelaufen. Nun drohte ihnen, ohne jegliche finanzielle oder medizinische Unterstützung auf die Straße gesetzt zu werden.

Wir haben keine andere Möglichkeit gesehen, als zusammenzubleiben und eine gemeinsame Lösung woanders zu suchen, schreiben die Flüchtlinge in einer Erklärung.

Die gegenwärtige Rechtslage sieht nun vor, dass die Flüchtlinge zurück nach Ungarn müssen. Grundlage dafür ist die sogenannte Dublin-II-Verordnung, durch die ein Asylsuchender nur noch einen Antrag in einem Mitgliedstaat stellen kann. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge teilte auf Anfrage der taz mit, dass Ungarn bereits auf das Übernahmeersuchen geantwortet habe. Die Bescheide würden die Flüchtlinge zeitnah erhalten.

Nun rufen die Unterstützer unter anderem die grün-rote Landesregierung Baden-Württemberg dazu auf, für eine humanitäre Lösung zu sorgen. Die Regierung könnte wegen der Situation in Ungarn die Abschiebung für eine bestimmte Zeit aussetzen. Das zuständige SPD-geführte Innenministerium verweist jedoch darauf, noch keine belastbaren Informationen vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge vorliegen zu haben.

Besser als obdachlos ASYL 70 Flüchtlinge sind in Karlsruhe gestrandet. In Ungarn sei die Unterbringung katastrophal

NADINE MICHEL

**Load-Date:** July 22, 2013

---

End of Document

**Innenminister warnt vor Armutsflüchtlingen; MIGRATION Hans-Peter Friedrich (CSU) sieht in nordrhein-westfälischem Urteil neue Anreize für Armutseinwanderung. Die SPD verlangt eine neue Flüchtlingspolitik und bessere Integration**

taz, die tageszeitung

Montag 14. Oktober 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 06

**Length:** 319 words

**Highlight:** **MIGRATION** Hans-Peter Friedrich (CSU) sieht in nordrhein-westfälischem Urteil neue Anreize für Armutseinwanderung. Die SPD verlangt eine neue **Flüchtlingspolitik** und bessere Integration

## Body

---

DÜSSELDORF/BERLIN afp Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) hat nach dem Urteil des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen, rumänischen **Migranten** Sozialleistungen zu gewähren, vor mehr Zuwanderung in das deutsche Hartz-IV-System gewarnt. Wenn das Urteil rechtskräftig werden sollte, liegt es auf der Hand, dass es einen Anreiz für weiteren Zuzug bietet, sagte Friedrich der in Düsseldorf erscheinenden Zeitung Rheinische Post. Der CSU-Innenminister verwies auf die erheblichen Unterschiede der Lebensverhältnisse und Durchschnittsverdienste in Europa.

Das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in Essen hatte in einem am Donnerstag verkündeten Urteil erstmals arbeitslosen rumänischen Migranten Hartz-IV-Leistungen gewährt. Hielten sich EU-Ausländer nach längerer, objektiv aussichtsloser Arbeitssuche weiter im Bundesgebiet auf, hätten sie Anspruch auf diese Grundsicherung, begründete es die Entscheidung. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig und kann vor dem Bundessozialgericht angefochten werden.

SPD geißelt unselige Boot-ist-voll-Rhetorik

Der schleswig-holsteinische SPD-Landesvorsitzende Ralf Stegner warf Friedrich auch mit Blick auf die Flüchtlingskatastrophen im Mittelmeer eine falsche Politik vor. Menschen verlassen ihre Heimat nicht einfach so, sondern meist wegen bitterer Armut oder Verfolgung, sagte das SPD-Vorstandsmitglied dem Handelsblatt Online. Sie hätten vom reichen Westen anderes verdient als Zynismus und technokratischen Ausgrenzungs- und Abwehrperfektionismus.

Deutschland müsse den Grundgesetz-Artikel über die unantastbare Menschenwürde für alle Flüchtlinge zum Maßstab machen, egal ob Asylbewerber, Bürgerkriegs- oder Armutsflüchtlinge, verlangte Stegner. Statt Friedrichs

Innenminister warnt vor Armutsflüchtlingen MIGRATION Hans-Peter Friedrich (CSU) sieht in nordrhein-westfälischem Urteil neue Anreize für Armutseinwanderung. Die....

unseliger Das-Boot-ist voll-Rhetorik und diffamierender Behauptungen einer Zuwanderung in die deutschen Sozialsysteme müssen Arbeitsverbote überwunden und Integration verbessert werden.

**Load-Date:** October 13, 2013

---

End of Document

**Zelten fürs Aufenthaltsrecht; ASYL Mit einem Protestcamp am Heinrichplatz wollen Flüchtlinge auf ihre Situation aufmerksam machen: Die Unterkünfte sind häufig überlastet, die sanitären Anlagen mitunter mangelhaft**

taz, die tageszeitung

Freitag 10. August 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN; S. 19

**Length:** 475 words

**Byline:** MAGDALENA SCHMUDE

**Highlight:** ASYL Mit einem Protestcamp am Heinrichplatz wollen Flüchtlinge auf ihre Situation aufmerksam machen: Die Unterkünfte sind häufig überlastet, die sanitären Anlagen mitunter mangelhaft

## Body

---

Navid Ghubar\* räumt auf. Er stopft leere Pfandflaschen in eine Plastiktüte, rollt seinen Schlafsack ein und kehrt mit dem Besen Laub und Papierschnipsel zusammen. Dann ist sein Wohnzimmer sauber. Seit Freitag ist das ein weißes Pavillonzelt am Kreuzberger Heinrichplatz, in dem Navid Ghubar und vier andere Flüchtlinge im Wechsel übernachten. Sie protestieren hier gegen die Situation in den Berliner Flüchtlingsheimen, in denen sie sonst untergebracht sind. Auch auf die Residenzpflicht, jahrelang andauernde Asylverfahren und Abschiebungen wollen sie aufmerksam machen.

Als Flüchtlingsstreik bezeichnen die Migranten selbst die Aktion. In anderen deutschen Städten wie Würzburg, Regensburg oder Düsseldorf gibt es bereits seit März ähnliche Protestzelte, mit denen Flüchtlinge auf ihre Lebensumstände aufmerksam machen. Die Camps werden von der Karawane organisiert, einem bundesweiten Netzwerk, in dem sich Flüchtlinge, Migranten und Deutsche zusammengeschlossen haben, um die Rechte Asylsuchender zu vertreten. Auch der Berliner Flüchtlingsrat unterstützt die Streikenden.

Navid Ghubar kam vor anderthalb Jahren aus Afghanistan nach Berlin. Seitdem lebt er in einer Sammelunterkunft, in der das Landesamt für Gesundheit und Soziales Asylbewerber unterbringt. Eigentlich sollen die Flüchtlinge dort nur für die ersten drei Monate bleiben. Danach haben sie in Berlin das Recht, in eine eigene Wohnung zu ziehen, während über ihren Asylantrag entschieden wird. Doch eine Wohnung findet auf dem angespannten Mietmarkt kaum einer. Derzeit leben deshalb in der Stadt etwa 3.500 Menschen mit ungesichertem Aufenthaltsstatus in Wohnheimen und Sammelunterkünften.

Defekte Sanitäranlagen

Zelten fürs Aufenthaltsrecht ASYL Mit einem Protestcamp am Heinrichplatz wollen Flüchtlinge auf ihre Situation aufmerksam machen: Die Unterkünfte sind häufig üb....

Die Einrichtungen sind häufig überlastet, auch Navid Ghubar erzählt von unerträglichen Zuständen. Duschen und Toiletten seien regelmäßig defekt, viele Bewohner würden deshalb unter Hauterkrankungen leiden oder psychische Probleme haben. Im Protestzelt will er bleiben, solange es geht: Wir müssen für unsere Rechte kämpfen, sagt er.

Nachmittags ist immer viel los am Zelt, Freunde und Unterstützer kommen vorbei. Passanten bleiben am Tisch mit Flugblättern und Broschüren stehen, auch die Anwohner würden positiv auf die Aktion reagieren, sagt Ghubar. Abends finden Diskussionen und kleine Konzerte statt.

Die Streikenden richten sich darauf ein, länger auf dem Heinrichplatz zu bleiben: Im Zelt stehen alte Sofas, an den Plastikwänden hängen Transparente und der Essensplan für die nächste Woche, eine Luftmatratze dient als Bett. Wie lange die Aktivisten hier bleiben können, ist trotzdem unklar: Die Stadt hatte nur einen Infostand genehmigt. Navid Ghubar und die anderen kamen dennoch. Sie hoffen, dass es für sie endlich eine Wohnung gibt und sie nicht in die Heime zurückkehren müssen. MAGDALENA SCHMUDE

\*Name geändert

Mehr Infos: [www.asylstrikeberlin.wordpress.com](http://www.asylstrikeberlin.wordpress.com)

**Load-Date:** August 9, 2012

**Hungern für die Normalität; BAYERN Zweieinhalb Wochen waren iranische Flüchtlinge in Würzburg im Hungerstreik. Nun kamen Vertreter des Bundesamtes für Migration und des bayerischen Sozialministeriums zum Gespräch. Der Streik ist nun unterbrochen - offene Fragen bleiben**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 05. April 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 07

**Length:** 711 words

**Byline:** LEA HAMPEL

**Highlight:** BAYERN Zweieinhalb Wochen waren iranische **Flüchtlinge** in Würzburg im Hungerstreik. Nun kamen Vertreter des Bundesamtes für **Migration** und des bayerischen Sozialministeriums zum Gespräch. Der Streik ist nun unterbrochen offene Fragen bleiben

## Body

---

AUS WÜRZBURG LEA HAMPEL

Der Mann, der sich im Hungerstreik befindet, sitzt am Montag dieser Woche auf einem Feldbett in der Würzburger Fußgängerzone. Wir wollen einfach nur wie normale Menschen leben, sagt Abdolbaset Soleimani. Der 34-jährige Iraner ist vor zweieinhalb Jahren in die Stadt gekommen. Er und neun Mitstreiter verweigern seit dem 19. März die Nahrungsaufnahme. Sie fordern bessere Aufenthaltsbedingungen, Anerkennung als **Flüchtlinge** und ein Gespräch mit Zuständigen, allen voran mit CSU-Sozialministerin Christine Haderthauer.

Kurz darauf, am Mittwoch, hat endlich ein erstes Gespräch stattgefunden wenn auch nicht mit Haderthauer. Da trafen sich der Vizepräsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Michael Griesbeck, ein Vertreter des Sozialministeriums sowie einer der Regierung von Unterfranken in Würzburg. Das Ergebnis: Der Hungerstreik wird zunächst unterbrochen. Ansonsten wenig Konkretes: Die Behörden gaben Informationen über die rechtlichen Möglichkeiten der Flüchtlinge und das Versprechen, dass sich in den nächsten Wochen etwas tun werde.

Bis zuletzt hatte sich die bayerische Landesregierung verweigert. Nachdem fünf der Männer kurz im Krankenhaus waren und nun ein Krankenwagen permanent neben dem Zelt steht, lenkten die Behörden ein.

Hinter dem Protest steht ein größerer Konflikt. Opposition und Organisationen kritisieren die Staatsregierung seit Jahren für ihre Flüchtlingspolitik. Simone Tolle, unterfränkische Grünen-Abgeordnete, sieht dahinter System: In Bayern will man keine Flüchtlinge, sagt sie, bleiben wird verunmöglicht. Besonders kritisiert werden die 131 Gemeinschaftsunterkünfte, in denen über 11.000 Flüchtlinge leben, auch die Streikenden. Sie sind auf einem teilweise stacheldrahtumzäunten Kasernengelände außerhalb der Stadt untergebracht und leben in



Hungern für die Normalität BAYERN Zweieinhalb Wochen waren iranische Flüchtlinge in Würzburg im Hungerstreik. Nun kamen Vertreter des Bundesamtes für Migration ....

Gruppenzimmern an einer vierspurigen Landstraße. Bis zu zehn Jahre warten sie auf einen Bescheid zu ihrem Asylverfahren. Ohne eine Genehmigung dürfen sie den Bezirk nicht verlassen.

Die Nichtintegration ist offizielle Vorgabe , sagt Eva Peteler, ehrenamtliche Mitarbeiterin im Lager. Sie meint die bayerische Asyldurchführungsverordnung, in der steht, dass die Lagerunterbringung die Bereitschaft zur Rückkehr in das Heimatland fördern soll. Zwar verbessert eine seit 1. April gültige Regelung die Möglichkeit, aus einer Gemeinschaftsunterkunft auszuziehen. Doch dieser sogenannte bayerische Asylkompromiss betrifft nur Familien. In Würzburg ist das die Minderheit der Betroffenen. Und der schlimmste Faktor bleibt bestehen: Diese Ungewissheit und dass uns keinerlei Selbstständigkeit im Alltag gewährt wird, wir außerdem wie Gefangene gehalten werden, zermürbt uns und treibt uns Schritt für Schritt in den Tod , schreiben die Streikenden in einer Mitteilung. Im Januar hatte sich ein Insasse das Leben genommen.

Zudem sind die Lager voll wie lange nicht. Vor allem Menschen aus Irak, Iran und Afghanistan suchen Zuflucht. Zumindest in Würzburg passiert nun etwas. Der Stadtrat fordert Verbesserungen der Lebensbedingungen, Bürger demonstrieren, Studenten informieren vor Ort über die politische Lage im Iran. Und auch die Politik hört zu: Lokalpolitiker solidarisieren sich, sogar die Landtags-FDP hat Haderthauers Hartherzigkeit kritisiert. Bereits vergangene Woche hatten Simone Tolle und die grüne Fraktionschefin Margarete Bause, gestärkt durch Unterschriftenlisten, Haderthauer aufgefordert, sich zu äußern. Es geht darum, zu zeigen: Ja, wir sehen dich als Menschen , sagt Bause.

Wegen des Drucks kam das Gespräch am Mittwoch zustande. Dabei haben die Behördenvertreter mit jedem Flüchtling über die Möglichkeiten gesprochen, ihren Asylantrag erneut vorzubringen, und eine Begutachtung der Akten in den kommenden Wochen angekündigt.

Aktionen wie diese haben eine Kehrseite, glaubt die ehrenamtliche Mitarbeiterin Peteler. Wenn die eine Sonderbehandlung bekommen, sind morgen alle im Zelt. Man müsse vielmehr grundsätzlich Gesetze ändern. Abdolbaset Soleimani und seine Mitstreiter wollen trotz der Unterbrechung des Hungerstreiks vorerst in der Fußgängerzone bleiben. Man habe einen Antrag auf Asyl gestellt, sagt Soleimani, nun sind die da oben dran .

In Bayern will man keine Flüchtlinge, bleiben wird verunmöglicht

SIMONE TOLLE, GRÜNE

**Load-Date:** April 4, 2012

**Deutsch lernen für alle; MIGRATION Kieler Minister will Integrationskurse vom Aufenthaltsstatus unabhängig machen**

taz, die tageszeitung

Dienstag 12. November 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 22

**Length:** 233 words

**Highlight:** MIGRATION Kieler Minister will Integrationskurse vom Aufenthaltsstatus unabhängig machen

## Body

---

Schleswig-Holsteins Innenminister Andreas Breitner (SPD) will mehr Ausländern den Besuch von Integrationskursen ermöglichen. Sie sollen künftig unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus Zugang zu diesen Kursen erhalten, teilte Breitner am Montag in Kiel mit. Er kündigte eine entsprechende Gesetzesinitiative für den Bundesrat an. Wir wollen keinen Ausländer in unserem Land bei der Integration zurücklassen, sagte der SPD-Politiker.

Der Innenminister will die Integrationskurse auch für EU-Bürger sowie für Ausländer mit humanitären, völkerrechtlichen oder politischen Aufenthaltserlaubnissen öffnen. Weiter sollen Flüchtlinge im Asylverfahren und Geduldete die Kurse besuchen. Nach geltendem Recht dürfen dies nur Ausländer mit einem Bleiberecht in Deutschland. Der Bundesratsinnenausschuss wird am Donnerstag den Vorschlag Schleswig-Holsteins beraten.

Integrationskurse vermitteln Sprachkenntnisse sowie Kenntnisse der Rechtsordnung, Kultur und Geschichte Deutschlands. Die Teilnehmer sollen mit den Lebensverhältnissen im Bundesgebiet vertraut gemacht werden und im Alltag selbstständig handeln können.

Die Kurse werden vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge koordiniert und durchgeführt. 2012 gab es in Schleswig-Holstein 2.255 Neueinsteiger. Die Kurse werden meist von den Volkshochschulen und der Arbeiterwohlfahrt angeboten. (epd)

Die Teilnehmer sollen im Alltag selbstständig handeln können

**Load-Date:** November 11, 2013

## Ein Jahr voller Jahrestage

taz, die tageszeitung

Samstag 30. November 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLINER THEMA; S. 45

**Length:** 201 words

**Byline:** AHA

### Body

---

- Das BAMF Bamf sagen alle, nicht Be-ah-em-eff , wird dieses Jahr 60 Jahre alt. Bei der Gründung 1953 hieß das Nürnberger Bundesamt für Migration und Flüchtlinge noch Bundesdienststelle für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge es musste betont werden, dass es nicht um inländische Flüchtlinge ging. Der Asylbegriff hat sich geändert , sagte BAMF-Präsident Manfred Schmidt, als er im Oktober die Spandauer Filiale besuchte. Nichtstaatliche Verfolgung habe früher keine Rolle gespielt. Sie betreffe oft Homosexuelle oder Christen oder Frauen. Immer mehr Menschen verließen ihr Land aus Gründen, die nicht in unser Asylverfahren passen . Er fände gut, wenn in den Ländern mehr über legale Zuwanderungsmöglichkeiten informiert würde. Meiers Vision: dass die Menschen das Geld, das sie sonst den Schleppern zahlen, auf diese Weise in die Arbeitsplatzsuche hier investieren .

- Überhaupt ist 2013 ein Jahr der Jubiläen: Ende November vor 40 Jahren trat in Deutschland der Anwerbestopp für Gastarbeiter in Kraft, und vor 20 Jahren erschien das vom Migrationsforscher Klaus Bade initiierte Manifest der 60 , das erstmals prominent forderte, Deutschland als Einwanderungsland zu begreifen. (aha)

**Load-Date:** November 29, 2013

**Ohne Fingerabdruck kein Asyl; URTEIL Wer seine Haut manipuliert, kann abgeschoben werden**

taz, die tageszeitung

Samstag 07. September 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AKTUELLES; S. 02

**Length:** 264 words

**Byline:** CHRISTIAN RATH

**Highlight:** URTEIL Wer seine Haut manipuliert, kann abgeschoben werden

## Body

---

FREIBURG taz Wenn **Asylbewerber** ihre Fingerabdrücke manipulieren, kann das zum Verlust des **Asylanspruchs** führen. Das hat das Bundesverwaltungsgericht in einem Grundsatzurteil entschieden.

Wer in Europa Asyl beantragt, muss seine Fingerabdrücke überprüfen lassen. In der Datei Eurodac sind die Fingerabdrücke aller Asylbewerber gespeichert, sodass sofort auffällt, wenn jemand bereits in einem anderen EU-Staat einen Asylantrag gestellt hat. Nach der Dublin-II-Verordnung dürfen Flüchtlinge in der EU nur einen einzigen Asylantrag stellen und zwar in dem Staat, den sie zunächst betreten haben.

Seit einigen Jahren versuchen manche Flüchtlinge diese Prozedur zu unterlaufen, vor allem wenn sie die EU in Italien oder Griechenland erreicht haben, wo Flüchtlinge kaum oder keine Versorgung erhalten. Sie stellen in Deutschland einen neuen Asylantrag und schmiegeln sich dann mit Schleifpapier die Fingerkuppen ab.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge reagierte brachial auf den Trick. Wenn ein Asylbewerber zwei Mal mit nicht auswertbaren Fingerkuppen erscheint, wird unterstellt, dass er das Verfahren nicht voranbringe und dieses deshalb eingestellt werden kann. Der Flüchtling kann dann ohne Prüfung des Asylantrags abgeschoben werden und zwar nicht nach Italien oder Griechenland, sondern gleich in sein Heimatland. Das Bundesverwaltungsgericht billigte nun diese Linie. Die Richter entschieden, dass aus der gesetzlichen Pflicht, die Abnahme der Fingerabdrücke zu dulden, auch die Pflicht folge, jede Manipulation der Fingerkuppen zu unterlassen. CHRISTIAN RATH

Mehr auf taz.de

**Load-Date:** September 6, 2013

**"Bis Forderungen erfüllt sind"; ASYL-PROTEST In München protestieren Flüchtlinge für einen Abschiebestopp - und verweigern Nahrung und Flüssigkeit. Immer mehr kollabieren. Die Politik bleibt stur**

taz, die tageszeitung

Freitag 28. Juni 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 07

**Length:** 737 words

**Byline:** MARLENE HALSER / MAREEN LEDEBUR

**Highlight:** ASYL-PROTEST In München protestieren Flüchtlinge für einen Abschiebestopp und verweigern Nahrung und Flüssigkeit. Immer mehr kollabieren. Die Politik bleibt stur

## Body

---

AUS MÜNCHEN UND BERLIN MARLENE HALSER UND MAREEN LEDEBUR

Die Lage im Protestcamp der Asylsuchenden auf dem Münchner Rindermarkt spitzt sich immer weiter zu. Seit verganginem Samstag haben die Menschen aus Afghanistan, Äthiopien, Pakistan, Somalia und anderen Ländern ein notdürftiges Zeltlager errichtet und befinden sich im Hungerstreik. Seit Dienstag weigern sich 55 von ihnen zu trinken. Mit der Aktion wollen sie die Anerkennung aller Asylsuchenden als politische Geflüchtete und einen Stopp aller Abschiebungen erzwingen.

Seit Mittwochnachmittag verschlechterte sich der Gesundheitszustand vieler Flüchtlinge zusehends. Bei Redaktionsschluss befanden sich nach Angaben von Camp-Sprecher Ashkan Khorasani 16 dehydrierte Personen im Krankenhaus. Insgesamt seien seit Samstag 21 Asylsuchende kollabiert und mussten medizinisch versorgt werden, sagte Khorasani. Zwei seien nach der Behandlung zum Protestcamp zurückgekehrt und hätten den Streik fortgesetzt. Unterdessen stehen Ärzte und Rettungswagen rund um die Zelte in Einsatzbereitschaft.

Die Streikenden beraten nun, ob sie die medizinische Versorgung weiter annehmen oder zur Durchsetzung ihrer Forderungen auch auf ärztliche Hilfe verzichten wollen.

Immer wieder griffen vor allem bayerische Asylsuchende in der Vergangenheit zu dieser drastischen Protestform. Ebenso wie nun in München protestierten sie gegen die Unterbringung in Massenunterkünften, Lagerpflicht genannt, normierte Essenspakete sowie gegen die Residenzpflicht, die die Menschen zwingt, während der ersten drei Monate des Asylverfahrens am Ort ihrer Erstaufnahmeeinrichtung zu bleiben.

Im Sommer 2012 hatten iranische Flüchtlinge in Würzburg die Protestaktion nach einem Monat abgebrochen, nachdem das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zugesichert hatte, die Asylanträge schnellstmöglich

"Bis Forderungen erfüllt sind" ASYL-PROTEST In München protestieren Flüchtlinge für einen Abschiebestopp - und verweigern Nahrung und Flüssigkeit. Immer mehr ko....

zu prüfen. Weil die Flüchtlinge in München aber aus verschiedenen Staaten stammen, sei diesmal nicht mit einem positiven Bescheid aller Asylanträge zu rechnen, sagte Alexander Thal vom Bayerischen Flüchtlingsrat der taz.

Asylsuchende, die im Dezember 2012 auf dem Pariser Platz in Berlin in Hungerstreik getreten waren, mussten den Protest nach sechs Wochen un verrichteter Dinge beenden. Diesmal werden die Flüchtlinge den Protest so lange aufrechterhalten, bis ihre Forderungen erfüllt sind, sagte Ashkan Khorasani vom Verein Refugee Tent Action der taz. Der 24-Jährige nahm am Mittwochnachmittag als Bote für die Streikenden an einem Runden Tisch teil, den die Regierung von Oberbayern im Auftrag des bayerischen Sozialministeriums anberaumt hatte.

Zurück im Camp war Khorasani aufgebracht: Mit dem Gespräch wollte man nur erreichen, dass die Flüchtlinge den trockenen Hungerstreik brechen, erklärte er. Es sei kein echter Dialog zustande gekommen. Einige Gesprächsteilnehmer haben über die Forderungen gelacht und vorbereitete Stellungnahmen vorgelesen. Die Regierung von Oberbayern bot den Flüchtlingen an, das Asylverfahren zu beschleunigen und die Anträge der Streikenden binnen zwei Wochen zu bearbeiten ohne Garantie auf positiven Bescheid.

Für die Asylsuchenden im Protestcamp könnte dieser Zeitraum zu lange sein. Bei dem Gespräch mit den zuständigen Behörden sei man zu keiner Lösung gekommen, sagte Sozialreferentin Brigitte Meier (SPD): Die Erfüllung der Forderungen liegt nicht in der Hand derer, die an dem Gespräch teilgenommen haben, sondern beim Sozialministerium und in Berlin.

Bayerns Sozialministerin Christine Haderthauer (CSU) war nicht zum Runden Tisch erschienen. In einer schriftlichen Stellungnahme verwies sie auf die Zuständigkeit des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und äußerte zuvor in einer Pressemitteilung: Hierzulande ist Politik nicht erpressbar, wir leben in einem Rechtsstaat, wo man sich nicht durch Hungerstreiks eine Vorzugsbehandlung erzwingen kann.

Damit bleibt die bayerische Staatsregierung bei ihrer harten Haltung gegenüber Asylsuchenden, die der Sozialministerin schon viel Kritik eingebracht hat. Im März hatte Haderthauer für einen Eklat gesorgt, weil sie sich bei einem Besuch in Würzburg weigerte, mit einer Gruppe von Asylbewerbern zu sprechen. Beim BAMF nehme man die Lage ernst, sagte eine Sprecherin der taz. Die Umsetzung der Forderung würde aber bedeuten, die Grundlagen des Rechtsstaats außer Kraft zu setzen.

Meinung + Diskussion SEITE 12

Die Streikenden beraten, ob sie auch auf ärztliche Hilfe verzichten wollen

**Load-Date:** June 27, 2013

**Ohne Geld und Obdach; STREIT Flüchtlingsrat beschuldigt Landesamt, Flüchtlinge auszutricksen**

taz, die tageszeitung

Dienstag 03. September 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 16

**Length:** 223 words

**Byline:** AKW

**Highlight:** STREIT Flüchtlingsrat beschuldigt Landesamt, Flüchtlinge auszutricksen

## Body

---

Der Flüchtlingsrat erhebt schwere Vorwürfe gegen das Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso), das für die Unterbringung und Versorgung Asylsuchender zuständig ist. Das Amt verweigere Flüchtlingen, die Asylfolgeanträge stellten, gesetzlich zustehende Leistungen und entlasse sie ohne jegliche soziale Hilfe in die Obdachlosigkeit, heißt es in einer Presseerklärung des Rats.

Hintergrund ist laut Lageso ein Terminstau beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), das die Asylanträge bearbeitet. Erst wer dort einen Termin absolviert hat, gelte als Flüchtling und falle damit in die Versorgung durch das Landesamt, so Lageso-Sprecherin Silvia Kostner. Bei dieser Aufgabenaufteilung habe es tatsächlich ein paar Tage gegeben, in denen eine Lücke entstanden sei, so Kostner, da das BAMF Termine nicht schnell genug vergeben konnte. Wir werden aber dennoch alle Flüchtlinge unterbringen.

Der Flüchtlingsrat sieht das anders: Die miese Zuständigkeitstrickserei sei ein abgekartetes Spiel zwischen Lageso und BAMF, um Flüchtlinge abzuschrecken und loszuwerden, so Ratsmitglied Nora Brezger. Das Vorgehen des Lageso stelle ein temporäres Außerkraftsetzen von Grund- und Menschenrechten dar. Allein am Mittwoch vergangener Woche seien zehn bis fünfzehn Personen weder mit Geld noch mit Schlafplätzen versorgt worden. AKW

**Load-Date:** September 2, 2013

**Die neue Agora; PROTEST Im Geiste von Brecht und Dylan demonstrieren  
Flüchtlinge inmitten von Kreuzberg mit einem Tribunal gegen den Staat und  
für einen würdigeren Umgang**

taz, die tageszeitung

Montag 17. Juni 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN; S. 23

**Length:** 750 words

**Byline:** HELMUT HÖGE

**Highlight:** PROTEST Im Geiste von Brecht und Dylan demonstrieren **Flüchtlinge** inmitten von Kreuzberg mit einem Tribunal gegen den Staat und für einen würdigeren Umgang

## Body

---

VON HELMUT HÖGE

Am Samstag endete das dreitägige Refugee-Tribunal auf dem Mariannenplatz mit einer Demonstration durch Kreuzberg und Neukölln. 300 Leute beteiligen sich, die Liste ihrer Forderungen ist lang aber bekannt. Es geht um eine würdigere Behandlung der **Flüchtlinge** vor allem aus den afrikanischen und arabischen Ländern: Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört. Seit Oktober, im Anschluss an ihren Marsch der Würde, der sie nach Berlin führte, zelten etwa 50 von ihnen auf dem Oranienplatz, wo sie für ihre Forderungen werben: Bleiberecht, Abschiebungen stoppen, Abschaffung der Residenzpflicht, eine bessere medizinische Versorgung in den **Flüchtlingsheimen**.

Wie zum Beweis, dass die vom Tribunal wegen ihrer rassistischen Politik angeklagte Bundesrepublik sich wirklich bemüht, Ausländern das Leben hier so unangenehm wie möglich zu machen, wurden **Flüchtlinge** aus einer Halberstädter **Asylunterkunft**, die an dem Aufmarsch teilnehmen wollten, von einem Polizeiaufgebot in Magdeburg an der Weiterfahrt gehindert. Am Samstag zog die Polizei gleich hinter der Solidaritätsdemonstration auf dem Kottbusser Damm einen Minibus mit einer Romasippe aus dem Verkehr. Wie überhaupt und ständig arabisch oder türkisch aussehende junge Männer von den Ordnungskräften nächtens aus dem Weichbild der Städte herausgegriffen und gedemütigt werden.

Der edelste Teil

Dem Staat, dieses kälteste aller kalten Ungeheuer (Nietzsche), hielten die Tribunal-Teilnehmer die Utopie der sans papiers entgegen: No Borders No Nations. Tatsächlich gab es eine Zeit bis zum Ersten Weltkrieg, da man sich ohne Papiere in Europa frei bewegen konnte, der Exilant Stefan Zweig hat daran oft und gerne erinnert. Während des Zweiten Weltkriegs konstatierte Bertolt Brecht in seinen Flüchtlingsgesprächen: Der Paß ist der



## Die neue Agora PROTEST Im Geiste von Brecht und Dylan demonstrieren Flüchtlinge inmitten von Kreuzberg mit einem Tribunal gegen den Staat und für einen würdiger....

edelste Teil von einem Menschen. Er kommt auch nicht auf so einfache Weise zustand wie ein Mensch. Ein Mensch kann überall zustandekommen, auf die leichtsinnigste Art und ohne gescheiterten Grund, aber ein Paß niemals. In der 68er-Bewegung unterschied man zwischen politischen und Wirtschaftsflüchtlingen nur den ersteren wollte die Linke Asylrecht erkämpfen. I pity the poor immigrants, sang Bob Dylan. Und nun heißt es: Die Fackel der Befreiung ist von den sesshaften Kulturen an unbehauste, dezentrierte, exilische Energien weitergereicht worden, deren Inkarnation der Migrant ist. So sagte es der Exilpalästinenser Edward Said. Für den englischen Publizisten Neal Ascherson sind die Flüchtlinge, Gastarbeiter, Asylsucher und Obdachlosen zu Subjekten der Geschichte geworden. Der polnische Künstler Krzysztof Wodiczko zog daraus den Schluss: Der Künstler muß als nomadischer Sophist in einer migranten Polis aufzutreten lernen auf ihren neuen Agoren, den Plätzen, Märkten, Parks und Bahnhofshallen der großen Städte.

Und da war sie nun, diese Agora: in der Mitte des Mariannenplatzes. Dort hatten die Migranten ein Podium aufgebaut und ringsum Holzwände mit Fotos aufgestellt, die ihre Situation in den von Hunger, Arbeitslosigkeit und Bürgerkrieg heimgesuchten Herkunftsländern und ihre deprimierende Unterbringung in den hiesigen Flüchtlingslagern zeigte. Besonders übel war eines, in dessen Eingang die Heimverwaltung ein großes Transparent gehängt hatte, mit der Aufschrift: Herzlich willkommen. Den Rednern auf dem Tribunal zuzuhören war anstrengend: Sie sprachen zwar loud and clear, aber alles musste in mehrere Sprachen übersetzt werden. Über die drei Tage kamen einige tausend Sympathisanten und Asylanter, dennoch waren zur selben Zeit immer nur wenig mehr als 100 Leute auf dieser Agora. Bei ihrem Dauercamp waren zuvor sogar Stimmen laut geworden, die wieder ihren alten, sauberen Oranienplatz verlangten, die Migranten mithin weghaben wollten: zurück in ihre unsichtbaren Aufnahmelager.

Seit einigen Tagen gibt es jedoch ganz in der Nähe, am Kottbusser Tor, ein weiteres Dauercamp: von Sympathisanten der Aufständischen in Istanbul, gleich neben der schon fest etablierten Dauerwache der Mieterinitiative Kotti & Co, die für ein Residenzrecht der Einkommensschwachen in den von Gentrifizierung bedrohten Innenstadtvierteln kämpft. Hier wurde dieser Tage die halbe Nacht lang diskutiert, am türkischen Dauercamp dagegen getanzt. Zwischen Mariannenplatz, Oranienplatz und Kottbusser Tor wurde und wird also den Touristen schwer was geboten. Schwere Kost, aber dafür waren die meist jungen Euro-Fighter ja auch extra nach Berlin geflogen.

**Load-Date:** June 16, 2013

## Aufstand im Flüchtlingslager; AUSTRALIEN Nach gewaltsamen Protesten von Migranten gegen die lange Internierungszeit wird ein Lager auf Nauru geschlossen. Zuvor hatte Premier Kevin Rudd eine Verschärfung seiner Politik angekündigt

taz, die tageszeitung

Montag 22. Juli 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 10

**Length:** 431 words

**Highlight:** AUSTRALIEN Nach gewaltsamen Protesten von Migranten gegen die lange Internierungszeit wird ein Lager auf Nauru geschlossen. Zuvor hatte Premier Kevin Rudd eine Verschärfung seiner Politik angekündigt

### **Body**

---

CANBERRA ap/afp/dpa | Nach Randalen und einem Feuer hat Australien ein Flüchtlingslager auf der Pazifikinsel Nauru vorerst geschlossen und rund 420 Bewohner in Zelten untergebracht. Vier Insassen wurden verletzt. Etwa 125 weitere Asylsuchende seien wegen der Zerstörung ihres Lagers in Polizeigewahrsam, erklärte die australische Einwanderungsbehörde am Sonntag. Sie sollen am Freitag an Ausschreitungen beteiligt gewesen sein, die letztlich in dem Brand endeten und einen Schaden von umgerechnet rund 42 Millionen Euro in dem Auffanglager anrichteten.

Die Asylsuchenden hatten mit selbst gebauten Waffen die Kontrolle über das Lager übernommen. Nach Angaben des ortsansässigen Fotografen Clint Deidenang wurden mehrere Gebäude in Brand gesetzt. Zahlreiche mit Rohren und Macheten bewaffnete Einwohner der Insel seien schließlich der Polizei zur Hilfe geeilt, was zum Ende der Revolte geführt habe. Der Präsident des Inselstaats, David Adeang, erließ eine Notverordnung, um private Sicherheitsdienste einsetzen zu dürfen.

Ian Rintoul von der Organisation Refugee Action Coalition sagte, die Flüchtlinge hätten seit Monaten geplant, aus dem Lager auszubrechen, um gegen die lange Internierung bis zur Bearbeitung ihrer Asylanträge zu protestieren. Die Proteste vom Freitagabend waren als Ausbruch und als Marsch zum Flughafen und zurück geplant, sagte er. Offensichtlich gab es weit mehr Widerstand als erwartet. Die meisten Flüchtlinge, die sich dem Protest angeschlossen hätten, stammten aus dem Iran, den Palästinensergebieten, dem Libanon und dem Irak, fügte er hinzu. Nach unbestätigten Berichten wurden bei den Protesten auch 15 Bewacher verletzt.

Erst am Freitag hatte der australische Premierminister Kevin Rudd eine Verschärfung der Flüchtlingspolitik angekündigt. Er sprach von einer sehr harten Linie im Umgang mit Bootsflüchtlingen. Diese sollen, sofern sie Australien erreichen, sofort nach Papua-Neuguinea verlegt werden und keine Chance auf Anerkennung in

Aufstand im Flüchtlingslager AUSTRALIEN Nach gewaltsamen Protesten von Migranten gegen die lange Internierungszeit wird ein Lager auf Nauru geschlossen. Zuvor h....

Australien mehr bekommen. Wer kein Asyl bekommt, kann zurück in die Heimat oder in einen Drittstaat geschickt werden.

Australien bezahlt Papua-Neuguinea und den Inselstaat Nauru für das Recht, dort Flüchtlingslager zu betreiben. Asylanträge werden dort bearbeitet. Flüchtlingsorganisationen sehen die von Rudd verkündete Verschärfung äußerst kritisch.

Mit 81 Flüchtlingen, die am Wochenende mit ihrem Boot vor der Weihnachtsinsel abgefangen worden waren, werde bereits nach der Ankündigung Rudds verfahren, meldete der Sender ABC. Die Insel ist für Asylsuchende die erste Möglichkeit, australischen Boden zu betreten.

**Load-Date:** July 21, 2013

---

End of Document

**In die Kälte abgeschoben; MIGRATION Berlin schickt Flüchtlinge ins ehemalige Jugoslawien zurück. Betroffen sind meist Roma, die dort unter miserablen Bedingungen leben müssen. Scharfe Kritik von der Opposition**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 12. Dezember 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLINER THEMA; S. 23

**Length:** 405 words

**Byline:** Marina Mai

**Highlight:** **MIGRATION** Berlin schickt **Flüchtlinge** ins ehemalige Jugoslawien zurück. Betroffen sind meist Roma, die dort unter miserablen Bedingungen leben müssen. Scharfe Kritik von der Opposition

## Body

---

Erstmals seit dem Sommer hat Berlin **Flüchtlinge** ins frühere Jugoslawien abgeschoben. Innenstaatssekretär Bernd Krömer (CDU) sprach von acht ausreisepflichtigen serbischen Staatsangehörigen, die am Montagabend via Flugzeug nach Belgrad ausgeflogen wurden. Die abgelehnten **Asylbewerber** hätten von der Möglichkeit der freiwilligen Ausreise keinen Gebrauch gemacht und wären dazu auch nicht bereit gewesen.

Bundesweit sind Serbien und Mazedonien die häufigsten Herkunftsstaaten von Asylsuchenden. Aus diesen Staaten kommen überwiegend Roma, die häufig unter extremer Armut leiden. Sie leben in oft nicht winterfesten Blechbuden ohne Strom und Heizung. Viele sind von der Gesundheitsversorgung und vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen. In Deutschland werden sie von konservativen Politikern pauschal als Armutsflüchtlinge diffamiert. In Berlin sind Roma aus Serbien die zweitgrößte Flüchtlingsgruppe nach den Tschetschenen. Mazedonien spielt als Herkunftsland von Asylsuchenden in Berlin kaum eine Rolle.

Flüchtlingsaktivisten wurden von den Abschiebungen überrascht. Seit es kalt ist, wurde nicht auf den Balkan abgeschoben. Wir sind davon ausgegangen, dass es einen unausgesprochenen Abschiebestopp bis zum Ende des Winters gibt, sagt eine Beraterin, die ihren Namen nicht in der Zeitung lesen will. Für den Winter, weil man es Roma derzeit nicht zumuten kann, dort zu vegetieren. Und unausgesprochen, weil Berlin neue Flüchtlingsströme fürchtete, wenn der Abschiebestopp öffentlich verkündet würde.

Für Rechtsanwältin Ellen Apitz, die viele Mandanten aus dieser Region vertritt, ist die Abschiebung eine Drohgebärde, um Druck zu machen, dass andere abgelehnte Asylbewerber freiwillig ausreisen. Bisher bekamen viele zwar die Aufforderung, freiwillig zu gehen. Taten sie das aber nicht, blieb das bis Montag ohne Folgen. Menschen mitten im Winter abzuschieben, die dort vielleicht nur einen Schlafplatz auf dem Feld haben, das ist nicht die Lösung, sagt Apitz.

In die Kälte abgeschoben MIGRATION Berlin schickt Flüchtlinge ins ehemalige Jugoslawien zurück. Betroffen sind meist Roma, die dort unter miserablen Bedingungen....

Die Opposition kritisiert den Senat. Es ist das Allerletzte, die Leute gerade im Winter abzuschieben. Da zeigt der Senat sein wahres Gesicht, sagt die grüne Flüchtlingsexpertin Canan Bayram. Und Hakan Tas von der Linkspartei erklärt: Flüchtlinge aus dem früheren Jugoslawien haben Grund, hierher zu kommen. Es ist eine Schande, dass sie in Schnellasyilverfahren gedrängt werden. Sie müssen eine faire Chance bekommen, ihr Bleiberecht in Deutschland zu prüfen. MARINA MAI

**Load-Date:** December 11, 2012

---

End of Document

**SPD soll was gegen Flughafenasyl tun; SCHÖNEFELD Auf dem SPD-Parteitag Anfang Juni wird auch über das stark umstrittene Asylverfahren am neuen Großflughafen abgestimmt. Das haben die MigrantInnen in der Partei durchgesetzt**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 25. April 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 21

**Length:** 369 words

**Byline:** Alke Wierth / Marina Mai

**Highlight:** SCHÖNEFELD Auf dem SPD-Parteitag Anfang Juni wird auch über das stark umstrittene Asylverfahren am neuen Großflughafen abgestimmt. Das haben die MigrantInnen in der Partei durchgesetzt

## Body

---

Ohne Gegenstimmen hat die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Migration der Berliner SPD am Montagabend den Antrag angenommen, die Partei möge sich gegen das auch am Schönefelder Flughafen praktizierte Asylschnellverfahren positionieren. Nun steht einer Abstimmung über das Thema auf dem Landesparteitag Anfang Juni nichts mehr im Wege.

Damit haben die Berliner Sozialdemokraten zwei Monate nach der Brandenburger SPD, die sich im Februar für eine Bundesratsinitiative gegen das Flughafenverfahren ausgesprochen hatte, erste Schritte zu einem Richtungswechsel unternommen. Noch im März hatte die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus einen Antrag der Grünen gegen das Verfahren abgelehnt.

In ihrer Sitzung am Montag hat die Landesarbeitsgemeinschaft zudem eine neue Spitze gewählt. Neuer Vorsitzender ist der Wirtschaftsinformatiker Aziz Bozkurt, bislang bereits Mitglied des Vorstands der LAG. Der 30-Jährige, der dem Kreisverband Friedrichshain-Kreuzberg angehört, wurde mit 193 zu 132 Stimmen gewählt. Bozkurt, der bisher keine politischen Ämter oder Mandate innehatte, war zuvor vor allem als Autor der Berliner Erklärung in Erscheinung getreten. Darin hatten Mitglieder der SPD ihren Unmut über das Scheitern des Parteiausschlussverfahrens gegen Thilo Sarrazin formuliert und sich bei den Menschen, die sich durch diese Haltung verletzt oder enttäuscht fühlen, entschuldigt.

Aufforderung an Wowereit?

Er werde den Antrag gegen das Flughafenasylverfahren, den eine Versammlung größer als ein Landesparteitag einstimmig legitimiert hat, selbstverständlich weitertragen, sagte Bozkurt zur taz. In der Arbeit der Landes-AG will er künftig etwas freier agieren: So könne etwa der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) als Mitglied

SPD soll was gegen Flughafenasyll tun SCHÖNEFELD Auf dem SPD-Parteitag Anfang Juni wird auch über das stark umstrittene Asylverfahren am neuen Großflughafen abge....

im Aufsichtsrat des Flughafens aufgefordert werden, etwas gegen die Erweiterung des Asylverfahrens zu unternehmen. Zudem will er in Zukunft mit mehr Bündnispartnern, beispielsweise dem Flüchtlingsrat, zusammenarbeiten, so Bozkurt.

Unterdessen mehreren sich Zweifel, ob das Gebäude für das Asylverfahren bis zur Eröffnung des Flughafens überhaupt fertig ist. Offiziell wird damit am 1. Juni gerechnet, erklärte ein Sprecher des Brandenburger Innenministeriums. Alke Wierth, Marina Mai

**Load-Date:** April 24, 2012

---

End of Document

## Nur der Knast ist fertig; Flughafen I Das Internierungslager für Asylbewerber in Schönefeld soll schon im Juli eingeweiht werden - lange vor dem Flughafen

taz, die tageszeitung

Mittwoch 06. Juni 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 22

**Length:** 595 words

**Byline:** JULIANE SCHUMACHER

**Highlight:** Flughafen I Das Internierungslager für Asylbewerber in Schönefeld soll schon im Juli eingeweiht werden lange vor dem Flughafen

### Body

---

VON JULIANE SCHUMACHER

Das Terminal ist noch nicht fertig die Internierungseinrichtung für Flüchtlinge am künftigen Großflughafen hingegen schon. Voraussichtlich im Juli soll die Einrichtung in Betrieb gehen, teilte das Brandenburger Innenministerium der taz am Dienstag mit. Dort sollen Flüchtlinge untergebracht werden, über deren Asylantrag im sogenannten Flughafenschnellverfahren binnen weniger Tage entschieden wird.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bezieht nach eigenen Angaben bereits die neuen Diensträume. Das Flughafenverfahren wurde bereits im bisherigen Flughafen Schönefeld durchgeführt, nun soll es auch in den neuen Räumen weitergeführt werden, verkündete das Ministerium. Das Bundesamt ist für die Durchführung der Asylverfahren zuständig, das Land Brandenburg für die Unterkunft und Versorgung der Flüchtlinge.

Die Aufnahmeeinrichtung ist baulich fertig, sagte Ingo Decker, Sprecher der Brandenburger Innenministeriums. Allerdings werde noch mit der Flughafengesellschaft über Mietminderungen wegen der Verschiebung der Flughafeneröffnung verhandelt. Weil der Flughafen erst im März eröffnen soll, rechnet das Ministerium bis dahin mit deutlich weniger Fällen als erwartet. In Schönefeld gab es bisher nur zwei bis drei Flughafenverfahren im Jahr. In Tegel gibt es kein Flughafenverfahren.

Der Flughafenknast soll dennoch schon bald genutzt werden: Voraussichtlich ab Juli, sagte Andreas Keinath, Referent Ausländerpolitik im Potsdamer Ministerium. Bis dahin werden ankommenden Flüchtlinge in die zentrale Aufnahmeeinrichtung nach Eisenhüttenstadt gebracht und erhalten ein normales Asylverfahren. Der Vertrag mit der Sicherheitsfirma B.O.S.S., die für Bewachung und soziale Betreuung der Flüchtlinge in der Einrichtung zuständig ist, gilt Keinath zufolge bereits.



Nur der Knast ist fertig Flughafen I Das Internierungslager für Asylbewerber in Schönefeld soll schon im Juli eingeweiht werden - lange vor dem Flughafen

Der Flüchtlingsrat Brandenburg hatte erst vergangene Woche in einem offenen Brief die Landesregierung aufgefordert, die Verschiebung zu nutzen und den umstrittenen Abschiebebewahrsam nicht in Betrieb zu nehmen. Martina Mauer vom Flüchtlingsrat Berlin sagte: Die Inbetriebnahme ist in der aktuellen Situation absolut sinnlos. Sie dient nur dazu, Tatsachen zu schaffen. Im Brandenburger Ministerium verteidigt man sich, man sei nach Bundesrecht zur Bereitstellung verpflichtet. Wir streben die Abschaffung des Flughafenverfahrens an, sagt Sprecher Decker. Aber das lässt sich nur politisch ändern. Wir können uns nicht einfach über geltendes Recht hinwegsetzen.

Menschenrechtsorganisationen und Anwaltsverbände lehnen das Flughafenverfahren als nicht vereinbar mit dem deutschen Asylrecht und EU-Recht ab. Der Brandenburger Landtag hat sich im Februar gegen das Flughafenverfahren ausgesprochen und eine Bundesratsinitiative beschlossen, um dieses abzuschaffen. Brandenburg will den Antrag im Sommer im Bundesrat einbringen.

Die Berliner SPD diskutiert am Samstag auf ihrem Parteitag über das Thema Flughafenverfahren die AG Migration fordert, Berlin solle sich ebenfalls im Bundesrat für eine Abschaffung einsetzen. Das könnte Streit in der Koalition hervorrufen: Innensenator Frank Henkel (CDU) hat sich gegen die Unterstützung der Bundesratsinitiative ausgesprochen. Die Grünen-Politikerin Canan Bayram kündigte an, ihre Fraktion werde in der kommenden Woche einen Antrag im Parlament einbringen, der die Eröffnung der Einrichtung verhindern soll. Am 15. Juni rufen die Grünen zusammen mit Menschenrechtsorganisationen, Anwälten und den Flüchtlingsräten zu einer Demo auf.

Die Inbetriebnahme ist in der aktuellen Situation absolut sinnlos

Martina Mauer, Flüchtlingsrat

**Load-Date:** June 7, 2012

**Zu nett zu Flüchtlingen: Asylheimleiterin gefeuert; MIGRATION Mit zweifelhafter Begründung entlässt ein Landkreis eine Heimleiterin. Vergleich vor Gericht**

taz, die tageszeitung

Dienstag 17. September 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 04

**Length:** 361 words

**Byline:** JEAN-PHILIPP BAECK

**Highlight:** **MIGRATION** Mit zweifelhafter Begründung entlässt ein Landkreis eine Heimleiterin. Vergleich vor Gericht

## Body

---

BREMEN taz Die Leiterin eines **Asylheims** rauszuwerfen, weil sie sich zu sehr für die **Flüchtlinge** einsetzt das geht nicht einfach so. Am Montag kam es deshalb vor dem Arbeitsgericht Potsdam zu einem Vergleich. Geklagt hatte die 54-jährige Nina Schmitz gegen den Landkreis Teltow-Fläming, für den sie bis Mai als Sozialarbeiterin ein **Flüchtlingsheim** in Luckenwalde leitete.

In der Begründung der Kündigung heißt es: Schmitz habe Abschiebungen der Bewohner offen kritisiert und damit gegen die Interessen des Landkreises gehandelt. Aus ihrer Einstellung zu Gunsten der Flüchtlinge habe Schmitz keinen Hehl gemacht. Tatsächlich: Bereits in ihrem Einstellungsgespräch, so Schmitz zur taz, habe sie erklärt, dass sie mit der Praxis in vielen Flüchtlingsheimen nicht einverstanden sei. Dass ich dennoch eingestellt wurde, hat mich selbst etwas überrascht.

Zuletzt lebten 42 Menschen aus Tschetschenien in der Unterkunft. Schmitz ließ sie mitbestimmen: Auf einem Plenum etwa entschieden die BewohnerInnen, dass der obligatorische Wachschutz ihre Personalien nicht kontrollieren solle. Schmitz sorgte für eine Beratung der Flüchtlinge, wollte Internet-Zugang und auf dem Gelände einen Lehmofen als Begegnungsprojekt mit der Nachbarschaft. Und: Sie kritisierte rassistische Äußerungen in der Verwaltung.

Wie in vielen Gemeinden dürfen sich auch in Luckenwalde Flüchtlinge in den ersten Monaten nach der Ankunft nicht aussuchen, wo sie wohnen. Bundesweit werden die Zustände in den Unterkünften von Geflüchteten immer wieder kritisiert; vielerorts wird beklagt, dass die Leitungen eine entwürdigende Praxis eher unterstützen statt ihr entgegenzuwirken. Nicht so in Luckenwalde. Solange Frau Schmitz dort tätig war, lief es gut, sagt Kay Wendel vom Flüchtlingsrat Brandenburg. Die neue Leiterin sei viel autoritärer, berichteten ihm die Flüchtlinge.

Zu nett zu Flüchtlingen: Asylheimleiterin gefeuert MIGRATION Mit zweifelhafter Begründung entlässt ein Landkreis eine Heimleiterin. Vergleich vor Gericht

Wegen formaler Fehler hätte der Landkreis Schmitz wohl wieder einstellen müssen. Bevor es zu einem Urteil kam, einigten sich die Parteien jedoch darauf, dass der Landkreis Schmitz eine Entschädigung zahlt und die Vorwürfe zurücknimmt. Beim Landkreis Teltow-Fläming wollte man den Fall nicht kommentieren.

JEAN-PHILIPP BAECK

**Load-Date:** September 16, 2013

---

End of Document

**Wo sich Bayern und Brandenburg einig sind; MIGRATION Die Integrationsminister der Länder beschließen bei ihrem Jahrestreffen in Dresden, dass alle Flüchtlinge in Deutschland künftig einen Anspruch auf staatlich geförderte Deutschkurse haben sollen**

taz, die tageszeitung

Freitag 22. März 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 06

**Length:** 392 words

**Byline:** MARINA MAI

**Highlight:** **MIGRATION** Die Integrationsminister der Länder beschließen bei ihrem Jahrestreffen in Dresden, dass alle **Flüchtlinge** in Deutschland künftig einen Anspruch auf staatlich geförderte Deutschkurse haben sollen

## Body

---

BERLIN taz | **Asylbewerber**, geduldete **Flüchtlinge** und EU-Zuwanderer sollen in Zukunft deutsche Sprachkurse vom Bund bezahlt bekommen. Das hat die Integrationsministerkonferenz der Bundesländer gestern in Dresden einstimmig beschlossen. Bisher galt der Anspruch nur für Zuwanderer, die einen Aufenthaltsstatus haben.

Brandenburg hatte beantragt, allen Asylsuchenden den gleichen Zugang zu Integrationskursen wie Zuwanderern mit Aufenthaltsstatus zu verschaffen. Auf Wunsch der Unionsminister wurde der Antrag geändert, sagt Brandenburgs Integrationsminister Günter Baaske (SPD) der taz. Kenntnisse über die deutsche Rechtsordnung und das Wertesystem, die in den Integrationskursen vermittelt werden, bleiben ihnen damit vorenthalten. Warum, das bleibt das Geheimnis der CDU. Ein Zugang zu Sprachkursen sei aber ein wichtiger Beitrag zur Integration, darüber waren sich alle einig insbesondere auch mit Blick auf die Roma-Einwanderer aus EU-Staaten in Osteuropa.

Selbst Bayerns Integrationsministerin Christine Haderthauer (CSU) stimmte dem Antrag am Ende zu. Diese Woche war die Ministerin zu Hause in die Schlagzeilen geraten, weil sie bei einem Besuch in einem Flüchtlingsheim in ihrem Dienstwagen vor Flüchtlingen floh, die ihre Probleme schildern wollten. Beschlüsse der Integrationsministerkonferenz sind nicht bindend. Wenn sie eine Zweidrittelmehrheit erhalten, kommt das Thema allerdings in den Bundesrat. Ob sich der Bundestag noch in dieser Legislaturperiode damit beschäftigen wird, ist ungewiss.

Die nötige Zweidrittelmehrheit erhielt auch der Antrag aus Kiel und Mainz, die doppelte Staatsbürgerschaft grundsätzlich zuzulassen. Bisher müssen Einwandererkinder, die hier geboren wurden, sich bis zum 23. Lebensjahr zwischen dem Pass der Eltern und dem deutschen Pass entscheiden. Unser Ziel kann es nicht sein, Bürger zu verlieren. Unser Ziel muss sein, mehr Einbürgerungen zu verwirklichen, erklärte Nordrhein-Westfalens

Wo sich Bayern und Brandenburg einig sind MIGRATION Die Integrationsminister der Länder beschließen bei ihrem Jahrestreffen in Dresden, dass alle Flüchtlinge in....

Integrationsminister Guntram Schneider. Ich hoffe, das verpufft nicht in Berlin. Auch Deutschland braucht ein modernes Einbürgerungsrecht.

Die unionsgeführten Länder, die seit dem Regierungswechsel in Niedersachsen in der Minderheit sind, lehnten den Doppelpass ab. Ein Antrag mehrerer Bundesländer, die Residenzpflicht für Asylbewerber abzuschaffen, scheiterte knapp an der notwendigen Zweidrittelmehrheit. MARINA MAI

**Load-Date:** March 21, 2013

---

End of Document

**Deutschkurse für alle; INTEGRATION Die Mehrheit der Bundesländer stimmt im Bundesrat für den schleswig-holsteinischen Vorstoß, Integrationskurse für alle Migranten zu öffnen**

taz, die tageszeitung

Freitag 20. Dezember 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 21

**Length:** 335 words

**Highlight:** INTEGRATION Die Mehrheit der Bundesländer stimmt im Bundesrat für den schleswig-holsteinischen Vorstoß, Integrationskurse für alle Migranten zu öffnen

## Body

---

Die Bundesländer wollen mehr Migranten das Recht auf einen Integrationskurs zugestehen. Am Donnerstag stimmte eine Mehrheit im Bundesrat für eine entsprechende Gesetzesinitiative aus Schleswig-Holstein. Der Entwurf sieht vor, auch für EU-Ausländer, Asylbewerber, Flüchtlinge und Geduldete einen rechtlichen Anspruch auf die Teilnahme an solchen Kursen festzuschreiben. Er wird jetzt in den Bundestag eingebracht.

Bislang haben nur diejenigen Anspruch auf einen Kurs, die ein dauerhaftes Bleiberecht in Deutschland haben. EU-Bürger dürfen nur bei freien Plätzen ausnahmsweise zugelassen werden. Die Kurse sollen Zuwanderern grundlegende Sprach- und Kulturkenntnisse vermitteln.

Auch für Menschen im Asylverfahren und ohne dauerhaften Aufenthaltstitel sei der Spracherwerb lebensnotwendig und wichtiger Schlüsselfaktor für gesellschaftlichen und beruflichen Zugang, begründet Schleswig-Holstein den Vorstoß. Die Lebensrealität zeige, dass ein nicht unerheblicher Teil dieser Menschen letztlich über einen langen Zeitraum in Deutschland lebe. 2012 lebten nach Angaben der Bundesregierung rund 85.000 Geduldete in Deutschland, viele von ihnen bereits seit mehr als sechs Jahren.

Union und SPD hatten sich in den Koalitionsverhandlungen darauf verständigt, Sprachkurse auszubauen und Integrationskurse verbessern zu wollen. So weit wie im Gesetzesentwurf von Schleswig-Holstein gehen die Erklärungen im Vertrag der großen Koalition aber nicht. Das Bundesinnenministerium erklärte jetzt, es sehe keinen Bedarf an einer entsprechenden Gesetzesänderung. Nur wenn ein rechtmäßiger und dauerhafter Aufenthaltstitel vorliege, sei Integration sinnvoll.

Laut Bundesinnenministerium haben von Januar bis Ende Juni knapp 58.000 Menschen einen Integrationskurs besucht. Für die Integrationskurse, die vom Bund finanziert werden, standen den Angaben zufolge in diesem Jahr rund 175 Millionen Euro zur Verfügung. Für den Haushalt 2014, der noch nicht verabschiedet ist, sind laut Innenministerium 204 Millionen Euro eingeplant. (epd)

Deutschkurse für alle INTEGRATION Die Mehrheit der Bundesländer stimmt im Bundesrat für den schleswig-holsteinischen Vorstoß, Integrationskurse für alle Migrant....

**Load-Date:** December 19, 2013

---

End of Document

## Die Internierung von Flüchtlingen ist gekippt; ISRAEL Oberstes Gericht stoppt entsprechende Praxis und ordnet Einzelfallprüfung an

taz, die tageszeitung

Mittwoch 18. September 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 06

**Length:** 366 words

**Byline:** SUSANNE KNAUL

**Highlight:** ISRAEL Oberstes Gericht stoppt entsprechende Praxis und ordnet Einzelfallprüfung an

### Body

---

JERUSALEM taz | **Flüchtlinge** müssen in Israel nicht länger mit Inhaftierungen rechnen. Der Oberste Gerichtshof in Jerusalem entschied diese Woche gegen die Praxis, illegal ins Land eingereiste **Flüchtlinge** für drei Jahre in Haftlager zu stecken.

Seit Januar 2012 werden in dem berüchtigten Lager Saharonim im Negew gut 2.000 Kinder, Frauen und Männer unter gefängnisähnlichen Zuständen festgehalten. Das Forum von neun Richtern entschied, dass jeder Fall im Einzelnen geprüft werden muss. Die Abschiebehaft darf nicht länger als 60 Tage dauern.

Israel traf der Strom von Zigtausenden Menschen, die seit 2006 aus Afrika eingereist sind, unvorbereitet. In den sozial ohnehin schwachen Wohnvierteln gab es Zusammenstöße mit der lokalen Bevölkerung. Dieses Problem sei indes nicht zu lösen, indem man Unschuldige verhaftet, argumentierte Richterin Edna Arbel in ihrer Urteilsbegründung. Die Regierung in Jerusalem wollte die Migration zunächst mit dem Bau von Grenzanlagen im Sinai einschränken. Das Lager von Saharonim sollte später die Städte entlasten und neue Flüchtlinge abschrecken.

Der Oberste Gerichtshof entschied heute, was selbstverständlich hätte sein müssen, kommentierte Rechtsanwalt Jonatan Berman, der die Initiative Klinik für Migranten vor Gericht vertrat. Der Staat müsse verstehen, so setzte der Anwalt hinzu, dass Asylsuchende Menschen sind und als solche behandelt werden sollten. Die Richter akzeptierten die Position der Initiative, dass das bisherige Recht verfassungswidrig sei, weil es den Flüchtling wie einen Kriminellen behandelt, wenn es ihm die Freiheit nimmt.

Israel hält sich daran, Flüchtlinge aus Eritrea und Sudan nicht in ihre Heimatländer abzuschieben, gleichzeitig gab es bislang für die Hilfesuchenden keine Möglichkeit, offiziell Asyl zu beantragen. Zeitungsberichten zufolge bemüht sich die Regierung um eine Regelung, um Eritreer und Sudanesen in ein Drittland, möglicherweise Uganda, abzuschieben. Das israelische Innenministerium lockt mit 1.500 US-Dollar für jeden Ausreisewilligen. Im Jahr 2012 ließen sich bereits gut 3.000 Flüchtlinge zur Ausreise motivieren. Laut Statistikbehörde leben heute rund 55.000 afrikanische Flüchtlinge in Israel. SUSANNE KNAUL



Die Internierung von Flüchtlingen ist gekippt ISRAEL Oberstes Gericht stoppt entsprechende Praxis und ordnet  
Einzelfallprüfung an

**Load-Date:** September 17, 2013

---

End of Document

## Rechte provozieren Kandidaten; NPD Rechtsextreme fordern migrantische Politiker zur Ausreise auf. Linke will Nazi-Plakate abhängen

taz, die tageszeitung

Freitag 13. September 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 16

**Length:** 321 words

**Byline:** KO

**Highlight:** NPD Rechtsextreme fordern migrantische Politiker zur Ausreise auf. Linke will Nazi-Plakate abhängen

### Body

---

Die NPD wahlkämpft weiter mit Fremdenhass: Nun forderte die Partei migrantische Bundestagsbewerber in Briefen zur Ausreise auf. Angeschriebene Politiker kündigten Anzeigen an.

Heimwandern statt einwandern, sind die NPD-Briefe überschrieben. Migrare heißt auch auswandern. Wir sehen darin eine patente Lösung, heißt es. Bedenken Sie bitte auch wieviel Sorgen und Nöte Sie den etablierten Politikern ersparen. Laut NPD wurde das Schreiben an alle migrantischen Bundestagsbewerber in Berlin verschickt.

Der Linke Hakan Tas sagte, der Brief sei ihm bekannt, persönlich habe er ihn aber noch nicht erhalten. Sollte dies erfolgen, werde er umgehend Anzeige erstatten. Das ist menschenverachtend und darf man der Partei nicht durchgehen lassen. Auch SPD-Kandidatin Cansel Kiziltepe will die NPD anzeigen, sofern der Brief bei ihr eintrifft. Özcan Mutlu (Grüne) sprach von einem unglaublichen Skandal. Die NPD handle als Wiederholungstäter und gehöre knallhart bestraft.

Bereits vor der Bundestagswahl 2009 hatte die NPD migrantische Politiker in pseudo-offizieller Aufmachung zur Heimreise aufgefordert. Ihr damaliger Landeschef wurde deshalb wegen Volksverhetzung verurteilt, erhielt eine Bewährungsstrafe. Vor der Berlin-Wahl 2011 verschickte die NPD Rückflug-Tickets an Migranten.

Am Donnerstag veranstaltete die NPD in Neukölln auch eine Kundgebungstour gegen Asylbewerber. Am Abend wollte der Bezirk über eine Flüchtlingsunterkunft informieren. Die Neuköllner Linkspartei kündigte derweil an, am Freitagnachmittag öffentlich Wahlplakate der Neonazi-Partei abzuhängen. Es ist unerträglich, wie offen die NPD ihren Rassismus während der Wahl verbreiten kann, sagte Linken-Bundestagskandidat Ruben Lehnert. Ein Polizeisprecher wies darauf hin, dass das Entfernen von Wahlplakaten Sachbeschädigung oder Diebstahl sei. Die Linkspartei konterte, man wolle sich im Kampf gegen Nazis nicht auf legale Mittel verlassen. KO

**Load-Date:** September 12, 2013

Rechte provozieren Kandidaten NPD Rechtsextreme fordern migrantische Politiker zur Ausreise auf. Linke will  
Nazi-Plakate abhängen

---

End of Document

## Flüchtlingscamp beim HSV; MIGRATION Zur Unterbringung von Asylsuchenden entsteht neues Zeltlager auf Stadion-Parkplatz

taz, die tageszeitung

Freitag 23. August 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** HAMBURG AKTUELL; S. 24

**Length:** 280 words

**Byline:** FRIEDERIKE FALKENBERG

**Highlight:** MIGRATION Zur Unterbringung von Asylsuchenden entsteht neues Zeltlager auf Stadion-Parkplatz

### Body

---

Der Flüchtlingsstrom nach Hamburg reißt nicht ab, der Platz wird langsam knapp. Da muss die Stadt auf außergewöhnliche Ressourcen zurückgreifen. Auf dem Parkplatz Braun vor der HSV-Arena werden seit Dienstag Zeltunterkünfte für neu ankommende Flüchtlinge aufgebaut.

Warum auf einem Parkplatz? Weil er direkt gegenüber eines Durchreiseplatzes für Sinti und Roma liegt, auf dem es auch sanitäre Anlagen gibt, die das neue Lager mitnutzen kann, sagt Ausländerbehörden-Sprecher Norbert Smekal.

Zu den bestehenden Wohn-Containern würden neue gebaut. Das Lager werde mit Bauzäunen und einem privaten Wachschatz vor unbetenen Besuchern gesichert. Spätestens Ende September sollen die neuen Container fertig sein. Bis dahin werden acht Zelte auf dem Parkplatz aufgebaut, die schon in den nächsten Tagen bezugsfertig sind. Darin soll es 100 Schlafplätze geben.

Laut Smekal wird es für die Besucher der HSV-Heimspiele keine Einschränkungen geben. Es wird nur eine kleine Ecke des riesigen Parkplatzes belegt, sagt er.

Die HSV-Fans diskutieren im Internet heftig über die Unterkünfte. Die Flüchtlinge werden teilweise harsch beschimpft: Warum muss Deutschland immer alle aufnehmen?, heißt es in einem Forum. Ein Blogger rät allen, die einen Vorgarten besitzen, diesen mit chemischen Abfällen zu verseuchen, damit nicht auch dort Container und Zeltplätze für die kommende Bevölkerung des Landes aufgestellt würden. Doch es gibt auch freundliche Fans: Im Stadion sind genug Plätze frei, um die neuen Nachbarn einzuladen, damit sie mal ein schönes Erlebnis haben. FRIEDERIKE FALKENBERG

Das Lager wird mit Bauzäunen und einem privaten Wachschatz vor unbetenen Besuchern gesichert

**Load-Date:** August 22, 2013

Flüchtlingscamp beim HSV MIGRATION Zur Unterbringung von Asylsuchenden entsteht neues Zeltlager auf Stadion-Parkplatz

---

End of Document

**Die Zahl der Asylbewerber vom Balkan steigt rasant; MIGRATION**  
**Innenminister Friedrich vermutet Asylmissbrauch. Kritiker warnen vor**  
**Populismus**

taz, die tageszeitung

Samstag 13. Oktober 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 04

**Length:** 509 words

**Byline:** CHRISTIAN JAKOB

**Highlight:** MIGRATION Innenminister Friedrich vermutet Asylmissbrauch. Kritiker warnen vor Populismus

## Body

---

BERLIN taz | 2.435 Serben und Mazedonier haben im letzten Monat in Deutschland Asyl beantragt. Für viele Innenpolitiker ist damit die Grenze des Erträglichen überschritten. Nachdem Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) am Donnerstag diese Zahlen präsentierte, wurden am Freitag Forderungen laut, Bürgern aus den beiden Balkanstaaten den Zugang nach Zentraleuropa zu versperren.

Der zunehmende Asylmissbrauch ist nicht akzeptabel, sagte Friedrich selbst. Der massive Zustrom serbischer und mazedonischer Staatsangehöriger müsse unverzüglich gestoppt werden. Friedrich forderte die EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström auf, die EU-Visumfreiheit für diese beiden Länder schnellstmöglich auszusetzen. Auch der SPD-Innenpolitiker Michael Hartmann verlangte ein konsequentes Durchgreifen gegen eine Einwanderung aus wirtschaftlichen Motiven. Hartmann sprach von gewissenlosen Banden, die Menschen vom Balkan nach Deutschland locken, um eine gewisse Zeit in diesem System zu sein. Die Innenminister der norddeutschen Bundesländer hatten bei ihrer Tagung am Donnerstag ins gleiche Horn gestoßen.

Die Anzahl der Asylanträge in Deutschland steigt bereits seit einigen Jahren leicht an, seit Jahresbeginn hat sich der Zuwachs allerdings beschleunigt. Dies geht insbesondere auf Anträge von Serben und Mazedoniern zurück, seit Januar sind es rund 7.000. Das Innenministerium verweist darauf, dass etwa 90 Prozent aller Asylanträge aus diesen beiden Ländern als unbegründet abgelehnt werden.

Viele Asyl-Aufnahmeeinrichtungen in Deutschland sind derzeit überfüllt. In Nordrhein-Westfalen und anderen Bundesländern haben die Behörden begonnen, Notunterkünfte etwa in Sporthallen zu eröffnen. So wurde in Köln am Mittwoch eine Sporthalle für 200 Flüchtlinge zur Verfügung gestellt.

Mit ihren populistischen Kampagnen schüren Union und SPD in unverantwortlicher Weise Ressentiments, sagte die Linken-Abgeordnete Ulla Jelpke. Kaum sind die Krokodilstränen zum Jahrestag des Pogroms in Rostock-

Die Zahl der Asylbewerber vom Balkan steigt rasant MIGRATION Innenminister Friedrich vermutet Asylmissbrauch. Kritiker warnen vor Populismus

Lichtenhagen getrocknet, bildet sich schon wieder eine große Koalition, die das Asylrecht ins Visier nimmt. Wie vor zwanzig Jahren geht es auch jetzt in erster Linie gegen Roma , sagte Jelpke.

Bayern hatte kürzlich vorgeschlagen, über Asylanträge von Mazedoniern und Serben künftig binnen 48 Stunden zu entscheiden. Mit einem solchen Schnellverfahren werde ein Zeichen gegen den Asyl- und Sozialleistungsmissbrauch gesetzt, so der bayerische Innenminister Joachim Herrmann (CSU).

Der Innenminister macht die am meisten verfolgte Minderheit Europas dafür verantwortlich, dass die bayerischen Flüchtlingslager überfüllt sind, obwohl das ein hausgemachtes Problem ist , sagte Alexander Thal vom Bayerischen Flüchtlingsrat. Er erinnerte an die Diskriminierung vor allem von Roma in Serbien und Mazedonien: Insbesondere nachdem die Wirtschaftskrise voll auf Serbien und Mazedonien durchschlägt, wissen sie schlicht nicht mehr, wie sie den Winter überleben sollen. CHRISTIAN JAKOB

Wie vor 20 Jahren geht es in erster Linie gegen Roma

ULLA JELPKE, DIE LINKE

**Load-Date:** October 14, 2012

## Und in den Nachbarländern?

taz, die tageszeitung

Donnerstag 08. August 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** THEMEN DES TAGES; S. 05

**Length:** 203 words

### **Body**

---

- Schweiz: **Asylsuchende** dürfen im Schweizer Bremgarten im Kanton Aargau ohne Begleitung nicht in Freibäder oder weitere sensible Zonen wie Sportanlagen oder Schulgebäude. Das sieht eine Vereinbarung des Schweizer Bundesamts für **Migration** (BFM) mit der Stadt vor. Am Montag wurde dort eine neue Unterkunft für maximal 150 **Asylwerber** mit der strengen Hausordnung eröffnet. Die Aargauer Sozialministerin, Susanne Hochuli, sieht kein Problem bei den Hausverboten: Denn wenn **Asylsuchende** in die Schweiz kommen, sollte man ihnen nicht den roten Teppich auslegen, sagte die Grünen-Politikerin dem SonntagsBlick.

- Österreich: Eine Gruppe von Asylsuchenden protestierte Ende 2012 mit einem Marsch auf Wien für das Recht auf Spracherwerb, Schulunterricht und gegen willkürliche Lagervorschriften. Solidaritätsbekundungen kamen unter anderem von der Kirche, die Aktionen bekamen mediale Aufmerksamkeit. Später wurden aus der Gruppe drei Pakistani wegen angeblicher Schlepperei festgenommen. Doch die Gerichtsakten bewiesen: Die Vorwürfe waren offenbar überzogen. Kurz vor den Nationalratswahlen werden Rücktrittsforderungen an Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) laut, die die Flüchtlinge fälschlich kriminalisiert habe.

**Load-Date:** August 7, 2013



**Flüchtlinge verlassen Unterkünfte; MIGRATION Die Bremer Bürgerschaft will  
Flüchtlingen das Leben in normalen Mietwohnungen ermöglichen. Wie  
genau die Kostenübernahme bei einem angespannten Wohnungsmarkt  
aussehen kann, wird noch beraten**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 25. April 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 21

**Length:** 656 words

**Byline:** GEORG KIRSCHKE

**Highlight:** **MIGRATION** Die Bremer Bürgerschaft will **Flüchtlingen** das Leben in normalen Mietwohnungen ermöglichen. Wie genau die Kostenübernahme bei einem angespannten Wohnungsmarkt aussehen kann, wird noch beraten

## Body

---

VON GEORG KIRSCHKE

Seit Anfang Februar hat Sam Saheli eine eigene Zwei-Zimmer-Wohnung. Das ist für die Meisten nichts besonderes. Der Iraner aber lebte, seit er 2010 **Asyl** beantragt hat, in einer Sammelunterkunft. Weil dort die Bedingungen schlimm sind, sogar krank machen, handeln in Bremen nun die Sozialdemokraten: Am Dienstag beschloss die Bremer Bürgerschaft, Gemeinschaftsunterkünfte für **Flüchtlinge** stufenweise abzuschaffen. Stattdessen sollen **Flüchtlinge** nach spätestens drei Monaten in normalen Miet-Wohnungen leben dürfen.

Diese drei Monate werden bleiben, denn nach Bundesgesetz ist das der Zeitraum, in dem AsylbewerberInnen in sogenannten Erstaufnahmeeinrichtungen bleiben, bis eine erste Prognose vom Bundesamt für ihren Antrag vorliegt. Danach werden sie den Kommunen zugeteilt. Auch Bremen hielt, wie viele anderen Städte, dafür Übergangswohnheime bereit, in vier Heimen ist Platz für 560 Menschen. Seit 2011 müssen Bremer Flüchtlinge dort nur noch ein Jahr bleiben.

Auch Sam Saheli musste diese Zeit abwarten. Mit vier Männern lebte er in einem kleinen Zimmer, der Platz reichte nur wegen der Hochbetten. Oft kam es zu Schlägereien, weil jemand schnarchte, oder zu laut war. Mit etwa hundert Männern, Frauen, Kindern teilte er sich Küchen, Duschen und Toiletten. Weit ab vom Stadtzentrum, mit einem 30-minütigen Fußweg bis zur nächsten Bushaltestelle. Saheli zieht einen harten Vergleich, als Journalist war er im Iran eingesperrt. Es hat mich an die Gefängnisse im Iran erinnert, sagt er. Mit anderen Flüchtlingen demonstrierte er im Mai für bessere Bedingungen. Dass ihre Forderungen nun gehört fanden, freut Saheli.

## Flüchtlinge verlassen Unterkünfte MIGRATION Die Bremer Bürgerschaft will Flüchtlingen das Leben in normalen Mietwohnungen ermöglichen. Wie genau die Kostenübern....

Auch Mark Millies vom Bremer Flüchtlingsrat begrüßt den Schritt. Allerdings ist es wichtig, dass bei der Umsetzung die Flüchtlinge aktiv mitgestalten können. Die Begleitung bei der Wohnungssuche dürfe nicht den Ehrenamtlichen überlassen werden.

In der Bürgerschafts-Debatte war dies denn auch die Forderung von Kristina Vogt, Fraktionsvorsitzender der Linkspartei. Noch mit am stärksten verteidigt wurde die bisherige Versorgung hingegen von der grünen Migrationspolitikerin Zahra Mohammadzadeh, die sich anscheinend von der Initiative ihres SPD-Koalitionskollegen Sükrü Senkal etwas überrascht sah. In der Sache aber waren sich alle Fraktionen einig. Die CDU hatte einen eigenen Antrag gestellt, etwas vorsichtiger wollte sie erst die Finanzierung evaluieren. Dies jedoch laufe in die falsche Richtung, entgegnete die Linken-Chefin Vogt, denn Erfahrungen aus anderen Städten zeigten, dass die dezentrale Unterbringung günstiger sei.

Eine Steuerungsgruppe aus dem Sozial-, Gesundheits- und Bausressort, dem Bremer Rat für Integration und den Wohnungsbaugesellschaften soll nun die konkrete Umsetzung erarbeiten. Etwa, wie die Mietkostenübernahme ablaufen kann, so dass Flüchtlinge in allen Stadtteilen, nicht nur in den Randbezirken eine Bleibe finden. Denn der Wohnungsmarkt ist in Bremen ohnehin angespannt.

Für die BewohnerInnen der Flüchtlingsheime kommen noch andere Hürden hinzu. Sam Saheli hat drei Monate gesucht und letztlich die Wohnung eines Freundes übernommen: Ich kenne viele, die seit über einem halben Jahr vergeblich suchen. In den Unterkünften gibt es keine Computer und kein Internet. Ich darf 358 Euro für eine Wohnung ausgeben, mit Nebenkosten. Das war fast unmöglich.

Mark Millies hofft, dass sich dies nun bessert. Und dass der Bremer Beschluss Nachahmer findet. In Hamburg hatte die SPD in der Vergangenheit ebenfalls die Unterbringung in Sammelunterkünften kritisiert, dann jedoch selbst Flüchtlinge im mecklenburgischen Horst untergebracht, fernab vom Schuss. Die Verhandlungen, den Vertrag mit dem Nachbarland zu erneuern dauern an. Kai Weber vom Flüchtlingsrat Niedersachsen sieht sein Land von der Bremer Lösung weit entfernt. Man setze auf Abschreckung.

Es hat mich an die Gefängnisse im Iran erinnert

Sam Saheli, Asylbewerber aus dem Iran, über die Sammelunterkunft

**Load-Date:** April 24, 2012

**Aus der Isolation begleiten; INITIATIVE Aus einem Theaterstück entstand in Bremen eine Gruppe namens "acompa", die sich für Flüchtlinge einsetzt und sie zu Behörden begleitet**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 01. November 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BREMEN AKTUELL; S. 28

**Length:** 458 words

**Byline:** Frank Berno Timm

**Highlight:** INITIATIVE Aus einem Theaterstück entstand in Bremen eine Gruppe namens acompa , die sich für Flüchtlinge einsetzt und sie zu Behörden begleitet

## Body

---

Theater hinterlässt Spuren. Katharina Gaub, gerade mit den Asylmonologen der Bühne für Menschenrechte in Hamburg zu Gast, erzählt davon. Das Dokumentartheater schildert in bundesweit veranstalteten Lesungen die Situation von Flüchtlingen, die nach Deutschland kommen. Es geht um die Erfahrungen von zwei Männern und einer Frau, aufgeschrieben von Dramaturg Michael Ruf und Co-Autor Kolja Unger nach Gesprächen mit zehn Asylbewerbern.

Da ist Sofia, die das Gefängnis überstand, auch draußen bedroht wurde und jetzt in Deutschland ist. Ali ist schon acht Jahre hier, schwer krank und hat gerade einmal eine vorläufige Duldung. Auch Feleke musste sich zweimal gegen seine Abschiebung wehren. Selbst, wenn ich kein Geld bekomme, bin ich reich beschenkt , sagt Katharina Gaub über ihre Erfahrungen. Es gehe nicht um Kunst, sondern darum, Menschen zu erreichen, indem wir Geschichten von Menschen erzählen .

Dass das gelingt, zeigte sich in Bremen: Hier, erzählt Katharina Gaub, sei nach einer Lesung von Leuten aus dem Publikum eine Asylinitiative gegründet worden sie heißt acompa , also ,begleiten . Die Idee, Begleitung für AsylbewerberInnen zu organisieren, sei von ihnen selbst ausgegangen, erzählt eine Frau namens Paula, die ihren Nachnamen nicht öffentlich machen will. Sie berichtet von einem wachsendes Netzwerk, überwiegend aus StudentInnen. Sie kümmern sich darum, dass die rund 1.000 Asyl suchenden Frauen, Männer und Kinder, die in den sechs Bremer Heimen leben, nicht allein auf Behörden gehen müssen. Schon beim ersten Treffen seien 25 Leute gekommen, nun stehen 40 Namen auf der Liste, die sie zusammen mit einer Handvoll Frauen und Männer koordiniert.

Wer Bedarf hat, kann sich über das Telefon der Initiative melden montags von 17 bis 20 Uhr und donnerstags von 10 bis 13 Uhr sind Sprechzeiten. Wir wollen außerdem in die Heime gehen , sagt Paula, ein siebenschprachiger Flyer soll die Arbeit der Initiative noch bekannter machen. Bittet ein Asylbewerber um Begleitung, gehe die

Aus der Isolation begleiten INITIATIVE Aus einem Theaterstück entstand in Bremen eine Gruppe namens "acompa", die sich für Flüchtlinge einsetzt und sie zu Behörd....

entsprechende Information in die Liste ein acompa -Mitglied könne sich dann vorbereiten, sich mit dem zu Begleitenden treffen und dann den Ämtergang gemeinsam absolvieren. Die MigrantInnen lebten nicht selten isoliert und ziemlich frustriert in den Heimen, weil sie nicht arbeiten dürften. Ohne die Begleitung bei Behördengängen sei für die MigrantInnen der Rassismus dort deutlich spürbar .

Paulas Berichte klingen ganz schön optimistisch. Sie selbst arbeitete schon vor der acompa -Gründung in einer Flüchtlingsinitiative und hat seit längerer Zeit Kontakt zu einer Asylbewerberin, die im selben Alter wie die Mittzwanzigerin ist, das sei emotional sehr bereichernd . Bemerkenswert, was aus einer Theatervorstellung entstehen kann. Frank Berno Timm

**Load-Date:** October 31, 2012

---

End of Document

**Migranten wollen kein Gesäusel; MITSPRACHE Zum Integrationsgipfel im Kanzleramt fordern Migrantenverbände und Gewerkschaften von der Bundesregierung größeren Einsatz gegen Rassismus**

taz, die tageszeitung

Dienstag 31. Januar 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 06

**Length:** 520 words

**Byline:** DANIEL BAX

**Highlight:** MITSPRACHE Zum Integrationsgipfel im Kanzleramt fordern Migrantenverbände und Gewerkschaften von der Bundesregierung größeren Einsatz gegen Rassismus

## Body

---

VON DANIEL BAX

BERLIN taz | Wir wollen eine Gesellschaft, in der Rassismus und Rechtsextremismus geächtet werden, sagte der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde Deutschland, Kenan Kolat, am Montag vor Journalisten in Berlin. Im Namen von drei Dutzend weiterer Verbände legte er eine Erklärung vor, in der zu einem stärkeren Engagement gegen Rassismus aufgerufen wird. Einen Tag vor dem Integrationsgipfel erhöht sich damit der Druck auf die Bundesregierung, in dieser Frage mehr zu handeln.

Morde aufklären, Opfer unterstützen, Rassismus bekämpfen ist die zweiseitige Erklärung überschrieben, der sich unter anderem der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), die Arbeiterwohlfahrt, der Deutsche Kulturrat und zahlreiche Migrantenorganisationen angeschlossen haben. Nach der Mordserie an türkischstämmigen Kleinunternehmern müssten latent rassistische Strukturen in den Ermittlungsbehörden hinterfragt werden, heißt es in dem Aufruf. Außerdem fordern die Unterzeichner einen Aktionsplan gegen Rassismus und eine Stärkung des Opferschutzes. Und sie plädieren für eine unabhängige Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Rechtsextremismus.

Am Dienstag steht in Berlin der fünfte Integrationsgipfel an. Dabei soll ein Nationaler Aktionsplan verabschiedet werden, in dem Bund, Länder, Kommunen und Migrantenverbände ihre Ziele für mehr Integration festschreiben. Rund 120 Teilnehmer sind zu dem Treffen im Kanzleramt geladen, zu dem neben Gastgeberin Angela Merkel auch Innenminister Hans-Peter Friedrich, Bildungsministerin Annette Schavan sowie Familienministerin Kristina Schröder (alle Union) erwartet werden.

Migranten wollen kein Gesäusel MITSPRACHE Zum Integrationsgipfel im Kanzleramt fordern  
Migrantenverbände und Gewerkschaften von der Bundesregierung größeren Ein....

Kenan Kolat sieht den Integrationsgipfel indes kritisch. Wir wollen nicht mehr über Integration, sondern über den Kampf gegen Rassismus und über mehr gesellschaftliche Partizipation sprechen, sagte Kolat der taz. Das hat für uns Priorität.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) sieht das ähnlich. Der Referatsleiter Migration beim DGB-Bundesvorstand, Volker Roßocha, sieht deshalb eklatante Lücken im Aktionsplan der Bundesregierung etwa dass jugendliche Migranten auf dem Ausbildungsmarkt auch bei gleichen Qualifikationen weiterhin benachteiligt würden.

Der Interkulturelle Rat, der Verband binationaler Familien sowie Pro Asyl kritisierten zudem in einer eigenen Erklärung, dass zentrale Integrationshemmnisse wie die Ausgrenzung und Diskriminierung per Gesetz kaum angesprochen würden. Viele Migranten seien von Wahlen ausgeschlossen. Flüchtlinge, Geduldete und Asylbewerber würden überdies in ihrer Bewegungsfreiheit, dem Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Bildung und zur medizinischen Versorgung eingeschränkt. Darüber ist eine Debatte erforderlich, forderten sie am Montag.

Kenan Kolat plant deshalb gemeinsam mit anderen Verbänden einen Gipfel gegen Rassismus, der voraussichtlich im Frühjahr stattfinden soll. Zum internationalen Tag gegen Rassismus am 21. März kündigte er überdies eine Aktion namens 5 vor 12 an, zu der kurzzeitige Arbeitsniederlegungen gehören sollen. Wir lassen nicht locker, erklärte Kolat.

Wir wollen nicht mehr über Integration reden

KENAN KOLAT, TÜRKISCHE GEMEINDE

**Load-Date:** January 30, 2012

## Gute Migranten; ZUZUG Die Mehrheit der EU-Bürger sieht laut Umfrage der EU-Kommission Einwanderer positiv

taz, die tageszeitung

Samstag 02. Juni 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 08

**Length:** 447 words

**Byline:** RUTH REICHSTEIN

**Highlight:** ZUZUG Die Mehrheit der EU-Bürger sieht laut Umfrage der EU-Kommission Einwanderer positiv

### Body

---

AUS BRÜSSEL RUTH REICHSTEIN

Die Mehrheit der EU-Bevölkerung wünscht sich ein einheitliches europäisches Asylsystem und mehr Unterstützung für die Mitgliedstaaten beim Umgang mit Einwanderern. Das ist das Ergebnis einer europaweiten Umfrage, welche die EU-Kommission gestern in Brüssel vorgestellt hat. 80 Prozent der Befragten fordern zudem, dass Asylbewerber besser auf die Mitgliedstaaten verteilt werden sollen und nicht wie bisher einige Staaten besonders viele Anträge bearbeiten müssen.

Wir müssen unsere Pflicht erfüllen und den Menschen weiterhin Schutz bieten, sagte die EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström. Sie fühlt sich durch die Umfrage gestärkt. Denn sie verhandelt zurzeit mit den EU-Mitgliedstaaten über ein einheitliches EU-Asylsystem, das eigentlich bis Ende des Jahres verabschiedet werden soll. Allerdings blockieren zahlreiche Länder darunter auch Deutschland die Harmonisierung der Aufnahmekriterien. Sie befürchten, dass dann mehr Flüchtlinge kommen könnten.

Außerdem will zum Beispiel die deutsche Regierung weiterhin die umstrittene Dublin-II-Regelung beibehalten, nach der die Flüchtlinge in dem Land ihren Asylantrag stellen müssen, wo sie in die EU eingereist sind. Insgesamt wurden 2011 in der EU 16 Prozent mehr Asylanträge gestellt als im Vorjahr.

Die Mehrheit der EU-Bürger hat nach der Umfrage ein positives Bild von Einwanderern ganz im Gegensatz zu den teilweise rechtspopulistischen Politikerreden in einigen EU-Staaten. Immerhin 53 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass Einwanderer die EU wirtschaftlich und kulturell bereichern.

42 Prozent der Befragten wollen legale Einwanderung sogar erleichtern. Und 68 Prozent begrüßen, dass die Einwanderer die gleichen Rechte bekommen sollen wie die Einheimischen was zum Beispiel die Teilnahme an Wahlen betrifft. Malmström forderte die Regierungen der Mitgliedstaaten auf, dies umzusetzen und aufzuhören, Einwanderung zu verteufeln: Wir müssen weg von der Antieinwanderungsrhetorik. Zuwanderer wird es immer geben. Wir müssen uns auf die positiven Seiten konzentrieren, sagte die liberale Politikerin

## Gute Migranten ZUZUG Die Mehrheit der EU-Bürger sieht laut Umfrage der EU-Kommission Einwanderer positiv

Die EU-Kommissarin veröffentlichte gestern auch die Zahlen zur Einwanderung in die EU für 2011. Danach leben 10 Prozent der weltweiten Migranten in der Europäischen Union. Das sind rund 20 Millionen Menschen oder 4 Prozent der gesamten EU-Bevölkerung. Dazu kommen 2 bis 4,5 Millionen Flüchtlinge ohne Papiere. Allerdings gibt es dazu keine verlässlichen Zahlen. Dokumentiert sind lediglich die Fälle, in denen Einwanderer an den Grenzen von den Mitgliedstaaten abgewiesen wurden. Das waren 2011 rund 350.000 Menschen.

Wir müssen von der Antieinwanderungsrhetorik weg

EU-KOMMISSARIN MALMSTRÖM

**Load-Date:** June 1, 2012



## **Das Tribunal der Flüchtlinge; Flüchtlinge und MigrantInnen organisieren eine Anklage gegen die Bundesrepublik Deutschland - ein symbolisches aber hochpolitisches Tribunal für die Menschenrechte**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 13. Juni 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** KULTUR; S. 07

**Length:** 704 words

**Byline:** Zoé Sona

**Highlight:** Flüchtlinge und MigrantInnen organisieren eine Anklage gegen die Bundesrepublik Deutschland ein symbolisches aber hochpolitisches Tribunal für die Menschenrechte

### **Body**

---

Alltägliche staatliche Menschenrechtsverstöße treiben Flüchtlinge in Deutschland in Depression und Todesangst. Deshalb haben viele unserer Brüder und Schwestern in den Lagern ihr Leben verloren, während wir hier sind, weil wir auf Schutz und eine bessere Zukunft hoffen. Mit all jener Politik der Ungerechtigkeit, den Misshandlungen und der Frustration glauben wir, dass es Zeit für das Tribunal ist. Die Aussage von John Moven und Jerry Bagaza aus dem Flüchtlingslager Fallersleben-Wolfsburg ist Teil des Aufrufs für ein öffentliches Flüchtlingstribunal, das vom 13. bis 16. Juni in Berlin stattfindet.

Die Karawane, eine Organisation, die sich für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen einsetzt, hat sich mit weiteren flüchtlingspolitischen Gruppen zusammengeschlossen, um mit dem Tribunal Anklage gegen die Migrationspolitik zu erheben. Die OrganisatorInnen legen der Bundesrepublik zur Last, durch ihre kolonialistische und imperialistische Politik mitverantwortlich für die Fluchtursachen in ihren Herkunftsländern zu sein, die zahlreichen Toten an den europäischen Außengrenzen durch ihre Abschottungspolitik in Kauf zu nehmen und tagtäglich physisches und psychisches Leid in den Flüchtlingsunterkünften zu befördern.

Auf dem Mariannenplatz in Kreuzberg soll deshalb den Betroffenen die Gelegenheit geboten werden, öffentlich über den Rassismus zu berichten, der ihnen von Behörden und der Gesellschaft entgegenschlägt. Das Tribunal setzt Zeugenaussagen von Flüchtlingen zusammen, die auf lange Sicht eine Verhandlung gegen die Bundesrepublik Deutschland ermöglichen sollen. Aber das wichtigste Ziel ist es, die Selbstbestimmung der Flüchtlinge, ihre Solidarität untereinander und ihren Widerstandswillen zu stärken, erklärt Rex Osa, ein Pressesprecher des Flüchtlingstribunals. Nicht nur Einzelpersonen, sondern auch Flüchtlingsorganisationen und geladene ExpertInnen wie AnwältInnen, ÄrztInnen und AkademikerInnen sollen ihr Wissen und ihre Fachkenntnisse über den Umgang der Mehrheitsgesellschaft und des Staats mit den Flüchtlingen einbringen. Es geht den OrganisatorInnen darum, persönliche Geschichten mit Expertenwissen zusammenzubringen und eine Dokumentation fortdauernder Menschenrechtsverletzungen zu veröffentlichen.

Das Tribunal der Flüchtlinge Flüchtlinge und MigrantInnen organisieren eine Anklage gegen die  
Bundesrepublik Deutschland - ein symbolisches aber hochpolitisches....

Das Tribunal ist Teil der Flüchtlingsproteste, die sich Anfang letzten Jahres verstärkten, als sich der Asylbewerber Mohammed Rahsepar in einem Lager in Würzburg das Leben nahm, weil er die Bedingungen der Unterbringung nicht mehr aushielt. Seitdem haben sich die Flüchtlinge im Refugee Strike organisiert. Mit einem Fußmarsch und einer Bustour von Würzburg nach Berlin, mit Demonstrationen und Zeltlagern auf öffentlichen Plätzen versuchten sie, auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Sie wollen sich nicht nur gegen die rigide Abschiebepolitik wehren, sondern kritisieren auch das Verbot, sich frei in der Bundesrepublik bewegen zu können, die Pflicht, in Gemeinschaftsunterkünften leben zu müssen, das Gutscheinsystem für persönliche Einkäufe und die Verweigerung von Deutschkursen. All diese Beschränkungen isolieren die Flüchtlinge vom Rest der Gesellschaft. Deshalb wählten sie Break Isolation, die Isolation durchbrechen, zum Slogan ihrer Aktionen.

Das Tribunal beginnt mit einer Demonstration von Flüchtlingsfrauen, die nicht nur gegen rassistische Ausgrenzung und Erniedrigung kämpfen, sondern auch gegen die sexistische Diskriminierung, die sie in ihrer Heimat, in deutschen Behörden, in den Lagern und auch unter den Flüchtlingen erleben mussten. Häufig werden Flüchtlingsgruppen von Männern dominiert. Wir Frauen werden nicht gehört, weil wir zu wenige sind. Deshalb brauchen wir unsere eigenen Gruppen, mit denen wir unsere Forderungen vertreten können, beschreibt Aisha, eine Flüchtlingsfrau, den Grund für die Demonstration und die Notwendigkeit für Frauenräume.

Neben den Berichten der Betroffenen und ExpertInnen präsentiert das Tribunal auch Installationen und musikalische Darbietungen. Die Forderungen des Tribunals sollen am 17. Juni mit einer Konzertblockade ins Regierungsviertel getragen werden. Ein Orchester samt Chor wird mit südafrikanischer Folklore, Werken von Hanns Eisler, Manu Chao und anderen dem Tribunal lautstark Gehör verleihen.

Zoé Sona

**Load-Date:** June 12, 2013

**Flüchtlingsbeauftragter will "Heim-TÜV"; EINWANDERER Schlechte Unterbringung, fehlende Betreuung: Mit der Situation vieler Asylsuchender ist der Landesbeauftragte nicht zufrieden. Er lobt aber dennoch politische Bestrebungen**

taz, die tageszeitung

Freitag 25. Oktober 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 21

**Length:** 325 words

**Highlight:** EINWANDERER Schlechte Unterbringung, fehlende Betreuung: Mit der Situation vieler Asylsuchender ist der Landesbeauftragte nicht zufrieden. Er lobt aber dennoch politische Bestrebungen

## Body

---

Viele Flüchtlinge werden in Schleswig-Holstein nach Einschätzung des Zuwanderungsbeauftragten Stefan Schmidt nicht angemessen untergebracht und betreut. Bei der Mehrheit könnte es wesentlich besser werden, sagte der seit zwei Jahren amtierende Beauftragte am Donnerstag in Kiel. Mindeststandards würden in etlichen Fällen nicht eingehalten. Die Dienststelle des Landesbeauftragten hatte sich 30 bis 35 Unterkünfte im Land näher angeschaut.

Es ist ein sehr gemischtes Bild, sagte Schmidts Stellvertreter Torsten Döhring. Es gebe Kreise, in denen Flüchtlinge in einem alten Landgasthof nur untergebracht und gar nicht betreut werden. Welche Kreise nicht mehr tun, als das Kriterium sauber, satt und trocken zu erfüllen, wollte Döhring nicht sagen.

Wir wollen einen Heim-TÜV machen. Flüchtlinge sollten nicht auf dem Lande untergebracht werden, wo sie nicht einkaufen könnten, nicht mitten im Wald und nicht in Containern, sagte der Ex-Cap Anamur-Kapitän Schmidt.

Die Zahl der Asylsuchenden hat sich in Schleswig-Holstein deutlich erhöht. Im laufenden Jahr wurden bis Ende September 2.646 Asylsuchende registriert. Die meisten kamen aus Russland, vor allem Tschetschenen, aus Syrien, Afghanistan, Iran, Serbien und Mazedonien.

Rund 2.100 waren es insgesamt im Vorjahr. Der Flüchtlingsbeauftragte forderte mehr Geld für Sprachkurse und bessere Möglichkeiten für Schul- und Berufsausbildung. Insgesamt leben laut Innenministerium derzeit im Land etwa 9.400 Flüchtlinge. Ihr Status ist sehr unterschiedlich.

Schmidt lobte die Bemühungen der Landesregierung, die Leistungskürzungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und das Arbeitsverbot für Flüchtlinge abzuschaffen. Gleiches gelte für das Bestreben, gut integrierten Flüchtlingen ein Bleiberecht zu verschaffen.

Flüchtlingsbeauftragter will "Heim-TÜV" EINWANDERER Schlechte Unterbringung, fehlende Betreuung: Mit der Situation vieler Asylsuchender ist der Landesbeauftragte....

Schleswig-Holsteins Innenminister Andreas Breitner (SPD) ist bei den Koalitionsverhandlungen in Berlin in der Unterarbeitsgruppe vertreten, die sich mit dem Thema Migration befasst. (dpa)

**Load-Date:** October 24, 2013

---

End of Document

**Flughafenknast meist leer; MIGRATION In der umstrittenen Einrichtung  
wurden seit Eröffnung fünf Menschen untergebracht**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 30. Januar 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 22

**Length:** 214 words

**Highlight:** MIGRATION In der umstrittenen Einrichtung wurden seit Eröffnung fünf Menschen untergebracht

## Body

---

Das bereits eröffnete Flughafenasyl am geplanten Großflughafen in Schönefeld wird weiterhin kaum genutzt. In dem vor knapp einem halben Jahr eröffneten Gewahrsam sind bislang fünf **Flüchtlinge** untergebracht worden. Vier Syrern sei im Rahmen des Flughafenasylverfahrens nach wenigen Tagen die Einreise gestattet worden, teilte das brandenburgische Innenministerium am Dienstag mit. Ein türkischer Staatsbürger sei nach acht Tagen von der Bundespolizei wieder abgeschoben worden.

Im Januar wurde in dem Mitte August 2012 in Betrieb genommenen Gebäude den Angaben zufolge bislang noch kein Flüchtling untergebracht. Der Gewahrsam mit 30 Plätzen wurde für den neuen Flughafen Berlin-Brandenburg (BER) gebaut, dessen Eröffnung wegen schwerwiegender Baumängel auf unbestimmte Zeit verschoben wurde. Das Land zahlt nach eigenen Angaben jeden Monat rund 12.000 Euro Miete für den Gewahrsam an die Flughafengesellschaft.

Brandenburg muss auf Beschluss des Bundes seit 1993 am Flughafen Schönefeld einen Gewahrsam für das umstrittene Flughafenasylverfahren betreiben. Dort wird geprüft, ob Flüchtlinge ohne Papiere oder aus sogenannten sicheren Drittstaaten für ein normales Asylverfahren einreisen dürfen. Eine Bundesratsinitiative von Brandenburg zur Abschaffung des Verfahrens ist gescheitert. (epd)

**Load-Date:** January 29, 2013

**Unterricht mit Konfliktpotenzial; INTEGRATION Bei der Konferenz der Integrationsminister will Dilek Kolat einem Antrag auf sofortige Sprachkurse für Asylsuchende zustimmen. Ohne Rückendeckung ihrer Koalition**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 20. März 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 21

**Length:** 743 words

**Byline:** MARINA MAI

**Highlight:** INTEGRATION Bei der Konferenz der Integrationsminister will Dilek Kolat einem Antrag auf sofortige Sprachkurse für Asylsuchende zustimmen. Ohne Rückendeckung ihrer Koalition

## Body

---

VON MARINA MAI

In der rot-schwarzen Koalition Berlins bahnt sich erstmals ein ernsthafter Konflikt zur Flüchtlingspolitik an. Am heutigen Mittwoch beginnt in Dresden eine zweitägige Konferenz der Integrationsminister. Auf der Tagesordnung steht ein Antrag des Landes Brandenburg, wonach Asylsuchende und geduldete Flüchtlinge von Beginn an ein Recht auf Sprach- und Integrationskurse haben sollen. Alle rot-grün regierten Bundesländer sowie Mecklenburg-Vorpommern mit seiner rot-schwarzen Koalition zeichnen den Vorstoß mit. Und auch Berlins Integrationssenatorin Dilek Kolat (SPD) lässt der taz durch ihre Sprecherin Franziska Schönberner ausrichten, dass sie dem Antrag zustimmen werde. Einen Kabinettsbeschluss dazu gebe es allerdings nicht in Berlin. Kolat nimmt ihre Verantwortung als zuständige Fachsenatorin in eigener Regie wahr.

Bisher haben Zuwanderer erst dann ein Recht auf einen Integrationskurs, wenn sie ein Aufenthaltsrecht haben. Asylsuchende und geduldete Flüchtlinge sind davon ausgenommen. Dabei geht es den konservativen Kreisen um mehr als nur um die von ihnen vehement abgelehnten bezahlten Deutschkurse. Es geht darum, dass der Aufenthalt von Asylsuchenden nur vorübergehender Natur sei und das auch bleiben solle. Jede Integrationsleistung lehnen konservative CDU-Politiker auch in Berlin seit Jahren strikt ab.

Brandenburgs Sozialminister Günter Baaske (SPD), Initiator des Antrags, erklärt hingegen: Sprachkenntnisse sind der Schlüssel für Integration. Migrantinnen und Migranten brauchen dabei Unterstützung. Auch Flüchtlinge müssen vom ersten Tag an die Möglichkeit bekommen, Deutsch zu lernen. Das sei für die Verbesserung der Kommunikation mit Behörden, Ärzten sowie bei der Arbeitssuche angebracht. Sein Antrag verweist darauf, dass Asylbegehrende in absehbarer Zeit bereits nach neun Monaten Aufenthalt einen Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten. Ohne Sprachkenntnisse könnten sie den aber nicht nutzen. Es liegt im Interesse der Länder und Kommunen, dass Asylbegehrende nach Möglichkeit ein eigenes Einkommen erwirtschaften.

Unterricht mit Konfliktpotenzial INTEGRATION Bei der Konferenz der Integrationsminister will Dilek Kolat  
einem Antrag auf sofortige Sprachkurse für Asylsuchende....

Einfache Mehrheit sicher

Eine einfache Mehrheit ist dem Antrag in der Integrationsministerkonferenz sicher. Allerdings hat der Gesetzgeber die Integrationsministerkonferenz mit wenig Kompetenz ausgestattet. Sie kann nur mit Zweidrittelmehrheit Anträge an den Bundesrat weiterleiten. Ob die zustande kommt, ist offen. Die unionsregierten Länder Bayern, Sachsen, Thüringen und Hessen haben bislang keine Zustimmung signalisiert. Kommt das Thema im Bundesrat zur Abstimmung, ist allerdings auch im Berliner Senat ein Kabinettsbeschluss nötig.

Das birgt Sprengstoff. Die innenpolitischen Hardliner in der CDU behindern bisher alle Fortschritte für Flüchtlinge. Und das Thema ist ihnen wichtig, erklärt Hakan Tas, flüchtlingspolitischer Sprecher der Linken. Wie die anderen Oppositionsparteien unterstützen die Linken das Anliegen aus Brandenburg. Canan Bayram von den Grünen sagt: Sogar der langjährige SPD-Innensenator Ehrhart Körting hat Sprachkurse für Flüchtlinge im Innenausschuss mehrfach vehement abgelehnt. Sein Argument: Deutsche Sprachkenntnisse seien ein Stück Integration und damit ein Abschiebehindernis. Berlin könne hier aber keine Abschiebehindernisse schaffen. Bayram begrüßt, dass SPD-Senatorin Kolat sich von diesem alten Denken verabschiedet hat. Auch Pirat Fabio Reinhardt lobt Kolat: Bisher habe ich bei der SPD in Berlin eigene Vorstöße in der Integrations- und Flüchtlingspolitik gegen den Koalitionspartner nicht feststellen können. Das ist mal ein guter erster Schritt.

Die Grünen wollen die Koalition zwingen, Farbe zu bekennen. Abhängig vom Ausgang der Abstimmung in der Integrationsministerkonferenz erwägen wir, einen Antrag auf eine Bundesratsinitiative in das Abgeordnetenhaus einzubringen, sagt Bayram. Auf die Zustimmung der anderen Oppositionsparteien kann sie bauen. Ob sich die SPD dann durchsetzt, ist offen.

Martina Mauer vom Flüchtlingsrat hält deutsche Sprachkurse für Flüchtlinge für dringend nötig. Mit der Liga der Spitzenverbände der Wohlfahrt richtet der Flüchtlingsrat derzeit einen Aufruf an Senat und Abgeordnetenhaus, wonach Berlin Gelder für Sprachkurse für Flüchtlinge vom ersten Tag des Aufenthaltes an bereitstellen soll. Er kann auf [www.diakonie-portal.de/liga-berlin/aufruf](http://www.diakonie-portal.de/liga-berlin/aufruf) online unterzeichnet werden.

Die innenpolitischen Hardliner in der CDU behindern bisher alle Fortschritte für Flüchtlinge. Und das Thema ist ihnen wichtig

HAKAN TAS, LINKE

**Load-Date:** March 19, 2013

**Abgeschobenen Afghanen zurückgebracht; KORREKTUR Bundesamt für Migration und Flüchtlinge holt einen gegen Richterbeschluss abgeschobenen Flüchtling aus Italien zurück. Zeitnot sei der Grund für die rechtswidrige Abschiebung gewesen**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 26. September 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 21

**Length:** 324 words

**Byline:** KAI VON APPEN

**Highlight:** KORREKTUR Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** holt einen gegen Richterbeschluss abgeschobenen **Flüchtling** aus Italien zurück. Zeitnot sei der Grund für die rechtswidrige Abschiebung gewesen

## Body

---

Ein gegen das Votum des Verwaltungsgerichts Oldenburg von der Bundespolizei am Köln-Bonner Flughafen nach Italien abgeschobener Afghane ist vom Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** nach Deutschland zurückgeholt worden. Das bestätigt sein Hamburger Anwalt Carsten Kerschies. Er kommt heute mit dem Flugzeug zurück, sagte Kerschies am Dienstag.

Der 21-Jährige war Anfang des Jahres vorm Afghanistan-Krieg nach Deutschland geflohen. Obwohl es eine EU-Richtlinie gibt, nach der Freiheitsentzug auch dann unzulässig ist, wenn sich jemand ohne Aufenthaltsstatus im Land aufhält, wurde der Afghane in Abschiebehaft gesteckt.

Am 20. August war ihm mitgeteilt worden, dass sein Asylantrag angelehnt worden sei und seine Abschiebung am folgenden Tag bevorstehe. Es gelang uns, im Eilverfahren die Abschiebung aussetzen zu lassen, sagt Kerschies. Der Verwaltungsrichter hatte Bedenken gegen eine Abschiebung nach Italien, da Italien kein sogenanntes sicheres Drittland sei, weil es keine menschenwürdige Unterbringung garantieren könne. Der Beschluss ging am Tag der Abschiebung um 12.05 Uhr bei der Bundespolizei am Flughafen Köln-Bonn ein.

Die Bundespolizei habe die Abschiebung nicht mehr abbrechen können, weil der Flieger um 12.04 Uhr bereits seine Parkposition verlassen habe und der Zeitraum für die erforderlichen Entscheidungsabläufe zum Abbruch zu kurz gewesen sei, teilte das Bundesinnenministerium auf eine Anfrage der Linkspartei-Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke mit, die sie aufgrund der taz-Berichterstattung gestellt hatte.

Was das Innenministerium verschweigt: Die Bundespolizei war telefonisch von dem Richterspruch informiert worden, bestand jedoch auf dem schriftlichen Beschluss per Fax. Der Fall zeigt, dass der Ausschluss des



Abgeschobenen Afghanen zurückgebracht KORREKTUR Bundesamt für Migration und Flüchtlinge holt einen  
gegen Richterbeschluss abgeschobenen Flüchtling aus Italien z....

einstweiligen Rechtsschutzes nach den Dublin-Verfahren endlich gestrichen werden muss , sagte Jelpke zur taz.  
KAI VON APPEN

Die Bundespolizei war informiert, bestand aber auf dem schriftlichen Beschluss

**Load-Date:** September 25, 2012

---

End of Document

**Endlich Existenzminimum; RECHT Die Karlsruher Verfassungsrichter urteilen gegen eine 19 Jahre alte Regelung. Nun sollen Flüchtlinge endlich eine Grundsicherung in angemessener Höhe erhalten**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 19. Juli 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** THEMEN DES TAGES; S. 03

**Length:** 892 words

**Byline:** CHRISTIAN RATH

**Highlight:** RECHT Die Karlsruher Verfassungsrichter urteilen gegen eine 19 Jahre alte Regelung. Nun sollen Flüchtlinge endlich eine Grundsicherung in angemessener Höhe erhalten

## Body

---

AUS KARLSRUHE CHRISTIAN RATH

Sozialministerin Ursula von der Leyen (CDU) hatte keine Lust, sich das anzuhören. Die zuständige Ministerin war nicht zur Urteilsverkündung nach Karlsruhe gekommen. Sie hat wohl geahnt, dass das Bundesverfassungsgericht die Sozialleistungen für Flüchtlinge als evident unzureichend beanstanden wird. Doch nun muss sie das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) nachbessern, denn Karlsruhe hat das Gesetz in weiten Teilen für verfassungswidrig erklärt.

Das AsylbLG wurde 1993 beschlossen, als die Flüchtlingszahlen in Deutschland am höchsten waren. Gegenüber Sozialhilfeempfängern wurden die Sätze damals rund 15 Prozent abgesenkt, um angebliche Lockwirkungen zu verhindern. Statt 515 Mark bekamen Asylbewerber nur noch 440 Mark im Monat. Asylbewerber würden meist eh nicht anerkannt, hieß es in der offiziellen Begründung, und blieben deshalb nicht lange in Deutschland. Aus diesem Grund müssten sie sich auch nicht sozial-kulturell integrieren und kämen mit weniger Geld zurecht.

Seither wurden die Sätze des AsylbLG nicht erhöht, im Gesetz stehen immer noch die DM-Werte. Umgerechnet erhält ein Asylbewerber heute 224 Euro im Monat (soweit er überhaupt Geldleistungen erhält, siehe unten). Dabei stieg in der Zwischenzeit der Preisindex um mehr als dreißig Prozent. Während der Hartz-IV- und Sozialhilfesatz heute bei 374 Euro liegt, bekommen Asylbewerber also nur knapp 60 Prozent davon.

Gleichzeitig wurde im Lauf der Jahre der Anwendungsbereich des Gesetzes immer mehr erweitert. Während die reduzierten Leistungen zunächst nur ein Jahr lang gezahlt wurden, sind es heute schon vier Jahre. Galt das Gesetz zunächst nur für Asylbewerber, so wurde es inzwischen auf zahlreiche andere Flüchtlingsgruppen ausgeweitet, vor allem auf Geduldete, deren Asylantrag bereits abgelehnt wurde.

Endlich Existenzminimum RECHT Die Karlsruher Verfassungsrichter urteilen gegen eine 19 Jahre alte Regelung. Nun sollen Flüchtlinge endlich eine Grundsicherung i....

Doch nun hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass dieses Gesetz aus zwei Gründen dem Grundgesetz widerspricht. Zum einen seien die Sätze heute eindeutig zu niedrig. Zum anderen seien sie auch nie nachvollziehbar berechnet worden. Beides verstoße gegen das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum.

Für die Frage, was menschenwürdig sei, komme es auf die Verhältnisse in Deutschland an, nicht in den Herkunftsländern der Flüchtlinge, stellten die Richter klar. Auch andere europäische Staaten, mit teilweise niedrigeren Leistungen, seien kein Maßstab. Damit wiesen die Richter ein Argument der Bundesregierung zurück.

Zum Existenzminimum gehöre neben Leistungen zur Sicherung der physischen Existenz, also Nahrung, Körperpflege und Kleidung, auch die Möglichkeit zur Pflege zwischenmenschlicher Beziehungen und ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben. Kosten für Kinobesuche, ein Zeitungsabo, Telefon oder eine Bahnfahrkarte müssten von Beginn an in die Berechnung des Existenzminimums einfließen.

Wie viel Euro ein Flüchtling braucht, um in Deutschland menschenwürdig existieren zu können, ergebe sich allerdings nicht aus der Verfassung, so die Richter. Das müsse der Gesetzgeber festlegen, und zwar unverzüglich.

Sicherheitshalber haben die Richter aber eine Übergangsregelung beschlossen, die ab sofort gilt. Bei anhängigen Streitfällen gilt sie sogar rückwirkend ab Januar 2011.

Danach bekommt ein alleinlebender Flüchtling nun 336 Euro pro Monat, also knapp 90 Prozent des Hartz-IV-Satzes. Haushaltsangehörige bekommen 260 Euro. Soweit in einem Bundesland nur Gutscheine verteilt werden, muss deren Wert entsprechend steigen. In Ländern und Kommunen, in denen es im Wesentlichen Sachleistungen gibt, etwa Essenspakete, ändert sich daran nichts. Doch das zusätzliche Taschengeld von derzeit 40 Euro wird auf 130 Euro erhöht.

Diese Sätze gelten, bis der Bundestag das Asylbewerberleistungsgesetz neu beschließt. Auch eine Abschaffung ist möglich, wird vom Bundesverfassungsgericht aber nicht verlangt. Grundsätzlich sei es möglich, ein eigenes Existenzminimum für Flüchtlinge zu berechnen, so die Richter. Dieses dürfe aber nicht der Abschreckung dienen, betonte der Senatsvorsitzende Ferdinand Kirchhof, die Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren.

Wenn der Gesetzgeber niedrigere Leistungen mit einem kurzen Aufenthalt in Deutschland begründen wolle, müsse er den Zusammenhang genau belegen. Außerdem dürfte dieser abgesenkte Satz auch nur für Gruppen gelten, die wirklich nur kurzfristig in Deutschland bleiben. Das dürfte bei geduldeten Flüchtlingen kaum der Fall sein.

Das Urteil wurde durch eine Richtervorlage des Landessozialgerichts von Nordrhein-Westfalen ausgelöst. Bis dahin war das Asylbewerberleistungsgesetz in Karlsruhe nie überprüft worden. Dass eine Änderung erforderlich ist, war allerdings spätestens seit Anfang 2010 bekannt. Damals kippte Karlsruhe die Hartz-IV-Sätze, weil sie nicht nachvollziehbar berechnet wurden. Auch die Bundesregierung sprach jetzt davon, dass das AsylbLG wohl verfassungswidrig sei. Sie gründete einen Arbeitskreis mit den Ländern, die aber höhere Sätze ablehnten, um Kosten für die Kommunen zu vermeiden.

Von der Leyens Staatssekretärin Annette Niederfranke sagte gestern: Wir nehmen das Urteil an und setzen es um. Pro Asyl begrüßte die Entscheidung, fordert aber weiterhin eine Abschaffung des AsylbLG.

Die Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren

F. KIRCHHOF, VERFASSUNGSRICHTER

**Load-Date:** July 18, 2012

Endlich Existenzminimum RECHT Die Karlsruher Verfassungsrichter urteilen gegen eine 19 Jahre alte  
Regelung. Nun sollen Flüchtlinge endlich eine Grundsicherung i....

---

End of Document

**Friedrich will hart bleiben; EU-GIPFEL Nach Lampedusa fordern Italien und Griechenland Reformen des EU-Asylsystems. Deutschlands Strategie zur Ablehnung dieser Wünsche steht**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 24. Oktober 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SEITE 1; S. 01

**Length:** 220 words

**Byline:** CJA

**Highlight:** EU-GIPFEL Nach Lampedusa fordern Italien und Griechenland Reformen des EU-Asylsystems. Deutschlands Strategie zur Ablehnung dieser Wünsche steht

## Body

---

BERLIN taz Auf dem heute beginnenden Gipfeltreffen der europäischen Staatschefs will Berlin jede Forderung nach einer Liberalisierung der Flüchtlingspolitik ablehnen. Ein internes Papier aus dem Auswärtigen Amt, das der taz vorliegt, zeigt, wie Berlin mit Forderungen aus Rom und Athen zur Flüchtlingsfrage umgehen will: abbügeln und bloß keine Zugeständnisse machen. Wir haben einen Rahmen der europäischen Asyl- und Migrationspolitik, den wir jetzt umsetzen, einhalten und ausfüllen müssen, aber nicht grundsätzlich infrage stellen sollten, heißt es in dem Papier.

Genau das verlangen aber die südlichen Länder der Europäischen Union. Italiens Ministerpräsident Enrico Letta hatte am Dienstag im Parlament angekündigt, Brüssel müsse feststellen, dass es angesichts der Katastrophen im Mittelmeer keine Europäisierung der Gleichgültigkeit geben dürfe: Die EU war über allzu lange Jahre abwesend. Die Flüchtlingspolitik sei eine gemeinsame Aufgabe. Gefordert seien deshalb alle, auch die am weitesten vom Mittelmeer entfernt liegenden Mitgliedstaaten. Griechenland erhebt ähnliche Forderungen.

Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) hatte trotz der jüngsten Flüchtlingsdramen betont, dass er keinen Grund für eine Änderung der Einwanderungspolitik in Europa sehe. CJA

Schwerpunkt SEITE 3

Meinung + Diskussion SEITE 12

**Load-Date:** October 23, 2013

Friedrich will hart bleiben EU-GIPFEL Nach Lampedusa fordern Italien und Griechenland Reformen des EU-Asylsystems. Deutschlands Strategie zur Ablehnung dieser W....

---

End of Document

## **Sicherheit für Syrer; MIGRATION Flüchtlinge aus Syrien sollen dauerhaft in Berlin bleiben dürfen, fordert die Opposition. Vorbild ist Brandenburg: Dort gilt seit Mittwoch ein Abschiebestopp**

taz, die tageszeitung

Freitag 17. Februar 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 19

**Length:** 539 words

**Byline:** MARINA MAI

**Highlight:** **MIGRATION Flüchtlinge** aus Syrien sollen dauerhaft in Berlin bleiben dürfen, fordert die Opposition. Vorbild ist Brandenburg: Dort gilt seit Mittwoch ein Abschiebestopp

### **Body**

---

VON MARINA MAI

Alle drei Oppositionsparteien und der **Flüchtlingsrat** fordern von Innensenator Frank Henkel (CDU) einen formellen Abschiebestopp für **Flüchtlinge** aus Syrien. Darüber hinaus sollen alle syrischen **Flüchtlinge** ein dauerhaftes Bleiberecht erhalten, sagt Martina Mauer vom **Flüchtlingsrat**. Denn es sei nicht davon auszugehen, dass sich die Situation in Syrien in absehbarer Zeit verbessere. Betroffen sind nach Schätzung syrischer Vereine 700 Menschen. Die Innenverwaltung spricht hingegen von 150 neu eingereisten Menschen, zu denen noch abgelehnte **Asylbewerber** hinzukämen.

Allerdings musste die Opposition in dieser Frage erst wachgeküsst werden. Noch im Januar hatte Henkel erklärt, es werde seit April 2011 sowieso nicht nach Syrien abgeschoben. Damit folge Berlin einer Empfehlung des Bundes. Mit dieser Erklärung hatte die Opposition sich zufriedengegeben. Anders als Linke und Grüne im Bundestag, die schon damals einen Abschiebestopp für mindestens 6 Monate forderten.

Der Prinz, der die Berliner Opposition wachküsst, ist Brandenburgs Innenminister Dietmar Woidtke (SPD). Er hatte am Mittwoch für Brandenburg einen solchen förmlichen Abschiebestopp für sechs Monate verfügt: Wir können niemanden in ein Land zurückschicken, in dem die Regierung mit Panzern und Artillerie auf Zivilisten schießen lässt. Vor Brandenburg hatte das auch Schleswig-Holstein getan, in Rheinland-Pfalz wird der Schritt diskutiert.

Henkel hingegen verzichtet darauf. Das wird in unserem Haus aus fachlicher Sicht nicht für notwendig gehalten, sagt eine Sprecherin der Innenverwaltung. Der formale Abschiebestopp in Brandenburg hat für die Betroffenen gegenüber der Berliner Situation jedoch viele Vorteile. Er gibt Rechtssicherheit für ein halbes Jahr; die Empfehlung des Bundes hingegen kann jederzeit widerrufen werden. Diese Sicherheit ist für diejenigen unumgänglich, die als Opfer von Folter und Misshandlungen eine Psychotherapie machen, sagt der gebürtige Syrer Ferhad Ahma, der

Sicherheit für Syrer MIGRATION Flüchtlinge aus Syrien sollen dauerhaft in Berlin bleiben dürfen, fordert die Opposition. Vorbild ist Brandenburg: Dort gilt seit....

für die Grünen Bezirkspolitiker in Mitte ist. Sie könne aber auch jüngeren Menschen bei der Integration helfen, so Ahma weiter. Denn gegenwärtig sind sie dazu verdammt, tatenlos im Wohnheim rumzusitzen. Viele wollen gern Deutsch lernen, eine Ausbildung machen oder arbeiten. Mit einer Bleiberechtsregelung wie in Brandenburg wäre das möglich.

Schwierig sei für die Asylbewerber auch, dass der Bund die Asylverfahren wegen der Lage in Syrien ausgesetzt hat, berichtet Ahma. Das vergrößert die Unsicherheit. Martina Mauer vom Flüchtlingsrat sagt: Gerade jetzt hätten viele gute Chancen auf Asyl und damit auf ein dauerhaftes Bleiberecht. Diese Chance nimmt ihnen der Bund.

Die wachgeküsste Berliner Opposition diskutiert über einen gemeinsamen Antrag im Abgeordnetenhaus, syrischen Flüchtlingen Rechtssicherheit zu geben. Pirat Fabio Reinhardt fordert, dass Berlin mit Brandenburg gleichzieht, und zwar sofort. Für Hakan Tas von den Linken wäre das auch ein wichtiges Signal an den auch in Berlin tätigen syrischen Geheimdienst, dass Berlin die Opposition vor diesem schützt. Seine Kollegin Canan Bayram (Grüne) ist noch vorsichtig: Ich halte dieses Anliegen für unterstützenswert.

Betroffen sind nach Schätzung syrischer Vereine rund 700 Menschen

**Load-Date:** February 16, 2012



## "Keineswegs dramatisch"; ASYL Schleswig-Holstein nimmt mehr Flüchtlinge auf. Innenminister warnt vor Panikmache

taz, die tageszeitung

Dienstag 20. November 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 22

**Length:** 263 words

**Highlight:** ASYL Schleswig-Holstein nimmt mehr Flüchtlinge auf. Innenminister warnt vor Panikmache

### Body

---

Zwischen Januar und Oktober dieses Jahres hat Schleswig-Holstein insgesamt 1.823 Asylbewerber neu aufgenommen – rund 54 Prozent mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Wie das Kieler Innenministerium gestern mitteilte, kamen die meisten der Flüchtlinge aus Afghanistan (480) und dem Iran (323). Bis zum Jahresende könnte die Zahl auf insgesamt 2.250 Menschen steigen, hieß es. Eine höhere Zahl gab es zuletzt im Jahr 2001.

Innenminister Andreas Breitner (SPD) nannte die Situation angespannt, aber keineswegs dramatisch. Er forderte den Bundesinnenminister auf, die Asylverfahren im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zu beschleunigen. Die Flüchtlinge müssen so rasch wie möglich wissen, ob sie bleiben können, sagte Breitner nach einem Besuch des Landesamtes für Ausländerangelegenheiten in Neumünster. Zügige Asylverfahren seien Teil einer humanen Ausländerpolitik.

Bund und EU müssten dafür sorgen, dass sich die Lebensverhältnisse etwa der Roma auf dem Balkan verbesserten. Seit September kommen verstärkt Menschen aus Serbien und Mazedonien nach Deutschland. In der überwiegenden Zahl handelt es sich um Roma, die kaum eine Chance haben, als politisch verfolgt anerkannt zu werden. Für sie eine Visumspflicht einzuführen, lehnte Breitner ab.

Er warnte davor, von einem Missbrauch des Asylrechts zu sprechen. Jeder muss die Möglichkeit haben, einen Antrag auf Asyl zu stellen, sagte er. Die Behörden hätten die Aufgabe, die Anträge sorgfältig und zügig zu prüfen und den Menschen derweil eine angemessene Unterbringung, Versorgung und Betreuung zu gewähren. (epd)

**Load-Date:** November 19, 2012

**"Viele sind an den Rand gedrängt"; HELLERSDORF Die Vorbehalte gegen Flüchtlinge gibt es auch deshalb, weil es zwischen Deutschen und Migranten zu wenig Austausch gibt, sagt die Leiterin der Hellersdorfer Alice-Salomon-Hochschule. Sie will ihre Schule jetzt für die Bewohner des neuen Flüchtlingsheims öffnen**

taz, die tageszeitung

Montag 26. August 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 22

**Length:** 791 words

**Byline:** MARINA MAI

**Highlight:** HELLERSDORF Die Vorbehalte gegen Flüchtlinge gibt es auch deshalb, weil es zwischen Deutschen und Migranten zu wenig Austausch gibt, sagt die Leiterin der Hellersdorfer Alice-Salomon-Hochschule. Sie will ihre Schule jetzt für die Bewohner des neuen Flüchtlingsheims öffnen

## Body

---

### INTERVIEW MARINA MAI

taz: Frau Borde, in Hellersdorf ist es einer NPD-nahen Bürgerinitiative gelungen, Pogromstimmung gegen ein Asylbewerberheim zu erzeugen. Sie kennen den Sozialraum Hellersdorf sehr gut. Was ist dort in den letzten Jahren schiefgelaufen?

Theda Borde: Marzahn-Hellersdorf ist kein natürlich gewachsener Bezirk, sondern, von den Siedlungsgebieten abgesehen, eine in den 1980er Jahren gebaute Plattenbausiedlung mit wenig Raum für öffentliche Plätze und Begegnungen. Nach der Wende sind junge und mobile Menschen abgewandert. In den letzten Jahren sind solche zugezogen, die es sich nicht leisten können, woanders zu wohnen. Wir haben hier spezifische soziale Probleme. Hier konzentrieren sich ausgegrenzte Unterprivilegierte deutscher Herkunft. Es ist der Bezirk mit den meisten Teenagermüttern. Viele Menschen fühlen sich an den sozialen Rand gedrängt und, ehrlich gesagt, sind sie es auch.

Das beschreibt die soziale Situation. Was aber hätte die Politik tun können?

Nicht alle gesellschaftlichen Prozesse lassen sich politisch steuern. Der Bezirk ist seit Jahren bemüht, den Sozialraum aufzuwerten, Wirtschaft anzusiedeln und Arbeitsplätze zu schaffen, das erkenne ich an. Berlin hat es aber versäumt, rechtzeitig in den Wohnungsbau zu investieren. Besser wäre es, alle Flüchtlinge in Wohnungen unterbringen. Dann wären solche Heime nicht nötig. Das sind ja separierte Trutzburgen, deren Bewohner den

"Viele sind an den Rand gedrängt" HELLERSDORF Die Vorbehalte gegen Flüchtlinge gibt es auch deshalb, weil es zwischen Deutschen und Migranten zu wenig Austausch....

ausgegrenzten und benachteiligten Nachbarn als Feindbild dienen. Solange Flüchtlinge in Wohnungen wohnten, gab es das Problem nicht, sie waren einfach Nachbarn.

Heute erfahren rechte Rattenfänger viel Zuspruch.

Wir dürfen nicht vergessen, dass wir uns im Wahlkampf befinden und die NPD da massiv mobilisiert, weil sie sich mit Flüchtlingsabwehr Zuspruch erhofft, und das wohl besonders in Hellersdorf.

Ist die Pogromstimmung also nach dem 22. September vom Tisch?

Das hängt vom Wahlergebnis ab.

Hat der Bezirk versagt?

Nein. Allerdings gibt es Defizite bei der interkulturellen Öffnung des Bezirks. 12 Prozent der Bewohner haben einen Migrationshintergrund. Die beiden großen Gruppen Russlanddeutsche und Vietnamesen leben recht separiert mit wenigen Kontakten zu Einheimischen. Bei der Verwaltung sitzt das Denken von Wir und die anderen fest. Das erlebe ich bei Fachtagungen zur Gesundheit von Migranten im Bezirk. Wir geben denen mal dieses und jenes. Und dann ist aber auch gut. Das ist keine wirkliche Partizipation. Ängste vor den vermeintlich Fremden kann man den Menschen aber nur durch echtes Zusammenleben und Kennenlernen nehmen. Das fehlt in Marzahn-Hellersdorf.

Viele Nachbarn klagen, die Behörden hätten sie nicht rechtzeitig über das Heim informiert. Der Flüchtlingsrat hingegen hält solche Vorabinformationen der Anwohner für unnötig und verweist auf Beispiele aus Mitte, wo die Nachbarn gar nicht informiert wurden und Proteste ausblieben. Was denken Sie: Ist eine vorzeitige Anwohnerinformation nötig oder kontraproduktiv?

Wenn neue Nachbarn einziehen, werden die Anwohner in der Regel auch nicht vorab informiert. Baut man hingegen so ein Separé, geht das meiner Meinung nach nicht ohne Bürgerinformation. Aber es ist sehr wichtig, wie man informiert. Sagt man, Leute, hier kommt ein dickes Problem auf euch zu, da kommen Flüchtlinge da provoziert man geradezu die Probleme. Ich sehe auch die Medien in einer großen Verantwortung. Im Moment bemühen sie sich sehr, zur Beruhigung der Situation beizutragen. Aber wenn über Roma so berichtet wird, dass Ausländer und Kriminalität in einen Topf geworfen werden, werden die Medien ihrer Verantwortung nicht gerecht.

Ihre Hochschule arbeitet im Netzwerk für die Unterstützung der Hellersdorfer Flüchtlinge mit. Was haben Sie konkret vor?

Ein erster Vorschlag von Mitarbeiterinnen war es, zu Kleiderspenden für die Flüchtlinge aufzurufen. Das haben wir schnell wieder verworfen. Denn das wäre eine Hierarchisierung: Was für mich nicht mehr gut genug ist, können die anderen noch gut tragen. Wir wollen im Gegenteil in die Trutzburg Asylbewerberheim ein Stück Normalität hineinbringen. Davon erhoffen wir uns, dass die große Polizeipräsenz vor dem Heim bald überflüssig wird.

Wie soll das gehen?

Ich habe mit dem Hausherrn geklärt, dass wir zwei Räume im Heim als Seminarräume nutzen. Studentisches Leben haucht dem Gebäude ein ganz anderes Leben ein. Im Gegenzug öffnen wir unsere nur zehn Minuten Fußweg vom Flüchtlingsheim entfernte Hochschule für diese Menschen. Wir werden Deutschkurse und andere Aktivitäten anbieten, sie können unsere Mensa mitnutzen und an der Hochschule präsent sein. Unsere Studierenden haben auch ein Transparent am Hochschulgebäude angebracht, das die Flüchtlinge willkommen heißt und sich gegen Rassismus und Nazis hier und überall ausspricht.

**Load-Date:** August 25, 2013

**Tee, Suppe und ein Hoffnungsschimmer; FLÜCHTLINGE Nach 10 Tagen Hunger- und 5 Tagen Durststreik haben die 26 Flüchtlinge vor dem Brandenburger Tor ihren Protest vorläufig eingestellt. Unterstützer und Politiker sind erleichtert über den Kompromiss**

taz, die tageszeitung

Montag 21. Oktober 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AKTUELLES; S. 02

**Length:** 538 words

**Byline:** PLUTONIA PLARRE

**Highlight:** **FLÜCHTLINGE** Nach 10 Tagen Hunger- und 5 Tagen Durststreik haben die 26 **Flüchtlinge** vor dem Brandenburger Tor ihren Protest vorläufig eingestellt. Unterstützer und Politiker sind erleichtert über den Kompromiss

## Body

---

AUS BERLIN PLUTONIA PLARRE

Am Ende haben sie ihre Sachen in Plastiksäcke gepackt und sogar noch den Platz am Brandenburger Tor gefegt so glücklich waren sie. Jetzt sitzen die **Flüchtlinge** in einem Kreuzberger Hinterhof auf Gartenstühlen in der Sonne. Erschöpft, aber fröhlich sehen sie aus.

Die evangelische Kirche hat ihnen für die nächsten Tage Asyl gewährt und spendierte reichlich Wasser, Tee und eine dickflüssige vegetarische Suppe. Eine Ärztin hat uns geraten, langsam mit dem Essen wieder anzufangen, übersetzt ein Dolmetscher die Worte eines Iraners.

Am Samstagabend haben die 26 Flüchtlinge vom Brandenburger ihren seit dem 9. Oktober dauernden Hungerstreik beendet. Fünf Tagen hatten sie zudem nichts mehr getrunken. Die Schwelle zur Lebensgefahr war erreicht. Immer wieder mussten Sanitäter eingreifen und die sichtlich Geschwächten zur Verabreichung von Infusionen in Krankenhaus bringen. Fast alle hatte die Aktion dennoch fortgesetzt.

Dem Vernehmen nach war es der Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-Schlesische Oberlausitz, Markus Dröge, der den politisch Verantwortlichen nach einem Besuch des Protestcamps am Freitag Feuer unter dem Hintern gemacht hatte. Berlins Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen, Dilek Kolat (SPD), war es dann, die die Flüchtlinge am Samstag zusammen mit den Vizepräsidenten des Bundesamtes für Migration, Michael Griesbeck, sowie dem Sprecher der SPD Bundestagsfraktion für Migration, Rüdiger Veit, zum vorläufigen Abbruch der Protestaktion bewegen konnte.

Tee, Suppe und ein Hoffnungsschimmer FLÜCHTLINGE Nach 10 Tagen Hunger- und 5 Tagen Durststreik haben die 26 Flüchtlinge vor dem Brandenburger Tor ihren Protest ....

Vorangegangen war ein vierstündiges Gespräch mit Vertretern der Hungerstreikenden. Es war schon dunkel, als das Ergebnis im Protestlager am Brandenburger Tor zur Abstimmung gestellt und einstimmig angenommen wurde. Danach brach Jubel aus. Unterstützer und Streikende lagen sich in den Armen.

Senatorin Kolat hatte in den letzten Tagen stets darauf verwiesen, dass die Zuständigkeit für die größtenteils aus Bayern kommenden Flüchtlinge beim Bund liege. Auch ihr war Erleichterung ins Gesicht geschrieben, als sie am Samstag verkündete, dass das Bundesamt mit Vorrang die nochmalige Prüfung aller Asylverfahren der am Protest beteiligten Flüchtlinge zugesichert habe. Kolat sprach von berechtigten Belangen und meinte damit Forderungen der Flüchtlinge nach Arbeitserlaubnis und Aufhebung der Residenzpflicht. Man wolle sich gegenüber Bayern dafür einsetzen, dass die Flüchtlinge erst mal in Berlin bleiben können. Der SPD Bundestagsabgeordnete Veit sprach von einem erzielten Kompromiss. Er und Kolat hätten den Flüchtlingen zugesichert, dass sich die SPD bei den Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU für eine Änderung der Asylpolitik einsetze.

Alle Flüchtlinge können davon ausgehen, dass sie bis Mitte Januar in Berlin bleiben können. Bis dahin müssten die Verfahren zum Abschluss gebracht werden, forderten die flüchtlingspolitischen Sprecher von Grünen und Linken.

An der Kirche stapeln sich Plastiksäcke. Die Zusage für die Notunterkunft gilt, bis sich eine andere Lösung gefunden hat, sagt Pfarrer Peter Storck. Iraner, Iraker, Afghanen und Äthiopier löffeln gemeinsam Suppe. Wir sind einen Schritt weiter, sagt ein Iraner.

Bischof Markus Dröge machte den politisch Verantwortlichen Feuer unterm Hintern

**Load-Date:** October 20, 2013

## **Bis einer stirbt!; MARLENE HALSER ÜBER DEN PROTEST DER FLÜCHTLINGE IN MÜNCHEN**

taz, die tageszeitung

Freitag 28. Juni 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

**Length:** 321 words

**Byline:** MARLENE HALSER

### **Body**

---

#### MARLENE HALSER ÜBER DEN PROTEST DER **FLÜCHTLINGE** IN MÜNCHEN

Seit vergangenem Samstag befinden sich die **Asylsuchenden** in der Münchner Innenstadt im Hungerstreik. Seit Dienstag weigern sie sich zu trinken. Wenn diese Zeitung erschienen und der Protest bis dahin nicht beendet ist, werden es vier Tage sein, an denen die Männer und Frauen aus Afghanistan, Äthiopien, Pakistan, Somalia und anderswo ohne Nahrung und Wasser ausharren. Ohne Flüssigkeit überlebt ein Mensch normalerweise nur sehr kurze Zeit.

Die über fünfzig Asylsuchenden, die in München das Protestcamp aufgeschlagen haben, nehmen das Risiko zu verdursten in Kauf. Anders als bei ähnlichen Protesten in Würzburg oder Berlin wollen sie sich nicht von leeren Versprechungen der Politik zum Aufgeben bewegen lassen. Sie wollen den Streik fortsetzen, bis sie vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge als politisch Verfolgte anerkannt werden. Dann dürften sie arbeiten, könnten sich frei bewegen und damit beginnen, sich hier ein Leben aufzubauen. Privilegien, die Menschen, deren Asylverfahren noch anhängig ist, oder deren Gesuch bereits abgelehnt wurde, nicht zustehen.

Dass die Streikenden in der Münchner Innenstadt bereit sind, für diese Rechte zu sterben, offenbart auf dramatische Weise, wie wenig lebenswert ihnen das Dasein, dass sie derzeit in Deutschland fristen, erscheint.

Es ist höchste Zeit, dass die Politik die verzweifelte Lage der Asylsuchenden anerkennt und deren missliche Lage verbessert. Dazu bedarf es politischer Entscheidung: aus dem bayerischen Sozialministerium und aus Berlin. Man muss anerkennen, dass Asylsuchende auch dann nicht zu einer Rückkehr in ihre Heimatländer zu bewegen sind, wenn man ihnen das Leben in Deutschland so schwer wie möglich macht. Diese Erkenntnis sollte nicht so lange auf sich warten lassen, bis einer stirbt!

Inland SEITE 7

Erst als politisch Verfolgte dürften sie arbeiten und damit beginnen, sich ein Leben aufzubauen

Bis einer stirbt! MARLENE HALSER ÜBER DEN PROTEST DER FLÜCHTLINGE IN MÜNCHEN

**Load-Date:** June 27, 2013

---

End of Document

## Kein herzliches Willkommen in der neuen Nachbarschaft; MIGRATION Im Mai soll ein Asylbewerberheim in Wittenau öffnen. Die Bürger haben viele Vorurteile

taz, die tageszeitung

Donnerstag 28. März 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 22

**Length:** 513 words

**Byline:** MARINA MAI

**Highlight:** MIGRATION Im Mai soll ein Asylbewerberheim in Wittenau öffnen. Die Bürger haben viele Vorurteile

### Body

---

Wenn im Mai Asylbewerber in ein ehemaliges Pflegeheim im Reinickendorfer Ortsteil Wittenau ziehen, wird ihnen von Seiten ihrer Nachbarn ein eisiger Wind entgegenwehen. Das wurde am Dienstagabend auf einer Bürgerversammlung im Rathaus des Bezirks klar. Dort hatte die AWO gemeinsam mit Vertretern von Land und Bezirk ihr Konzept für das Heim für 220 besonders schutzbedürftige Flüchtlinge vorgestellt. Rollstuhlfahrer und Rentner sollen dort einziehen, schwangere Frauen und traumatisierte Mütter, weil das Gebäude des ehemaligen Pflegeheimes dazu die Bedingungen bietet. Und weil Berlin dringend Unterkünfte gerade für solche Asylbewerber sucht.

Das seien Kriminelle

Für viele der rund 150 Reinickendorfer Nachbarn, die zur Bürgerversammlung gekommen waren, sind Asylbewerber einfach Kriminelle. Sexuelle Übergriffe, auf die Straße urinierende Menschen und Rattenplagen waren nur einige der Vorurteile, die die Bürger mit dem künftigen Asylheim verbinden. Ich kann dann nicht mehr von meinem Balkon herunterschauen, entrüstete sich eine Rentnerin. Dass die Menschen aus Syrien, Afghanistan und Tschetschenien kommen, wurde mit der Bemerkung 'lecker' kommentiert. Und die Fragen, die Bürger entrüstet vorbrachten, waren etwa: Wir haben alle Eigentumswohnungen und Häuser. Dafür haben wir unser Leben lang gearbeitet. Wer erstattet uns den Wertverlust? Oder: Wo ist der Spielplatz für die Kinder? Bei uns? Nein!

Mit solch purer Fremdenfeindlichkeit paarten sich auch absurde Argumente: Ein Vertreter einer neu gegründeten Bürgerinitiative gegen das Heim wollte wissen, ob er als Grundstückseigner dafür aufkommen müsse, wenn ein Asylbewerberkind sich in seinem Garten verirren und in den Teich fallen sollte. Wer haftet dafür?, fragte er immer wieder allen Ernstes.



Kein herzliches Willkommen in der neuen Nachbarschaft MIGRATION Im Mai soll ein Asylbewerberheim in Wittenau öffnen. Die Bürger haben viele Vorurteile

Im Vorfeld hatte die NPD in Wittenau Flugblätter verteilt, um die Bürger aufzuhetzen und die rassistische Stimmung für sich zu nutzen. Davon immerhin hatte sich die Bürgerinitiative distanziert. Dennoch: Stimmen, die für Toleranz und ein solidarisches Zusammenleben mit den neuen Nachbarn warben, fehlten im Publikum.

Im Ortsteil Grünau in Treptow-Köpenick, ebenfalls ein gutbürgerlicher Kiez mit Einfamilienhäusern, war es in der Vergangenheit gelungen, die anfangs feindliche Stimmung in Solidarität umzuwandeln. Dazu hatten eine geschickte Moderation durch Kirche und Bezirkspolitiker von SPD und Linken gesorgt. Mittlerweile haben die Nachbarn gesehen, dass niemand in ihre Häuser einbricht oder ihre Autos klaut, sagt Minka Dott vom dortigen Bürgerverein. Das Heim bekommt so viele Kleiderspenden von Nachbarn, dass sie davon schon etwas an andere Asylbewerberheime abgeben konnten.

In Reinickendorf war es ironischerweise dem wegen seiner Mitgliedschaft in der rechten Burschenschaft Gothia umstrittenen Staatssekretär Michael Büge (CDU) vorbehalten, die Gemüter zu beruhigen. Er erläuterte, dass in der Nähe anderer Asylbewerberheime die Polizeistatistik mitnichten mehr Straftaten aufweise: In Marienfelde kommen die Kinder zwar in die Gartenanlagen. Aber sie kommen nur, um zu staunen. MARINA MAI

**Load-Date:** March 27, 2013

---

End of Document

**Schweinebraten mit Frühlingsrollen; MIGRATION Brandenburgs  
Flüchtlingsheime sind oft entlegene Baracken, mit Nachbarn voller  
Misstrauen. Aber es gibt Ausnahmen: Eine Wandlitzer Initiative begegnet  
den Asylbewerbern mit Hilfsbereitschaft**

taz, die tageszeitung

Freitag 19. April 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN; S. 23

**Length:** 813 words

**Byline:** JÖRN WEGNER

**Highlight:** **MIGRATION** Brandenburgs **Flüchtlingsheime** sind oft entlegene Baracken, mit Nachbarn voller Misstrauen. Aber es gibt Ausnahmen: Eine Wandlitzer Initiative begegnet den **Asylbewerbern** mit Hilfsbereitschaft

## Body

---

VON JÖRN WEGNER

Alles begann im November 2012 im Goldenen Löwen. Der Löwe ist das kulturelle Zentrum von Wandlitz, 30 Kilometer nördlich von Berlin. Auf einer Bürgerversammlung sprachen der Landrat und die Bürgermeisterin erstmals konkret über ein **Asylbewerberheim**, das im ehemaligen Oberstufeninternat am Ortsrand eingerichtet werden sollte. Zuerst schien die Versammlung so abzulaufen wie immer: Empörte Bürger warnten vor Einbrüchen, Drogen und Gewalt. Eine Handvoll NPD-Mitglieder klatschte demonstrativ Beifall.

Die Stimmung sei zum Schneiden gewesen, sagt Mathis Oberhof. Der 62-Jährige ist Vorruehändler und einer der Zugezogenen in Wandlitz. Auf der Versammlung ergriff er das Wort und sprach von Menschlichkeit, von 16.000 Toten an den Grenzen zwischen Afrika und Europa, von deutschen **Flüchtlingsen**, die während der Nazi Herrschaft in anderen Ländern aufgenommen wurden. Erst habe es Pfiffe gegeben, aber dann auch Applaus, erzählt er. Heute ist Oberhof einer von denen, die eine Initiative maßgeblich vorantreiben: den runden Tisch.

Es ist eine Initiative, auf deren Transparenten in 14 Sprachen Willkommen steht und die Wandlitz zur Ausnahmeerscheinung in Deutschland macht: Asylbewerbern wird Freundlichkeit, Verständnis und Hilfsbereitschaft entgegengebracht.

Im Januar zogen die ersten Asylbewerber in das Heim. Zehn Mitglieder des runden Tisches empfingen die Menschen aus Tschetschenien, Afrika und Vietnam. Inzwischen herrscht dort eine Art Jugendherbergsatmosphäre: bunte Wände, moderne Sanitärräume, Küchen, Spielzimmer und spartanische, aber saubere Schlafzimmer. Deutlich besser als der Standard vieler anderer Asylbewerberheime in Brandenburg, die oft ab vom Schuss liegen und Bruchbuden sind wie etwa in Althüttendorf bei Eberswalde und in Waßmannsdorf südlich von Berlin.

Schweinebraten mit Frühlingsrollen MIGRATION Brandenburgs Flüchtlingsheime sind oft entlegene Baracken, mit Nachbarn voller Misstrauen. Aber es gibt Ausnahmen: ....

Die Bürgerstiftung Barnim-Uckermark zeichnete die Gemeinde Wandlitz bereits mit einem Demokratiepreis aus, das Preisgeld von 2.000 Euro soll den Flüchtlingen zugute kommen. Die sollen selbst entscheiden, was mit dem Geld geschieht. Auch der Flüchtlingsrat Brandenburg hat bisher nur Gutes aus Wandlitz gehört, heißt es dort. Allerdings gebe es noch keinen Kontakt zum runden Tisch.

Der runde Tisch hat mittlerweile ein Netzwerk aufgebaut, bei dem es neben dem Sammeln von Spenden um die Integration der Menschen in den Alltag geht. Eine Frau nimmt Kinder mit, wenn sie mit dem Hund spazieren geht. Tutti Geschke, mehrfacher Weltmeister im Tandemradfahren, will ein Werkstattprojekt unterstützen, das sich um die vielen gespendeten Fahrräder kümmert. In der Spendenhalle des Heims stapeln sich Kleidung, Spielzeug, Möbel und Hausrat. Künftig wird auch regelmäßig gemeinsam gekocht interkultureller Austausch mit Schweinebraten und Frühlingsrollen. Ein ehrenamtlicher Dolmetscherdienst übersetzt in Russisch, Vietnamesisch, Arabisch und Urdu, und beim 1. FC Wandlitz spielen einige der Flüchtlingskinder ohne Vereinsbeitrag. In der Schülerzeitung des Gymnasiums werden die oft dramatischen Schicksale der Flüchtlinge in der Schülerzeitung publik gemacht, und seit Kurzem findet im Gymnasium Deutschunterricht für die Heimbewohner statt.

Vsjo pravilno alles richtig

Zusammen mit anderen kümmert sich Brigitte Breuer um den Unterricht. Mogumi lernt fein, kak utschitjel wie ein Lehrer, lobt sie einen Jungen aus Tschetschenien, den vielleicht jüngsten an diesem Nachmittag im Klassenraum. Die pensionierte Lehrerin behilft sich noch mit einigen Wörtern Russisch. Vsjo pravilno sagt sie oft alles richtig.

Richtig ist auch: Nur eine Minderheit der Wandlitzer versammelt sich am runden Tisch. Und von den Freiwilligen möchte mancher lieber namentlich ungenannt bleiben. Im Block wohnen Nazis. Und ich habe Angst, dass die aggressiv werden, sagt einer. Deshalb plant der runde Tisch eine Diskussion über Asylrecht, um Vorurteile und Unwissen zu überwinden. Ein Fest im Frühsommer soll den Kontakt vertiefen.

Stolz ist der runde Tisch, dass die Facebook-Seite Kein Asylbewerberheim in Wandlitz, die seit Ende November Vorurteile verbreitete, seit Wochen abgemeldet ist. Oberhof verweist auf eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, nach der 36 Prozent der Ostdeutschen meinen, Asylbewerber interessierten sich nur für die sozialen Hängematte. Das bedeutet aber auch, dass 64 Prozent das nicht denken, sagt er. Noch wichtiger sei die Erkenntnis: Wer Ausländer kennt, merkt, dass es ganz normale, oft sehr freundliche Menschen sind, die unseren Alltag bereichern. Das wollen wir ermöglichen.

Trotz aller positiven Ergebnisse sind viele für ein Ende der Heimunterbringung. Nach einer Eingewöhnungsphase sollen die Flüchtlinge in Wohnungen untergebracht werden, sagt die Wandlitzer Gemeindesprecherin Elisabeth Schulte-Kuhnt. Es ist einfacher gesagt als getan: Etwa 500 kommunale Wohnungen gebe es, sagt Schulte-Kuhnt. Davon stehe zurzeit eine einzige leer.

**Load-Date:** April 18, 2013

**Im Zwischenstadium; MIGRATION Eine neue Ausstellung im Erdgeschoss des Notaufnahmелagers Marienfelde porträtiert Flüchtlingsfamilien - die zwei Stockwerke höher im Asylbewerberheim leben**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 24. Oktober 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN; S. 24

**Length:** 711 words

**Byline:** JULIA AMBERGER

**Highlight:** **MIGRATION** Eine neue Ausstellung im Erdgeschoss des Notaufnahmелagers Marienfelde porträtiert **Flüchtlingsfamilien** die zwei Stockwerke höher im **Asylbewerberheim** leben

## Body

---

VON JULIA AMBERGER

Mit Materiellem, sagt der 47 Jahre alte Usman Gedaev, habe er sich vor seiner Flucht von Tschetschenien nach Deutschland eigentlich gar nicht aufgehalten. Doch die Papacha, ein brauner Hut aus Schafwolle, die musste mit. Zwar sind es keine schönen Erinnerungen, die Gedaev mit seiner Papacha verbindet sie wird traditionell bei Beerdigungen getragen. Aber wenn der Mann seine Kopfbedeckung verliert, kann er auch seinen Kopf verlieren, sagt er mit feierlicher Miene. Gedaev stopfte seine Papacha mit Kleidung aus, wickelte sie in ein Tuch und transportierte sie so bis nach Deutschland. Hier hat er mit seiner sechsköpfigen Familie voriges Jahr **Asyl** beantragt.

Im Glaskasten

Die Papacha ist jetzt in einem Glaskasten im Erdgeschoss der Erinnerungsstätte Notaufnahmелager Marienfelde ausgestellt, in der heute die Ausstellung Nach der Flucht. Leben im Übergangwohnheim Marienfelder Allee eröffnet wird. Das rötlich getünchte Reihenhaushaus, in dem zu DDR-Zeiten Flüchtlinge und Übersiedler unterkamen, beherbergt seit 2010 Asylbewerber. Knapp 600 Menschen wohnen hier, der Großteil von ihnen kommt aus Tschetschenien und Serbien.

Neben der Dauerausstellung, die sich vor allem mit deutsch-deutschen Fluchtbewegungen beschäftigt, wird mit der neuen Ausstellung nun auch an ihre Geschichte erinnert: Diese Migration ist Teil der heutigen Realität, sagt Uta Sternal, Leiterin des Asylbewerberheims des Internationalen Bundes. Die Ausstellung porträtiert vier Flüchtlingsfamilien aus Tschetschenien, Syrien, Iran und Afghanistan, jede von ihnen für drei Monate.

Im Zwischenstadium MIGRATION Eine neue Ausstellung im Erdgeschoss des Notaufnahmeflughafens Marienfelde porträtiert Flüchtlingsfamilien - die zwei Stockwerke höher ....

In der aktuellen Ausstellung über die Familie von Usman Gedaev, der heute einen hellgrauen Anzug und Krawatte trägt, ist die Papacha zu sehen, darüber ein Familienfoto: Es zeigt Gedaev neben drei athletischen Jungen, einem Mädchen mit langen schwarzen Haaren und seiner Frau Luisa. Seine Familie ist mit ihm geflohen. Über den genauen Grund der Flucht will sich Gedaev, der in seiner Heimat als Pressefotograf arbeitete, nicht äußern. Im Video spricht er über sein Leben in Tschetschenien, in dem bis 2009 Krieg war, und seine bisherigen Erfahrungen in Berlin.

Nur zwei Stockwerke über der Ausstellung wohnt Gedaev mit seiner Familie in einer Dreizimmerwohnung: Ein Tisch mit einer Plastikdecke mit Rosenmuster, eine Zuckerdose mit Bonbons. Wir schätzen das, was wir hier haben, sagt Usman Gedaev. Er sei stolz auf die Wohnung: In Tschetschenien haben wir zuletzt bei meinem Bruder gewohnt, sagt er. Seine Frau habe das bisschen Gemüse, das der heimische Garten hergab, auf dem Markt verkauft, er habe sich währenddessen um die Kinder gekümmert.

In Berlin hat er zumindest einen 1-Euro-Job als Fotograf für das russische Kulturzentrum gefunden. Aber meine Frau wacht immer um sechs Uhr auf und weiß nicht, was sie tun soll, sagt er. Dennoch bestehe gerade sie darauf, wegen der fehlenden Perspektive in Tschetschenien in Deutschland zu bleiben. Ich will nicht nach Hause, sagt Luisa, eine sanftmütige Frau mit freundlichem Lächeln. Hier ist es besser für die Kinder.

Die vier Kinder besuchen alle eine deutsche Schule. Aischat, 17, will Orthopädin werden und sucht gerade nach einem Praktikum. Aпти, der älteste Sohn, hat einen festen Händedruck: Wir sind alle Ringkämpfer, sagt er stolz, ich kämpfe Freistil, ohne Regeln. Im Türrahmen zum Nebenraum hängt eine Trainingsstange.

Drei Betten mit Woldecken grün, orange, rosa, unter einem Bett lugt eine Turnmatte hervor. Rechts steht ein kleiner Schreibtisch mit Computern, davor sind vier Pokale aufgereiht. An der Wand hängen noch etwa 20 Medaillen und ein Wimpel des SV Buch. Ich trainiere jeden Tag zwei bis vier Stunden, sagt Aпти. So viel Zeit habe er in Tschetschenien nicht in den Sport investiert. Aber der Verein sei sein Zuhause geworden, so habe er auch deutsche Freunde gefunden. Ich will Profisportler werden, sagt er und strahlt übers ganze Gesicht.

Asylantrag abgelehnt

Noch ist unklar, ob die Familie hier bleiben kann. Der Asylantrag wurde abgelehnt, aber Usman Gedaev hat bereits einen Anwalt eingeschaltet. Trotz allem hat er Sehnsucht nach seinen Verwandten, die er seit Jahren nicht mehr gesehen hat. Der Mensch, sagt er, wird immer seine Heimat vermissen.

Hier ist es besser für die Kinder

LUISA GEDAEV

**Load-Date:** October 23, 2012

**Im Zweifel wird Deutschland einspringen; URTEIL Europäischer Gerichtshof zum Fall Kaveh P.: Flüchtlinge, die über Griechenland nach Deutschland kommen, erlangen mit ihrer Einreise nicht automatisch das Recht auf ein Asylverfahren**

taz, die tageszeitung

Freitag 15. November 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 06

**Length:** 337 words

**Byline:** CHRISTIAN RATH

**Highlight:** URTEIL Europäischer Gerichtshof zum Fall Kaveh P.: Flüchtlinge, die über Griechenland nach Deutschland kommen, erlangen mit ihrer Einreise nicht automatisch das Recht auf ein Asylverfahren

## Body

---

BERLIN taz | Flüchtlinge, die über Griechenland nach Deutschland kommen, haben nicht automatisch Anspruch auf ein Asylverfahren in Deutschland. Das entschied jetzt der Europäische Gerichtshof (EuGH). Wenn aber kein anderes Land zuständig ist, muss Deutschland den Asylantrag prüfen.

Ein Großteil der Flüchtlinge, die die EU erreichen, reist illegal in Griechenland ein. Deshalb wäre nach der sogenannten Dublin-II-Verordnung eigentlich Griechenland für die Durchführung dieser Asylverfahren zuständig. Schon 2011 hat der EuGH aber festgestellt, dass Griechenland derzeit völlig überfordert ist, ein rechtmäßiges Asylverfahren durchzuführen und Flüchtlinge angemessen zu versorgen. Deshalb dürfen Flüchtlinge, die in anderen EU-Staaten Asylanträge stellen, nicht mehr nach Griechenland zurückgeschickt werden.

Konkret ging es nun um den Iraner Kaveh P. der 2007 über Griechenland nach Europa einreiste. Vier Tage später stellte er in Deutschland, wo schon seine Familie lebte, einen Asylantrag. Damals wurde er in Haft genommen und nach Griechenland zurückgeschickt. Aber auf Intervention des Frankfurter Verwaltungsgerichts bekam er doch ein Asylverfahren in Deutschland.

Der EuGH musste jetzt entscheiden, ob ein aus Griechenland kommender Flüchtling auf jeden Fall Anspruch auf ein Asylverfahren in Deutschland hat. Das verneinten die Richter in Luxemburg. Vielmehr müsse die Zuständigkeit für das Asylverfahren nach den allgemeinen Regeln der Dublin-Verordnung geprüft werden. Sie bestätigten damit die Praxis des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge.

Konkret heißt das: Wenn ein Flüchtling auf dem Weg von Griechenland nach Deutschland zum Beispiel schon in Italien Asyl beantragte, dann wäre Italien vorrangig für das Asylverfahren zuständig. Derartige Fälle dürften aber die

Im Zweifel wird Deutschland einspringen URTEIL Europäischer Gerichtshof zum Fall Kaveh P.: Flüchtlinge, die über Griechenland nach Deutschland kommen, erlangen ....

Ausnahme sein. In der Regel wird Deutschland derartige Asylverfahren auch nach dem EuGH-Urteil selbst durchführen.

Für den Iraner Kaveh P. hat das Urteil keine Folgen mehr. Er ist in Deutschland längst als Flüchtling anerkannt.  
CHRISTIAN RATH

**Load-Date:** November 14, 2013

---

End of Document

## ***Unerwünschte Asylbewerber; FLÜCHTLINGE Nach Ende des Kalten Kriegs hat sich die Asylpolitik in Deutschland erheblich verändert***

taz, die tageszeitung

Freitag 17. August 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** THEMEN DES TAGES; S. 03

**Length:** 295 words

**Byline:** CJA

**Highlight:** **FLÜCHTLINGE** Nach Ende des Kalten Kriegs hat sich die **Asylpolitik** in Deutschland erheblich verändert

### **Body**

---

BERLIN taz | Das Ende des Kalten Kriegs brachte auch eine Zäsur in der **Flüchtlingspolitik**. Die alte Bundesrepublik war in den 80er Jahren das Ziel von maximal 50.000 **Asylsuchenden** jährlich etwa so viele wie heutzutage.

Drei Viertel von ihnen stammten aus den Ländern der sogenannten Dritten Welt, die übrigen aus den Warschauer-Pakt-Staaten. Letztere hatten in der Regel keine Probleme, anerkannt zu werden: Als Verfolgte aus sozialistischen Diktaturen war der Westen stets bereit, ihnen Zuflucht zu gewähren.

Zu Beginn der 90er Jahre änderte sich das. 1992 kamen über 430.000 Asylsuchende in das wiedervereinigte Deutschland. Doch nun stammten etwa 100.000 aus Jugoslawien, rund 140.000 waren Roma aus Rumänien und Bulgarien. Diese Ost-Flüchtlinge konnte man nicht mehr politisch ausbeuten: Sie waren nicht mehr Erfolgsnachweis in der globalen Systemkonkurrenz, sondern Zusatzbelastung in der Krise des nationalen Sozialstaats, schreibt der Migrationsforscher Klaus J. Bade.

Dass die Asylbewerberzahlen bis zum Ende des Jahrzehnts auf etwa 100.000 sanken, hatte neben der Grundgesetzänderung von 1993 auch mit dem Ende des Jugoslawien-Kriegs zu tun. Der weitere Rückgang bis 2007 da kamen nur noch 19.000 ist vor allem der Dublin-II-Verordnung zuzurechnen. Sie verlagerte die Drittstaatenregelung an die Außengrenzen der EU. Die dortigen EU-Staaten sind seither allein für Flüchtlinge verantwortlich, die nach Europa kommen.

Seitdem steigen die Zahlen wieder langsam an. Neben den Konflikten in Afghanistan, Somalia und im Irak ist dafür auch die 2010 aufgehobene Visapflicht für Serben und Mazedonier verantwortlich. Weil Deutschland abgelehnten Asylbewerber aus diesen Ländern vorübergehend Rückkehrhilfen gezahlt hat, hatten die Anträge zeitweise zugenommen. CJA



Unerwünschte Asylbewerber FLÜCHTLINGE Nach Ende des Kalten Kriegs hat sich die Asylpolitik in  
Deutschland erheblich verändert

**Load-Date:** August 16, 2012

---

End of Document

**Mutiger Tanz in deutscher Kälte; MIGRATION Mehrere tausend Menschen protestieren gegen die Asylpolitik. Anreisende Flüchtlinge geraten in Polizeikontrollen wegen der umstrittenen Residenzpflicht**

taz, die tageszeitung

Montag 25. März 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 22

**Length:** 623 words

**Byline:** CHARLOTTE LANGENKAMP

**Highlight:** **MIGRATION** Mehrere tausend Menschen protestieren gegen die **Asylpolitik**. Anreisende **Flüchtlinge** geraten in Polizeikontrollen wegen der umstrittenen Residenzpflicht

## Body

---

VON CHARLOTTE LANGENKAMP

Die Demonstration hat noch nicht begonnen, als plötzlich eine Durchsage über den Oranienplatz schallt. Ein **Flüchtling**, der mit anderen aus Halberstadt angereist war, wurde am Ostbahnhof festgenommen, heißt es. Entsetzen macht sich auf den Gesichtern der Umstehenden breit. Kurze Zeit später kommt Entwarnung. Der Mensch sei wieder freigelassen worden, bekomme aber ein Verfahren wegen Verstoßes gegen die Residenzpflicht.

Zum Jahrestag der Flüchtlingsproteste ist am Samstag eine Demo unter dem Motto 'Refugees' Revolution' vom Kreuzberger Oranienplatz, wo seit Oktober das Flüchtlingscamp steht, zum Bundestag gezogen. Laut VeranstalterInnen haben bis zu 5.000 Menschen daran teilgenommen, die Polizei spricht von rund 2.000. Mit der Demo, die auch den Abschluss einer deutschlandweiten Bustour durch Flüchtlingslager bildet, wollen die Asylbewerber ihren Forderungen Nachdruck verleihen: Abschaffung der Residenzpflicht, Schließung aller Lager und Stopp aller Abschiebungen.

Trotz der eisigen Temperaturen sind viele Familien mit Kindern gekommen. Auch viel junges Demovolk und ältere Menschen marschieren mit. Zum Beispiel Irmela Mensah-Schramm, die sich seit Jahrzehnten für die Rechte Geflüchteter einsetzt. Auf einem Schild um ihren Hals steht: 'Kein Bleiberecht für Nazis und Rassisten'. Sie fordert, dass die Menschen den Flüchtlingsprotest auf dem Oranienplatz nicht einfach nur akzeptieren, sondern selbst aktiv werden.

Eine Trommelgruppe und mehrere Lautsprecherwagen beschallen den Zug. Viele Protestler halten selbst gebastelte Schilder und Fahnen in die Höhe, auf denen steht 'We will rise' und 'Kein Mensch ist illegal'. Ganz vorne laufen die Flüchtlinge. Sie tragen ein großes Banner mit ihren Forderungen in verschiedenen Sprachen und rufen

Mutiger Tanz in deutscher Kälte MIGRATION Mehrere tausend Menschen protestieren gegen die Asylpolitik.  
Anreisende Flüchtlinge geraten in Polizeikontrollen wegen....

No border, no nation, stop deportation . Hinter ihnen erklingt Say it loud, say it clear, refugees are welcome here von den UnterstützerInnen.

Viele Flüchtlinge seien extra zur Demo angereist, erklärt Mitorganisator Jan obwohl die Situation für sie gefährlich sei. Bereits auf dem Hinweg seien einige in Polizeikontrollen geraten und hätten nun ein Verfahren wegen Verletzung der Residenzpflicht am Hals. Aber da die Öffentlichkeit für die Flüchtlingsproteste immer größer wird, sinkt auch die Hemmschwelle für die Betroffenen, sich anzuschließen , sagt Jan. Allein 160 Flüchtlinge seien aus Sachsen- Anhalt gekommen, weitere 50 aus Hannover, viele mehr aus Passau, Stuttgart und anderen Teilen der Republik.

Einer von ihnen ist Django aus Ruanda. Auch er findet, dass sich die Situation seit den Protesten etwas verbessert habe. Trotzdem werden wir weiter kämpfen , sagt er. Vor allem die Residenzpflicht müsse endlich weg: Oder würdest du es hinnehmen, wenn ich dir einen Zettel gebe, auf dem steht, du musst hier sitzen bleiben und darfst die Straße nicht überqueren?

Am Checkpoint Charlie stehen wie immer die Schauspieler-Soldaten zum Fotografieren für die Touristen bereit. Einige Flüchtlinge drängen sich ins Bild und halten ihre Fahnen vor die Soldaten. Die umstehenden Touristen gucken verdutzt. Der Zug zieht weiter zum Potsdamer Platz. Sommerliche Reggae Klänge schallen durch die Lautsprecher, ein paar Dutzend junge Leute tanzen sich warm. Aber viele Familien verlassen die Demo, es wird immer kälter, zusätzlich kommt eisiger Wind auf.

Für die anderen geht es weiter zum Bundestag. Nach der Abschlusskundgebung positionieren sich alle Flüchtlinge auf der großen Wiese vor dem Reichstagsgebäude und rufen ihre Forderungen in Richtung Kanzlerin.

Die Residenzpflicht muss weg, sagt Django aus Ruanda. Oder würdest du es hinnehmen, wenn ich dir einen Zettel gebe, auf dem steht, du musst hier sitzen bleiben und darfst die Straße nicht überqueren?

**Load-Date:** March 24, 2013

**Durch die Wüste Sinai ins Gelobte Land; Afrikanische Flüchtlinge in Israel  
von Joseph Dana**

taz, die tageszeitung

Freitag 14. September 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** LE MONDE DIPLOMATIQUE; S. 10

**Length:** 2426 words

**Byline:** Joseph Dana

**Highlight:** Afrikanische **Flüchtlinge** in Israel von Joseph Dana

## **Body**

---

Das hübsche kleine Café liegt etwas versteckt in einer der verwinkelten Gassen der Altstadt von Jaffa. Nicht nur die Anwohner kommen gern hierher, auch Besucher aus dem Zentrum von Tel Aviv schätzen die Atmosphäre bei gedämpfter Musik und gutem Essen kann man die Hitze und die Hektik in Israels heimlicher Hauptstadt für eine Weile vergessen. Ganz hinten, in einer kleinen Kammer, die auch als Waschraum dient, arbeitet Kasedai. Der Eritreer spült das Geschirr, manchmal bereitet er auch Essen zu, zwölf Stunden jeden Tag, unauffällig und zuverlässig. Kasedai ist vor der Diktatur in Eritrea geflohen, in den drei Jahren seines illegalen Aufenthalts in Israel hat er jede erdenkliche Art von Gelegenheitsjob angenommen. Im vergangenen Jahr konnte er genug Geld beiseitelegen, um seine Frau und die Kinder auf die strapaziöse Reise von Eritrea über die Sinai-Halbinsel nach Israel zu schicken.

Solchen Schicksalen begegnet man überall in den großen Städten Israels: **Migranten** verrichten die niedrigen Arbeiten, ohne die das Land nicht funktionieren würde. Früher verdingten sich Palästinenser in solchen Jobs, doch inzwischen sind die besetzten Gebieten abgeriegelt. Die Einwanderer aus Afrika und Ostasien, die deren Plätze eingenommen haben, sind mit steigender Tendenz in den letzten Monaten Ziel von ausländerfeindlichen und rassistischen Angriffen geworden, wie sie Israel in seiner Geschichte noch nicht erlebt hat. Über kaum ein Thema wird hier heute so heftig gestritten wie über die Einwanderungspolitik.

Wichtigste Anlaufstelle für afrikanische und andere Arbeitsmigranten ist der Süden von Tel Aviv, eine verdreckte, industriell geprägte Gegend. In den vergangenen acht Monaten kam es dort immer wieder zu Überfällen auf Schwarzafrikaner. Ende Juli erstach ein Israeli drei Eritreer in einem Internetcafé. In der Gegend um den zentralen Busbahnhof, früher vom Drogenmilieu beherrscht, bestimmen heute die Afrikaner das Straßenbild: Sie schlafen in den Parks, sie stehen irgendwo um Arbeit an oder warten einfach nur. Worauf, wissen sie selbst nicht. Angriffe auf afrikanische Migranten gab es aber auch in Jerusalem, dort wurden in diesem Sommer Brandanschläge auf von Eritreern bewohnte Wohnungen verübt.<sup>1</sup>

## Durch die Wüste Sinai ins Gelobte Land Afrikanische Flüchtlinge in Israel von Joseph Dana

Im Süd-Tel-Aviver Stadtteil Hatikva ( Hoffnung ) versammelten sich an einem schwülen Frühsommerabend im Mai etwa tausend Personen zu einer Kundgebung, um gegen die Anwesenheit von Afrikanern in der Stadt zu protestieren. Bei diesem Anlass traten auch Parlamentsabgeordnete auf und hielten Brandreden. Miri Regev von der Likud-Partei Netanjahus verstieg sich zu der Behauptung, die Afrikaner seien für die israelische Gesellschaft ein Krebsgeschwür . (Dafür musste sie sich einige Tage später öffentlich entschuldigen bei den Krebspatienten, nicht etwa bei den Afrikanern.)

Als die Reden beendet waren, zogen mehrere Dutzend Personen randalierend zum zentralen Busbahnhof. Sie brüllten rassistische Parolen, schlugen die Schaufenster afrikanischer Läden ein und griffen afrikanische Frauen und Kinder an. Die Demonstranten waren überall , berichtete ein Flüchtling aus Nigeria der britischen Zeitung The Telegraph. Eine Gruppe von zehn oder fünfzehn Jugendlichen hielt einen schwarzen Jungen an, der mit dem Fahrrad vorbeikam. Sie zerrten ihn vom Rad, verprügelten ihn und traten ihm gegen den Kopf. Die Polizei war in der Nähe, schaute aber erst einmal zu und griff erst ein, als die Sache völlig außer Kontrolle geriet. 2

Einen derart heftigen und gewaltsamen Ausbruch antiafrikanischer Ressentiments hatte Tel Aviv noch nicht erlebt. Dennoch war der Vorfall der letzte in einer langen Reihe ähnlicher Vorkommnisse, die überall in Israel zu verzeichnen sind, unorganisiert, aber immer häufiger. Diese Proteste gegen Migranten aus Afrika in Süd-Tel-Aviv gibt es schon seit 2010, neu ist nur das Interesse der Medien daran , meint die Journalistin Mya Guarnieri, die an einem Buch über die Arbeitsmigranten in Israel arbeitet. Und von Anfang an tauchten bei solchen Protesten auch Politiker der extremen Rechten auf. Sie waren die Vorreiter, dann folgten die Populisten, und schließlich wurde es gesellschaftsfähig, antimigrantische Ressentiments zu pflegen. Das Ganze nahm seinen Ausgang bei der extremen Rechten, und ich glaube, zu diesem Lager darf man auch Eli Jischai rechnen.

Tatsächlich vertrat Israels Innenminister Eli Jischai von der ultraorthodoxen Schas-Partei in der Migrantenfrage stets eine radikale Haltung manchen gilt er gar als geistiger Brandstifter. Erst kürzlich erklärte er in einem Interview mit der Tageszeitung Maariv: Die meisten dieser Menschen, die hierher kommen, sind Muslime; die glauben, das Land gehöre gar nicht uns, den Weißen [ ] Gemeinsam mit den Palästinensern werden diese Eindringlinge den zionistischen Traum bald zerstört haben. 3

### Hass auf die Eindringlinge

Jischai war auch die treibende Kraft hinter einer Vielzahl neuer Gesetze, die die afrikanischen Migranten in Israel im Status der Illegalität halten und sie geradezu kriminalisieren. Jüngst hat das Parlament ein Gesetz zum Schutz vor Eindringlingen verabschiedet, das unter anderem erlaubt, Asylbewerber bis zu drei Jahren ohne Gerichtsverfahren in Haft zu behalten und diese Frist kann immer wieder unbegrenzt verlängert werden. Das neue Gesetz stellt die Novellierung einer Regelung von 1954 dar, die das Ziel hatte, den während des Kriegs von 1947/48 geflüchteten Palästinensern die Rückkehr an ihre Wohnorte innerhalb des neu gegründeten Staates Israel zu verwehren. Damals galten alle Palästinenser als feindliche Eindringlinge .

Dass Israel heute zunehmend zum Ziel afrikanischer Migranten wird, hat viele Gründe. Jean Luc, ein Flüchtling aus der Demokratischen Republik Kongo, der seit fünf Jahren illegal in Tel Aviv lebt, erinnert daran, dass Israel doch selbst ein Land der Flüchtlinge sei. Bei unserem Gespräch in einem Straßencafé im Süden Tel Avivs erzählt er von seinem Fußmarsch durch die Wüste Sinai. Dort habe er das Gefühl gehabt, auf den Spuren der Israeliten auf dem Weg ins Gelobte Land zu wandeln.

Der Landweg über die Sinai-Halbinsel ist die häufigste Route für afrikanische Migranten. In diesem wenig kontrollierten Teil Ägyptens haben die Schlepperbanden der lokalen Beduinenstämme das Sagen. Sie schleusen die Flüchtlinge von Kairo bis zur israelischen Grenze. Dabei soll es immer wieder zu Vergewaltigungen, Misshandlungen und sogar Erschießungen gekommen sein. Wer es durch den Sinai geschafft hat, muss noch einen Weg finden, die Grenze zu überwinden, die durch einen hochmodernen, inzwischen fast vollständig fertiggestellten Sperrwall geschützt ist. Im Juni drangen israelische Soldaten sogar auf ägyptisches Staatsgebiet vor, um Migranten festzunehmen, die zu Fuß über die Grenze wollten.<sup>4</sup> Die israelischen Streitkräfte (IDF) verstärken seit einer Weile ihre Präsenz an der Sinai-Grenze mit dem erklärten Ziel, die illegale Einwanderung aus Afrika endgültig zu beenden.

## Durch die Wüste Sinai ins Gelobte Land Afrikanische Flüchtlinge in Israel von Joseph Dana

Vielen ist die Einreise dennoch geglückt. Nach Schätzungen israelischer NGOs leben heute etwa 60 000 Afrikaner illegal in Israel – die überwältigende Mehrheit (über 60 Prozent) kommt aus Eritrea. Insgesamt sind seit dem Jahr 2000 etwa 180 000 Arbeitsmigranten ins Land gekommen, von denen über die Hälfte illegal arbeitet. Das zeigt ein Bericht der israelischen NGO Hotline for Migrant Workers, die ihnen Hilfe anbietet.<sup>5</sup> Während Menschenrechtsorganisationen stets von Asylsuchenden und Migranten sprechen, ist in vielen israelischen Medien häufig nur noch von den Eindringlingen die Rede.

Oberflächlich betrachtet, ähnelt die israelische Kontroverse um die Einwanderung den Debatten, die auch in der Europäischen Union und in den USA geführt werden. In allen westlichen Ländern stellt sich ja die schwierige Frage, in welchem Verhältnis der Bedarf an billigen Arbeitskräften zu den Bürgerrechten und zum Anspruch ethnischnationaler Kontinuität steht. In Israel werden diese Probleme allerdings durch tief verwurzelte Vorstellungen verstärkt, die auf der widersprüchlichen Ideologie von der Sonderstellung des Judentums gründen: Wie definiert sich Israel? Als jüdischer Staat, als westliche Demokratie, als eine Mischung aus beidem? Und was bedeutet es in diesem Zusammenhang, wenn eine große Zahl von Menschen im Land lebt, die weder Juden noch Araber sind? Die Gewalt gegen Migranten in Israel, die die Probleme ja noch verstärkt, hängt auch mit der erfolgreichen Abgrenzung der jüdisch-israelischen Gesellschaft von der palästinensischen zusammen. Nach der immer noch bestimmenden zionistischen Ideologie ist Israel eben ein rein jüdischer Staat.

Seit der Staatsgründung 1948 haben in Israel lediglich 200 nichtjüdische Menschen politisches Asyl erhalten. Weltweit gesehen erhalten 84 Prozent der Flüchtlinge aus Eritrea politisches Asyl und 64 Prozent der Flüchtlinge aus dem Sudan.<sup>6</sup> Dass Israel offenbar nicht bereit ist, dieses Recht zu gewähren, macht deutlich, wie wichtig der jüdische Staat die ethnisch-religiöse Homogenität seiner Bevölkerung nimmt.

Seit seiner Gründung kommt Israel ohne geschriebene Verfassung aus, ein Mangel, der nicht ohne Folgen blieb: Der Staat konnte es sich stets erlauben, grundsätzliche Fragen, wie den Status und die Rechte der nichtjüdischen Bürger, vor allem der in Israel lebenden Palästinenser, einfach offen zu lassen. Ebenso unklar blieb, nach welchen Kriterien entschieden wird, wer überhaupt als Jude gilt. Dass die Palästinenser nicht als Staatsbürger behandelt werden, hat zu einer anhaltenden und oftmals heftigen Debatte über das Selbst- und Demokratieverständnis Israels geführt. Auch innerhalb der israelischen Führung tat man sich schwer mit einer Identität, die auf Absonderung beruht und in der Praxis schließlich zur Trennung von palästinensischer und jüdisch-israelischer Bevölkerung führen musste. Da der junge israelische Staat jedoch zunächst auf die palästinensischen Arbeitskräfte und ihre Kenntnisse und Fähigkeiten angewiesen war, vollzog sich diese Trennung eigentlich erst mit dem Oslo-Friedensprozess in den 1990er Jahren.

Diese These vertrat der inzwischen verstorbene palästinensische Literaturwissenschaftler Edward Said, der 1999 in seinem Essay *What Can Separation Mean?*<sup>7</sup> auseinandersetzte, was der Oslo-Prozess für das Verhältnis zwischen israelischer Gesellschaft und palästinensischer Bevölkerung in der Praxis bedeutete. Mit Separation meinte er weniger die territoriale Teilung, da Israel seine massiven Siedlungsprojekte im Westjordanland (und damals auch noch im Gazastreifen) nicht aufgab, sondern die soziale Segregation.

Lange Zeit hatten die Israelis regelmäßigen Kontakt zu Palästinensern; zu Tagelöhnern, die in Israel arbeiteten, oder zu Händlern, die man beim Einkaufen in Ramallah traf. Das änderte sich in den 2000er Jahren: Die Palästinenser verschwanden aus dem israelischen Alltag. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen der Zweiten Intifada ab 2000 und Israels 2003 begonnenes Projekt, das Westjordanland mit einem Sperrwall abzuriegeln, besiegelten die Politik der Abtrennung. Nun hatten die meisten Israelis nur noch während ihres Wehrdienstes im Westjordanland Kontakt zu Palästinensern. Den Platz des Fremden, des Nichtjuden in der israelischen Gesellschaft, übernahmen immer mehr die Flüchtlinge und Arbeitsmigranten aus Afrika und Asien.

Als Israel im Sommer 2011 die größten Demonstrationen und sozialen Proteste seiner Geschichte erlebte, entschieden die Demonstranten bewusst, die Palästinafrage und die israelische Besatzung nicht zu thematisieren. Es ging ihnen um ihre Rechte, ihre Gesellschaft, ihre Zukunft, da war kein Platz für die Palästinenser. Umso deutlicher zeigten die Bilder von einer halben Million Israelis, die soziale Gerechtigkeit forderten, während von der Unterdrückung der Palästinenser keine Rede war, wie sehr sich die israelische Gesellschaft gegen die Palästinenser abgeschottet hat.<sup>8</sup> Damit bestätigten die sozialen Proteste auf ihre Weise die Behauptung von

## Durch die Wüste Sinai ins Gelobte Land Afrikanische Flüchtlinge in Israel von Joseph Dana

Edward Said, dass Israel nach Oslo auch intellektuell und emotional die Trennung von den Palästinensern vollzogen hat.

Die aktuellen Gewaltausbrüche gegen Afrikaner haben in Israel bislang nicht zu einer Infragestellung des eigenen Umgangs mit den Einwanderern geführt. Stattdessen verweist man auf die offizielle Zuwanderung äthiopischer Juden (Falascha) seit Mitte der 1980er Jahre als Beweis für multikulturelle Offenheit. Die Wirklichkeit aber sieht anders aus: In allen Bereichen der israelischen Gesellschaft werden die dunkelhäutigen äthiopischen Juden diskriminiert. In Tel Aviv tragen manche von ihnen heute T-Shirts mit dem Aufdruck: Wir sind keine afrikanischen Asylanten.

Die Anwesenheit der Afrikaner stellt die israelische Gesellschaft vor ein grundsätzliches Problem, das durch die massenhafte Abschiebung oder den Bau neuer Gefängnisse nicht zu lösen ist: Wie geht der jüdische Staat mit Nichtjuden auf seinem Territorium um? Der Streit darüber legt zunehmend die Risse im israelischen Gesellschaftsgefüge offen. Erst kürzlich, an einem Abend im August, gingen mitten in Westjerusalem israelische Jugendliche brutal auf eine Gruppe von Palästinensern los. Hunderte Passanten sahen tatenlos zu. Ein palästinensischer Jugendlicher landete auf der Intensivstation, die Polizei sprach später von versuchtem Lynchmord.

Viele Israelis waren schockiert von diesem Vorfall, doch er ist nur ein weiterer Beleg für die wachsende Fremdenfeindlichkeit im Land. Israel muss sich entscheiden: Solche Gewaltausbrüche, die letztlich die ethischen Grundlagen einer Gesellschaft gefährden, sind nur zu verhindern, wenn im nationalen Selbstverständnis auch den Nichtjuden Platz eingeräumt wird.

Fußnoten: 1 Siehe African migrants wounded in Jerusalem fire, in suspected hate attack, Haaretz, 12. Juli 2012. 2 Siehe Israeli anti-immigration riots hit African neighbourhood of Tel Aviv, The Telegraph, 24. Mai 2012. 3 Maariv, 1. Juni 2012. 4 Rights Groups: IDF Catching African Migrants Inside Egyptian Territory, Haaretz, 10. August 2012. 5 Siehe [hotline.org.il/english/about\\_migrants.htm](http://hotline.org.il/english/about_migrants.htm). 6 Siehe [972mag.com/myths-facts-and-suggestions-asylum-seekers-in-israel/33740/](http://972mag.com/myths-facts-and-suggestions-asylum-seekers-in-israel/33740/). 7 Deutsch in: Edward Said, Das Ende des Friedensprozesses. Oslo und danach, Berlin (Berlin Verlag) 2002. 8 Siehe Max Blumenthal und Joseph Dana, How Could the Largest Social Justice Movement in Israel's History Manage to Ignore the Country's Biggest Moral Disaster? : [www.guernicamag.com/blog/max\\_blumenthal\\_and\\_joseph\\_dana/](http://www.guernicamag.com/blog/max_blumenthal_and_joseph_dana/). Aus dem Englischen von Edgar Peinelt. Joseph Dana ist Journalist in Ramallah und Jerusalem. © Le Monde diplomatique, Berlin

**Load-Date:** September 13, 2012

**"In vielen Fällen Mord"; VORTRAG Das Leben der Flüchtlinge auf dem Mittelmeer zwischen Tod und Ausbeutung HEUTE IN BREMEN**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 21. November 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BREMEN AKTUELL; S. 24

**Length:** 283 words

**Byline:** MNZ

**Highlight:** VORTRAG Das Leben der Flüchtlinge auf dem Mittelmeer zwischen Tod und Ausbeutung

## Body

---

taz: Frau Klepp, Sie sprechen über Menschenhandel, Arbeitsausbeutung, Migration und Flüchtlinge auf dem Mittelmeer. Ist das nicht ein sehr weites Feld?

Silja Klepp: Wir wollen die Bewegung der Flüchtlinge von Süden nach Norden nachzeichnen. Die meisten Menschen, die in Italien ankommen, bleiben da natürlich nicht. Einige sehen in Italien kein Land mehr, wo man vernünftig einen Asylantrag stellen kann und kommen dann unter anderem auch nach Deutschland.

Bei diesen Flüchtlingen geht es doch zunächst meist um Leben und Tod und nicht um Arbeit.

Ja.

Die Leute werden von der Grenzschutzagentur Frontex bekämpft.

Unter anderem. Aber die große mediale Aufmerksamkeit für Frontex hat dazu geführt, dass die Praktiken dort besser geworden sind und auch mehr Leute gerettet werden. Vor ein paar Jahren noch bewegte sich vieles im rechtsfreien Raum. Natürlich ist der Auftrag von Frontex immer noch in erster Linie der, Migranten und Flüchtlinge abzuwehren. Aber die wirklich tödlichen Praktiken finden jetzt eher auf nationaler Ebene statt, wo die Aufmerksamkeit nicht so groß ist.

Welche tödlichen Praktiken sind das?

In Malta haben ich nachzeichnen können, wie die Rettung von Bootsmigranten ganz aktiv verzögert wird, was gegen jegliches Recht verstößt und in vielen Fällen Mord ist. Das ist oft von außen kaum nachzuvollziehen.

Und jene, die es doch nach Europa schaffen, landen dann bei Menschenhändlern?



"In vielen Fällen Mord" VORTRAG Das Leben der Flüchtlinge auf dem Mittelmeer zwischen Tod und Ausbeutung HEUTE IN BREMEN

Eher Arbeitsausbeutern. In Italien arbeiten sie in der Ernte, unter prekärsten Verhältnissen. Auch in Deutschland kann man in den Hinterzimmern von Restaurants oder auf dem Bau ähnliches finden. Sie sind Arbeitgebern völlig ausgeliefert. Interview: MNZ

19 Uhr, Birkenstraße 34, Konsul-Hackfeld-Haus

**Load-Date:** November 20, 2012

---

End of Document

**"Ein Zeichen der Hoffnung"; ASYLBEWERBER Niedersachsens  
Landesregierung reformiert die Regeln, nach denen die Härtefallkommission  
zu arbeiten hat. Kirchen und Verbände sind zufrieden**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 28. August 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 21

**Length:** 326 words

**Highlight:** ASYLBEWERBER Niedersachsens Landesregierung reformiert die Regeln, nach denen die Härtefallkommission zu arbeiten hat. Kirchen und Verbände sind zufrieden

## Body

---

Die niedersächsische Landesregierung hat am Dienstag die Reform der Härtefallkommission für Flüchtlinge beschlossen. Damit seien zahlreiche Forderungen der Kirchen und Verbände berücksichtigt worden, sagte Innenminister Boris Pistorius (SPD). Der Ratsvorsitzende der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen, Landesbischof Ralf Meister, würdigte die Reform als ein deutliches Zeichen der Hoffnung für Flüchtlinge, Asylbewerber und Asylbewerberinnen im Land Niedersachsen .

Die Kommission prüft, ob dringende persönliche oder humanitäre Gründe vorliegen, die ausreisepflichtigen Personen den weiteren Aufenthalt in Deutschland ermöglichen. Mit den neuen Bedingungen könne das Gremium mehr Menschlichkeit in seinen Entscheidungen walten lassen.

Der hannoversche Landesbischof zeigte sich erfreut, dass zahlreiche Reglementierungen aufgehoben wurden. Sie hätten der Kommission die Arbeit oft schwer gemacht.

Künftig sind den Angaben zufolge neun statt bisher acht stimmberechtigte Mitglieder in dem Gremium vertreten. Für eine positive Entscheidung reicht die einfache Mehrheit der Anwesenden. Bislang waren fünf Ja-Stimme erforderlich.

Der niedersächsische Flüchtlingsrat darf ein stimmberechtigtes Mitglied vorschlagen. Das Innenministerium benennt einen stimmberechtigten Arzt mit psychotherapeutischer Erfahrung. Außerdem darf die Migrationsbeauftragte der Landesregierung, Doris Schröder-Köpf (SPD), beratend an den Sitzungen teilnehmen.

Außerdem darf ein Ersuchen nicht mehr wegen Bagatelldelikte abgelehnt werden. Allerdings bleibt eine strafrechtliche Verurteilung ein Ausschlusskriterium. Auch wenn ein Ausreisetermin feststeht, darf die Kommission den Fall nicht annehmen. Allerdings werden die betroffenen Personen vorher informiert und erhalten eine Frist von zwei Mal vier Wochen für eine Eingabe bei der Härtefallkommission. Alle weiteren Gründe, nach denen die Kommission Eingaben ablehnen musste, wurden ersatzlos gestrichen. (epd)

"Ein Zeichen der Hoffnung" ASYLBEWERBER Niedersachsens Landesregierung reformiert die Regeln, nach denen die Härtefallkommission zu arbeiten hat. Kirchen und Ve....

**Load-Date:** August 27, 2013

---

End of Document

## Überfällige Entscheidung; FLÜCHTLINGE Landespolitiker begrüßen Urteil des Verfassungsgerichts

taz, die tageszeitung

Donnerstag 19. Juli 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 22

**Length:** 348 words

**Byline:** RANI NGUYEN

**Highlight:** FLÜCHTLINGE Landespolitiker begrüßen Urteil des Verfassungsgerichts

### Body

---

Die Fraktion der Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus hat das Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die Leistungen für Asylbewerber begrüßt. Das Urteil war längst überfällig, sagten die Fraktionsvorsitzende Ramona Pop und die flüchtlingspolitische Sprecherin, Canan Bayram. Die bisherige Regelung sei diskriminierend und eines Sozialstaates unwürdig. Pop und Bayram forderten die Bundesregierung auf, das Urteil zügig umzusetzen und zugleich die weiterbestehende Unterbringung in Lagern zu beenden. Auch bei CDU und SPD fand das Urteil Zustimmung.

Laut Bundesverfassungsgericht müssen Asylbewerber künftig 336 Euro als Geldleistung erhalten, zuletzt waren es 225 Euro teils lediglich in Gutscheinform. Mit dem Geld müssen sie Lebensmittel, Telefonkosten und andere Dinge des täglichen Bedarfs finanzieren. Für eine Unterbringung meist in Sammelunterkünften wird gesorgt.

7.700 Menschen profitieren

In Berlin profitieren fast 7.700 Menschen von der Neuregelung, so viele erhalten die sogenannte Grundleistung. Das teilte Sozialsenator Mario Czaja (CDU) mit. Insgesamt leben in der Stadt etwa 12.000 Asylbewerber. Jene, die nicht die Grundleistung beziehen, erhalten höhere Beträge und fallen daher nicht unter die Neuregelung. Insgesamt gab Berlin laut Czaja im vergangenen Jahr 81,6 Millionen Euro nach Asylbewerberleistungsgesetz aus. Durch die Neuerung würden laut ersten Schätzungen 9 Millionen Euro Mehrkosten pro Jahr entstehen.

Auch Czaja begrüßte das Urteil. Die Aufgabe für den Bund bestehe nun darin, in Zusammenarbeit mit den Ländern eine nachvollziehbare Berechnungsgrundlage einschließlich Fortschreibungscharakter zu schaffen, sagte der Senator.

Für Aziz Bozkurt ist das Asylbewerberleistungsgesetz ein Schandfleck der deutschen Asylpolitik, wie der Vorsitzende der AG Migration der Berliner SPD erklärte. Die Bundesregierung müsse bei der Reform jetzt eine generelle Abkehr vom Sachleistungsprinzip vornehmen. Auch die SPD-Bundestagsabgeordneten seien jetzt gefordert, die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes zu unterstützen. RANI NGUYEN

Überfällige Entscheidung FLÜCHTLINGE Landespolitiker begrüßen Urteil des Verfassungsgerichts

Schwerpunkt SEITE 3

**Load-Date:** July 18, 2012

---

End of Document

**Bildung und Arbeit verlangt; INTEGRATION Verbände und Kirche fordern:  
Auch Flüchtlinge sollen in Schleswig-Holstein arbeiten dürfen**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 15. März 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 18

**Length:** 279 words

**Highlight:** INTEGRATION Verbände und Kirche fordern: Auch Flüchtlinge sollen in Schleswig-Holstein arbeiten dürfen

## Body

---

Freien Zugang zu Arbeitsmarkt und Bildungseinrichtungen für alle in Schleswig-Holstein lebenden Ausländer und Flüchtlinge: Das haben gestern Wohlfahrtsverbände, Flüchtlingsorganisationen und Nordelbische Kirche gefordert. Ohne Sprachkenntnisse und Weiterbildung hätten die Betroffenen keine Chance in der deutschen Gesellschaft, beklagte Schleswig-Holsteins Flüchtlingsbeauftragter Stefan Schmidt nach einer Fachtagung mit mehr als 200 Teilnehmern im Kieler Landeshaus.

Über 11.000 Flüchtlinge hätten derzeit im nördlichsten Bundesland keine sichere Aufenthaltsperspektive, hieß es. Ihre Integration werde nicht gefördert, sondern behindert, sagte Martin Link vom Flüchtlingsrat. Er verwies darauf, dass Asylsuchende im ersten Jahr ihres Aufenthalts überhaupt keine bezahlte Arbeit beginnen dürften.

In Schleswig-Holstein leben etwa 367.000 Menschen mit Migrationshintergrund. Das sind etwa 13 Prozent der Bevölkerung. Rund acht Prozent der Ausländer sind als Flüchtlinge gekommen. Beschäftigungsverbote und unbezahlbare Deutschkurse behinderten die Integration in den Arbeitsmarkt, kritisierte Doris Kratz-Hinrichsen vom Diakonischen Werk. Die derzeitige Ausländer- und Flüchtlingspolitik stehe im Widerspruch zur Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt.

Spätestens ab 2015 wird dieser Mangel laut einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung dauerhafter Trend. Ab 2020 werde jeder zehnte Arbeitsplatz in Schleswig-Holstein unbesetzt sein. Die Tagungsteilnehmer kritisierten gestern auch das Asylbewerberleistungsgesetz. Danach sind Geduldete und Asylsuchende per Gesetz von Integrationsmaßnahmen ausgeschlossen, in Schleswig-Holstein derzeit 4.000 Menschen. (epd)

**Load-Date:** March 14, 2012

**"Ein Dach über dem Kopf"; MIGRATION Franz Allert, der im Senat für die Unterbringung von Flüchtlingen zuständig ist, über die Blockadehaltung mancher Bezirke gegenüber der Aufnahme von Asylbewerbern**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 08. Mai 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 22

**Length:** 805 words

**Byline:** MARINA MAI

**Highlight:** **MIGRATION** Franz Allert, der im Senat für die Unterbringung von **Flüchtlingen** zuständig ist, über die Blockadehaltung mancher Bezirke gegenüber der Aufnahme von **Asylbewerbern**

## Body

---

### INTERVIEW MARINA MAI

taz: Hunderttausende Syrer vegetieren derzeit unter katastrophalen Bedingungen in den Nachbarstaaten Syriens. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) hat internationalen Partnern die Aufnahme von 5.000 dieser Syrer ab Juni zugesagt. Wann kommen wie viele von ihnen nach Berlin?

Franz Allert: Die Zahl wird sich um die 250 bewegen. Wann sie kommen, hat die Bundesregierung uns noch nicht mitgeteilt.

Ihr Amt ist für die Unterbringung und Versorgung dieser Menschen zuständig. Wie sind Sie darauf vorbereitet?

Voraussichtlich werden die Menschen eine Aufenthaltserlaubnis erhalten. Das heißt, sie dürfen eigene Wohnungen beziehen und arbeiten, sofern sie Wohnungen und Arbeit finden. Bis dahin werden sie in Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge wohnen, wie Asylbewerber. Sobald wir wissen, wann sie kommen, werden wir die Unterbringungsmöglichkeiten schaffen.

Alle Flüchtlingsunterkünfte in Berlin sind hoffnungslos überfüllt. Laut amtlicher Statistik fehlen aktuell 140 Plätze. Manche Bezirke weigern sich, neue Unterkünfte zu akzeptieren. Besteht die Gefahr, dass die Syrer in Berlin unter freiem Himmel wohnen müssen?

Wir wollen niemanden in die Obdachlosigkeit schicken. In der Tat wird es aber immer schwieriger, das Okay der bezirklichen Bauämter für neue Heime zu bekommen. Einige Bezirke sind da sehr restriktiv. Sie legen ihren Ermessensspielraum anders aus, als es sinnvoll wäre. Wir brauchen in diesem Jahr gut 1.000 neue Plätze, damit die Menschen, die gegenwärtig noch in Notunterkünften wohnen, dauerhaft untergebracht werden. Hinzu kommen weitere voraussichtlich 1.000 Plätze, weil mehr Asylbewerber nach Berlin kommen.

"Ein Dach über dem Kopf" MIGRATION Franz Allert, der im Senat für die Unterbringung von Flüchtlingen zuständig ist, über die Blockadehaltung mancher Bezirke geg....

Die Opposition kritisiert, dass Ihre Behörde sich zu wenig um die Unterbringung in Wohnungen kümmere. So hat der Senat mit den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften vor zwei Jahren vereinbart, dass diese pro Jahr 275 Wohnungen an Asylbewerber vermieten. Das Kontingent wurde noch nie erfüllt. Wer blockiert da?

Niemand. Ich wünschte mir von den Wohnungsbaugesellschaften zwar schon mehr Engagement. Aber der Hauptgrund ist, dass preiswerte Wohnungen auf dem Markt fehlen. Wer in so einer Wohnung wohnt, zieht da nicht aus.

Von 2010 bis heute ist die Zahl der Flüchtlinge in Heimen von 1.500 auf 5.600 gestiegen. Sind die Bedingungen dort menschenwürdig?

Wir haben Qualitätsstandards formuliert. In den dauerhaften Unterkünften sind diese gesichert. In einigen Notunterkünften können wir das aber leider nicht garantieren. Hier geht es schlicht und einfach um ein Dach über dem Kopf. Oft sind das ja frühere Verwaltungsgebäude, in denen es keine Küchen und Duschen gibt. Wenn bezirkliche Bauämter die Unterkünfte nicht haben wollen, sind sie sehr kreativ, Investitionen und auch Standorte zu verhindern.

Welche Bezirke blockieren da?

Es geht nicht darum, bestimmte Bezirke an den Pranger zu stellen. Aber ich gebe Ihnen gerne ein paar Beispiele. Im Bezirk Mitte haben wir eine Notunterkunft in einer ehemaligen Schule eingerichtet. Der Bezirk forderte uns wegen des Bauplanungsrechts mehrfach auf, zu räumen. Das geht wegen der drohenden Obdachlosigkeit natürlich nicht. Im Falle einer anderen Unterkunft will Mitte der privaten Betreiberin die Unterbringung von Asylbewerbern untersagen. Auch in Reinickendorf wurden wir mehrfach aufgefordert, eine ehemalige Schule zu räumen, in der Flüchtlinge wohnen. In Neukölln wird uns immer wieder ein früheres Krankenhaus angeboten, dessen Eigentümer kein Interesse an einer Flüchtlingsunterkunft hat. Diese Beispiele ließen sich vielfältig fortsetzen.

Manche Bezirke sind sehr kreativ, das Planungsrecht so auszulegen, dass Asylbewerberheime gerade nicht bei ihnen angesiedelt werden dürfen. Sollten Sie da nicht Einheitsrecht schaffen statt Kleinstaaterei?

Ich würde es begrüßen, wenn es die Möglichkeit gäbe, hinsichtlich der Unterbringung von Flüchtlingen eine für alle Bezirke rechtlich bindende Regelung zu schaffen. Berlin hat aber die Fachaufsicht und damit auch das Weisungsrecht des Senates gegenüber den Bezirken abgeschafft. Wollte man das wieder umdrehen, beträfe das alle politischen Felder, nicht nur Asylbewerberheime. Das ist sicher auch nicht zielführend.

Berlin wirbt gern damit, Hauptstadt der Kreativen zu sein. Doch in puncto kreative Ideen für die Unterbringung von Asylbewerbern machen uns andere Städte etwas vor. In Augsburg etwa entsteht das Grandhotel Cosmopolis, in dem Künstler, Reisende und Asylbewerber unter einem Dach wohnen und Projekte miteinander gestalten. Gab es in Berlin noch nie solche Initiativen?

Solche nicht. In der Motardstraße haben Künstler vor wenigen Jahren gemeinsam mit Flüchtlingen die tristen Baracken bemalt. Ich bin für Ideen ansprechbar. Meine Verwaltung ist allein aus Zeitgründen noch nicht auf diese Szene zugegangen.

Manche Ämter sind kreativ dabei, Standorte zu verhindern

**Load-Date:** May 7, 2013



[Was macht die Bewegung?; bewegung.taz.de](http://bewegung.taz.de)

taz, die tageszeitung

Donnerstag 01. November 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 07

**Length:** 201 words

## Body

---

- Freitag, 2. November

Berlin | Refugeecamp Hungerstreik: Flüchtlinge streiken für bessere Lebensbedingungen und faires Asylrecht, Brandenburger Tor und Oranienplatz.

Berlin | Feminismus Tagung zur feministischen Ökonomie, ab 9.30 Uhr (ganztägig), Werkstatt der Kulturen, Wissmannstr. 32.

Stuttgart | 80 Jahre Antifa Vortrag von Bernd Langer zum Jubiläum der Antifaschistischen Aktion, um 17 Uhr, im Linken Zentrum Lilo Herrmann, Böblinger Straße 105.

- Samstag, 3. November

Hannover | Anti-Atom Demonstration und Streckenerkundung gegen MOX-Transport am AKW Grohnde, Start: 13 Uhr, S-Bahnhof Emmerthal.

([www.grohnde.wordpress.com](http://www.grohnde.wordpress.com))

Hamburg | Palästina Dokumentarfilm Kinder der Steine Kinder der Mauer, Leben in Palästina, damals und heute, 18 Uhr, Nernstweg 32 35.

- Sonntag, 4. November

Berlin | Anti-Rassismus Das Problem heißt Rassismus, Demonstration, Auftaktkundgebung: 14 Uhr, Protestcamp der Flüchtlinge, Oranienplatz.

Aachen | Perspektivwechsel Offener Fotoworkshop mit Amnesty, Thema Migration, Treffpunkt: 14 Uhr, Holzgraben 4.

München | Streubomben Fotoausstellung über die Folgen des Vietnamkriegs in Laos, ganztägig, im EinWelthaus, Schwanthalerstraße 80.

Was macht die Bewegung? [bewegung.taz.de](http://bewegung.taz.de)

- Termine & Aktionen

[www.bewegung.taz.de](http://www.bewegung.taz.de)

**Load-Date:** October 31, 2012

---

End of Document

**Die Summe und die Teile; AUFENTHALT Die Dauer allein machts nicht: Weil seine Haftstrafe sich aus mehreren kürzeren zusammensetzte, darf ein straffällig gewordener Flüchtling vorerst nicht abgeschoben werden**

taz, die tageszeitung

Freitag 01. Februar 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 21

**Length:** 302 words

**Highlight:** AUFENTHALT Die Dauer allein macht's nicht: Weil seine Haftstrafe sich aus mehreren kürzeren zusammensetzte, darf ein straffällig gewordener **Flüchtling** vorerst nicht abgeschoben werden

## Body

---

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat hohe Hürden für den Verlust der Anerkennung als **Flüchtling** eingezogen. Zwar könnten Straffällige ihren **Flüchtlings-** oder **Asylstatus** verlieren, wenn sie eine Gefahr für die Allgemeinheit darstellen und zu einer Freiheitsstrafe von mindestens drei Jahren verurteilt wurden. Dies gelte jedoch nur dann, wenn sich die Strafe nicht aus mehreren Einzelstrafen zusammensetzt, teilte das Gericht gestern in Leipzig mit.

In dem vorliegenden Fall hatte ein 38-jähriger Mann aus der Türkei geklagt. Er hatte 1999 als syrisch-orthodoxer Christ in Deutschland Asyl erhalten. Seit seinem 14. Lebensjahr beging er zahlreiche Straftaten, die immer wieder mit Haftstrafen bis zu zwei Jahren geahndet wurden.

Im Jahr 2001 wurde er wegen versuchter räuberischer Erpressung, versuchter gefährlicher Körperverletzung, Beleidigung und Bedrohung rechtskräftig verurteilt. Die zu Grunde liegenden zwei Taten, die er im August und Oktober 2000 begangen hatte, wurden mit Einzelstrafen von zwei Jahren und zehn Monaten sowie sechs Monaten geahndet. Daraus wurde eine Gesamtfreiheitsstrafe von drei Jahren gebildet.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge widerrief daraufhin die Asyl- und Flüchtlingsanerkennung des Klägers, um seinen Aufenthalt zu beenden. Eine Klage des Mannes dagegen wies das Hamburger Verwaltungsgericht ab, das dortige Oberverwaltungsgericht gab ihm allerdings Recht.

Das Bundesverwaltungsgericht schloss sich der Vorinstanz an, verwies den Fall gleichzeitig zurück. Das Oberverwaltungsgericht muss nun prüfen, inwieweit der Asylgrund des Mannes noch gilt: Die Lage für syrisch-orthodoxe Christen in der Türkei habe sich verbessert. (epd) Aktenzeichen: BVerwG 10 C 17.12 Urteil vom 31. Januar 2013

Das Gericht muss nun prüfen, inwieweit der Asylgrund des Mannes noch gilt

Die Summe und die Teile AUFENTHALT Die Dauer allein machts nicht: Weil seine Haftstrafe sich aus mehreren kürzeren zusammensetzte, darf ein straffällig geworden....

**Load-Date:** January 31, 2013

---

End of Document

**Mit Beton nach Brüssel; EUROPA Muss man den Lampedusa-Flüchtlingen helfen? Ein internes Papier aus dem Auswärtigen Amt belegt: Merkels Regierung will in Brüssel eine liberalere Flüchtlingspolitik unbedingt verhindern**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 24. Oktober 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** THEMEN DES TAGES; S. 03

**Length:** 843 words

**Byline:** ULRICH SCHULTE / CHRISTIAN JAKOB

**Highlight:** EUROPA Muss man den Lampedusa-Flüchtlingen helfen? Ein internes Papier aus dem Auswärtigen Amt belegt: Merkels Regierung will in Brüssel eine liberalere Flüchtlingspolitik unbedingt verhindern

## Body

---

AUS BERLIN ULRICH SCHULTE UND CHRISTIAN JAKOB

Vor Kurzem wehte noch ein Hauch von Liberalisierung durch die Union. Als sich die Verhandler von CDU, CSU und Grünen zu Sondierungsgesprächen trafen, registrierten Letztere verblüfft neue Töne von Horst Seehofer: Ein Nein zur doppelten Staatsbürgerschaft sei heutzutage schwer zu vermitteln, sagte der CSU-Chef. Und deutete Erleichterungen für Asylbewerber an.

Ob dieser neue Sound die schwarz-roten Koalitionsverhandlungen überlebt? Fest steht allerdings, dass es auf europäischer Ebene anders aussieht. Dort setzen Angela Merkels CDU und Innenminister Hans-Peter Friedrich ihre harte Linie fort. Die bisherige Bundesregierung wehrt sich gegen substanzielle Verbesserungen für die Flüchtlinge, die in Booten aus Nordafrika über das Mittelmeer setzen, um in der Europäischen Union Schutz zu suchen.

Eine internes Papier aus dem Auswärtigen Amt, das der taz vorliegt, skizziert, wie das deutsche Team um Merkel auf dem anstehenden Europäischen Rat argumentieren will. Das Schreiben hat die EU-Koordinierungsgruppe des Ministeriums verfasst, es wurde von anderen Referaten abgesegnet und enthält Vorschläge für Änderungen an einem Gipfel-Beschlusstext. Ebenso gibt es Ratschläge für den Fall, dass andere Mitgliedsstaaten eine stärkere Sprache zu europäischer Solidarität fordern .

Sie lauten, kurz gesagt: abbügeln, bloß keine Zugeständnisse machen. Merkel fährt mit Beton nach Brüssel.

Am Donnerstag und Freitag treffen sich dort die Regierungschefs der EU. Auf der Tagesordnung stehen Debatten über die digitale Wirtschaft oder die Wirtschafts- und Währungsunion. Das brisanteste Thema, nämlich die

Mit Beton nach Brüssel EUROPA Muss man den Lampedusa-Flüchtlingen helfen? Ein internes Papier aus dem Auswärtigen Amt belegt: Merkels Regierung will in Brüssel ....

Flüchtlingssituation am Mittelmeer und auf der italienischen Insel Lampedusa, diskutieren die Staatschefs am Freitagvormittag, kurz vor ihrer Heimreise.

Für Deutschland skizziert das interne Dokument eine unmissverständliche Linie: Wir haben einen Rahmen der europäischen Asyl- und Migrationspolitik, den wir jetzt umsetzen, einhalten und ausfüllen müssen, aber nicht grundsätzlich in Frage stellen sollten. Für die Bundesregierung sei entscheidend, dass die Aufgaben der Task Force wie im Textentwurf vorgesehen auf bestehende Politiken und Instrumente beschränkt bleiben .

Ebenjene Task-Force hatten die EU-Innenminister vor gut zwei Wochen beschlossen. Sie soll Staaten wie Italien finanziell helfen, beim Grenzschutz unterstützen und Kooperationen mit nordafrikanischen Ländern ausloten. Die Expertengruppe zielt also darauf ab, Flüchtlinge erfolgreich von Europas Grenzen fernzuhalten.

Staaten wie Italien oder Griechenland, die an der Südgrenze Europas liegen, klagen seit Langem, dass sie von der Last der vielen Flüchtlinge erdrückt werden. Sie sind nach EU-Recht verpflichtet, die Hilfe suchenden Menschen aus Afrika oder Krisenregionen aufzunehmen.

Die Union sperrt sich dagegen, diesen Zustand wirklich zu ändern. Sie wehrt sich strikt gegen einen anderen Verteilungsschlüssel zwischen den EU-Staaten oder humanitäre Flüchtlingsvisa, die Asylsuchenden die legale Anreise ermöglichen und Schlepperbanden aushebeln würden. Das Dublin-II-Abkommen steht nicht auf der Tagesordnung des Rates , hieß es dazu am Mittwoch in Regierungskreisen. Das Abkommen, das den Istzustand festschreibt, steht nicht zur Debatte.

Der CSU-Innenminister zitiert gerne eine Statistik, um dies zu unterstreichen. In Deutschland kamen im Jahr 2012 rund 945 Asylbewerber auf 1 Million Einwohner, in Italien dagegen nur 260. Das zeige, dass die Erzählungen, dass Italien überlastet ist mit Flüchtlingen, nicht stimmen , betonte Friedrich.

Doch diese Statistik zeigt nur die halbe Wahrheit. Hierzulande wird nur ein kleiner Teil der Menschen, die sich um Asyl bewerben, auch tatsächlich akzeptiert. 2012 entschieden die Behörden über knapp 62.000 Asylanträge, sie bewilligten aber nur gut ein Viertel davon. Die Zahl der Bewerbungen taugt nicht als Beleg für Deutschlands Offenheit.

Zudem stellen viele der Ankommenden in Ländern wie Italien oder Griechenland keinen Antrag. Weil es dort kein funktionierendes Asylsystem gibt, wollen die Flüchtlinge weiter. Das allerdings verbietet ihnen das EU-Recht, und so sitzen sie in den südlichen EU-Staaten als Illegale oder Internierte fest und fallen aus der Statistik heraus.

SPD und Grüne kritisierten die starre Haltung der Regierung. Der Europaexperte der Grünen-Fraktion, Manuel Sarrazin, sagte: Es ist angesichts der Lage im Mittelmeer und anderswo unbegreiflich, dass die Bundesregierung auf dem Gipfel offenkundig noch nicht einmal über die dramatische Situation der Flüchtlinge reden, geschweige denn Ergebnisse erreichen möchte. Und die SPD? Der migrationspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Rüdiger Veit, betonte: Wir brauchen eine gerechtere Verteilung der Flüchtlinge in Europa. Den genauen Weg dorthin will die Sozialdemokratie bis zu ihrem Parteitag im November entscheiden. Bis dahin kann sie schon mal in den Koalitionsverhandlungen unter Beweis stellen, wie sehr ihr das Thema am Herzen liegt.

Berlins Linie für den Gipfel lautet: abbügeln, bloß keine Zugeständnisse machen

**Load-Date:** October 23, 2013

**Klingt gut, kostet nichts; BÜRGERSCHAFT Kollektives Bleiberecht für Lampedusa-Flüchtlinge "nein", Einbürgerung seit langem hier lebender Migranten "ja": Die SPD bleibt bei ihrer Linie**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 07. November 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** HAMBURG AKTUELL; S. 24

**Length:** 474 words

**Byline:** MARCO CARINI

**Highlight:** BÜRGERSCHAFT Kollektives Bleiberecht für Lampedusa-**Flüchtlinge** nein , Einbürgerung seit langem hier lebender **Migranten** ja : Die SPD bleibt bei ihrer Linie

## Body

---

VON MARCO CARINI

Die FDP zieht Konsequenzen aus Lampedusa. Hamburg soll einen Impuls setzen, um die ungleiche Verteilung von **Flüchtlingen** in Europa zu stoppen. Statt der Drittstaatenregelung, der die Länder mit europäischen Außengrenzen am meisten belastet, solle die Verteilung in Zukunft über den Königsteiner Schlüssel laufen. Dieser setzt Bevölkerungszahl und Wirtschaftskraft der europäischen Staaten in Bezug zu einander. Nach ihm müsste Deutschland mehr **Flüchtlinge** aufnehmen als jedes andere EU-Land.

Eine entsprechende Bundesratsinitiative präsentierten die Elbliberalen am Mittwoch in der Bürgerschaft. Ein fairer europäischer Verteilerschlüssel für Flüchtlinge in Europa ist dringend geboten und gehört auf die Tagesordnung des nächsten EU-Gipfels sagte Martina Kaesbach (FDP), die das Kunststück fertig brachte, auf die Situation in Hamburg nur mit einem Halbsatz einzugehen.

Der SPD-Abgeordnete Martin Schäfer und sein CDU-Kollege Kai Voet van Vormizeele bezweifelten, dass nach einer Verteilung nach Vorbild des Königsteiner Schlüssels Deutschland mehr Flüchtlinge aufnehmen müsste. Nach seinen Berechnungen müsste Deutschland sogar Asylbewerber abgeben, Italien sogar noch mehr Geflüchtete aufnehmen. Das FDP-Papier sei ein Schnellschuss mit eklatanten inhaltlichen Mängeln.

Die Verteilung sei nicht das Hauptproblem, sondern das System der Abschottung und Abschreckung, kritisiert hingegen die GAL-Abgeordnete Antje Möller, die am Mittwoch zur Bürgerschaftsvizepräsidentin gewählt wurde. Trotzdem stimmte die Bürgerschaft einstimmig der Überweisung des FDP-Papiers in den Innenausschuss zu. Der Charme des Antrags: Er klingt gut und kostet nichts.

Klingt gut, kostet nichts BÜRGERSCHAFT Kollektives Bleiberecht für Lampedusa-Flüchtlinge "nein",  
Einbürgerung seit langem hier lebender Migranten "ja": Die SPD ....

Konkreter ist da ein Antrag, den die Grünen am heutigen Donnerstag in die Bürgerschaft einbringen. Hier fordern sie, für jedes Mitglied der Gruppe „Lampedusa in Hamburg“ unter Ausnutzung des Ermessensspielraums des Ausländerrechtes die Gewährung eines Aufenthaltsrechtes anzustreben. Daneben solle sich der Senat in der Innenministerkonferenz und auf EU-Ebene einsetzen, die Situation von Flüchtlingen zu verbessern.

Die SPD-Mehrheitsfraktion kündigte bereits an, mit dem Antrag der Grünen kurzen Prozess zu machen. Sie wird eine Ausschuss-Überweisung ablehnen und ihn somit beerdigen.

Die SPD feierte sich dagegen auf anderer Ebene als Migrantenpartei. Die namentlich gezeichnete Einbürgerungsinitiative von Bürgermeister Olaf Scholz (SPD), die im November 2010 begann, habe allein zwischen 2011 und 2012 zu einer Steigerung der Einbürgerungsanträge um 38,5 Prozent geführt von 5.249 auf 7.164. Durch das Vorgehen von Olaf Scholz ist Hamburg mit seiner Einbürgerungsquote bundesweit Spitzenreiter, lobte Kazim Abaci (SPD). Phylliss Demirel (Grüne) konterte: Die Steigerung der tatsächlichen Einbürgerungen ist lachhaft und hält bei Weitem nicht mit der Steigerung der Anträge mit.

**Load-Date:** November 6, 2013

---

End of Document



**"Forderungen an den Bund"; ASYL Zu Beginn des Protests kamen Dilek Kolat und Maria Böhmer zu den Flüchtlingen. Wie stehen verantwortliche Politiker heute zu den Forderungen?"**

taz, die tageszeitung

Samstag 23. März 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLINER THEMA; S. 45

**Length:** 428 words

**Byline:** KONRAD LITSCHKO

**Highlight:** ASYL Zu Beginn des Protests kamen Dilek Kolat und Maria Böhmer zu den Flüchtlingen. Wie stehen verantwortliche Politiker heute zu den Forderungen?

## Body

---

Wohnraum ist für alle knapp

Die Forderungen sind nicht im Interesse des Landes und nach aktueller Rechtsprechung nicht erforderlich. Wir brauchen ein funktionierendes Asylrecht. Dazu gehört, dass tatsächliche Flüchtlinge aufgenommen und diejenigen zurückgeführt werden, die es nicht sind. Eine Abschaffung der Residenzpflicht würde zu einem Strom in die Ballungszentrum führen. Im Interesse Berlins kann das nicht sein. Gemeinschaftsunterkünfte auszuschließen wäre abwegig. 7.000 Asylbewerber leben in Berlin schon in Wohnungen, Wohnraum ist für alle knapp.

Burkard Dregger, integrationspolitischer Sprecher der CDU Berlin

Residenzpflicht abschaffen

Ich setze mich weiterhin für die Anliegen der Flüchtlinge ein. Mich beeindruckt immer wieder, wie motiviert die neu ankommenden Menschen sich in unsere Gesellschaft einbringen wollen, und ich setze mich mit allen mir zustehenden Mitteln für eine Verbesserung ihrer Situation ein. Gerade haben wir auf der Integrationsministerkonferenz in Dresden mehrere Anträge im Interesse der Flüchtlinge eingebracht. Dazu gehören ein erleichterter Arbeitsmarktzugang und die generelle Abschaffung der Residenzpflicht. Wir haben in Deutschland eine besondere humanitäre Verpflichtung, Menschen, die als Flüchtlinge kommen, zu helfen.

Dilek Kolat (SPD), Berliner Integrationssenatorin

Schneller Arbeit gewähren

Der Integrationsbeirat, den ich leite, hat sich intensiv mit der Thematik beschäftigt und rechtliche Verbesserungen für Flüchtlinge und Menschen ohne Aufenthaltsstatus in Deutschland gefordert. Ich unterstütze die Forderung des

"Forderungen an den Bund" ASYL Zu Beginn des Protests kamen Dilek Kolat und Maria Böhmer zu den Flüchtlingen. Wie stehen verantwortliche Politiker heute zu den ....

Beirats, allen Einwanderern so schnell wie möglich den Zugang zu Integrationskursen zu ermöglichen, damit sie dort die deutsche Sprache erlernen können. Ich bin dafür, allen in Deutschland lebenden Einwanderern den Zugang zum Arbeitsmarkt spätestens nach sechs Monaten zu ermöglichen. Wer einer Arbeit nachgehen kann, fühlt sich wertgeschätzt und kann ein selbstständiges Leben führen. Zudem ist er nicht mehr auf den Bezug von Sozialleistungen angewiesen.

Maria Böhmer (CDU), Staats- ministerin für Migration und Integration

Wahl entscheidet über Forderungen

Ich persönlich habe einige Sympathien für die Anliegen der Flüchtlinge. Die Forderungen richten sich aber klar an den Bund. Die Bundestagswahl entscheidet den Kurs der Asylpolitik. Kommt es zu Rot-Grün, dürfte eine liberale Flüchtlingspolitik in Koalitionsverhandlungen eine große Rolle spielen. Bei der jetzigen Koalition sehe ich dafür schwarz.

Thomas Kleineidam, innenpolitischer Sprecher der SPD Berlin

PROTOKOLLE: KONRAD LITSCHKO

**Load-Date:** March 22, 2013

**Flucht vor dem Schnee; MIGRATION Flüchtlinge und Aktivisten aus dem Camp am Oranienplatz besetzen eine leer stehende Kreuzberger Schule. Zumindest bis Dienstag können sie dort bleiben**

taz, die tageszeitung

Montag 10. Dezember 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 22

**Length:** 632 words

**Byline:** KONRAD LITSCHKO

**Highlight:** **MIGRATION Flüchtlinge** und Aktivisten aus dem Camp am Oranienplatz besetzen eine leer stehende Kreuzberger Schule. Zumindest bis Dienstag können sie dort bleiben

## Body

---

VON KONRAD LITSCHKO

Sechzig Leute sitzen sie am Sonntagnachmittag in der früheren Schulaula, im Stuhlkreis, auf hellem Parkett. Von der hohen Decke strahlen zwei schwere Leuchten, die Heizungen bollern. Es ist das Plenum der **Flüchtlinge**. Lasst uns dieses Haus zum Zentrum der **Flüchtlingsbewegung** in Deutschland machen, schlägt Turgay Ulu, ein türkischer **Flüchtling**, vor. Wir müssen zusammenarbeiten, mit allen, appelliert ein anderer Mann. Vor ihnen, in der Kreismitte, schmiert sich ein Kapuzenträger Marmeladenbrote. Im Treppenhaus tragen Aktivisten Computer hoch.

Seit Samstagnachmittag hat Kreuzberg ein besetztes Gebäude mehr. Da okkupierten rund 100 Unterstützer der seit Wochen protestierenden Flüchtlinge die leer stehende Gerhart-Hauptmann-Oberschule in der Ohlauer Straße. Sie hängten ein riesiges Banner aus den Fenstern: Abschiebestopp! Residenzpflicht, Lager abschaffen!

Eine Protestaktion gegen die Zwangsunterbringung von Asylsuchenden sei die Besetzung, heißt es in einer Erklärung. Ein selbst organisiertes, soziales Zentrum wolle man auf dem Schulgelände aufbauen. Prompt setzten am Sonntag die rund 20 Flüchtlinge, die seit Ende Oktober vor dem Brandenburger Tor für mehr Rechte streiken, ihren dortigen Protest aus. Man wolle die Kräfte bündeln, sagte Omar Iqbal. Der Afghane hatte sich dort an einem Hungerstreik beteiligt, zuvor war er mit anderen Asylbewerbern von Würzburg nach Berlin marschiert.

Franz Schulz (Grüne), Bürgermeister von Friedrichshain-Kreuzberg, besuchte die Besetzer bereits am Samstag und gewährte ihnen eine Duldung bis Dienstag. Dann berät sich das Bezirksamt. Die Polizei zog darauf am Abend ab. Ich unterstütze, dass die Flüchtlinge bei diesen Temperaturen ein Dach über den Kopf bekommen, sagte Schulz. Es sei denkbar, ihnen die Schule als Winterquartier bis März zu überlassen. Ein dauerhaft selbst

Flucht vor dem Schnee MIGRATION Flüchtlinge und Aktivisten aus dem Camp am Oranienplatz besetzen eine leer stehende Kreuzberger Schule. Zumindest bis Dienstag k....

verwaltetes Zentrum lehnte der Grüne dagegen ab. Da gibt es andere Projekte, die dringlicher eine Perspektive brauchen.

Die vierstöckige Hauptmann-Schule steht seit knapp zwei Jahren leer, weil zuvor die Nachfrage stark gesunken war. Das Gebäude gehört dem Bezirk, der im Erdgeschoss vor einem Jahr das Suchthilfezentrum Fixpunkt untergebracht hat. Schulz will auch weitere lokale Projekte in der Schule beherbergen, etwa die Freie Schule Kreuzberg oder ein Praxiskollektiv für HIV-Erkrankte. Erste Räume sollen ab dem Frühjahr 2013 vergeben werden spätestens dann müssten die Besetzer weichen.

Die wollen nun erst mal den Dienstag abwarten. Bis dahin soll auch das Camp am Oranienplatz aufrechterhalten werden, für das der Bezirk erst vor wenigen Tagen die Duldung verlängert hat. Zumindest nachts würden die meisten Flüchtlinge aber in die Hauptmann-Schule gehen, hieß es aus dem Camp. Dort waren unter den Schneemassen zuletzt Zelte eingestürzt. Unser Protest geht aber weiter, betonte Omar Iqbal. Man halte sich auch die Option offen, erneut ans Brandenburger Tor zu gehen.

Für den Sonntagabend wurden zunächst Bands in die Hauptmann-Schule eingeladen. Aktivisten inspizierten die früheren Unterrichtsräume. Ins Vorderhaus trugen sie Kisten mit Schuhen, Büchern und Kleidung für einen Umsonstladen. Wir haben hier alles, was wir brauchen, schwärmte schon am Samstagabend ein Besetzer auf einem Plenum mit rund 80 Leuten. Heizung, Strom, Wasser alles funktioniert. Nun seien alle gefragt, das Haus mit Inhalten und Projekten zu beleben.

Unterstützung kommt von der Linken. Vizelandeschefin Elke Breitenbach bat den Bezirk, den Flüchtlingen bei der klirrenden Kälte eine längerfristige Perspektive zu eröffnen. Ihr Protest gegen rassistische und ausgrenzende Gesetze ist notwendig und verdient Unterstützung.

Die Flüchtlinge sollten bei diesen Temperaturen ein Dach über den Kopf bekommen

BÜRGERMEISTER FRANZ SCHULZ

**Load-Date:** December 9, 2012

**Am besten in der Nachbarschaft; MIGRATION Flüchtlinge sollten in normalen Wohnungen untergebracht werden, finden Die Linke und die FDP. Damit greifen sie eine langjährige Forderung des Flüchtlingsrates auf**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 09. Oktober 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** HAMBURG AKTUELL; S. 20

**Length:** 429 words

**Byline:** GERNOT KNÖDLER

**Highlight:** MIGRATION Flüchtlinge sollten in normalen Wohnungen untergebracht werden, finden Die Linke und die FDP. Damit greifen sie eine langjährige Forderung des Flüchtlingsrates auf

## Body

---

VON GERNOT KNÖDLER

Hamburgs Bezirke tun sich schwer damit, Flüchtlinge unterzubringen. Eimsbüttels Bezirksamtsleiter Torsten Sevecke (SPD) hat jetzt einen Neubau auf städtischem Grund dafür vorgeschlagen. Damit bleibt er hinter dem zurück, was bereits in der Bürgerschaft diskutiert wird: Die Flüchtlinge über die Stadt verteilt in normale Wohnungen einziehen zu lassen. So unterschiedliche Parteien wie die FDP und Die Linke haben dazu ähnliche Anträge formuliert.

Sevecke hatte im Hamburger Abendblatt vorgeschlagen, für ein städtisches Grundstück bei Hagenbecks Tierpark einen Investor zu suchen, der bereit wäre, Flüchtlinge in einen dort zu errichtenden Neubau einziehen zu lassen. 30 Menschen könnten dort zunächst unterkommen und, falls sich das Projekt bewähre, weitere 30.

Seveckes Vorschlag läuft wieder auf eine separate Unterbringung der Flüchtlinge hinaus, kritisiert Hermann Hardt vom Flüchtlingsrat. Besser wäre es, wenn sie inmitten der Bevölkerung leben könnten, wie es der Flüchtlingsrat seit Jahrzehnten fordere, sagt er. Das sei menschenwürdiger, billiger und verringere die Gefahr, dass sich die Nachbarn gestört fühlten.

Die Linke hat Ende August beantragt, ein Konzept zur Neuorganisation der Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen statt in Gemeinschaftsunterkünften zu entwickeln. Eine bestimmte Quote des Wohnungsbestands solle Flüchtlingen vorbehalten bleiben.

Auch die FDP findet, die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern in Containern könne nur eine temporäre Lösung sein. Der Senat möge ein Konzept zur dezentralen und kleinteiligen Unterbringung entwickeln und dazu seinen Betrieb Fördern und Wohnen mit der Akquise beauftragen.

Am besten in der Nachbarschaft MIGRATION Flüchtlinge sollten in normalen Wohnungen untergebracht werden, finden Die Linke und die FDP. Damit greifen sie eine la....

Etwas wolkiger klingt der Antrag der regierenden SPD. Sie möchte neben dem Ausbau der Flüchtlingsunterkünfte Einzel-Wohnungen in Neubaugebieten für besonders benachteiligte Zielgruppen vorhalten und dafür sorgen, dass Flüchtlinge leichter Wohnungen am normalen Markt finden.

Peter Hitpass vom Verband Norddeutscher Wohnungsunternehmen (VNW), der die genossenschaftlichen und öffentlichen Firmen vertritt, findet die Aufnahme in normale Wohnungen schwierig. Die Flüchtlinge müssten staatlich betreut werden, behauptet er. Zudem gebe es eine Sprachbarriere. Der Leerstand sei mit 0,3 bis 0,6 Prozent minimal. Was nützt ein Kontingent, wenn wir die Wohnungen gar nicht haben? , fragt er. Siegmund Chychla vom Mieterverein hält es dagegen für richtig, die Flüchtlinge im Wohnungsbestand zu verteilen: Bei den niedrigen Zahlen ist es kein Problem, die Menschen in gewachsenen Strukturen unterzubringen.

**Load-Date:** October 8, 2013

---

End of Document

**Taxi für Snowden, bitte; FLÜCHTLING Der meistgesuchte Whistleblower hat in Russland Asyl erhalten und den Moskauer Flughafen verlassen. Wohin, ist unklar**

taz, die tageszeitung

Freitag 02. August 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** THEMEN DES TAGES; S. 02

**Length:** 385 words

**Byline:** BERNHARD CLASEN

**Highlight:** **FLÜCHTLING** Der meistgesuchte Whistleblower hat in Russland **Asyl** erhalten und den Moskauer Flughafen verlassen. Wohin, ist unklar

## Body

---

BERLIN taz Edward Snowden, der Ex-NSA-Mitarbeiter und Whistleblower, der seit 22. Juni im Transitbereich des Moskauer Flughafens Scheremetjewo festsaß, hat am Donnerstag den Flughafen verlassen. Zuvor hatte Snowden von der russischen **Migrationsbehörde** ein auf ein Jahr befristetes **Asyl** erhalten. Das vorläufige **Asyl** gilt in Russland zwölf Monate und kann immer um weitere zwölf Monate verlängert werden.

Snowdens russischer Anwalt, Anatoli Kutscherena, überbrachte dem Flüchtling die begehrten Papiere. Unser Dank gilt allen Menschen in Russland und denen, die mit zum Schutz von Snowden beigetragen haben, zitiert das russische Internetportal Newsru.com die Enthüllungsplattform Wikileaks. Wir haben eine Schlacht gewonnen und nun den Krieg, triumphiert Wikileaks. Unklar ist, ob Snowden allein in das Taxi gestiegen ist. Während Wikileaks berichtet, Snowden habe mit der Wikileaks-Mitarbeiterin Sarah Harrison den Flughafen verlassen, war Snowden nach Angaben einer Flughafensprecherin allein in das Taxi gestiegen.

Wohin Snowdens Fahrt gehe, wolle und könne er nicht sagen, erklärte Snowdens Anwalt Kutscherena. Schließlich sei er einer der meistgesuchten Personen auf dem Planeten.

Es ist jedoch davon auszugehen, dass sich Snowden nicht ein Zelt mit einem der in dieser Woche festgenommenen und zur Abschiebung vorgesehenen 3.000 Arbeitsmigranten aus Zentralasien teilen müssen.

Vor wenigen Tagen noch hatten die russischen Behörden ein offizielles Auslieferungersuchen der USA abgelehnt. Nachdem nun die USA diesen Nervenkrieg verloren haben, werden die Amerikaner die Beziehungen nicht noch weiter belasten, glauben russische Experten. Wohl aber, so Alexei Muchin, werden sie in vertraulichen Gesprächen versuchen, die russischen Behörden Schritt für Schritt zu einer Auslieferung Snowdens zu bewegen.

Taxi für Snowden, bitte FLÜCHTLING Der meistgesuchte Whistleblower hat in Russland Asyl erhalten und den Moskauer Flughafen verlassen. Wohin, ist unklar

Snowden hatte Ende Mai die USA in Richtung Hongkong verlassen, wollte von dort aus über Moskau nach Kuba weiterreisen. Nachdem die US-Behörden seinen Pass für ungültig erklärt hatten, steckte er am Flughafen fest. Am 12. Juli berichtete er, er wolle in Russland Asyl beantragen. Interessant wird, ob Snowden dauerhaft den Status eines Flüchtlings erhält. Hier ist Russland nicht so großzügig, wie es den Anschein hat. 2012 zählte das Land gerade einmal 826 anerkannte Flüchtlinge.

BERNHARD CLASEN

**Load-Date:** August 1, 2013

---

End of Document



## **Drohnen gegen Flüchtlinge; AUSGRENZUNG Die Staaten Europas schotten sich weiter ab. Am Montag tritt das Hightech-Grenzsystem Eurosur zur Flüchtlingsabwehr in Kraft**

taz, die tageszeitung

Montag 02. Dezember 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

**Length:** 989 words

**Byline:** KIRSTEN MAAS-ALBERT

**Highlight:** AUSGRENZUNG Die Staaten Europas schotten sich weiter ab. Am Montag tritt das Hightech-Grenzsystem Eurosur zur **Flüchtlingsabwehr** in Kraft

### **Body**

---

Ungeachtet neuerlicher Schiffsunglücke wie dem vor Lampedusa im September setzt die Europäische Union (EU) ihre gnadenlose Abwehr von **Flüchtlingen** fort: Am 2. Dezember wird mit der Einführung des Europäischen Grenzkontrollsystems (European Border Surveillance System, Eurosur) die Technologisierung dieser Abwehr milliardenschwer verstärkt.

Mit Drohnen und hochauflösenden Kameras, Satellitensuchsystemen und Offshore-Sensoren sollen **Flüchtlingsboote** auf dem Mittelmeer geortet werden. Seenotrettung hingegen ist keine Kernaufgabe dieses Systems, auch wenn europäische Politiker dies vielfach so darstellen. Man mag, wie die schwedische EU-Kommissarin Cecilia Malmstroem oder auch deutsche Europaparlamentarier darauf hoffen, dass die Lebensrettung auf dem Mittelmeer zu einem Nebeneffekt des koordinierten Datenaustauschs wird, geregelt ist sie nicht.

Hochkomplexe Technik

Europas Innenminister schalten auf stur und sehen auch angesichts neuer Todesfälle und nachgewiesener Rechtsverletzungen durch einige Mitgliedstaaten keinen Bedarf für eine den europäischen Grundwerten folgende Politik.

Für die in Brüssel nun technokratisch erarbeiteten hochkomplexen technologischen Systeme der Abschottung wurden Hard- und Software liefernde Konzerne und die längst in der Kritik stehende Grenzschutzagentur Frontex herangezogen.

Hightech-Aufrüstung im Sinne der Festung Europa ist eine zynische Reaktion auf die im Wesentlichen humanitäre Krise, bei der Jahr für Jahr Tausende Flüchtlinge und Migranten im Mittelmeer ihr Leben verlieren. Somalier, Eritreer, Sudanesen, sie alle suchen Schutz in Europa.

Drohnen gegen Flüchtlinge AUSGRENZUNG Die Staaten Europas schotten sich weiter ab. Am Montag tritt das Hightech-Grenzsystem Eurosur zur Flüchtlingsabwehr in Kra....

Aus der sudanesischen Krisenregion Darfur flohen 2013 laut UN Angaben etwa 300.000 Menschen. Nur die allerwenigsten von ihnen gelangen nach Nordafrika, um den illegalen Weg nach Europa zu suchen.

Auch die aus dem Bürgerkrieg in Syrien Flüchtenden 2,3 Millionen hat das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR bislang registriert finden Aufnahme in den Anrainerstaaten Libanon, Jordanien und Türkei. Die wenigsten von ihnen schaffen es auf eine der griechischen Inseln oder nach Lampedusa. Manche wurden in ihren Booten auf das offene Meer zurückgedrängt und verdursteten oder ertranken.

Derweil arbeitet man bei der Neuregelung von Frontex-Einsätzen bei der EU gerade daran, die illegalen push-backs , also die Zurückdrängung von Booten, die vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGFH) im Fall Hirsi noch 2012 verurteilt wurde, mit ebendiesem Urteil zu harmonisieren, vermutlich um die Praxis fortführen zu können.

Aber auch über die pull-back -Möglichkeiten hat man schon nachgedacht: Mit der durch Eurosur möglich gemachten technologisch ausgefeilten Überwachung des Seeraumes sollen zukünftig im Rahmen von Kooperationsabkommen Drittstaaten über entdeckte Flüchtlingsboote vor ihren Küsten informiert werden. Die Drittstaaten sollen dann die Boote frühzeitig und bevor europäische Gewässer erreicht werden abfangen.

Das erste Kooperationsabkommen im Rahmen von Eurosur wird derzeit ausgerechnet mit Libyen ausgearbeitet, das weder die Genfer Flüchtlingskonvention unterzeichnet hat noch den Flüchtlingen Schutz bietet.

Keine humanitären Visa

Alternativen zur Abschottung gibt es. So fordern Bürgerrechtsbewegungen rund um das italienische Netzwerk Melting Pot Europe die Einrichtung eines humanitären Korridors. Der soll es Flüchtlingen ermöglichen, Asylanträge bei den europäischen Institutionen etwa in Nordafrika zu stellen und so eine gefahrlose Einreise in die EU anzutreten.

Auch wenn der Vorschlag das Risiko beinhaltet, neue Begehrlichkeiten zu wecken und Asylverfahren gleich ganz in Drittstaaten abwickeln zu lassen, ist er diskussionswürdig. Das UN-Flüchtlingshilfswerk fordert für Kriegsflüchtlinge humanitäre Visa, die an den Auslandsvertretungen der EU oder der Mitgliedstaaten erteilt werden. Auch dies ist eine nach EU-Recht mögliche, aber bislang von den Mitgliedstaaten nicht praktizierte Möglichkeit, damit Flüchtlinge sich nicht länger an Schlepper wenden müssen für eine potenziell tödliche Überfahrt über das Mittelmeer.

Militarisierung der Grenzen

In Brüssel bleiben solche Vorschläge ungehört. Man verweist auf die voranschreitenden Verbesserungen europaweiter Asylstandards. Die sind bislang von den Mitgliedstaaten recht unterschiedlich behandelt worden; vor allem aber betreffen die Regelungen nur die, die es lebend geschafft haben nach Europa. Die EU-Richtlinien wurden in der Tat überarbeitet allerdings unter der strikten Maßgabe, dass die Neuregelungen nicht mehr kosten als die bisherigen und auch nicht zu einer relativen Ausweitung der Asylanträge führen.

Das innereuropäische Problem heißt Dublin . Mit dem gleichnamigen Übereinkommen von 1990 wurde das Grundprinzip festgelegt, das denjenigen EU-Mitgliedstaat für die Prüfung eines Asylantrags zuständig erklärt, in dem sich der Schutzsuchende zuerst aufhielt. Ein Land wie Deutschland, das über keine Außengrenzen verfügt, ist damit aus dem Schneider und blockiert daher eine Neuregelung der europäischen Flüchtlingspolitik.

Und statt Flüchtlinge aufzunehmen aus den Mitgliedsländern, die überlastet sind, lehnt die Bundesregierung im Schulterschluss mit anderen europäischen Regierungen eine Neuregelung der Dublin-Verordnung im Europäischen Rat vehement ab. Flüchtlinge und Migranten sollen auch in Zukunft in dem EU-Land bleiben, in dem sie ankommen. Auch hier blieben und bleiben zahlreiche Vorschläge für eine gerechtere Verteilung durch Quoten und Ausgleichsfonds ungehört.

Man muss über Alternativen zur jetzigen Politik nachdenken immer im Bewusstsein, dass es keine zufriedenstellenden Lösungen gibt. Die Festung Europa ist keine Lösung. Aber weil die Mitgliedstaaten die

Drohnen gegen Flüchtlinge AUSGRENZUNG Die Staaten Europas schotten sich weiter ab. Am Montag tritt das Hightech-Grenzsystem Eurosur zur Flüchtlingsabwehr in Kra....

eigentliche Herausforderung, europäische Flüchtlingspolitik neu zu gestalten, nicht annehmen, rüsten sie an den Außengrenzen mit Drohnen auf.

KIRSTEN MAAS-ALBERT

Das erste Abkommen im Rahmen von Eurosur wird mit Libyen ausgearbeitet, das Flüchtlingen keinerlei Schutz bietet

**Load-Date:** December 1, 2013

---

End of Document

## Flüchtlinge statt Easyjetter; Migration Sozialbehörde hält an den Plänen fest, in einem geplanten Hostel an der Eduard-Grunow-Straße im Viertel ein Flüchtlingsheim einzurichten

taz, die tageszeitung

Mittwoch 07. November 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BREMEN AKTUELL; S. 24

**Length:** 485 words

**Byline:** EIB

**Highlight:** Migration Sozialbehörde hält an den Plänen fest, in einem geplanten Hostel an der Eduard-Grunow-Straße im Viertel ein Flüchtlingsheim einzurichten

### Body

---

Keine Probleme hat die Sozialbehörde damit, dass der Eigentümer des Gebäudes, das die Stadt als Flüchtlingsheim anmieten will, dagegen ist. Da kommt ein Hostel rein und keine Asylanten hatte er am Montag der taz gesagt. Der Eigentümer hat die Verfügungsgewalt über das Gebäude an jemand anderes abgetreten, sagte dazu gestern Karl Bronke, Abteilungsleiter bei der Sozialsenatorin. Der Mann, mit dem die Stadt verhandelt, habe ursprünglich in dem Gebäude in der Eduard-Grunow-Straße ein Hostel betreiben sollen, hält es jetzt aber offenbar für lukrativer, an die Stadt zu vermieten.

Wie sehr Bremen wegen der bundesweit steigenden Flüchtlingszahlen unter Druck steht, hatte zuvor der Staatsrat für Soziales, Horst Frehe, erläutert. Durchschnittlich seien in Bremen monatlich 30 Asylbewerber neu eingetroffen, im September seien es 70 gewesen und im Oktober 93. Dabei handele es sich um Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan und Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien.

Um Platz für die Neuankömmlinge in den Sammelunterkünften zu schaffen, setze man auf einen beschleunigten Auszug derjenigen, die schon länger als zwölf Monate in den Heimen leben, so Frehe. So zogen zwischen Oktober 2010 und Oktober 2011 175 Personen aus einem Heim in eigene Wohnung, in diesem Jahr waren es 217. Dies geht aus einer Vorlage für die Sitzung der Sozialdeputation am Donnerstag hervor. Zusätzlich habe die Stadt 20 Wohnungen von der Bremischen Wohnungsbaugesellschaft angemietet, vier leer stehende Fertighäuser in Hemelingen hergerichtet und Büroräume umgewandelt. Auch die Nutzung von Schulräumen sei angedacht. Wir versuchen, Zelte wie in anderen Bundesländern zu vermeiden, so Frehe.

All dies reiche aber nicht aus. Deshalb müssen wir gegen unseren Wunsch ein neues Übergangswohnheim einrichten, so der Staatsrat. Der Hintergrund: Die rot-grüne Koalition in Bremen hatte sich eigentlich zum Ziel gesetzt, die gesetzlich vorgeschriebenen Sammelunterkünfte weitgehend abzuschaffen, um die Flüchtlinge besser zu integrieren.

Flüchtlinge statt Easyjetter Migration Sozialbehörde hält an den Plänen fest, in einem geplanten Hostel an der Eduard-Grunow-Straße im Viertel ein Flüchtlingshe....

Aus diesem Grund fiel die Wahl auch auf das vierstöckige Gebäude an der Hochhausmeile nahe der Dobben-Kreuzung. Damit würde erstmals ein Wohnheim mitten in der Stadt und nicht an ihrem Rand liegen. Optimal sei der Standort wegen der fehlenden Nähe zu Kindergärten und Spielplätzen nicht, sagte gestern Robert Bücking, Leiter des Ortsamts Mitte. Wir haben aber keine Alternative. Am 19. November werde der Beirat in einer öffentlichen Sitzung über das Vorhaben beraten. Er gehe davon aus, dass es von AnwohnerInnen viele Fragen geben werde. Vor der Bürgerinitiative Rembertiviertel, die sich gegen eine Methadon-Ausgabestelle und ein Hells-Angels-Clubhaus gewehrt hatte, brauchen sich die Stadtteilpolitiker nicht zu fürchten. Deren Sprecher Wolfgang Budde sagte der taz, dass er keinen Anlass sehe, gegen das Wohnheim zu protestieren. EIB

Wir versuchen, Zelte zu vermeiden

HORST FREHE, STAATSRAT SOZIALES

**Load-Date:** November 6, 2012

---

End of Document

## **Tückische Duldungen; MIGRATION Anwälte von Flüchtlingen registrieren eine verschärfte Abschiebep Praxis. Nächtliche Abhol-Transporte ohne Ankündigung und unvollständige Akten**

taz, die tageszeitung

Freitag 30. August 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** HAMBURG AKTUELL; S. 18

**Length:** 483 words

**Byline:** KAI VON APPEN

**Highlight:** **MIGRATION** Anwälte von **Flüchtlingen** registrieren eine verschärfte Abschiebep Praxis. Nächtliche Abhol-Transporte ohne Ankündigung und unvollständige Akten

### **Body**

---

VON KAI VON APPEN

Die Arbeitsgruppe **Flüchtlings**-Vertretung des Republikanischen Anwaltsvereins (RAV) und der **Flüchtlingsrat** schlagen Alarm: Wir sind besorgt über die Menge an Fällen, bei denen seit dem Frühsommer **Asylbewerber** unter Rechtsverstößen abgeschoben wurden, sagt die RAV-Anwältin Sigrid Töpfer. Es würden Menschen in der Nacht überfallartig abgeholt, Familien getrennt, die Akteneinsicht für Anwälte zensiert, Abschiebungen nicht mehr angekündigt und so der Rechtsweg ausgehebelt. Eine derartige Praxis gab es zuletzt unter dem Schill-Senat.

Unter dem jetzigen SPD-Senat hat es Douglas Toure getroffen. Im Laufe seines Asylverfahrens ist Toure vom Gericht 2012 ein Vormund bestellt worden. Der war all die Jahre nicht in der Lage, sein Verfahren allein zu führen, sagt Töpfer. Im Februar war für Toure, der 19 Jahre in Deutschland lebte, eine neue Aufenthaltserlaubnis beantragt worden, wodurch eine neue Sachlage eingetreten sei.

Dennoch ist Toure am 5. August nachts um drei Uhr geholt und zum Flughafen gebracht worden, ohne dass er seine Anwältin informieren konnte. Diese hatte bereits einen Eilantrag für das Gericht in der Schublade liegen. Mit einer geheimen Abschiebung war nicht zu rechnen, auch die Duldung war noch länger erteilt, sagt Töpfer. Die Duldung enthielt aber den Zusatz: erlischt mit Flugtermin. In Begleitung eines Arztes ist Toure in die Elfenbeinküste gebracht worden, wo er nicht überlebensfähig sei, sagt Töpfer. Diese Art von Duldungen sind rechtswidrig, sagt Töpfer und verweist auf Verwaltungsgerichtsurteile.

Eine ihrer serbischen Roma-Mandantinnen sei nachts um 2.30 Uhr in ihrer Unterkunft aufgesucht und ihr Freund von zwei Beamten auf einem Stuhl festgehalten worden. Die Frau sei mit Psychopharmaka ruhiggestellt, dann seien ihre Medikamente zusammengesucht und sie in ärztlicher Begleitung nach Belgrad abgeschoben worden, bevor Töpfer ein Gericht anrufen konnte. Neu ist für die Anwälte, dass ihre Akteneinsicht beschränkt wird, in dem

Tückische Duldungen MIGRATION Anwälte von Flüchtlingen registrieren eine verschärfte Abschiebepaxis.  
Nächtliche Abhol-Transporte ohne Ankündigung und unvollstä....

Akten weiße Blätter enthalten. So etwas hab ich noch nie erlebt , schimpft Töpfer. Das ist schlicht und ergreifend rechtswidrig.

Kranke auf der Liste

Die Gründe für die verschärfte Gangart möchte die grüne Politikerin Antje Möller nun mit einer Kleinen Anfrage ergründen. Töpfer kann nur vermuten, dass die Ausländerbehörde vor allem die teuren und psychisch kranken Flüchtlinge loswerden möchte; und dass der SPD-Senat um Bürgermeister Olaf Scholz, der ja 2001 in seiner Zeit als Interims-Innensenator den später vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte geächteten Brechmitteleinsatz für schwarze Drogendealer einführte, wieder die Abschiebeverhältnisse der 1990er-Jahre einführen möchte.

Der Sprecher der Ausländerbehörde, Norbert Smekal, versteht die Aufregung nicht. Die Praxis ist unverändert , behauptet Smekal. Duldungen mit auflösenden Bedingungen gebe es schon immer. Sie seien zulässig.

**Load-Date:** August 29, 2013

---

End of Document

**Die Grenzen der Solidarität; HAMBURG Die Gewerkschaft Ver.di machte im Sommer 300 Lampedusa-Flüchtlinge zu Mitgliedern, um ihnen bei ihrem Kampf für ein Bleiberecht zu helfen. Der Schritt wird nicht von allen in der Organisation begrüßt**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 19. Dezember 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 07

**Length:** 697 words

**Byline:** EVA VÖLPEL

**Highlight:** HAMBURG Die Gewerkschaft Ver.di machte im Sommer 300 Lampedusa-**Flüchtlinge** zu Mitgliedern, um ihnen bei ihrem Kampf für ein Bleiberecht zu helfen. Der Schritt wird nicht von allen in der Organisation begrüßt

## Body

---

VON EVA VÖLPEL

BERLIN taz | Es war ein symbolischer Akt der Unterstützung und er sorgt bei Ver.di für Streit. Im Juli 2013 nahm der Ver.di-Landesbezirk Hamburg 300 Lampedusa-**Flüchtlinge** auf, die in der Hansestadt mit einer breiten Unterstützerbewegung für ein kollektives Bleiberecht kämpfen. Peter Bremme, Leiter des Fachbereichs Besondere Dienstleistungen, zeichnete für die Aufnahme verantwortlich. Die Leute sollen hier leben und arbeiten dazu kann eine Gewerkschaft immer etwas beitragen, so Bremme damals in der taz.

Die 300 Kriegsflüchtlinge aus Libyen waren auf der Mittelmeerinsel Lampedusa gestrandet. Italien ließ sie weiter Richtung Norden ziehen. Seit März leben sie in Hamburg und fordern, über Paragraf 23 des Aufenthaltsgesetzes aus humanitären Gründen kollektiv als Flüchtlinge anerkannt zu werden. Die oberste Landesbehörde könnte dies mit Zustimmung des Bundes tun. Doch der Hamburger SPD-Senat unter Olaf Scholz weigert sich.

Bremme und ein Teil der Hamburger Verdianer verstehen die Aufnahme der 300 als Positionierung der Gewerkschaft. Man wolle die Menschen, die in Libyen als Ingenieure, Journalisten, Automechaniker, Bauarbeiter oder Friseure gearbeitet hätten, mit Beschäftigten in einen Dialog bringen, um die Forderungen auf eine breitere Basis zu stellen, heißt es in einer Erklärung. Doch das Vorgehen sorgt für Streit.

Bremme erhielt für die Art und Weise, wie die Aufnahme der Mitglieder ablief, eine arbeitsrechtliche Ermahnung. Die Landesleitung mit Wolfgang Abel an der Spitze beauftragte bei der Bundesverwaltung ein Gutachten mit der Frage, ob die Flüchtlinge aus satzungs- und organisationspolitischen Gründen überhaupt Mitglied werden können. Ergebnis: Eine Aufnahme sei aufgrund der fehlenden Mitgliedschaftsvoraussetzungen soweit erkennbar nicht möglich. Unter anderem heißt es, Flüchtlinge ohne Aufenthaltspapiere seien im Sinne der Satzung keine



Die Grenzen der Solidarität HAMBURG Die Gewerkschaft Ver.di machte im Sommer 300 Lampedusa-Flüchtlinge zu Mitgliedern, um ihnen bei ihrem Kampf für ein Bleibere....

Erwerbslosen die bei Ver.di Mitglied werden können. Der Fall zeigt, wie weit sich Ver.di für eine progressive Flüchtlingspolitik geöffnet hat und wo die umkämpften Grenzen einer solchen Öffnung liegen.

Die Gewerkschaft fordert unter anderem die Legalisierung papierloser Migranten oder setzt sich für die Abschaffung von Abschiebegefängnissen ein. In Hamburg gründete sich aus Ver.di heraus die erste Anlaufstelle für Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus. Bei MigrAr erhalten Papierlose Hilfe, wenn sie um Löhne geprellt wurden. Das Büro ist nicht längst mehr die einzige gewerkschaftliche Initiative dieser oder ähnlicher Art.

Gegen die satzungsrechtliche Antwort regt sich unter ehren- und hauptamtlichen Mitgliedern Kritik. In einem Brief, der am Montag an die Ver.di-Spitze übergeben wurde, sprechen sich rund 550 Unterzeichner für eine Mitgliedschaft unabhängig vom Aufenthaltsstatus aus. Sie kritisieren, dass sich die Definition von Erwerbslosigkeit am Sozialrecht orientiere, so dass Papierlose herausfielen. Und argumentieren, Ver.di dürfe sich nicht entlang restriktiver Migrationsgesetze spalten lassen. Die Möglichkeit der gewerkschaftlichen Mitgliedschaft unabhängig vom aufenthaltsrechtlichen Status ist dafür eine Grundbedingung.

In der Bundesverwaltung sagt auch Ver.di-Sprecher Christoph Schmitz, es geht nicht primär um satzungsrechtliche Fragen. Sondern darum, wie wir auch künftig und in einem breiten Bündnis die Interessen von Flüchtlingen am besten schützen können. Der Bundesvorstand werde den Fall nun grundsätzlich diskutieren, so Schmitz.

Der Konflikt ist ein guter Katalysator, um Fragen zu klären, die bei Ver.di auf dem Tisch liegen. Wir haben einen utopischen Ort in der Organisation aufgemacht, der jetzt Realität werden kann, sagt Bremme. Gegen seine Ermahnung will er klagen.

Landesleiter Wolfgang Abel will die Frage, wie er persönlich zur Aufnahme der Flüchtlinge steht, gegenüber der taz nicht kommentieren. Er betont aber, Ver.di Hamburg bekenne sich ausdrücklich zu den Positionen und Forderungen von Pro Asyl, dem Interkulturellen Rat und dem DGB zur Umsetzung einer humanitären und den Menschenrechten verpflichteten Asyl- und Flüchtlingspolitik.

Der Konflikt ist ein guter Katalysator, um Fragen zu klären

PETER BREMME, VER.DI

**Load-Date:** December 18, 2013

**Wer Geld hat, kann auch flüchten; UMDENKEN Nicht die Hungrigen und Verzweifelten fliehen, sondern die aufstiegsorientierte Mittelschicht in den Entwicklungsländern**

taz, die tageszeitung

Freitag 11. Oktober 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** THEMEN DES TAGES; S. 04

**Length:** 788 words

**Byline:** SILKE MERTINS

**Highlight:** UMDENKEN Nicht die Hungrigen und Verzweifelten fliehen, sondern die aufstiegsorientierte Mittelschicht in den Entwicklungsländern

## Body

---

VON SILKE MERTINS

Die Taucher suchten im Schiffsrumpf vor der italienischen Insel Lampedusa noch nach den Leichen der ertrunkenen **Flüchtlinge**, als Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) bereits eine Lösung für das Drama wusste: mehr Entwicklungshilfe. Die wirtschaftliche Lage in den Herkunftsländern müsse so verbessert werden, dass die Menschen schon keinen Grund haben, ihre Heimat zu verlassen. Auch andere Politiker verschiedener Fraktionen und der scheidende Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel (FDP) brachten die Bedeutung wirtschaftlichen Fortschritts ins Spiel, um zu verhindern, dass das Mittelmeer vor Europas Küste zum Massengrab wird. Klingt ebenso human wie logisch, denn Deutschland gibt ohnehin weniger als die angestrebten 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus.

Tatsächlich aber stammt die Mehrheit der Bootsflüchtlinge aus Ländern, mit denen gar keine Entwicklungszusammenarbeit möglich ist. Die Forderung nach mehr Entwicklungshilfe ist eine Nebelkerze, sagt Günter Burkhardt, Geschäftsführer von Pro **Asyl**. Da wird Stimmung gemacht und suggeriert, dass die **Flüchtlinge** aus wirtschaftlichen Gründen kommen.

Die EU-Grenzschutzagentur Frontex gibt an, dass die 31.000 Menschen, die allein in diesem Jahr über die zentrale Mittelmeerroute gekommen sind, größtenteils aus Eritrea, Somalia und Syrien stammen. Wobei die Syrer bereits in das in Chaos versinkende Ägypten geflohen sind und sich von dort über das Mittelmeer wagen. Somalia und Syrien kommen mangels staatlicher Strukturen und Bürgerkrieg nicht für Entwicklungshilfe infrage. Eritrea ist eine Diktatur, die ebenfalls nicht geeignet ist für wirtschaftliche Zusammenarbeit. (Siehe Texte auf dieser Seite.)

Doch selbst dort, wo Entwicklungshilfe möglich ist, ist der Ansatz wenig erfolgversprechend. Nach Krieg und Gewalt führen eben gerade nicht Hunger und Elend zur Migration nach Europa. Im Jahr 2012 kamen große Gruppen aus

Wer Geld hat, kann auch flüchten UMDENKEN Nicht die Hungrigen und Verzweifelten fliehen, sondern die aufstiegsorientierte Mittelschicht in den Entwicklungsländer....

Tunesien, Algerien und Nigeria auf Lampedusa an Länder, die nicht zu den ärmsten zählen. Die ärmsten Menschen der Welt können gar nicht wandern, sie haben weder die Mittel noch die Kraft, auch nur 50 Kilometer weit zu kommen, sagt Dirk Messner, Direktor des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE) in Bonn. Es ist vor allem die untere Mittelschicht, die emigriert. Ihre Motivation ist eine ganz andere als bei den Ärmsten. Sie wollen ihr Glück woanders suchen, suchen für sich und ihre Kinder eine bessere Zukunft.

Wirtschaftliche Entwicklung wird deshalb sogar dazu führen, dass der Migrationsdruck in die EU zu- und nicht abnimmt. Es lasse sich nicht belegen, dass Entwicklungszusammenarbeit die Zuwanderung verringere, schreibt die Organisation für wirtschaftliche Entwicklung (OECD) 2007 in einer Studie. In vielen Fällen hat steigendes Einkommen die Auswanderung noch beflügelt, heißt es dort.

Zum einen können sich Auswanderungswillige erst dann die Preise der Schlepper leisten, wenn ein gewisses Niveau an Pro-Kopf-Einkommen erreicht ist. Auch dann, wenn sich eine ganze Großfamilie zusammenschließt. Zum anderen bringt wirtschaftliche Entwicklung trotz guter Wachstumsraten viele negative Effekte mit sich. Steigender Wohlstand und Demokratisierung bedeuten oft zunächst Umbruch, große Instabilität und enorme soziale Ungleichheit. All das erhöht den Migrationsdruck, sagt Messner.

Bei einem Pro-Kopf-Einkommen unter 1.500 US-Dollar pro Jahr ist die Auswanderungsrate es sei denn, es besteht ein Konflikt sehr gering. Zwischen 1.500 und 8.000 US-Dollar pro Jahr ist sie dagegen am höchsten, schreibt der Schweizer Thinktank Forum Außenpolitik in einer Studie. Danach nehme die Auswanderung wieder ab. Entsprechend ist der Migrationsdruck in sehr armen Ländern wie Jemen geringer als in vergleichsweise wohlhabenden wie Tunesien. Die Idee, es seien vor allem die ‚Hungrigen und Verzweifelten‘, die auf der Suche nach Arbeit emigrieren, ist weitverbreitet, aber falsch, so die Studie.

Gleichzeitig wird davor gewarnt, die Eindämmung der Migration zum Kriterium der Entwicklungshilfe zu machen. In der Schweiz spielt bei der Festlegung der Länder eine Rolle, ob die dortigen Behörden bereit sind, bei der Eindämmung der Migration zu kooperieren. Eine solche Politik würde dazu führen, dass nicht mehr die ärmsten Regionen im Fokus stehen, sondern die, aus denen die meisten Migranten stammen.

Für die ehemalige Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD) steht deshalb vor allem eine neue europäische Flüchtlingspolitik als Konsequenz aus der Tragödie von Lampedusa im Vordergrund. Es ist eine Schande, dass in den letzten Jahren Tausende von Menschen im Mittelmeer, im militärisch bestüberwachten Meer, unter den Augen der europäischen Öffentlichkeit umgekommen sind.

**Load-Date:** October 10, 2013

## In Durststreik getreten; ASYL Flüchtlinge weiten ihren Hungerstreik aus. Polizei will notfalls eingreifen

taz, die tageszeitung

Dienstag 15. Oktober 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 07

**Length:** 459 words

**Byline:** MARTIN KAUL

**Highlight:** ASYL Flüchtlinge weiten ihren Hungerstreik aus. Polizei will notfalls eingreifen

### Body

---

VON MARTIN KAUL

BERLIN taz Flüchtlinge in Berlin haben am Montag ihren seit Mittwoch andauernden Hungerstreik ausgeweitet. Vor dem Brandenburger Tor erklärten am Montagmittag 28 Flüchtlinge, ab sofort auch kein Wasser mehr trinken zu wollen. Mit dem Durststreik wollen die Flüchtlinge auf ihre rechtliche und soziale Situation in Deutschland aufmerksam machen. Sie fordern eine sofortige Anerkennung ihrer Asylanträge und bessere Lebensbedingungen in den Flüchtlingslagern. Ein Sprecher der Gruppe beklagte, dass sich seit Beginn des Hungerstreiks noch kein Vertreter der Bundesregierung bei den Flüchtlingen nach ihrer Situation erkundigt habe.

Die Hungerstreikenden waren zuvor für ihren Protest aus dem gesamten Bundesgebiet nach Berlin gereist. Sie halten sich seit Mittwoch inmitten von Touristen und Fotoattraktionen vor dem Brandenburger Tor im Freien auf. Weil die Berliner Polizei für ihre Dauerdemonstration den Aufbau von Zelten untersagt hat, schützen sie sich mit Isomatten und Regenschirmen vor Kälte und Nässe. Viele von ihnen hatten sich bereits Ende Juni an einem Hungerstreik in München beteiligt, der bundesweit für Schlagzeilen gesorgt hatte. Nun werden wir bis zum Äußersten gehen, sagte ein Sprecher der Gruppe. Ein Polizeisprecher sagte der taz, die Beamten würden die Protestaktion begleiten und bei einer lebensbedrohlichen Gefährdung der Flüchtlinge auch eingreifen.

Unterdessen forderte der innenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Michael Hartmann, dass Deutschland mehr Flüchtlinge ins Land lässt. Hartmann sagte der taz: Der Anteil der Flüchtlinge in Deutschland muss sich erhöhen. Angesichts der Katastrophe von Lampedusa ist es das Mindeste, dass Deutschland im Rahmen des Resettlement-Programms mit der UNHCR seine Kapazitäten vergrößert. Im Rahmen des Programms vermittelt das Flüchtlingswerk UNHCR anerkannte Flüchtlinge in Aufnahmeländer weltweit. Derzeit werden rund 140.000 Plätze benötigt. Zur Verfügung stehen jedoch nur 80.000. Deutschland stellt dazu ein Kontingent von gerade einmal 300 Plätzen jährlich zur Verfügung.

Hartmann forderte außerdem ein stärkeres finanzielles Engagement des Bundes: Bei der Finanzierung von Flüchtlingsunterkünften darf der Bund die Kommunen nicht allein lassen. Am Wochenende hatte der Präsident des

In Durststreik getreten ASYL Flüchtlinge weiten ihren Hungerstreik aus. Polizei will notfalls eingreifen

Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Manfred Schmidt, vorgeschlagen, gut ausgebildeten Wirtschaftsflüchtlingen eine vereinfachte Einreise zu ermöglichen, um damit auch auf den Fachkräftemangel in Deutschland reagieren zu können.

Das Bundesinnenministerium wies beide Forderungen am Montag zurück. Ein Sprecher sagte der taz, das Ministerium sehe derzeit keinen Bedarf für weitere Kontingentplätze im Rahmen des Resettlement-Programms.

Meinung + Diskussion SEITE 12

**Load-Date:** October 14, 2013

---

End of Document

**Das Ende der Diskretion; MIGRATION Homosexuelle werden nicht mehr mit der Aufforderung abgeschoben, in der Heimat ihre sexuelle Identität zu verstecken. Bleibt ein Problem: ihre Glaubwürdigkeit**

taz, die tageszeitung

Montag 04. Februar 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 07

**Length:** 645 words

**Byline:** PAUL WRUSCH

**Highlight:** **MIGRATION** Homosexuelle werden nicht mehr mit der Aufforderung abgeschoben, in der Heimat ihre sexuelle Identität zu verstecken. Bleibt ein Problem: ihre Glaubwürdigkeit

## Body

---

VON PAUL WRUSCH

Wenn sie mit ihren Neigungen nicht auf offener Straße provozieren würde, könnte sie in ihrem Heimatland ein sicheres Dasein führen. Sie solle einfach auf sexuelle Verfehlungen verzichten. So argumentierte das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF) und sah keinen Grund, weshalb die lesbische Iranerin Samira G. in Deutschland **Asyl** bekommen sollte. Es lehnte ihren Antrag ab.

Im Iran drohen lesbischen Frauen Peitschenhiebe und Tod durch Steinigung. Der Fall Samira G. machte im Frühjahr vergangenen Jahres Schlagzeilen. Die queere Community sammelte 2.000 Unterschriften, schickte einen offenen Brief an den Bundesinnenminister. Die Behörden lenkten ein und erteilten Samira G. eine befristete Aufenthaltsgenehmigung und ein Abschiebeverbot. Durch die mediale Öffentlichkeit sei ihr ein diskretes Leben im Iran nicht mehr möglich. Künftig soll dieser öffentliche Druck nicht mehr nötig sein.

Das BAMF hat eine Kehrtwende vollzogen: Nun soll es Ablehnungsbescheide mit dem Hinweis, die Antragsteller könnten auf die Ausübung ihrer Homosexualität im Heimatland verzichten, nicht mehr geben. Das schreibt das Amt in einem Brief an Volker Beck, menschenrechtspolitischer Sprecher der Grünen im Bundestag: Einem Antragsteller ist es grundsätzlich nicht zumutbar, gefahrenträchtige Verhaltensweisen zu vermeiden, um einer Verfolgung auszuweichen, die ihm andernfalls, zum Beispiel wegen seiner sexuellen Ausrichtung, drohen würden. Das Amt bestätigt der taz, dass kein Verweis auf gefahrvermeidendes, diskretes Verhalten mehr erfolgt. Die Behörde begründet den Sinneswandel mit einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom September 2012.

Demnach kann von Asylbewerbern, die in ihrem Heimatland einer religiösen Minderheit angehören und deshalb verfolgt werden, künftig nicht mehr verlangt werden, ihren Glauben in der Heimat im Stillen auszuleben. Diese Argumentation wurde auf die sexuelle Identität von Asylbewerbern übertragen. Volker Beck begrüßt es, dass das

Das Ende der Diskretion MIGRATION Homosexuelle werden nicht mehr mit der Aufforderung abgeschoben, in der Heimat ihre sexuelle Identität zu verstecken. Bleibt e....

BAMF von seiner menschenentwürdigenden Praxis abrückt. Es dürfe von niemandem verlangt werden, seinen politische Überzeugung, seinen Glauben oder seine sexuelle Identität zu verleugnen, um Verfolgung oder der Todesstrafe auszuweichen. In Zukunft dürfen Schwule und Lesben nicht mehr in Länder abgeschoben werden, in denen Homosexualität unter Strafe steht. Auch der Berliner Rechtsanwalt Dirk Siegfried, der viele Fälle betreut, sieht Fortschritte. Es bleibe aber das Problem der angeblichen Unglaubwürdigkeit. Dabei ist meine Erfahrung: wenn jemand aus den entsprechenden Ländern kommt und sagt ich bin lesbisch oder ich bin schwul, dann stimmt das auch.

Oft erwarten die Betroffenen bei Anhörungen von ihrem Gegenüber, etwa den Dolmetschern, eine homophobe Grundhaltung und trauen sich nicht, über ihre sexuelle Identität zu sprechen, sagt Anwältin Gisela Seidler, die Samira G. vertreten hat. Sie offenbarten sich oft erst, wenn sie selbst Deutsch sprechen. In den Augen vieler Sachbearbeiter und Richter sei dies ein Zeichen der Unglaubwürdigkeit. Die Betroffenen würden zudem oft gar nicht selbst gehört.

Genaue Zahlen zu Asylbewerbern, die Homosexualität als Grund für den Antrag angeben, gibt es nicht. Pro Asyl schätzt, dass es sich um wenige hundert Fälle im Jahr handelt. Aus dem Schreiben des BAMF geht hervor, dass in den vergangenen drei Jahren 108 Menschen aus Uganda Asyl beantragt haben, wobei nahezu alle männlichen Antragsteller und auch ein deutlicher Anteil der Frauen Verfolgung aufgrund von Homosexualität angaben. Obwohl der Behörde bewusst ist, dass es für Homosexuelle in dem Land zu schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen kommen kann, wurden nur zwei Asylanträge bewilligt, das Gros wurde wegen mangelnder Glaubwürdigkeit zurückgewiesen.

Meinung + Diskussion SEITE 12

108 Ugander haben Asyl wegen Homosexualität beantragt zwei kamen durch

**Load-Date:** February 3, 2013

## Kein Deutsch für "Geduldete"; FLÜCHTLINGE Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bezahlt Deutschkurse nur bei einem "gesicherten Aufenthaltsstatus". Für "Geduldete" gibt es daher kaum Angebote

taz, die tageszeitung

Mittwoch 20. Juni 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BREMEN AKTUELL; S. 20

**Length:** 612 words

**Byline:** SIMONE SCHNASE

**Highlight:** **FLÜCHTLINGE** Das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** bezahlt Deutschkurse nur bei einem gesicherten Aufenthaltsstatus. Für Geduldete gibt es daher kaum Angebote

### Body

---

VON SIMONE SCHNASE

Die Bremer Volkshochschule (VHS) hat den heutigen Weltflüchtlingstag zum Anlass genommen, zwei Kursangebote vorzustellen, die **Flüchtlingen** ohne gesicherten Aufenthaltsstatus ermöglicht, kostenlos Deutsch zu lernen.

Hadad und Mahir gehören zu den 37 Menschen, die das Angebot nutzen. Sie wollen ihre echten Namen nicht nennen, weil sie ihre Angehörigen in Syrien schützen wollen. Ich habe sogar hier Angst vorm Geheimdienst, sagt der 42-jährige Kurde Hadad, der mit seiner Frau und seinen drei Kindern vor vier Monaten aus Aleppo in einer mehrtägigen Odyssee auf der Ladefläche eines Lkw über die Türkei nach Deutschland geflohen ist. Der 37-jährige Mahir hatte keine Zeit mehr, seine Familie mitzunehmen. Er musste im Juli 2011 Hals über Kopf aus Damaskus in die Türkei fliehen. Im Februar fand er einen Schleuser, der ihn nach Deutschland brachte: Wer in Syrien von Sicherheitskräften verfolgt wird, hat nur die Wahl zwischen dem Tod oder der Flucht.

Beide gehören zu den insgesamt rund 1.600 Geduldeten in Bremen. Sie dürfen mindestens ein Jahr lang nicht in Deutschland arbeiten und eigentlich auch kein Deutsch lernen, zumindest dann nicht, wenn sie die Kurse nicht bezahlen können und das können die wenigsten mit den Leistungen, die nach dem Asylbewerberleistungsgesetz gezahlt werden: Mahir bekommt seit zwei Monaten 180 Euro im Monat, vorher waren es dreißig. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zahlt Deutschkurse nur für diejenigen, deren Aufenthaltsstatus gesichert ist.

Bei den VHS-Kursen, die seit 2011 angeboten werden, ist die Sozialsenatorin eingesprungen. Das ist ein positives Zeichen, sagt Marc Millies vom Bremer Flüchtlingsrat, aber das Angebot erreicht zu wenig Menschen und ist nicht auf unterschiedliche Bildungshorizonte zugeschnitten.



Kein Deutsch für "Geduldete" FLÜCHTLINGE Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bezahlt Deutschkurse nur bei einem "gesicherten Aufenthaltsstatus". Für "Ge....

Genauso wie alle anderen VHS-Sprachkurse folgt es dem Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen (GERR) für Sprachen, der in Kompetenzstufen eingeteilt ist. Die Flüchtlinge können Deutsch in den Stufen A1 und A2 erwerben. Das bedeutet laut GERR elementare Sprachverwendung. Selbstständige oder gar kompetente Sprachverwendung können an der VHS nur diejenigen erwerben, die dafür 25 Euro pro Semester aus eigener Tasche zahlen.

Der AStA bietet kostenlose Deutschkurse bis zur Kompetenzstufe C1 an, sagt Marc Millies, und auch das Paritätische Bildungswerk gibt Kurse für Flüchtlinge ohne gesicherten Aufenthaltsstatus. Während die AStA-Kurse grundsätzlich jedem zugänglich sind, unterrichtet das Paritätische Bildungswerk im Rahmen des Projekts Ahoi allerdings nur solche Geduldeten, die bereits einen Zugang zum Arbeitsmarkt haben. Ahoi ist Teil des Bremen und Bremerhavener Integrationsnetzes (bin), das wiederum zum Nationalen Integrationsplan der Bundesregierung gehört und durch das Bundessozialministerium sowie den Europäischen Sozialfonds gefördert wird.

Auch beim Deutschkurs im Kulturzentrum Lagerhaus müssen die Flüchtlinge mindestens einen nachrangigen Zugang zum Arbeitsmarkt haben, also das Recht auf einen Praktikums- oder Ausbildungsplatz. Einen kleinen Teil unserer Arbeit, sagt Gabriele Darias vom Lagerhaus, bekommen wir von der Sozialsenatorin finanziert. Damit, sagt sie, könnten zwar nicht die DozentInnen bezahlt werden, aber zumindest die kleinen, laufenden Unkosten für ein halbes Jahr. Die sechs Kurse, in denen man Deutsch bis zur Kompetenzstufe C1 lernen kann, würden hauptsächlich durch die Teilnehmer mitfinanziert, die Mittel vom BAMF bekämen. Menschen wie Hadad und Mahir sind davon noch Jahre entfernt.

Wer in Syrien verfolgt wird, hat nur die Wahl zwischen dem Tod oder der Flucht

Mahir, Deutsch-Schüler an der VHS

**Load-Date:** June 19, 2012

## **Schnell und gnadenlos; JUSTIZ Eine Amtsrichterin diffamiert Flüchtlinge pauschal als "Asyltouristen"**

taz, die tageszeitung

Freitag 12. Juli 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLINER THEMA; S. 23

**Length:** 465 words

**Byline:** SEBASTIAN ERB

**Highlight:** JUSTIZ Eine Amtsrichterin diffamiert Flüchtlinge pauschal als Asyltouristen

### **Body**

---

Die Verhandlungen setzt sie im Viertelstundentakt an. Manchmal wird die Zeit noch nicht einmal ausgeschöpft, bis die Asylbewerber im Schnellverfahren verurteilt sind, oft zu einer einmonatigen Haftstrafe. Wegen illegaler Einreise nach Paragraf 95 Aufenthaltsgesetz.

Für Heidemarie P., Richterin am Amtsgericht Eisenhüttenstadt, sind es Asyltouristen aus einem Heer von Illegalen, die ihren Lebensunterhalt in der Regel durch Straftaten sichern. In den Ballungsgebieten, wo sich die Flüchtlinge aufhielten, komme es immer mehr zu Spannungen, die sich in der Regel durch weitere Straftaten entladen. Mehrere ähnliche Urteile aus dem Jahr 2012 liegen der taz vor.

Rabiat und giftig

Das ARD-Magazin Report Mainz hatte in der vergangenen Woche über die Richterin und ihren Verhandlungsstil berichtet (laut, rabiat und vor allem giftig). Der Flüchtlingsrat Brandenburg kritisierte die Urteile der Richterin schon länger als rassistisch: Es spreche dem Menschenrecht auf Asyl Hohn, wenn Flüchtlinge, ohne dass ihr individuelles Schicksal wahrgenommen wird, wegen ihres Schutzgesuches als Asyltouristen kriminalisiert werden, heißt es in einer Stellungnahme vom April.

Laut Anwalt Volker Gerloff, der mehrfach Flüchtlinge vertreten hat, ist es der Richterin ein Anliegen, in einer Art richterlichem nationalem Widerstand, den erkannten vermeintlichen Missständen auf dem Gebiet der Migrationspolitik dringend durch die Verhängung einer kurzen Freiheitsstrafe begegnen zu müssen. Als er diese Formulierung in einem Berufungsantrag benutzte, stellte der ehemalige Präsident des Landgerichts Frankfurt (Oder) Strafantrag wegen Beleidigung gegen ihn. Der wurde später fallen gelassen.

Die Staatsanwaltschaft Frankfurt prüft nun, ob sie Ermittlungen wegen Rechtsbeugung gegen die Richterin aufnimmt. Man habe nach dem Fernsehbericht von sich aus diesen Schritt unternommen, sagte ein Sprecher. Zudem seien auch zwei Anzeigen eingegangen. Sie hätten nun per Computerabfrage eine Liste mit Urteilen der Richterin erstellt und würden diese nun bald anfordern und prüfen.

## Schnell und gnadenlos JUSTIZ Eine Amtsrichterin diffamiert Flüchtlinge pauschal als "Asyltouristen"

Wegen Rechtsbeugung nach § 339 Strafgesetzbuch kann ein Richter verurteilt werden, welcher sich bei der Leitung oder Entscheidung einer Rechtssache zugunsten oder zum Nachteil einer Partei einer Beugung des Rechts schuldig macht . Strafmaß: Ein bis fünf Jahre Haft.

Unklar ist, ob die Richterin Urteile gefällt hat, nachdem die Vorwürfe gegen sie öffentlich wurden. Mehrere Termine waren angesetzt. Anwalt Gerloff berichtet davon, dass einer abgesagt wurde, weil sich die Richterin für befangen erklärte. Beim Amtsgericht Eisenhüttenstadt war niemand für eine Stellungnahme zu erreichen. Generalstaatsanwaltschaft und Justizministerium wollen zunächst mögliche Ermittlungen der Staatsanwaltschaft abwarten. SEBASTIAN ERB

**Load-Date:** July 11, 2013

---

End of Document

**Hauptsache, die Festung wird gehalten; DOKUMENTAR-THEATER "Frontex Security" ist textlastiger Frontalunterricht in Sachen europäische Grenzsicherung. Hans-Werner Kroesinger entlarvt im HAU den Zynismus einer mächtigen Institution und ihrer Sprache**

taz, die tageszeitung

Montag 16. Dezember 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** KULTUR; S. 24

**Length:** 769 words

**Byline:** KATRIN BETTINA MÜLLER

**Highlight:** DOKUMENTAR-THEATER Frontex Security ist textlastiger Frontalunterricht in Sachen europäische Grenzsicherung. Hans-Werner Kroesinger entlarvt im HAU den Zynismus einer mächtigen Institution und ihrer Sprache

## Body

---

VON KATRIN BETTINA MÜLLER

Nein, eine Jingle-Melodie taucht nicht auf in Hans-Werner Kroesingers Inszenierung Frontex Security . Doch sonst ist alles vorhanden, um der Agentur zum Schutz von Europas Außengrenzen das glatte Gesicht eines äußerst servilen Dienstleistungsunternehmens zu verleihen. Bilder von Schiffbrüchigen, von Abgeschobenen, von **Asylsuchenden** sieht man nicht in dieser Präsentation auf der Theaterbühne. Stattdessen verfolgt der Text die vielen Verästelungen einer wachsenden Branche, die doch nur ausführt, was die Politik verlangt , so ein Refrain in den Selbstaussagen von Frontex-Leitern und Verwaltungsräten. Und ganz nebenbei gut mit den Entwicklern von Drohnen, Satelliten und Hubschraubern zusammenarbeitet und sich als Avantgarde der technischen Entwicklung inszeniert.

Kein anderes Medium und keine pädagogische Anstalt traut sich heute noch, so einen textlastigen Frontalunterricht zu geben wie der Regisseur Hans-Werner Kroesinger. Es ist ein Bombardement mit Informationen, die seine vier Schauspieler in etwas mehr als zwei Stunden auf das Publikum niederprasseln lassen. Aber es ist auch ein kleinteiliges Abtasten der Sprache einer Institution, die sich mithilfe der Sprache von den Menschen, über deren Leben sie entscheidet, distanziert.

Die Selbstdarstellung von Frontex, zusammengeschnitten etwa aus Interviews mit Ilka Latinen, ihrem Leiter, wird durchsetzt mit einer Chronologie der Veränderungen der rechtlichen Struktur. Viele kleine Stellschrauben wurden seit den 90er Jahren gedreht, um aus Migranten illegale Flüchtlinge zu machen, die den Boden, auf dem ein Recht sie schützen würde, möglichst gar nicht erst erreichen sollen. Es ist ein komplexes Werk der Verlagerung von Zuständigkeiten und Verantwortung, um einerseits das Asylrecht zwar nicht auszuhebeln, aber gar nicht erst zur

Hauptsache, die Festung wird gehalten DOKUMENTAR-THEATER "Frontex Security" ist textlastiger Frontalunterricht in Sachen europäische Grenzsicherung. Hans-Werner....

Anwendung kommen zu lassen, und andererseits an den Außengrenzen Europas Frontex die Macht der Definition darüber zu erteilen, wer ein unbescholtener Reisender und wer illegal ist.

Eine Europa-Flagge mit gelben Sternen auf blauem Grund hängt im Hintergrund der Schreibtisch-Täter. Gelegentlich heftet einer der vier um Effizienz besorgten Mitarbeiter den einen oder anderen neuen Stern an für jene Länder, die der EU beitreten können, sofern sie denn ihrerseits helfen, Europas Außengrenze dicht zu halten. Aus dem Nebeneinander der Sterne wird plötzlich ein scharfkantiges Ineinandergreifen mechanischer Glieder; ein Kettenschluss, der zermalmt, was hindurch will.

Das ist zwar nur ein symbolisches Bild, das nebenbei entsteht. Aber gerade in diesem Nebenbei liegt etwas von der Logik, die Frontex Security auf der Bühne offen legt. All die Ertrunkenen, die auf dem Weg nach Europa Untergegangenen, oft mangels Hilfeleistung, werden zu einem Nebenbei in der Logik von Frontex. Gegen Hunderte, die umgekommen sind, setzt die Agentur eine Zahl von Tausenden, die sie gerettet haben will. Wo und wie, erklärt sie nicht.

Kroesinger kommentiert nicht, er sampelt das Material der beteiligten Institutionen, er schneidet aus den Bergen juristischer Regelungen kleine Schnipsel heraus. Und doch würde man kein Aktenstudium solange ohne Unterbrechung aushalten, wie man diesen Mitteilungen hier zuhören kann.

Für den zweiten Teil des Stücks wechselt das Publikum den Ort und das Stück die Perspektive. Man sitzt nun näher an der Spielfläche, die jetzt die Insel Lampedusa darstellt, die sich zunächst als Touristenziel empfiehlt. Es ist ein zynisches Spiel, wenn in der Sprache der Touristenwerbung dann die Aufnahmelager für die auf der Insel gestrandeten Migranten beschrieben werden. Man lernt die Bürgermeisterin von Lampedusa kennen, heftig und wütend kritisiert sie die europäische Flüchtlingspolitik. Und macht den interessantesten Vorschlag des Abends: Ließe man diese Migranten ein und arbeiten und Geld nach Hause schicken, wäre das die beste Hilfe zur Selbsthilfe, die sie sich denken kann.

Natürlich bräuchte es dazu auch Geld. Aber tatsächlich hat man im Laufe des Abends öfters davon gehört: etwa von dem auf über hundert Millionen Euro gewachsenen Etat von Frontex oder von den Mitteln zur militärischen Aufrüstung der italienischen Marine, um den Mittelmeerraum zu kontrollieren. So lässt die Inszenierung wenigstens den Gedanken aufblitzen, eine andere Politik wäre möglich. Und das ist dann doch viel angesichts der wiederholten Behauptungen zuvor, dass alles, was Frontex tut, unumgänglich und notwendig sei.

Frontex-Security vom 18. 21. 12. um 20 Uhr im HAU1

Viele kleine Stellschrauben wurden seit den 90er Jahren gedreht, um aus Migranten illegale Flüchtlinge zu machen

**Load-Date:** December 15, 2013

**Die große Flüchtlingslotterie; KRIEGSFLUCHT Die einen werden per Handschlag willkommen geheißen, die anderen zurückgeschoben: Syrien-Flüchtlinge zwischen Kontingent, Asyl-Verfahren und Dublin II**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 25. September 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 22

**Length:** 574 words

**Byline:** ESTHER GEISSLINGER

**Highlight:** KRIEGSFLUCHT Die einen werden per Handschlag willkommen geheißen, die anderen zurückgeschoben: Syrien-**Flüchtlinge** zwischen Kontingent, **Asyl**-Verfahren und Dublin II

## Body

---

VON ESTHER GEISSLINGER

Mit Handschlag und freundlichen Worten begrüßte Innenminister Andreas Breitner (SPD) die dreiköpfige Familie aus Syrien, die am Dienstag in Kiel eintraf. Sie sind die ersten Bürgerkriegsflüchtlinge, die über das Sonderkontingent von bundesweit 5.000 Personen nach Schleswig-Holstein einreisen durften. Während die einen angekommen sind, geht für andere die Flucht weiter: 75 der 85 SyrerInnen, die am Wochenende in einem Bus kurz vor der Grenze nach Dänemark aufgegriffen wurden, sind aus der Unterkunft in Neumünster verschwunden.

Offenbar hatten die Frauen, Kinder und Männer das eingezäunte, aber nicht abgesperrte Kasernen-Gelände in Neumünster verlassen. Wir sind keine geschlossene Anstalt, die Bewohner können sich frei bewegen, sagte der Leiter der Zentralen Aufnahmestelle des Landes, Ulf Döhring, auf Medienanfragen. Es wäre ein Verstoß gegen Grundrechte, wenn wir sie einknasten würden. Erst am Montag fiel auf, dass nur noch wenige der Neuzugänge da waren. Die Bundespolizei wurde benachrichtigt, Sonderkontrollen an den Grenzen sollte es aber nicht geben. Vermutlich sind die Flüchtlinge längst nach Skandinavien weitergereist, wohin sie offenkundig wollten. Dass Transit-Flüchtlinge aus dem Erstaufnahmelager verschwinden, kommt häufig vor, ungewöhnlich an diesem Fall ist nur die Größe der Gruppe. Laut Auskunft der Bundespolizei gehe es vor allem darum, illegale Schleuser-Aktivitäten zu verhindern. Im Doppeldeckerbus, mit dem die Gruppe unterwegs war, wurde einiges Bargeld gefunden, die Busfahrer wurden verhaftet.

Normalerweise bleiben aufgegriffene Flüchtlinge freiwillig, schließlich hoffen sie auf Asyl und sind bereit, mit den Behörden zusammenzuarbeiten. Angesichts der zurzeit großen Zahlen von Flüchtlingen, die aus Syrien, aber auch aus anderen Teilen der Welt nach Deutschland und in den Norden strömen, dauern die Verfahren oft lange.

Die große Flüchtlingslotterie KRIEGSFLUCHT Die einen werden per Handschlag willkommen geheißen, die anderen zurückgeschoben: Syrien-Flüchtlinge zwischen Konting....

Die Chancen auf einen positiven Abschluss sind so gut wie aussichtslos, wenn es in einem anderen EU-Land bereits einen Aufnahmeantrag gibt. Nach der sogenannten Dublin-II-Verordnung ist nur dieses erste Land zuständig, aus anderen Regionen Europas werden Flüchtlinge ohne weitere Prüfung ihrer Asylgründe zurückgeschoben ein Verfahren, mit dem die Länder im geografischen Inneren der EU den Großteil der Migrantenströme zurück an die Ränder leiten können. Pro Asyl spricht von einem Verschiebebahnhof , in dem es am Ende einer Lotterie gleichkommt, ob die Flüchtlinge die Chance haben, ihre Geschichte zu erzählen.

Erfolgreich haben das die Menschen getan, die ins deutsche Sonder-Kontingent aufgenommen wurden. Dafür müssen sich Syrien-Flüchtlinge, die in Zwischenlagern im Libanon oder in Jordanien sitzen, beim UN-Flüchtlingswerk bewerben. Familien, Frauen in prekärer Lage und Kranke haben Vorrang, deutsche Sprachkenntnisse und die Bereitschaft, den eigenen Lebensunterhalt zu bestreiten , können helfen. Das Programm sei angesichts von Millionen Flüchtlingen nur eine Geste: 5.000 Menschen verlassen das Bürgerkriegsland zurzeit täglich, heißt es in einer Erklärung der Flüchtlingsräte und Pro Asyl.

Auch Innenminister Andreas Breitner sieht diesen Zwiespalt. Das Asylrecht führe zu absurden Situationen , sagte er. Millionen Flüchtlinge sind in Jordanien, und Deutschland kommt mit einem 5000er-Kontingent ich finde das der Lage in Syrien unangemessen.

Wir sind keine geschlossene Anstalt

ULF DÖHRING, Leiter der Zentralen Aufnahmestelle

**Load-Date:** September 24, 2013

**Grausame Lotterie Asyl; SCHUTZ Die Behandlung von Flüchtlingen innerhalb Europas ist extrem unterschiedlich, wie das Beispiel einer Familie aus Syrien zeigt. Die EU-Innenkommissarin will das ändern**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 05. Dezember 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** THEMEN DES TAGES; S. 04

**Length:** 974 words

**Byline:** CHRISTIAN JAKOB

**Highlight:** SCHUTZ Die Behandlung von **Flüchtlingen** innerhalb Europas ist extrem unterschiedlich, wie das Beispiel einer Familie aus Syrien zeigt. Die EU-Innenkommissarin will das ändern

## Body

---

AUS BRÜSSEL CHRISTIAN JAKOB

Beim ersten Mal verlor Berevan Yousef Al-Haji ihr Kind. Nachdem der Geheimdienst ihren Mann Ali Majid, ein Mitglied der oppositionellen Kurdenpartei, verhaftet hatte, kamen Polizisten in das Haus der Familie im syrischen Grenzort Ras al-Ain. Mit Waffen bedrohten sie die schwangere Frau und sagten, dass sie Ali getötet hätten. Tatsächlich lebte der, doch als er nach acht Wochen freigelassen wurde, war sein Körper entstellt von den Stromschlägen, mit denen er gefoltert wurde.

Als Ali sich auch später weigerte, für Assads Geheimdienst zu spionieren, kamen die Polizisten zurück. Wieder verwüsteten sie das Haus, wieder nahmen sie Ali mit, wieder folterten sie ihn. Dann hielt die Familie es nicht mehr aus. Mit den vier Kindern im Alter von eins bis sieben flohen sie Ende 2010 über Algerien nach Rom.

Dort nahm die Polizei ihre Fingerabdrücke auf und sperrte sie ein. Nach einigen Tagen wurde die Familie auf die Straße gesetzt, mit nichts weiter als einem Papier, auf dem stand, dass sie Italien in vier Wochen zu verlassen haben. Eine Woche lebten sie auf der Straße, dann holte ein Verwandter sie ab.

Heute sitzen die Majids im Flüchtlingsheim im bayerischen Immenstadt. Ein Psychologe hat die Mutter für krank erklärt, das Landratsamt Ostallgäu will die Familie dennoch abschieben nach Italien. Denn gemäß der Dublin II - Verordnung der EU (siehe Text unten) können die Majids nur dort einen Asylantrag stellen, weil sie dort in das Schengen-Gebiet eingereist sind.

Doch in Italien stünden sie vor dem Nichts: Die große Mehrheit der Asylsuchenden muss in Italien ohne Obdach und ohne gesicherten Zugang zu Nahrung, Wasser und Elektrizität leben. Auch die Gesundheitsversorgung ist nicht ausreichend sichergestellt, urteilte am 2. Juli das Verwaltungsgericht Stuttgart im Fall einer anderen



## Grausame Lotterie Asyl SCHUTZ Die Behandlung von Flüchtlingen innerhalb Europas ist extrem unterschiedlich, wie das Beispiel einer Familie aus Syrien zeigt. Die....

syrischen Familie. Wehren können die Majids sich trotzdem nicht: Widersprüche gegen die sogenannten Dublin-Abschiebungen haben keine aufschiebende Wirkungen. Abgeschoben wird sofort, verhandelt wird später.

Glaubt man der EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström, dann sollen Geschichten wie die der Majids künftig der Vergangenheit angehören. In der letzten Woche präsentierte Malmström in Brüssel das Ergebnis der jahrelangen Verhandlungen zum Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (GEAS). Das System der Vergangenheit war wie eine grausame Lotterie für die Flüchtlinge, sagte Malmström ihre Behandlung innerhalb Europas ist extrem unterschiedlich, je nachdem, wo sie landen. Während die Außengrenzen-Staaten wie Griechenland, Zypern, Malta, Ungarn oder Italien Flüchtlinge erst in Internierungslagern einsperren, um sie dann meist sich selbst zu überlassen, gewähren viele Staaten Zentral- und Nordeuropas relative Freiheit und Versorgung. Und während Frankreich letztes Jahr nur jeden zehnten Asylantrag anerkannt hat, waren es in den Niederlanden fast die Hälfte.

Zehn EU-Länder nehmen 90 Prozent der Flüchtlinge auf. 17 Länder könnten also mehr tun, sagt Malmström. Im Stockholmer Programm von 2008 hatte die EU sich deshalb auf das zentrale Ziel verpflichtet, ihr Asylsystem bis Ende 2012 zu harmonisieren. Unser Ziel war: Schutz zu würdevollen Bedingungen. Denn trotz der Krise sind wir noch immer eine der wohlhabendsten Regionen der Welt, sagt Malmström.

Die GEAS-Verhandlungen stehen nun kurz vor dem Abschluss. Am Donnerstag beraten die EU-Innenminister in Brüssel über das GEAS, wenn Parlament, Kommission und Rat sich wie geplant noch vor Weihnachten auf das Paket einigen, sei dies ein historischer Schritt, sagt Malmström. Sie verweist auf bessere Rechte für Schwangere, Kranke und unbegleitete Minderjährige, auf leichteren Zugang zum Arbeitsmarkt und Mindeststandards für Sozialleistungen und Wohnungen. Das in Malta ansässige European Asylum Support Office soll künftig EU-weit Entscheider trainieren, damit Prozedere und Anerkennungspraxis vergleichbar werden und um die Qualität der Entscheidungen zu erhöhen. Ländern wie Italien und Griechenland soll mit Know-how und Geld geholfen werden, annehmbare Lebensbedingungen für Asylsuchende zu schaffen.

In den kommenden zehn Jahren werde alles besser, sagt Malmström, mehr Länder werden die Infrastruktur haben, um Schutz zu bieten, und irgendwann werden nicht mehr einige Länder sehr viel beliebter sein bei Flüchtlingen als andere.

Das muss bezweifelt werden. Denn die Kommission, die zu Beginn der Verhandlungen sehr weitreichende Verbesserungen vorgeschlagen hat, konnte nur wenig davon gegen Großbritannien, Frankreich und Deutschland durchsetzen. Kaum irgendwo ist die Neigung der Mitgliedstaaten so groß, ihre Souveränität gegen Brüssel zu behaupten, wie bei der Migration. Die Punkte, an denen das EU-Asylsystem krankt, tastet der Kompromiss deshalb nicht an: Auch künftig wird es kein Verfahren geben, das Flüchtlinge halbwegs gerecht über Europa verteilt, statt sie in den ärmeren Außengrenzen-Staaten zu ballen. Auch künftig wird es keine Möglichkeit des legalen Zugangs zum EU-Territorium und kein Verbot geben, Flüchtlinge einzusperren, die keine Straftat begehen.

Mit allem, was als Pull-Faktor gilt, also Flüchtlinge anziehen könnte, kamen wir bei den Mitgliedstaaten nicht durch, sagt ein Brüsseler Diplomat dazu. Hinzu kommt, dass die Problemländer in Südeuropa kein Geld haben, um die verbesserten Standards zur Unterbringung und Versorgung einzulösen die künftig vorgesehenen Zuschüsse aus Brüssel dürften dies kaum ausgleichen.

Das neue System geht nicht weiter als das, was es bisher gab, sagt auch Elisabeth Colett, die Direktorin des Europäischen Instituts für Migrationspolitik. Bei den Verhandlungen ging es nicht um die Bedürfnisse der Flüchtlinge, sondern darum, die Asyl-Zahlen zu drücken.

Zehn EU-Länder nehmen 90 Prozent der Flüchtlinge auf. 17 Länder könnten also mehr tun

CECILIA MALMSTRÖM, EU-KOMMISSARIN

Grausame Lotterie Asyl SCHUTZ Die Behandlung von Flüchtlingen innerhalb Europas ist extrem unterschiedlich, wie das Beispiel einer Familie aus Syrien zeigt. Die....

---

End of Document

## IN ALLER KÜRZE

taz, die tageszeitung

Dienstag 24. April 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BREMEN AKTUELL; S. 24

**Length:** 221 words

### **Body**

---

CDU für Flüchtlinge

Flüchtlingen ein menschenwürdigeres Leben ermöglichen wollen die Fraktionen von SPD und Grünen. In einem Antrag an die Stadtbürgerschaft fordern sie heute den Senat dazu auf, Flüchtlinge zukünftig nicht mehr in Wohnheimen, sondern in Wohnungen unterzubringen. Die CDU stellte gestern einen eigenen Antrag, in dem sie das Problem anerkennt, aber bezweifelt, dass es genügend Wohnraum gibt. Außerdem sorgt sie sich um die Gewährleistung der gleichbleibenden Erreichbarkeit von in Wohnungen lebenden Flüchtlingen im Rahmen des Asylverfahrens.

CDA gegen Betreuungsgeld

Der Bremer CDA-Landesvorstand fordert die Bundesregierung auf, die Kinderbetreuung auszubauen und stattdessen vom geplanten Betreuungsgeld Abstand zu nehmen. Denn: insbesondere für Familien mit Migrationshintergrund setze dies falsche Anreize, die staatliche Betreuung nicht in Anspruch zu nehmen. Dies wiederum erschwere die Integration junger Menschen.

Kurve in der Bürgerschaft

Die Stadtbürgerschaft debattiert in ihrer heutigen Sitzung den Verkauf des Grundstückes für die Oldenburger Kurve. Der Beirat Mitte beantragt, diesen solange abzulehnen, bis die Deutsche Bahn für ausreichenden Lärmschutz in den anliegenden Wohngebieten Walle, Mitte und Findorff sorgt. Der Beirat Mitte hatte den Verkauf an die Bahn bereits zwei Mal abgelehnt. (taz)

**Load-Date:** April 23, 2012

## Spielräume im Asylverfahren; RECHT Unter welchen Umständen könnten Flüchtlinge das Recht bekommen, in Deutschland zu bleiben? Einige Beispiele

taz, die tageszeitung

Montag 21. Oktober 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AKTUELLES; S. 02

**Length:** 436 words

**Byline:** CHRISTIAN JAKOB

**Highlight:** RECHT Unter welchen Umständen könnten Flüchtlinge das Recht bekommen, in Deutschland zu bleiben? Einige Beispiele

### Body

---

BERLIN taz Die streikenden Flüchtlinge verlangten die Anerkennung ihrer Asylanträge und zwar für alle Streikenden zusammen. Das Bundesamt für Flucht und Migration (BAMF) lehnte dies ab. Denn tatsächlich ist eine kollektive Asylerteilung für ganze Gruppen rechtlich ausgeschlossen.

Trotzdem bietet das geltende Asyl- und Ausländerrecht aber sowohl dem Bundesamt als auch den Innenministerien des Bundes und der Länder durchaus Spielräume, um den Flüchtlingen entgegenzukommen. Wie diese aussehen, hängt entscheidend vom bisherigen Ablauf ihres Asylantrags ab.

Am leichtesten ist es bei der Gruppe, über deren Antrag das BAMF noch keine Entscheidung getroffen hat. So weit bekannt, gilt dies für 12 der 29 streikenden Flüchtlinge.

Zunächst wird geprüft, ob die Anerkennung als politischer Flüchtling im Sinne des Artikels 16a des Grundgesetzes oder der Genfer Flüchtlingskonvention möglich ist. Dies kann etwa der Fall sein, weil sie als Oppositionelle Angehörige einer politischen oder religiösen Minderheit sind oder wegen ihrer sexuellen Orientierung verfolgt werden. Nur 602 von über 55.000 Asyl-Entscheidungen des BAMF in diesem Jahr gingen so aus.

Ist das nicht der Fall, wird geprüft, ob ihnen aus humanitären Gründen sogenannter subsidiärer, behelfsmäßiger, Schutz gewährt wird. Den kann bekommen, wem bei einer Abschiebung menschenunwürdige Behandlung droht oder Gefahr für Leib und Leben auch durch eine schwere Krankheit droht. So ging es 2013 etwa 14.000 von 55.000 Antragstellern.

Trifft nach Meinung des BAMF nichts hiervon zu, werden die Anträge abgelehnt, so wie bei den übrigen 17 Streikenden. Dann kann das Bundesamt von sich aus erneut prüfen, wenn sich etwa die Lage im Heimatland des Flüchtlings verändert.

Spielräume im Asylverfahren RECHT Unter welchen Umständen könnten Flüchtlinge das Recht bekommen, in Deutschland zu bleiben? Einige Beispiele

Gegen eine Ablehnung kann er vor Verwaltungsgerichten klagen und etwa feststellen lassen, dass das Bundesamt wichtige Punkte, beispielsweise Berichte über Folter im Heimatland, nicht berücksichtigt hat. Unabhängig davon könnten Bundesinnenminister Friedrich und der bayerische Innenminister Hermann der streikenden Gruppe ein Aufenthaltsrecht geben. Der Artikel 23 des Aufenthaltsgesetzes gibt Bund und Ländern das Recht, aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen oder zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland Ausländern eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen. Beide Politiker haben dies jedoch strikt abgelehnt.

In all diesen Fällen bekämen die Flüchtlinge eine Aufenthaltserlaubnis und müssten nicht länger im Lager leben, bekämen reguläre Sozialleistungen statt Essenspaketen, dürften arbeiten und unterlägen nicht länger der Residenzpflicht. CHRISTIAN JAKOB

**Load-Date:** October 20, 2013

---

End of Document

**Besuch bei den Aufständischen; HUNGERSTREIK Berlins  
Integrationssenatorin Kolat und die Migrationsbeauftragte des Bundes,  
Böhmer, sprechen mit den Flüchtlingen über "berechtigte Forderungen"**

taz, die tageszeitung

Freitag 02. November 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 21

**Length:** 481 words

**Byline:** Nikolai Schreiter

**Highlight:** HUNGERSTREIK Berlins Integrationssenatorin Kolat und die Migrationsbeauftragte des Bundes, Böhmer, sprechen mit den Flüchtlingen über berechtigte Forderungen

## Body

---

VON NIKOLAI SCHREITER

Für die Flüchtlinge ist es ein erster Erfolg ihres Hungerstreiks: Am Donnerstag besuchten die Berliner Integrationssenatorin Dilek Kolat (SPD) und die Staatsministerin für Integration, Maria Böhmer (CDU), die 17 ProtestlerInnen am Brandenburger Tor. Nach einer kurzen Begrüßung zogen sich die Politikerinnen mit den Flüchtlingen zu einem Gespräch in die Akademie der Künste zurück. Kolat sprach von berechtigten Forderungen, die der Senat sehr ernst nehme.

Das Gespräch fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt, auch Berliner Abgeordnete durften auf Wunsch von Böhmer nicht dabei sein.

Hamid M., der seit neun Tagen im Hungerstreik ist, sagte zuvor, er wisse noch nicht, wie es weitergehe. Nach dem Gespräch mit Böhmer und Kolat würden die Flüchtlinge beraten, wie sie weiter vorgehen wollen. Der Besuch von Böhmer zeige, dass die Bundesregierung verstanden habe, dass sie mit uns sprechen muss.

Er sieht besser aus als in den vergangenen Tagen, die Nacht zu Donnerstag war die erste seit mehr als einer Woche, in der die Flüchtlinge nicht im Freien, sondern in Bussen auf dem Pariser Platz geschlafen haben. Diese waren am Vortag ein Zugeständnis vom Bezirksbürgermeister von Mitte, Christian Hanke (SPD). Zuvor hatten die Protestierenden bei jeder Witterung im Freien übernachten müssen, weil Zelte und Schlafsäcke als Versammlungsaufgaben verboten sind. Dass Schlafsäcke und auch ein Sanitätszelt von der Polizei entfernt worden waren, stieß auf Kritik: Der Linken-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Neskovic bezeichnete dieses Vorgehen als verfassungswidrig. Ob die Verbote Bestand haben, entscheidet das Verwaltungsgericht am heutigen Freitag.

Keine Erlaubnis für Bus

Besuch bei den Aufständischen HUNGERSTREIK Berlins Integrationssenatorin Kolat und die  
Migrationsbeauftragte des Bundes, Böhmer, sprechen mit den Flüchtlingen ü....

Obwohl Hanke am Mittwoch Tische und Stühle sowie einen Wärmebus auf dem Pariser Platz zugesagt hatte, schrieb das Landschaftsplanungsamt, es werde nach Rücksprache mit Hanke keine Sondernutzungserlaubnis für den Pariser Platz erteilen. Der Bus muss nun umgesetzt werden. Veranstaltungsanmelder Dirk Stegemann sagte, Hanke habe offenbar seine Kompetenzen überschritten und Zugeständnisse gemacht, die er, weil nicht zuständig, nicht umsetzen könne. Es sei ihm unverständlich, dass dadurch eine bereits geschaffene Kommunikationsbasis wieder zerstört werde.

Unterdessen brachten die hungerstreikenden Flüchtlinge am Donnerstag eine Petition mit ihren vier Forderungen an das Berliner Abgeordnetenhaus auf den Weg. Sie fordern darin die Anerkennung aller Asylsuchenden als politische Flüchtlinge, den Stopp aller Abschiebungen, die Aufhebung der Residenzpflicht und die Schließung aller Isolationslager, in denen Flüchtlinge während ihres Asylverfahrens häufig leben müssen.

Die Gruppe hatte ihren Protest im März in Würzburg gestartet und in mehreren deutschen Städten Protestcamps aufgebaut. Am Mittwoch vergangener Woche traten die Flüchtlinge am Brandenburger Tor in den Hungerstreik.

**Load-Date:** November 1, 2012

---

End of Document